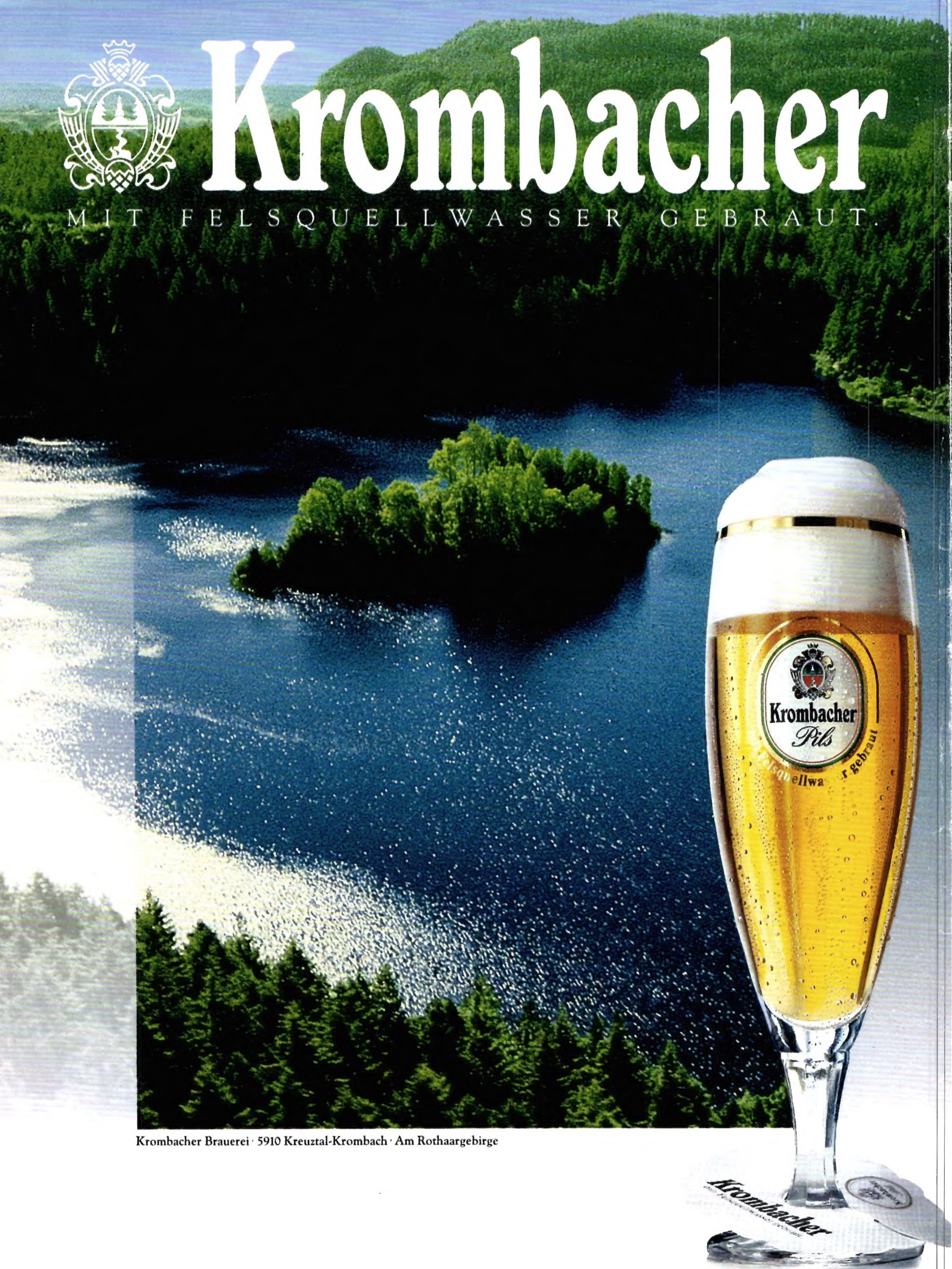
DER SPIEGEL

C 7007 C
Nr. 34 / 45. Jahrgang
19. August 1991
4,50 DM




Krombacher
MIT FELSQUELLWASSER GEBRAUT.
Krombacher
Pils
Krombacher Brauerei · 5910 Kreuztal-Krombach · Am Rothaargebirge
Krombacher

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung Betr.: "Uranobyl"

Hundert Jahre werde es dauern, ehe die Umweltschäden in den osteuropäischen Arbeiter-und-Bauern-Paradiesen, genannt Sozialismus, einigermaßen überwunden seien, prophezeite voriges Jahr Andrzej Kassenberg, Wortführer der polnischen Umweltschützer, in einer SPIEGEL-Serie (48 bis 50/1990) – er war zu optimistisch. Damals lag noch nicht zutage, daß die schlimmste aller sozialistischen Altlasten weder die polnischen noch die tschechoslowakischen Genossen hinterlassen haben, sondern, im Dienste des Großen Bruders, die deutschen.

Die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft Wismut hat durch ihren Uran-Abbau in Sachsen eine Fläche viermal so groß wie das Saarland mit Abfallprodukten verseucht, die noch 1600 Jahre lang strahlen. 9000 Uran-Bergleute holten sich Lungen- oder Bronchialkrebs – mehr als unter den Überlebenden der atomgebomten japanischen Städte Hiroschima und Nagasaki.

Die vermutlich größte Umweltkatastrophe westlich von Tschernobyl ist hinter den Stahltüren der Wismut-Hauptverwaltung Chemnitz in rund 400 000 Patienten-Akten dokumentiert. SPIEGEL-Redakteur Sebastian Knauer recherchierte dort sowie bei Arbeitsmedizinern, Strahlenexperten und Umweltbehörden neue Fakten über "Uranobyl": Aus 2500 Kilometer Uran-Abbaustollen, 3500 Halden und 15 Absetzbecken entweicht das radioaktive Gas Radon. Noch nirgends auf der Welt war eine so gigantische Sanierung nötig – Anfang September will Wismut, nunmehr in Bundesbesitz, dem Bonner Umweltministerium endlich ein erstes Konzept vorlegen.


Uran-Abraumhalde der Wismut AG

SPIEGEL-Korrespondent Clemens Höges und Fotograf Klaus Mehner erkundeten in dem sächsischen Dorf Trünzig die Stimmung am Fuß der Uran-Halden. Sie stellten unter der Bevölkerung der Wismut-Gemeinden eine "große Gleichgültigkeit" fest: "Bei uns", meinte ein Arbeiter in Trünzig, "leuchtet nachts doch noch keiner." Zu soviel Gleichmut waren die Bewohner von ihren Ausbeutern erzogen worden: Statt ausreichendem Arbeitsschutz gab es im Bergbaugebiet steuerfreien Schnaps, zwölf Flaschen pro Monat, die Flasche zu 1,12 Mark. Die Todgeweihten nannten ihn "Kumpeltod". Der Wismut-Horror auf Seite 58.

INHALT

TITEL

KOMMENTAR

ESSAY

DEUTSCHLAND

WIRTSCHAFT

AUSLAND

Millionen für die Parteien

Seite 34

In einem Akt der Selbstbedienung haben sich die Fraktionen des Bundestages 104,2 Millionen Mark genehmigt. Sie verwenden dieses Geld jedoch nicht nur für ihre Arbeit in Bonn – einiges davon fließt auch in die Kassen der Parteien. Die verdeckte Parteienfinanzierung sei verfassungswidrig, rügen Kritiker seit langem.

„Mit weniger Geld Vernünftiges machen“

Seite 92



Riesenhuber

Die europäische Zusammenarbeit im Weltall sei ein sehr hohes Gut, sagt Forschungsminister Heinz Riesenhuber. An Raumgleiter und Raumstation sollte weiter gearbeitet werden, auch wenn die Mittel nicht reichten. „Wir müssen mit weniger Geld etwas Vernünftiges machen“, so Riesenhuber in einem SPIEGEL-Gespräch. Von ehrgeizigen Großprojekten falle „Glanz“ auf Industrienationen.

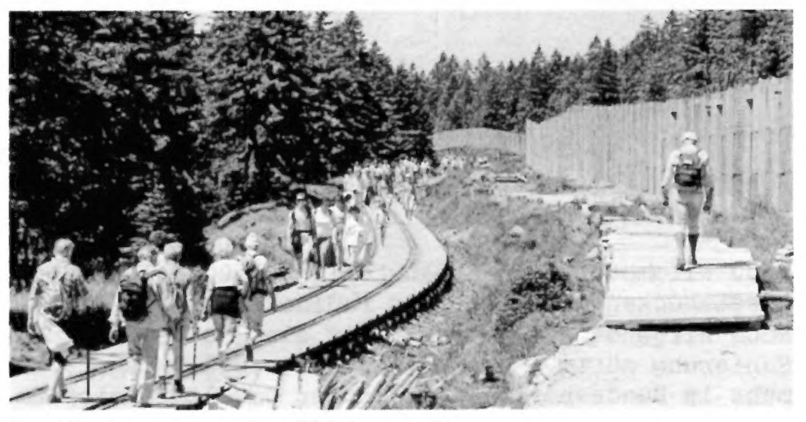
Schulnoten: „Krach bis ins letzte Dorf“

Seite 74

In den Grundschulen Schleswig-Holsteins sollen die Zeugnisnoten abgeschafft werden. Die Kieler Bildungsministerin Tidick will bei den Schülern „Ängste abbauen“, doch Eltern und Lehrer protestieren. Ein Elternsprecher prophezeit der Ministerin „Krach bis ins letzte Dorf“.

„Disneyland im Oberharz“

Seite 80



Harz-Wanderer im ehemaligen DDR-Grenzstreifen

Jahrzehntelang war der Brocken, der von Dichtern besungene „Berg aller Deutschen“, durch Mauer und Stacheldraht versperrt. Seit im wiedervereinigten Harz der Tourismus in Gang kommt, wird der 1142-Meter-Gipfel von Wanderern gestürmt. Naturschützer befürchten ein „Disneyland im Oberharz“.

Siemens: Reinfall mit Nixdorf

Seite 105

Der Siemens-Konzern hat die Probleme bei der Übernahme der Computer-Firma Nixdorf unterschätzt. Die Zusammenarbeit klappt nicht, der Umsatz ist schlechter als erwartet. „Es ist wie nach der deutschen Vereinigung“, sagt ein Siemens-Mann.

Mauert Europa sich ein?

Seiten 130, 132

Nach dem Abbau der Schlagbäume in EG-Europa würden auch unerwünschte Ausländer aus Übersee Freizügigkeit genießen. Deshalb sollen die Deutschen, nach dem Willen ihrer Nachbarn, das Grundrecht auf Asyl abschaffen. Was die Westeuropäer erwartet, zeigte die Flucht von 9000 Albanern, die Tiranas Führung inszeniert hatte, um EG-Wirtschaftshilfe zu erzwingen.



Albanische Flüchtlinge in Bari

Fundamentalisten-Terror gegen Israel

Seite 137

Die islamische Untergrundorganisation Hamas, deren Killerkommandos Israelis wie Palästinenser terrorisieren, ist zur größten Herausforderung des israelischen Besatzungsregimes geworden. Vor allem Jugendliche laufen den Fundamentalisten in Scharen zu.

Gefährliche Schmerzmittel

Seite 211

Schmerzmittel mit dem Wirkstoff Ibuprofen gehören zu den Rennern in deutschen Apotheken. Mindestens 270 Arzneimittel mit dieser Substanz sind auf dem Markt, die meisten davon rezeptfrei. Etliche Nebenwirkungen sind auf dem Beipackzettel verzeichnet, nicht aber die schwerste: Der schmerzstillende Wirkstoff kann eine Hirnhautentzündung hervorrufen, die in einer Reihe von Fällen zum Tode führte.



Ibuprofenhaltige Medikamente

Tratschtante Kelley unter Feuer

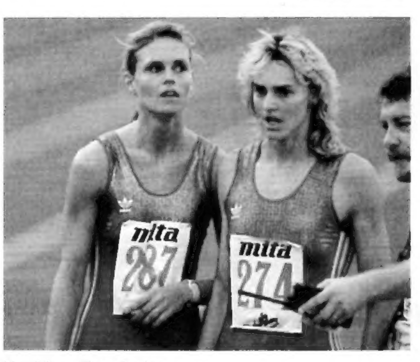
Seite 202

Frank Sinatra ist rehabilitiert: Er hat Nancy Reagan nicht beigelegen, wie Kitty Kelley in ihrem jüngsten Klatsch-Buch unterstellte. In einer Biographie wird die populäre US-Base nun total demontiert.

Im Westen keine Zukunft

Seite 169

Bei den Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Tokio sollen vor allem Sportlerinnen aus Ostdeutschland Medaillen für das deutsche Team gewinnen. Doch selbst Stars wie Heike Drechsler und Katrin Krabbe haben ihre Anpassungsprobleme nicht überwunden – der Erfolgstyp des ehemaligen DDR-Athleten hat im Westen keine Zukunft.



Krabbe, Drechsler

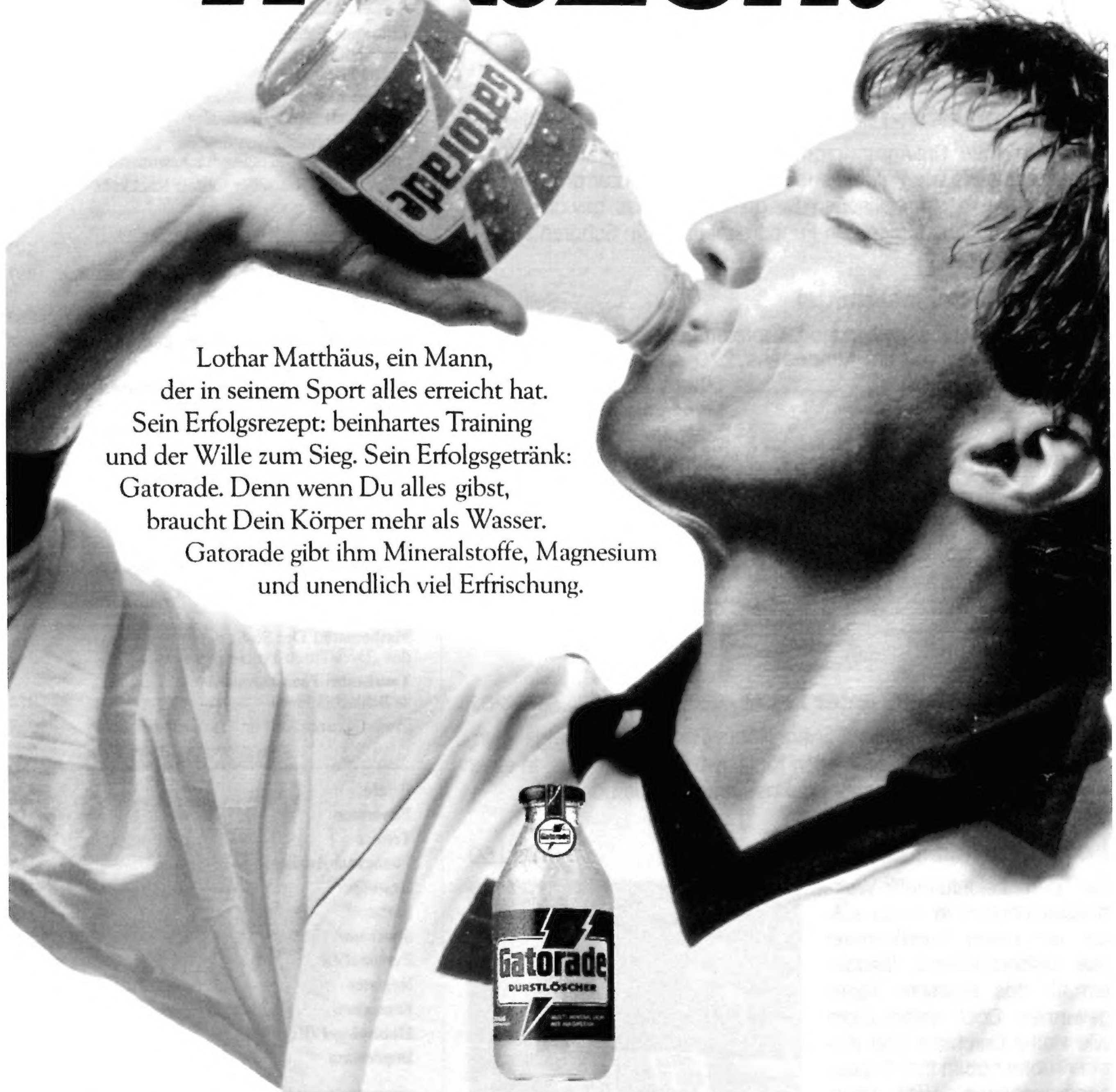
SPORT

KULTUR

RUBRIKEN

DER SPIEGEL (USPS 154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $ 250,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Lothars dritte Halbzeit.



Gatorade. Besiegt den Durst... gibt Dir neuen Schwung.

Lawine losgetreten

(Nr. 31/1991, Jugoslawien: Kroaten fürchten den Krieg)

Diese Analyse der Tragik Jugoslawiens durch Ivan Ivanji ist eine der besten, die in der deutschen Presse erschienen sind, denn sie wurde mit Herzblut geschrieben.

Klagenfurt (Österreich) WILHELM THILO

Es ist begrüßenswert, daß mit Ivanjis Artikel auch einmal eine Stimme aus Serbien Gehör findet.

Bonn ALMUT ŠEHOVIĆ

Ivanji überspringt einfach die Zeit des gemeinsamen „südslawischen" Staates, in dem die Serben und ihre Gendarmen über 20 Jahre lang auf die kroatischen Bauern, auf katholische Kirchenprozessionen, Jugendliche, Schüler und Studenten geschossen oder Intellektuelle wie den kroatischen Albanologen Professor Milan Sufflay auf offener Straße erschlagen und selbst im „gemeinsamen" Parlament in Belgrad kroatische Abgeordnete vom Rednerpult aus mit Revolverschüssen ermordet haben. Und er verschweigt, daß es in dieser Zeit schon Stimmen gab, die diese serbische Politik für das herankommende Unheil eines Krieges zwischen beiden Völkern (nicht Stämmen) verantwortlich gemacht haben. Anstelle dessen schreibt er über den kroatischen Staat von deutschen Gnaden. Hat Ivanji etwas von Psychologie und vom Lernen am Modell gehört? Ivanji erwähnt mit Recht Glina und das dortige Verbrechen, aber warum verscheigt er das Dorf Gata in Dalmatien unweit von Knin, in dem zur gleichen Zeit die chauvinistischen serbischen Tschetniks alle 1000 (eintausend) kroatischen Bewohner des Dorfes niedergemetzelt, ihrem katholischen Pfarrer, wie einem Pelztier, bei lebendigem Leib die Haut vom Körper gezogen und das Dorf dem Erdboden gleichgemacht haben? Solche gegenseitigen „serbokroatischen Beispiele" gab es leider viel zuviel. Ivanjis Erinnerungen reichen offensichtlich nur für den kroatischen Teil.

Düsseldorf VALENTIN PURIĆ
Kroatische Kulturgemeinschaft e.V.

Kein Wunder! Der Autor wohnt, schreibt und bleibt für immer in Belgrad. Alle gelernten Belgrader „vergessen" zu erwähnen, wie die Kroaten von den serbischen Zandaren zwischen 1918 und 1941 behandelt wurden!

Schemmerhofen (Bad.-Württ.)
DR. R. SERBEDIJA

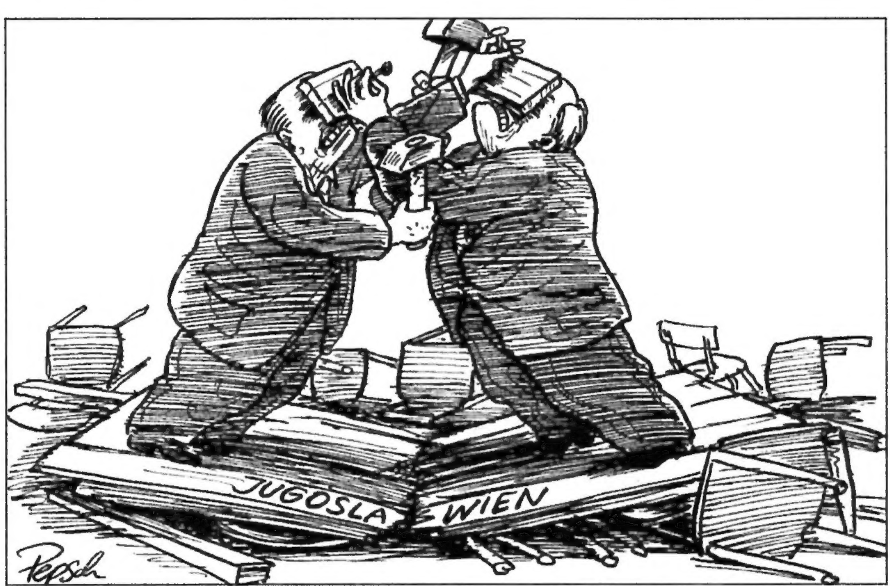
Bei Ivanji scheint dieselbe Krankheit ausgebrochen zu sein, die schon Europa und die Welt innerhalb von nur einer Generation in zwei verheerende Kriege geführt hat: das gegeneinander Aufrechnen von Verfolgung und Gewalt an der jeweils eigenen Volksgruppe. Würde es sich nicht um Tote handeln, wäre man geneigt, von Erbsenzählerei zu sprechen.

Gäufelden (Bad.-Württ.)
MATTHIAS KLÄR JUN.

Eine vollständige Auseinanderdividierung ist, da irrt Ivan Ivanji leider bereits im Ansatz, schon aufgrund der bisher erfolgten Verflechtung gar nicht möglich. Außerdem, was würde ein solcher Versuch wirklich klären können? Ich fürchte, gar nichts, außer mit Sicherheit den Beginn eines allgemeinen Bürgerkriegs.

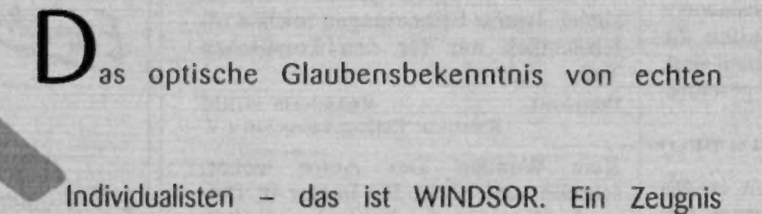
Siegen ALEKSANDAR BRANIMIR KERDIC
Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Kroatiens (SDSH)

Der deutschen Öffentlichkeit werden die Serben als unheilbare Kommunisten



Serbisch-kroatische Überzeugungskraft Süddeutsche Zeitung

Windsor



Das optische Glaubensbekenntnis von echten Individualisten – das ist WINDSOR. Ein Zeugnis für die klassischen Formen, gegen uniforme Klassik. Der Smoking aus hochwertiger Schurwolle mit naturseidenen Revers erfüllt auch die höchsten Ansprüche an Sitz, Bequemlichkeit und Erscheinungsbild, ohne sich den gängigen Klischees der Abendgarderobe anzupassen. Der persönliche Stil – keine Kompromisse.









Fotos: Dieter Blum

PHILHARMONIE & LEBENSFREUDE

Wenn Konradin Groth, 44, Solotrompeter bei den Berliner Philharmonikern, richtig Luft holen will, joggt er bis zu 20 Kilometer durch seinen Grunewald. „Die Umsetzung von Atemluft in Klang" ist für den Anton-Bruckner-Fan „Ausdruck von Lebensfreude".

THE ART OF FINE CLOTHING

vorgestellt. Leider wird in Deutschland vergessen, daß die demokratische Tradition der Serben durch die kommunistische Diktatur gewaltsam unterbrochen worden ist. In Deutschland werden die in Kroatien lebenden Serben als Chauvinisten und Terroristen bezeichnet, dabei wird die Wahrheit vernachlässigt, daß die kroatischen Faschisten während des Zweiten Weltkrieges in diesen Gebieten das serbische Volk massenweise vernichteten. Die überlebenden Reste der dort ansässigen Serben wehren sich jetzt in Todesangst gegen das nationalistische, nicht entnazifizierte Regime.

Wir befürchten, daß durch unwahre Informationen der deutschen Öffentlichkeit beim serbischen Volk der Eindruck hervorgerufen wird, daß alte Bündnisse und Feindseligkeiten aus beiden Weltkriegen wieder entstehen werden.

Belgrad PAVLE
Patriarch der Serbisch-orthodoxen Kirche und drei weitere Bischöfe
PROF. DR. DUSAN KANAZIR
Präsident der Serbischen Akademie der Wissenschaft und Künste sowie 13 weitere Akademiemitglieder
DR. MILOJE MILICEVIĆ
Verein „Vuk Karadzic – Gebrüder Grimm" e.V.

Deprimierende Bilanz

(Nr. 20/1991, Leserbrief des ZK-Sekretärs der KPdSU, Walentin Falin, zum SPIEGEL-Gespräch mit Gorbatschow-Berater Wjatscheslaw Daschitschew über die Krise in der UdSSR in SPIEGEL Nr. 4/1991)

Der ZK-Sekretär W. Falin repräsentierte die Linie der eifrigen Hüter der von Stalin geschaffenen europäischen Ordnung. Ich war der Meinung, diese Ordnung sei unheilvoll für unser Land und für ganz Europa und werde unvermeidlich scheitern. Falin kann sich jetzt nicht damit abfinden, daß sich meine Prognosen, die der politischen Führung vorgelegt wurden, bewahrheiteten und das alte System in Ostmitteleuropa gebrochen ist. Meine Analysen von 1987 über die Notwendigkeit der Abkehr vom alten Konfrontationskurs wurden mit der zustimmenden Entscheidung von M. Gorbatschow versehen und an Außenminister E. Schewardnadse weitergeleitet.

Falin weiß auch, daß ich von April 1987 bis Anfang 1989 Vorsitzender des Wissenschaftlich-konsultativen Beirates beim Amt für sozialistische Länder Europas im Außenministerium war, der die aktuellsten Probleme besprach und die Resultate dem Außenminister vortrug. Auf der Sitzung am 27. November 1987 stellte ich gegen den Widerstand der Hardliner die alternative Deutschlandpolitik zur Debatte. Die Bilanz der Besprechung war deprimierend. Die herrschende Status-quo-Schule wollte nichts mit neuen Realitäten und Erfordernissen, darunter auch einer möglichen Wiedervereinigung, zu tun haben. Mir wurde sogar politischer Defätismus angekreidet. Inzwischen schreibt Falin, es habe „jede Menge" Diskussionen über Deutschland gegeben, „und zwar sehr lange, bevor Eduard Schewardnadse Außenminister wurde . . ." Mag sein. Aber da wurde diskutiert, wie die Berliner Mauer höher und undurchlässiger gemacht werden sollte.

Daschitschew

Berlin PROF. DR. WJATSCHESLAW DASCHITSCHEW

Spannende Zukunft

(Nr. 32/1991, Asyl: SPD nähert sich der Unionslinie)

Ach Leute, jetzt seid doch nicht so kleinlich. Laßt uns noch ein paar Millionen Asylanten bei uns aufnehmen. Multikuturelle Gesellschaften haben eine spannende Zukunft. Das sieht man gerade in Jugoslawien.

Ravensburg DR. BERTHOLD LÖFFLER

Die in letzter Zeit angelockten Aussiedler blockieren 500 000 Wohnungen, in die sie bevorzugt eingewiesen werden. Sie kosten jährlich 25 Milliarden Mark



„Jetzt auch das noch!" Kölner Stadt-Anzeiger

Fernunterricht - Ihr Weg in eine chancenreiche Zukunft

Wählen Sie hier Ihren Erfolgs-Kurs



Sie wollen weiterkommen

und wissen, daß Sie eigentlich mehr aus sich machen können!

Sie wollen:

- Ihr Wissen erweitern
- selbstsicherer werden
- den beruflichen Anforderungen der Zukunft gewachsen sein
- privat und beruflich mehr erreichen

Wir zeigen Ihnen, wie Sie Ihre Zukunfts-Chancen selbst verbessern. Neben Ihrem jetzigen Beruf, ohne Verdienstausfall. Bequem von zu Hause aus, im Rahmen eines staatlich geprüften Fernstudiums. Die FERNAKADEMIE FÜR ERWACHSENENBILDUNG bietet 70 Fernstudiengänge mit unterschiedlichsten Berufs- und Bildungszielen an.

Diese Vorteile überzeugen:

1. Sie studieren in Ruhe zu Hause, erhalten "Privatstunden" per Brief.
2. Sie beginnen, wann Sie wollen, und bestimmen Ihr Lerntempo selbst.
3. Sie sind in ständigem Kontakt mit Ihrem Studienleiter, der Ihre Fragen individuell beantwortet
4. Sie studieren ohne Risiko - selbstverständlich mit Widerrufs- und Kündigungsrecht.
5. Sie erhalten nach erfolgreichem Abschluß ein Zeugnis - wichtig auch für staatliche und öffentlich-rechtliche Prüfungen.

Nutzen Sie Ihre Chance!

Fordern Sie unverbindlich unser neues, umfangreiches GRATIS-STUDIENHANDBUCH mit vielen für Sie wichtigen Informationen an. Schicken Sie Ihren Gratis-Coupon - vollständig ausgefüllt - noch heute ab.



Unser Gratis-Studienhandbuch für Sie die große Chance, aber keinerlei Verpflichtung!

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

als Mitglied im Deutschen Fernschulverband e V legen wir Wert auf eine seriöse Beratung und Abwicklung Wir mochten Sie nicht zum Studium "uberreden", wir schicken Ihnen keinen Vertreter ins Haus. Wir versprechen Ihnen auch nicht das "Blaue vom Himmel"

Zu unseren Grundsätzen gehort, daß Sie in Ruhe und unbeeinflußt prüfen sollen, welche Chancen Ihnen ein Studium bei der FERNAKADEMIE FÜR ERWACHSENEN-BILDUNG eröffnet. Und das können Sie am besten, wenn Sie unsere Studienhandbuch anfordern, das ausfuhrliche Lehrgangsbeschreibungen enthalt.

Selbstverständlich entsprechen alle 70 Studienlehrgänge dem Fernunterrichtsschutzgesetz. Sie sind staatlich uberpruft und zugelassen.

Fordern Sie das Studienhandbuch noch heute an Sie gehen damit keinerlei Verpflichtungen ein!

Mit freundlichem Gruß

Hans-Jürgen Dittmer
Kaufm. Direktor

Handeln Sie jetzt!



Ihr kostenloser Studienberater.

Über 70 Studienziele!

Wissenwertes zum Thema Fernstudium mit wertvollen Informationen für jeden, der weiterkommen will.



Schulabschlüsse

ABITUR	1001
Fachhochschulreife Technik	1101
Fachhochschulreife Wirtschaft	1201
Realschulabschluß	1301
Deutsch mit Literaturkunde	1410
Chemie	1560
Mathematik-Oberstufe	1530
Physik	1550

Fremdsprachen

Englisch Grundkurs	2010
Englisch Vollehrgang	2020
Umgangsenglisch	2102
Cambridge First Certificate in English	2131
Handelsenglisch	2220
Französisch	2420
Italienisch	2510
Spanisch	2520
Russisch	2540

Wirtschaft

Staatl. geprüfter Betriebswirt*	3011
Bilanzbuchhalter IHK*	3210
Fremdsprachenkorrespondent Englisch	3520
Geprüfte Sekretärin IHK*	3510
Verkaufsleiter	3340
Geprüfter Anlage- und Vermögensberater*	3530
Ausbildung der Ausbilder*	3360
Buchführung und Bilanz	3220
Management-Techniken/ Unternehmensführung	3320
Geprüfter Kredit- und Finanzierungsfachmann	3350
Geschäftsführung in Mittelbetrieben	3330
Marketing und Marktforschung	3430
Personal- u. Ausbildungswesen	3370
Werbegrafik und Design	3410
Werbung und Verkauf	3420
Arbeitsrecht	3160
Betriebliches Steuerwissen	3120
Betriebswirtschaftslehre	3110
Recht des Kaufmanns	3140
Statistik	3690
Volkswirtschaftslehre	3130
Erfolgstraining/ Persönlichkeitsbildung	3380

Computer/EDV

Grundlehrgang Datenverarbeitung	4010
Programmierer	4050
Programmiersprachen: -Assembler, RPG	4120
-BASIC	4110

Technik

Maschinenbau-Techniker*	5010
Elektronik-Techniker*	5140
Heizungs-, Lüftungs- und Sanitär-Techniker*	5410
Chemo-Techniker*	5210
Kraftfahrzeug-Techniker*	5020
Energie-Techniker*	5150
Kunststoff-Techniker*	5220
Nachrichten-Techniker*	5160
Hochbau-Techniker*	5330
Tiefbau-Techniker*	5340
Kaufm. Wissen für Ingenieure und Techniker	6010

*Fur Lehrgange mit diesem Zeichen konnen Sie bei Ihrem Arbeitsamt laut § 34 AFG unter bestimmten Vorraussetzungen einen Zuschuß beantragen

Gratis-Coupon

Ja, ich nehme Ihr kostenloses, unverbindliches Informations-Angebot an. Senden Sie mir das 128-seitige GRATIS-STUDIENHANDBUCH mit vielen wertvollen Hinweisen für meine Weiterbildung. Das Handbuch geht in mein Eigentum über; ich brauche nichts zurückzusenden.

Bitte hier die Nummer des Fernstudienganges, der Sie besonders interessiert, eintragen.

Nr. ______ Nr. ______

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ Wohnort

Geburtsdatum 134 FE

Jetziger Beruf

Es erfolgt garantiert kein Vertreter(Berater-)besuch

FERN AKADEMIE für Erwachsenenbildung GmbH
Postfach 73 04 50, W-2000 Hamburg 73



für Erwachsenenbildung GmbH

☎ **040 / 677 80 78** Frau Albers, Abt. 134 FE
Außerhalb der Geschaftszeiten Tonbandservice fur Sie
Oldenfelder Straße 1, W-2000 Hamburg 73, Postfach 73 04 50

Unterhalt, wofür hauptsächlich die Sozialkassen geplündert werden. Sie belasten die Umwelt mit einer Million Tonnen Müll und Fäkalien, verbrauchen 50 Millionen Kubikmeter der Mangelware Trinkwasser. Zigtausende zusätzlicher Autoraser verpesten die Luft, 20 Milliarden Kilowattstunden zusätzlicher Energieverbrauch verstärken das Atomenergierisiko und machen alle Sparmaßnahmen zunichte. Und das alles, weil sich die Bundesregierung aus wahltaktischen Gründen als Schlepperorganisation betätigt.

Hamburg T. ENKEN

Es gibt nur eine Chance, die Katastrophe zu verhindern: das Grundgesetz so zu ändern, daß Wirtschaftsflüchtlinge aus Nichtverfolgerländern sofort zurückgeschickt werden können.

Oberkirch (Bad.-Württ.) HEINZ HUBER

Neben den komfortablen Bungalows aller FDP-Bundestagsabgeordneten sollte man Unterkünfte für Afrikaner, Asiaten und Zigeuner einrichten. Die liberalen Damen und Herren wären dann wohl sehr schnell vom Mitleid für die armen „politisch Verfolgten" geheilt!

Leverkusen GERHARD BITTNER

Seit zehn Jahren Diskussion ums Asyl. Die Asylantenzahlen erreichen Rekordhöhen – und die Deutschen stöhnen und zahlen. Aber es gibt keinen Minister, auch keinen Parteipolitiker, von dem bekannt wäre, er habe auch nur einen einzigen Asylanten bei sich aufgenommen!

Marbach DR. A.W. REUKE

Nase vorn

(Nr. 31/1991, Städte: München ist out, Hamburg in; Nr. 33/1991, Leserbriefe)

Hamburg hat sein Hinterland Mecklenburg-Vorpommern wieder. Nicht zu bestreiten: viel Wiese. Schöne Seen. Aber auch: wenig Industrie. Gefährdete Werftstandorte. Bismarck hat einmal gesagt, in Mecklenburg kommt alles hundert Jahre später. Hoffentlich nicht auch der Aufschwung Ost. Bayern dagegen grenzt an die alten mitteldeutschen Industriereviere Thüringen und Sachsen. Genau diese beiden Länder werden sich nach allgemeiner Ansicht auch als erste wieder aus der sozialistischen Asche erheben und Ansatzpunkte für intensive Wirtschaftsbeziehungen zu beiderseitigem Wohle bieten. Im Osten unserer Landesgrenzen das einst wirtschaftsstarke Böhmen, das ebenfalls zu neuen Ufern aufbricht und ein Wachstumsmarkt von morgen zu werden verspricht. Warum also um alles in der Welt sollten gerade wir durch die deutsche Einheit und durch die Umwälzungen in Osteuropa ins Hintertreffen geraten?

Den Jungs von der Waterkant gönnen wir von Herzen, daß sie im Windschatten der Wiedervereinigung wirtschaftlich endlich von der Kriechspur herunterkommen. Aber mit dem Anhängen muß sich die stolze Hansestadt wohl noch etwas gedulden. Ein bißchen wollen wir Bayern in der gesamtwirtschaftlichen Dynamik die Nase vorn behalten: So wie 1990: Wachstum in Hamburg 5,2 Prozent. Wachstum in Bayern 5,4 Prozent.


Lang

München DR. AUGUST R. LANG
Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr

Einseitig beschlossen

(Nr. 33/1991, Presse: Aus für Springers Boulevardblatt *Claro*)

In einem Artikel „Restlos verbraucht" über die Einstellung der spanischen Kaufzeitung *Claro* schreiben Sie, der neue Springer-Chef Günter Wille habe „die *Claro*-Pleite nicht zu vertreten – das Projekt hatte sein Vorgänger Peter Tamm angeschoben". Das ist so nicht richtig. Um einer Legendenbildung vorzubeugen: Der Vorstand des Axel Springer Verlages hat im Februar dieses Jahres, als das Projekt durchaus noch gestoppt werden konnte, einstimmig den Start von *Claro* beschlossen, mit meiner Stimme, aber auch mit der meines damaligen Stellvertreters Günter Wille. Dem SPIEGEL selbst läßt sich entnehmen (vgl. Ausgabe Nr. 14, Seite 182), daß Günter Wille sich beim Start der jetzt eingestellten spanischen Kaufzeitung als deren Wegbereiter sah – durchaus zu Recht, denn ich war bereits seit zehn Monaten mit dem Projekt nicht mehr unmittelbar befaßt und habe seitdem mit den spanischen Partnern nicht mehr verhandelt.


Tamm

Hamburg PETER TAMM
Ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Axel Springer AG

Ziemlich weit hergeholt

(Nr. 30/1991, Bundeswehr: Die wirre Personalpolitik des Minister Stoltenberg)

Eine Berufsarmee wäre wieder ein Sammelbecken von konservativen Kräften, Menschen, die zur Rechtslastigkeit neigen. Es gibt noch immer genügend Untergebene und Vorgesetzte, die buckeln und kritiklos konservatives Gedankengut, Handlungen der Selbstherrlichkeiten und -bedienung (Feudalherrenmentalität) dulden.

Sonthofen K. H. HABERLE

Es sollten auch freiwillige Gastarbeiterjugendliche, auch wenn sie nicht deutsche Staatsbürger sind, dienen dürfen. Man bekäme willige junge Gastarbeiter von der Straße, könnte ihre Sprachkenntnisse vervollkommnen und sie auf einen Beruf vorbereiten. Als Anreiz wäre vielleicht die Staatsbürgerschaft in Aussicht zu stellen.

Erlauzwiesel (Bayern) KARLHEINZ SCHOLZ

Als bereits „gedienter" Wehrpflichtiger, der sich im Falle einer Grundgesetzänderung („UN-Kampfeinsätze") die Verweigerung vorbehält, bin ich voll und ganz einverstanden mit dem Vorschlag, Bundeswehr, Zivildienst und Grünhelme gleichberechtigt nebeneinander einzuführen.

Trabitz (Bayern) HORST HÄUSSINGER

Zu behaupten, die Wehrpflicht sei ein legitimes Kind der Demokratie, ist doch wohl ziemlich weit hergeholt! Wie kann eine „Pflicht" demokratisch sein, als Gegensatz zu einem frei gewählten Beruf?

Lübeck-Travemünde KURT-GERHARD ISLAR

Traurig dunkle Sackgasse

(Nr. 31/1991, Schweiz: „Eine dumpfe Verstimmung", SPIEGEL-Reporter Erich Wiedemann über Identitätskrise und Wertewandel in der Schweiz)

Welchem Schweizer haben Sie Ihren Stift geliehen? Wir bedanken uns für einen köstlichen Abend dank Ihres Artikels.

München DR. GERD SPIESMACHER

Nun, da habt Ihr es uns mal wieder gegeben, Ihr Schreiber hoch im Norden Germaniens! Glück, daß Ihr so weit von unseren Grenzen dichtet, daß wir Deppen Euch mit unseren Mittelstreckenmistgabeln nicht erreichen können! Aber wäre es nicht an uns, gerade an uns reichen Säcken, Deutschländer und Schweizer, Wege zu finden aus der traurig dunklen Sackgasse des großen Geldes, in die wir blind getappt sind, in die blind zu tappen wir im Begriffe sind? Hin zu einer Lebensweise, die wieder den Menschen als Mittelpunkt hat, den Menschen und Pflanzen und Tiere und Meere und Flüsse und nicht mehr die giftspuckenden Saurier des ausklingenden Jahrtausends? Ist es nicht an uns, wieder human zu werden?

Z.Zt. Oberrieden (Schweiz) GERD FEHLBAUM

Die Eidgenossen blicken auf 700 Jahre republikanischer Freiheit zurück, die nördlichen Nachbarn schwelgen auch heute noch in Fürstenherrlichkeit. (Die Skelette und Särge zweier preußischer Militärkönige, Vater und Sohn, werden 205 Jahre nach dem Tode des Sohnes, im Beisein des Bundeskanzlers zur endgültigen (?) letzten Ruhe gebettet, ein draculaeskes Spektakel, ein sehr deutsches Ereignis, obskur, verworren, schauderlich.)

Göppingen ROLF WERNER

Minderwertigkeitskomplexe gegenüber den Deutschen, von denen wir uns nicht ernst genommen fühlen, hätten wir, sagen Sie. Ja warum sollten wir denn? Wegen des Dialektes? Meines Wissens gibt es auch in Deutschland keine Gegend, wo die Babys das Schriftdeutsch in die Wiege gelegt bekommen, auch sie werden später ihr Bayerisch, Schwäbisch, Sächsisch oder sonst was sprechen. Weil die Schweiz klein ist? Lieber von undeutschen Verkleinerungen umgeben sein und trotz alles Negativen gewiß mehr Mitsprachrechte haben als die Menschen im gelobten Norden.


Schweizer 700-Jahr-Feier*
Wieder human werden

Uerikon (Schweiz) ROBERT SAVI

Warum wollen Sie nicht den Schweizern ihren Dialekt lassen? Wenn Sie uns als „infantil" beschreiben, muß ich für die Süddeutschen „vollidiotisch" gebrauchen, und das ist noch sehr zart! Außerdem: Die Vorstellung von einer Kohl-Rede in Zürich erzeugt ja Brechreiz! Jeder sollte vor seiner eigenen Tür kehren, da wäre genug zu tun.

Pforzheim EDITH WIECHMANN

* Mit Festredner Justizminister Koller vor der Kirche in Weinfelden im Kanton Thurgau.

Wie viele Staaten gibt es eigentlich, die wie die Schweiz durch kluge Politik ihre Bürger vor all den Kriegen bewahrten, die Millionen Menschen verschlangen und ganze Länder verwüsteten? Und wie viele Länder – man braucht nicht nur an Jugoslawien zu denken – konnten wie die Schweiz Angehörige verschiedener Kulturen – Deutschsprachige, Französisch- und Italienischsprechende – zu einer „Willensnation" vereinen?

Freiburg (Bad.-Württ.) RÜDIGER FRANK

Benutzung verboten

(Nr. 31/1991, New York: Toiletten auf Probe)

Vor einiger Zeit bin ich in New York Richtung Wall Street gegangen. Unterwegs mußte ich mal pinkeln. In einem Coffee Shop bestellte ich ein Getränk und wollte die Toilette benutzen. Ging nicht. Benutzung verboten! An der City Hall fragte ich zwei Cops, wo ich denn nun pinkeln könnte? Da ging einer von ihnen mit mir in einen Coffee Shop und sagte: „Dieser Mann geht jetzt zur Toilette – ich warte, bis er zurückkommt!" So war das. In New York können Sie nur in die Hotels zum Pinkeln gehen. Nur: Auf dem Spaziergang zur Staten Island Ferry gibt es zum Beispiel kein Hotel . . .

Hamburg KURT GRUN

Eine Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage der *Hannoverschen Allgemeinen*, Hannover, sowie der Enzyklop. Literatur, Dr. Egon Müller, Seefeld.

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 11 04 20
Brandstwiete 19/Ost-West-Straße
Telefon (040) 3007-0
Telex 2 162 477
Telefax (040) 3007 247

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Dr. Wolfgang Kaden, Hans Werner Kilz

REDAKTION
Karen Andresen, Ariane Barth, Dieter Bednarz, Wolfram Bickerich, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Dr. Thomas Darnstädt, Bernd Dörler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Nikolaus von Festenberg, Uly Foerster, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Bert Gamerschlag, Angela Gatterburg, Matthias Geyer, Henry Glass, Rudolf Glismann, Jens Glüsing, Johann Grolle, Wolfgang Gust, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Almut Hielscher, Hans Hielscher, Heinz Höfl, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Hans Hoyng, Thomas Hüetlin, Brigitte Huhnke, Dr. Olaf Ihlau, Ulrich Jaeger, Urs Jenny, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Dr. Walter Knips, Susanne Koelbl, Siegfried Kogelfranz, Christiane Kohl, Dr. Joachim Kronsbein, Karl Heinz Krüger, Wulf Küster, Stephan Lebert, Dr. Romain Leick, Jürgen Leinemann, Heinz P. Lohfeldt, Udo Ludwig, Armin Mahler, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Matthias Matussek Gerhard Mauz, Walter Mayr, Gerd Meißner, Fritjof Meyer, Dr. Annette Meyhöfer, Manfred Müller, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Irma Nelles, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Rainer Paul, Jürgen Petermann, Dietmar Pieper, Joachim Preuß, Klaus Reinhardt, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Gerd Rockel, Dr. Fritz Rumler, Karl-Otto Saur, Marie-Luise Scherer, Heiner Schimmöller, Cordt Schnibben, Hans Joachim Schöps, Dr. Mathias Schreiber, Bruno Schrep, Matthias Schulz, Hajo Schumacher, Ulrich Schwarz, Claudius Seidl, Mareike Spiess-Hohnholz, Dr. Gerhard Spörl, Hans Gerhard Stephani, Günther Stockinger, Peter Stolle, Barbara Supp, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hans-Jörg Vehlewald, Hartmut Volz, Dr. Manfred Weber, Rainer Weber, Alfred Weinzierl, Marianne Wellershoff, Carlos Widmann, Erich Wiedemann, Dr. Dieter Wild, Dr. Peter Zolling, Helene Zuber

REDAKTIONSVERTRETUNG BONN
Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Ursula Kosser, Bernd Kühnl, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Olaf Petersen, Rainer Pörtner, Hans-Jürgen Schlamp, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 5300 Bonn, Tel. 26 70 3-0, Telefax 21 51 10

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin: Wolfgang Bayer, Christian Habbe, Axel Jeschke, Dieter Kampe, Claudia Pai, Hartmut Palmer, Norbert F. Pötzl, Michael Schmidt-Klingenberg, Diethelm Schröder (beurlaubt), Steffen Uhlmann, Kurfürstenstraße 72 – 74, 1000 Berlin 30, Tel. 25 40 91-0, Telefax 25 40 91 10; Kronenstraße 70, O-1080 Berlin, Tel. 208 2319, Telefax 200 2037 · Düsseldorf: Georg Bönisch, Hans Leyendecker, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 1 68 90-0, Telefax 35 83 44 · Erfurt: Ulrich Bieger, Anger 37 – 38, O-5010 Erfurt, Tel. 226 96 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Wolfgang Bittner, Rudolf Kahlen, Ulrich Manz, Jürgen Scherzer, Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 71 71 81, Telefax 72 17 02 · Hannover: Wolfgang Becker, Jürgen Hogrefe, Rathenaustraße 16, 3000 Hannover, Tel. 32 69 39, Telefax 32 85 92 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 225 14, Telefax 276 12 · Leipzig: Jan Fleischhauer, Clemens Höges, Gabor Steingart, Käthe-Kollwitz-Straße 115, O-7010 Leipzig, Tel. 47 54 44, Telefax 47 04 84 · Mainz: Felix Kurz, Wilfried Voigt, Rheinstraße 101, 6500 Mainz, Tel. 23 24 40, Telefax 23 47 68 · München: Dinah Deckstein, Dr. Joachim Reimann, Lutz Spenneberg, Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425 · Schwerin: Uwe Klußmann, Goethestraße 14, O-2755 Schwerin, Tel: 86 96 05 · Stuttgart: Dr. Hans-Ulrich Grimm, Sylvia Schreiber, Peter Stähle, Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 13, 10672 Athen, Tel. 363 6577, Telex 21 54 18 · Bangkok: Dr. Tiziano Terzani, 18 Soi Prommitr, Sukhumvit Soi 39, 10 110 Bangkok, Tel. 258 8410, Telefax 259 5980 · Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 271 6363, Telefax 271 6344 · Belgrad: Renate Flottau, Koste Zivkovica 2, 11000 Belgrad, Tel. 46 73 09, Telefax 46 73 09 · Brüssel: Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1040 Brüssel, Tel. 230 61 08, Telefax 231 1436 · Budapest: Csalogány u 13-19/A VIII.35, 1027 Budapest, Tel. 202 1793, Telefax 201 8528 · Jerusalem: Dr. Stefan Simons, 1, Bet Eshel, Old Katamon, Jerusalem 93227, Tel. 61 09 36, Telefax 61 76 40 · Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. 360 4944, Telefax 360 7655 · Kapstadt: Paul M. Schumacher, 4th Floor, Dumbarton House, 1 Church Street, Kapstadt 8001, Tel. 22 24 44, Telefax 22 11 55 · London: Lutz Krusche, 66 Great Russell Street, London WC1B 3BN, Tel. 430 0323, Telefax 430 0348 · Madrid: Walter Tauber, Marques de Cubas 12, 28 014 Madrid, Tel. 420 19 94, Telefax 420 0181 · Moskau: Jörg R. Mettke, Dr. Christian Neef, Krutizkij Wal 3, Korp. 2, Kw 36, 109 044 Moskau, Tel. 274 0009, Telefax 274 0003 · Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizamuddin East, Neu-Delhi 110 013, Tel. 462 97 33, Telex 3 162 469 · New York: Dr. Werner Meyer-Larsen, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. 221 7583, Telefax 302 6258 · Paris: Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. 4256 1211, Telefax 4256 1972 · Peking: Andreas Lorenz, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. 532 3541, Telefax 532 5453 · Prag: Gorkeho Namesti 1565/16, 11 000 Prag, Tel. 235 0667, Telefax 235 0667 · Rio de Janeiro: Dr. Hans-Peter Martin, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. 275 1204, Telefax 542 6583 · Rom: Valeska von Roques, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 7522, Telefax 679 7768 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, 11 223 Stockholm, Tel. 650 82 41, Telefax 652 99 97 · Warschau: Ul. Polna 44/24, 00-635 Warschau, Tel. 25 49 96, Telefax 25 49 96 · Washington: Siegesmund von Ilsemann, Dr. Martin Kilian, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20 045, Tel. 347 5222, Telefax 347 3194 · Wien: Dr. Martin Pollack, Schönbrunner Straße 26/2, 1050 Wien, Tel. 587 4141, Telefax 587 4242

ILLUSTRATION
Renata Bleck, Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Josef Csallos, Volker Fensky, Rüdiger Heinrich, Antje Klein, Eva-Maria von Maydell, Ingeborg Molle, Ursula Morschhäuser, Monika Rick, Jan Rieckhoff, Chris Riewerts, Julia Saur, Claus-Dieter Schmidt, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Karin Weinberg, Rainer Wörtmann, Jürgen Wulf, Monika Zucht

SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Sabine Bodenhagen, Jens Eggers, Horst Engel, Hermann Harms, Rolf Jochum, Karl-Heinz Körner, Inga Lembcke, Dr. Karen Lührs, Reimer Nagel, Andreas M. Peets, Wolfgang Polzin, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Hans-Jürgen Vogt, Kirsten Wiedner, Holger Wolters, Peter Zobel

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, Bundestag, Hauptstadt, SPIEGEL-Essay, Gesundheit: Dr. Gerhard Spörl; für Titelgeschichte, Verfassungen, Schulden, Umwelt, Minister, Schulen, Harz, Ballonfahrer: Ulrich Schwarz; für Bundesbank, Riesenhuber-Gespräch, Verlage, Automobile, Affären, Treuhand, Trends, Unternehmen, Landwirtschaft, Unternehmer: Peter Bölke; für China (S. 120): Joachim Preuß; für Flüchtlinge, Albanien, Nahost, Palästinenser, Jugoslawien, Polen, Südafrika, USA, Panorama Ausland, Indien, Waffenhandel, China (S. 161): Dr. Romain Leick; für Fußball, Leichtathletik: Heiner Schimmöller; für Literatur, Bestseller, Ketzer, Malerei, Szene, Salzburg, Mäzene, Klatsch, Kino: Dr. Mathias Schreiber; für Männer, Spectrum, Kinder, Spezialreisen, Turnschuhe, Fernsehen: Claudius Seidl; für Berlin, Parapsychologie, Selbstmord, Arzneimittel, Mathematik: Jürgen Petermann; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Rainer Wörtmann; für Hausmitteilung: Dr. Dieter Wild (sämtlich Brandstwiete 19/Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)

DOKUMENTATION
Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Sigrid Behrend, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Wolfgang Fischer, André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Dr. Dieter Gessner, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Günter Johannes, Petra Kleinau, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Constanze Sanders, Karl-H. Schaper, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Stefan Storz, Monika Tänzer, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Andrea Wilkens, Georg Wöhner

BÜRO DES HERAUSGEBERS
Wolfgang Eisermann

NACHRICHTENDIENSTE
ADN, AP, dpa, Newsweek, New York Times, Reuters, Time

SPIEGEL-VERLAG
RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 45 vom 1. Januar 1991
Verlagsgeschäftsstellen: Berlin: Kurfürstenstraße 72 – 74, 1000 Berlin 30, Tel. 25 40 91 25/26, Telefax 25 40 0130; Düsseldorf: Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf, Tel. 16 89 0-0, Telefax 168 9055; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 72 03 91, Telefax 72 43 32; Hamburg: Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11, Tel. 3007-0, Telefax 3007 247; München: Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65
Abonnementspreise: Normalpost Inland: sechs Monate DM 117,00, zwölf Monate DM 234,00. Normalpost Europa: sechs Monate DM 156,00, zwölf Monate DM 312,00; Seepost Übersee: sechs Monate DM 163,80, zwölf Monate DM 327,60; Luftpostpreise auf Anfrage. Abonnement-Service: Tel. 0130-3006
Postgiro-Konto Hamburg Nr. 7137-200
BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe; maul belser, Nürnberg

VERLAGSLEITUNG
Fried von Bismarck, Burkhard Voges

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

Wenn Corleone etwas nicht ausstehen kann, dann die Unart, beim Billard mit langen dünnen Stöcken rumzufuchteln. Vielleicht hat er deshalb Little Italy den Rücken gekehrt.

Schon seltsam: Einerseits hat jeder in den Cinque Terre damals verstanden, warum Corleone sein Glück jenseits des Atlantik suchen wollte. Andererseits haben alle in der italienischen Kolonie von New York verstanden, daß er sein höchstes Glück darin sah, einmal zurückzukehren. Und Lenita, die gerade mal wieder nach umständlicher Eisenbahnfahrt in ihrer Wahlheimat ihren ersten Espresso genießen wollte, kann ihm nur lebhaft beipflichten.

Bloß über die wahren Gründe können sich die beiden nicht recht einigen. Während sie eher an die Berge, den Wein, das Meer und die Menschen denkt, schwärmt Corleone nur fortwährend von seinem geliebten Billard Boccia, für das man statt der besagten dünnen Stöcke ein besonderes Geschick in der Koordination von Handflächenspannung, Unterarmwinkel und Oberarmschwung braucht. Oder so ähnlich.

Und das einen vor allem nicht zwecks seltsamer Verrenkungen mit dem Stock dazu zwingt, auf eine würdelose Weise in Hemdsärmeln zu spielen. Dabei gäbe Corleone zweifellos auch darin eine gute Figur ab. Doch die Menschen in den Cinque Terre sind sicher eher aufgeschlossen als zugeknöpft. Aber deswegen noch lange nicht hemdsärmelig.

Cinque (sprich: tschinkue) Terre, ein unverfälschtes Stück Italien, ca. 80 km südl. von Genua; CINQUE, Mode für Männer und Frauen; (Bezugsquellen: Cinque, Postfach 167, 4050 Mönchengladbach 1).



Rühe: Wechsel in der Ost-CDU

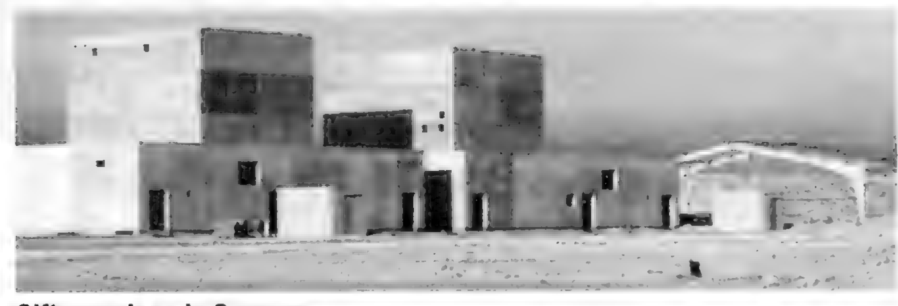
CDU-Generalsekretär Volker Rühe will seiner Partei die Führungskräfte in Ostdeutschland auswechseln, um den Abstieg der Landesverbände zu stoppen. Prominentestes Opfer könnte der brandenburgische Parteichef und stellvertretende Bundesvorsitzende Lothar de Maizière werden.

Im Bonner Konrad-Adenauer-Haus wurde registriert, daß der frühere DDR-Ministerpräsident seit der „Czerni-Affäre" (SPIEGEL 50/1990) um seine Rolle als inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit kaum noch präsent ist und die Arbeit der CDU-Grundsatzkommission vernachlässigt.

Laut Bestandsaufnahme hat die Ost-CDU nur noch 100 000 Mitglieder – Mitte 1990 waren es noch 30 000 mehr. Schlimmer nach Rühes Urteil jedoch: Von 21 000 Neuzugängen 1990 haben 4000 die Partei wieder verlassen. Die CDU werde zu stark mit ihrer DDR-Vergangenheit als Blockpartei identifiziert, heißt es in Bonn.

Die schlechte Stimmung in Brandenburg wirke bis in den Berliner Landesverband hinein, beklagte Rühe intern; das sei „keine Privatsache der Brandenburger CDU, hier geht es um Stimmen für die CDU Deutschlands". Noch im Herbst soll, geht es nach Rühe, auf einem Parteitag die Spitze neu besetzt werden. Bislang ist jedoch kein Nachfolger für de Maizière in Sicht; der stellvertretende Landesvorsitzende Peter Wagner, der in Frage käme, strebt frustriert in seine Arztpraxis zurück.

Deprimierend für die CDU ist auch die Lage in Mecklenburg-Vorpommern. Im Konrad-Adenauer-Haus kursiert die Idee, die Führung auf einem Sonderparteitag im Oktober von Verkehrsminister Günther Krause auf Frauenministerin Angela Merkel übergehen zu lassen. Offen ist außerdem, wer im November Nachfolger des angeschlagenen Landesvorsitzenden Gerd Gies in Sachsen-Anhalt wird, der als Ministerpräsident zurücktreten mußte. Gute Chancen hat der Parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion, Clemens Schwalbe. Bei der Entscheidung, ob in Sachsen Kurt Biedenkopf den umstrittenen Parteivorsitzenden Klaus Reichenbach ablöst, wird Biedenkopfs Erzfeind Helmut Kohl ein Wort mitreden. Generalsekretär Rühe hätte gegen seinen Vorvorgänger nichts einzuwenden. Sein Ziel heiße allein, „die Erneuerung zu forcieren".



Giftgasanlage in Samarra

Fotos aus Samarra

Im Prozeß wegen der Errichtung der Giftgasanlage im irakischen Samarra will die Darmstädter Staatsanwaltschaft Inspektoren der Uno als Zeugen laden. Sie hatten in den letzten Wochen die Fabrik nördlich von Bagdad besichtigt, auch Geheimberichte der Uno möchten die Staatsanwälte auswerten. Die 13. Strafkammer des Landgerichts Darmstadt soll die notwendigen Rechtshilfe-Ersuchen bei den Vereinten Nationen stellen. Die Uno-Inspektoren hatten, zum Teil heimlich, Fotos der Anlagen im Irak gemacht. Darauf sind die Namen deutscher Firmen zu erkennen. So sind auf Samarra-Fotos Firmenschilder des hessischen Unternehmers Pilot Plant zu sehen. Andere Aufnahmen zeigen den Namen der fränkischen Firma Ludwig Hammer; ein Ermittlungsverfahren gegen einen Hammer-Mitarbeiter war Anfang des Jahres eingestellt worden. Auch der Name der Preussag AG in Hannover ist zu erkennen. Bei Inspektionen im irakischen Falludscha stieß das Uno-Team außerdem auf eine rund acht Millionen Mark teure Kampfstoffanlage, die offenkundig von der Hamburger Firma W.E.T. geliefert worden ist. Bis vor kurzem war den Behörden unklar, in welchen Teil des Irak die Fabrik zwischen Juni 1987 und Januar 1988 versandt worden war. Der Wert der Fotos für deutsche Ermittler wird von Experten jedoch als gering eingeschätzt, da etliche der Lieferanten möglicherweise nicht den wahren Zweck der Anlage gekannt hätten.



Sicherheitskontrolle am Pan-Am-Schalter

Sicherheit eingeschränkt

Die marode US-Fluglinie Pan Am, die größtenteils in den Besitz des Konkurrenten Delta Air Lines übergeht, hat jetzt auch noch Probleme mit den vorgeschriebenen Sicherheitskontrollen. Dem Tochterunternehmen Alert Management Systems, bei Pan Am zuständig für die Kontrolle von Passagieren und Gepäck, laufen derzeit reihenweise die Mitarbeiter weg. Die Alert-Leute, ohnehin allesamt zum 31. August gekündigt, bleiben der Arbeit fern oder feiern krank. Die Folge: Bei gleichbleibendem Passagieraufkommen ist die Suche nach Waffen und Sprengstoff nur noch eingeschränkt möglich. Auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen, der größten Pan-Am-Basis in Deutschland, waren vergangene Woche noch gerade die Hälfte der vorgesehenen Sicherheitsagenten im Einsatz. Letzten Freitag schließlich übertrug der Frankfurter Pan-Am-Chef Ray McIntyre („Wir haben keine Security-Probleme") einen Teil der Kontrollen an eine neue Firma. Doch deren 20 Mitarbeiter konnten die Lücke auch nicht füllen.

Planspiele um Geiseln

Im Bonner Justizministerium wird darüber nachgedacht, wie die beiden libanesischen Hamadi-Brüder, die Haftstrafen wegen Mordes, Geiselnahme und Flugzeugentführung verbüßen, gegen die beiden deutschen Geiseln Heinrich Strübig und Thomas Kemptner ausgetauscht werden könnten, die vom Hamadi-Clan im Libanon entführt worden waren. Eine Begnadigung wäre problematisch: Sie setzt voraus, daß die Strafe

zu einem großen Teil verbüßt ist – was bei den Hamadi-Brüdern nicht der Fall ist. Sie wurden 1988 und 1989 zu lebenslanger beziehungsweise zu 13 Jahren Haft verurteilt. Außerdem ist der Gnadenerweis eine Art Belohnung für den resozialisierten Täter – dafür gibt es bei keinem von beiden Anzeichen. Aber nach der Strafprozeßordnung ist durchaus ein Weg vorgezeichnet, den Konflikt zu lösen. Der Paragraph 456a gibt die Möglichkeit, „von der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe" abzusehen, wenn der Täter aus der Bundesrepublik ausgewiesen wird. Für diese Lösung gibt es einen Präzedenzfall: Ein wegen Mordes verurteilter Libyer wurde 1983 im Austausch gegen vier Deutsche, die in Libyen festgehalten wurden, des Landes verwiesen, „aus übergeordneten Interessen", wie es damals hieß, „und aus humanitären Aspekten". Die Sorge der Bundesregierung dabei: Sie will keinesfalls in den Ruf geraten, sie sei von Geiselnehmern erpreßbar. Diese harte Linie gilt, seit SPD-Kanzler Helmut Schmidt 1977 den Entführern des Arbeitgeber-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer nicht nachgab.



Mohammed, Abbas Hamadi

Geheime Baupläne

Mit absurder Geheimniskrämerei blokkiert die Bundeswehr die zivile Nutzung militärischer Anlagen. Bislang vergebens bemühte sich Willi Hörter, CDU-Oberbürgermeister von Koblenz, bei den Militärs um die Baupläne für die in der Innenstadt gelegene Boelcke-Kaserne. Die Stadt will Teile der Anlage demnächst als Musik- und Volkshochschule ausbauen. Dafür benötigt sie allerdings die Baupläne. Hörters Ansinnen wurde von der Bundeswehr mit der Begründung abgelehnt, die gewünschten Zeichnungen seien „streng geheim". Das Militärareal wird jedoch bald nicht mehr für die Soldaten benötigt. Nach den Plänen von Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg ziehen aus Koblenz mehr als 5000 der insgesamt 9000 Bundeswehrangehörigen ab. Nicht einmal die Intervention von Christdemokrat Hörter bei seinem Parteifreund Helmut Kohl konnte die Militärs von ihrem Versteckspiel abbringen.

„Streng vertrauliche Verbindung“

Der Stasi-Oberst Alexander Schalck hat nicht nur vertraulichen Umgang mit CSU-Chef Franz Josef Strauß gepflegt, sondern auch in der Bundesrepublik einen Ring mit Einflußagenten in Wirtschaft und Verwaltung aufgebaut. Die immer neuen Enthüllungen bringen vor allem die Union in Bedrängnis: Das Denkmal Strauß zerfällt.

Zum „ersten Freitag nach Silvester“ hatte Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter (SPD) mal wieder privat zu einer kleinen Tafelrunde ins Turmstüberl des alten Münchner Rathauses eingeladen.

Bei Faßbier und Filetsteaks, die aus dem benachbarten Ratskeller herbeigeschafft wurden, plauderten ein paar langjährige gute Bekannte mit dem OB übers aktuelle Zeitgeschehen: die Politologen Kurt Sontheimer und Paul Noack sowie Chefredakteur Hans Riehl vom Münchner Boulevardblatt *tz* nebst weiblicher Begleitung.

Ehrengast in Kronawitters Plauderzirkel war am 5. Januar 1990 der damalige US-Generalkonsul David Joseph Fischer, ein partyerprobter Bayern-Fan (Fischer-Wahlspruch: „Schmankerl halten Leib und Seele zusammen“).

Das Gespräch kam schnell auf eine aktuelle Grundstücksaffäre des CSU-Ministerpräsidenten Max Streibl, der von der Caritas Baugrund zu einem ungewöhnlich niedrigen Preis erworben hatte. Kronawitter fragte reihum, was seine Gäste davon hielten.

An die Antwort des US-Diplomaten Fischer erinnern sich mehrere Teilnehmer.

Der Amerikaner sei hochgefahren und habe, zu Kronawitter gewandt, wissen wollen, warum man sich denn über die Lappalie von Streibl so aufrege, wo doch dessen Vorgänger Franz Josef Strauß „50 Millionen gemacht“ habe. Das Gespräch im Turmstüberl blieb vertraulich, bis Springers *Welt*, zu Lebzeiten des FJS ein stets verläßlicher Verehrer des großen Vorsitzenden, es am Mittwoch vergangener Woche publik machte. Generalkonsul Fischer, so das Blatt, habe auch mitgeteilt, wie Strauß die 50 Millionen Mark „nebenher und großenteils illegal“ verdient habe – „durch mancherlei Geschäfte“ mit dem Stasi-Obersten und Deviseneintreiber der DDR, Genossen Alexander Schalck-Golodkowski, „darunter auch Waffengeschäfte“.

Die Attacke war letzte Woche Höhepunkt einer Kampagne, die vor allem konservative Medien von *Bild* und *Welt* bis zur Illustrierten *Quick* gegen ihr früheres Idol aus Bayern führen, seit das ZDF vor vier Wochen Franz Josef Strauß bezichtigt hatte, er habe mit Schalck in Ost-Berlin gemeinsame Sache gemacht (siehe Kasten Seite 22).

Mit Strauß geriet letzte Woche ein anderer toter Christdemokrat unter begründeten Verdacht, er habe sich in den Netzen der Stasi verfangen – Uwe Barschel. Der CDU-Mann, der 1987 als schleswig-holsteinischer Ministerpräsident über die Waterkantgate-Affäre stürzte und unter ungeklärten Umständen den Selbstmord im Genfer Hotel Beau-Rivage beging, war ganz offenbar – dank amouröser Ausflüge nach Rostock – für die Stasi erpreßbar (siehe Seite 26).

CSU und CDU könnten durch die Enthüllungen über Verstrickungen in die Machenschaften der Stasi ins Schleudern kommen. Denn daß ausgerechnet



Partner Strauß, Schalck*: Persönliche Widmung für den Stasi-Mann

* 1984 auf der Leipziger Messe.



US-Generalkonsul Fischer*: „Alles Quatsch"?

zum amerikanischen Geheimdienst, der Central Intelligence Agency (CIA).

Er habe, soll sich Fischer gebrüstet haben, Akten der DDR-Staatssicherheit auf seinem Schreibtisch gehabt, lange bevor sie der westdeutsche Bundesnachrichtendienst (BND) zu Gesicht bekam.

Die Strauß-Kinder Monika, Max und Franz Georg verwiesen die Story der *Welt* in den Bereich „abenteuerlicher und bösartiger Gerüchte aus zweiter, dritter oder vierter Hand". Die Berichte über Provisionszahlungen von 50 Millionen Mark seien „rundum falsch": „Als Kinder wie als Erben von Franz Josef Strauß wissen wir, daß es solche Geschäfte mit solchen Provisionen zu keiner Zeit und nirgendwo mit und ohne Schalck-Golodkowski gegeben hat." Die Strauß-Erben kündigten an, sie würden gegen die *Welt* auf Widerruf klagen.

Parallel dazu intonierte CSU-Generalsekretär Erwin Huber letzte Woche unverdrossen das Loblied auf den ostpolitischen Samariter Strauß, der durch sein selbstloses Wirken „Tausende von Familien zusammengeführt" und „Hunderte von Gefangenen des SED-Regimes aus ihren politischen Kerkern befreit" habe.

In Wahrheit sorgt sich die CSU-Spitze, die klaffenden Risse im Strauß-Denkmal könnten an der Parteibasis und im rechten Sympathisantenumfeld der Christsozialen zu schlimmen Verwerfungen führen. Die anhaltenden Attacken auf ihren toten Heros haben die Parteiführung total verunsichert.

Schon einmal hat die CSU-Klientel allergisch auf ihren Deutschlandpolitiker Strauß reagiert. Als 1983 die Rolle des Parteivorsitzenden bei der Einfädelung des Bonner Millliardenkredits an die DDR ruchbar wurde, gab es Massenaustritte aus der Partei – und der CSU-Bundestagsabgeordnete Franz Handlos gründete aus Trotz die Republikaner, die dann bei der nächsten Landtagswahl in Bayern aus dem Stand drei Prozent der Wählerstimmen eroberten.

In Bayern sind die Mutmaßungen und Spekulationen um den Milliardenkredit seit damals nie verstummt – nicht zuletzt deshalb, weil bekannt wurde, daß beim Kreditvertrag unter Federführung der Bayerischen Landesbank die übliche Bankprovision vereinbart worden war. Auch ein Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags konnte nicht klären, wo die Millionen geblieben sind.

Los werden möchte die CSU als erstes jenen Mann, der ihr das

Spitzenleute der westdeutschen Konservativen mit den Kommunisten drüben gemauschelt haben, ist den rechten Stammwählern der Union kaum zu vermitteln. „Die Regierung", beteuerte ein Kanzlervertrauter letzte Woche besorgt, „tut alles, um ja nicht in den Geruch der Kumpanei mit diesem Herrn Schalck zu kommen."

Wieweit der Amerikaner Fischer tatsächlich Strauß mit Schalcks Geschäften in Verbindung gebracht hat, ist unklar.

Die Teilnehmer der Kronawitter-Runde sind da uneins. Fischer selbst, heute Präsident des „World Affairs Council of Northern California" in San Francisco, stellte am letzten Freitag gegenüber dem SPIEGEL den Gesprächsverlauf so dar: „Meine Frage an diesem Abend war, warum niemand im deutschen Journalismus den Mut gehabt hat, über Korruption zu schreiben, zum Beispiel die Tatsache, daß Franz Josef Strauß als ein wohlhabender Mann gestorben ist und dies nicht mit dem Gehalt als Politiker noch Minister und Ministerpräsident von Bayern übereinstimmen kann."

Es sei, beteuert Fischer, aber kein Wort über Geldsummen, Waffen oder Schalck gefallen – „alles Quatsch".

Alles wohl nicht. Kurz vor Fischers Abschied aus München war die gleiche Runde am 21. Dezember letzten Jahres noch einmal versammelt, diesmal in Kronawitters Privatwohnung in München-Perlach. Und diesmal habe Fischer, erinnern sich mehrere Teilnehmer genau, unmißverständlich wissen lassen, woher seine Informationen stammen – von seinen Beziehungen



Stasi-Chef Mielke, Mitarbeiter Schalck (1983)
„Information für Genossen Minister nur persönlich"

* Mit Kronawitter-Ehefrau Hildegard (links) in München.

alles eingebrockt hat: den ehemaligen Deviseneintreiber des SED-Regimes und Stasi-Spitzenfunktionär Schalck-Golodkowski, der nach seinem fluchtartigen Abgang aus dem Osten seit Anfang 1990 unbehelligt am Tegernsee wohnt.

Schalck, erklärte Innenminister Edmund Stoiber am vergangenen Freitag, sei in Bayern „eine unerwünschte Person". Stoiber ruppig: „Ich wünschte, er würde so schnell wie möglich verschwinden."

Der Wunsch kommt zu spät. Was immer in den nächsten Monaten noch bröckchenweise an Verstrickungen zwischen Stasi und westdeutschen Politikern ans Licht gefördert wird: Schon jetzt ist sicher, daß das Ansehen des toten Strauß nachhaltig beschädigt ist.

Denn der Mann, mit dem Franz Josef Strauß sich – wie auch immer – einließ und dem er Dinge bei konspirativen Treffen anvertraute, die jede westdeutsche Sekretärin wegen Landesverrats für Jahre hinter Gitter gebracht hätten, war Ost-Berlins bester Agent im Westen – so wertvoll womöglich wie der Spitzel Günter Guillaume an der Seite von Willy Brandt.

Schalck, getarnt als biederer Staatssekretär im Ost-Berliner Außenhandelsministerium und Leiter des SED-Unternehmens „Kommerzielle Koordinierung" (KoKo), gehörte zur Spitze des Ministeriums für Staatssicherheit. Seinen Auftrag formulierte der Geheimdienstmann in einer „streng geheimen" Notiz für seinen Chef Erich Mielke: Er sei beauftragt, „auch unter komplizierten Lagebedingungen bzw. in besonderen Spannungssituationen" den Laden DDR am Laufen zu halten.

Diesem Ziel dienten nicht nur jene Firmen, die verdeckt als Stasi- und KoKo-Dependancen im Westen arbeiteten. Der Deviseneintreiber der Einheitssozialisten baute parallel dazu ein flächendeckendes Netz von Agenten in der Bundesrepublik auf – nicht nur in der Industrie, sondern auch in Ministerien und Behörden.

„Diese speziellen Verbindungen" zu „ausgewählten Personen in Einrichtungen, Banken, Konzernen und Firmen ... begründen sich", hielt Schalck im April 1985 schriftlich fest, „auf das politisch loyale, kommerziell korrekte und persönlich disziplinierte Verhalten der Inhaber, Geschäftsführer". Über „finanzielle Zuwendungen" sei die „materielle Abhängigkeit ausgewählter Personen weiter auszubauen". Die Mafia läßt grüßen.

Am Sinn dieser Aktion ließ Schalck keinen Zweifel: Die „persönlichen Kontakte zu ... Vertrauenspersonen" müßten so weit vervollkommnet werden, daß sie „bereits in *normalen* Lagebedingungen einen konkreten Beitrag zur Aufklärung des Vorgehens kapitalistischer Behörden, Einrichtungen, Konzerne und Firmen gegenüber der DDR" liefern könnten. Schalck weiter:

> Die Auftragserteilung an diese Personen hat gedeckt unter Wahrung der Konspiration durch die vom Stellvertreter des Leiters festgelegten Mitarbeiter zu erfolgen. Zu den ... Firmen und Personen sind Objektvorgänge anzulegen.

Mit Hilfe dieser noch längst nicht enttarnten KoKo-Agenten im Handel, in der Wirtschaft und im westdeutschen Staatsapparat sollte im Fall der „Mobilmachung" und des „Verteidigungszustands" erreicht werden:

- ▷ „unbedingte Sicherung, Erweiterung und effektiver Einsatz des Valutavermögens;
- ▷ „Entfaltung und Sicherung der speziellen Auslandsverbindungen zur Durchführung besonderer Finanz-/Geschäftsoperationen im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW);
- ▷ „Beschaffung/Import strategisch und militärisch wichtiger Materialien/Rohstoffe und Ausrüstungen/Waffen".

Mit diesem Mann pflegte Strauß Umgang wie mit einem Spezi. Nach einem Besuch der Leipziger Herbstmesse 1985 bedankte sich der bayerische Ministerpräsident bei dem Genossen Schalck überschwenglich für dessen Gastfreundschaft. Eitler Originalton Strauß:

> Als sichtbares Zeichen meines Dankes übersende ich anbei für Sie den Bildband „Franz Josef Strauß – Der Mensch und der Staatsmann" und für Ihre Gattin den Bildband „Marianne Strauß – Ein Buch der Erinnerung", in dem das Leben und Wirken meiner Frau gewürdigt wird. Ich habe beide Bände jeweils mit einer Widmung versehen.

Der so reich Beschenkte vergalt die Männerfreundschaft schlecht: Er verfertigte über alle Begegnungen mit dem CSU-Vorsitzenden umfangreiche „Informationen" für seine Brötchengeber in Ost-Berlin.

Strauß plauderte nicht nur, nach Schalcks Aussagen oftmals angetrunken, über Familiäres, Frauen und Parteifreunde. Er gab auch Politikgeheimnisse preis – etwa eine „streng interne Einschätzung" der Unionsspitze zu den Mittelstreckenraketen-Verhandlungen zwischen Washington und Moskau.

An der Unionsrunde im Mai 1987 beteiligten sich nach dem Schalck-Protokoll außer Strauß Kanzler Helmut Kohl, dessen damaliger Verteidigungsminister Manfred Wörner und Kohls Amtschef Wolfgang Schäuble.

Bevor FJS loslegte, bat er seinen Gesprächspartner Schalck, so notierte der in einer vom 12. Mai 1987 datierten „Information" an den ostdeutschen Wirtschaftslenker

Berlin, 27.10.1988

Genossen Minister Mielke

Lieber Genosse Minister!

Vereinbarungsgemäß kam es am 27.10.1988 zu einer Zusammenkunft mit dem Unternehmer Willi März. Er überbrachte im Auftrag von TANDLER noch von STRAUß unterschriebene Dokumente mit der Bitte um positive Prüfung und Entscheidung.

Nach Aussagen von März kam es vor wenigen Tagen zu einem ausführlichen Gespräch zwischen TANDLER und ihm. März schätzte TANDLER als einen starken Mann in der Partei ein, der aus seiner Sicht bei der Beurteilung auch zur Weiterführung der Beziehungen der CSU zur DDR einen wichtigen Platz einnehmen wird. TANDLER wird im Rahmen der CSU nach Aussagen von März die Funktion eines "Stabschefs" einnehmen.

Nach der Wahl des neuen Vorsitzenden – nach den heutigen Erkenntnissen aufgrund der einzigen Kandidatur Dr. WAIGEL – ist damit zu rechnen, daß ein erstes Treffen zwischen WAIGEL/TANDLER und mir möglicherweise im Dezember dieses Jahres vorgeschlagen wird. Die Stellung des Unternehmens März als gedeckte Finanzquelle der CSU bleibt unverändert.

Zur Person des Bayrischen Ministerpräsidenten STREIBL wird festgestellt, daß er ein verantwortlicher Politiker ist, der diese Funktion

als Ministerpräsident erfolgreich ausführen wird. Politische Entscheidungen von Tragweite, insbesondere was die Beziehungen zur DDR anbetrifft, werden von ihm nicht getroffen und auch nicht beeinflußt.

Schalck-Brief an Mielke (Ausriß)
„Gedeckte Finanzquelle der CSU"



März-Gästehaus Gut Spöck: „Zweimal von Franz Josef dahin geschleppt"

Günter Mittag, eindringlich um Diskretion. „Bei der Weitergabe" dieser Informationen dürfe sein Name, so Strauß laut Schalck, unter keinen Umständen genannt werden.

Die Bitte an den Stasi-Offizier um Diskretion war naiv, aber verständlich: denn die Bonner Mini-Runde kritisierte heftig den Bündnispartner USA.

Beim Abzug aller sowjetischen Mittelstreckenwaffen aus Europa und dem Verzicht der USA auf Nachrüstung, der sogenannten Null-Lösung, analysierten Wörner, Schäuble und Strauß, sei zwar die Sicherheit der Amerikaner „voll" und die anderer Nato-Staaten „weitgehend" gewährleistet. Für die „BRD (und dies würde auch für die DDR gelten)", notierte Schalck für die Seinen, existierten allerdings „durch den Weiterbestand von taktisch-operativen Raketen kürzerer Reichweite" erhebliche „Gefahren".

Es gebe, „nach Einschätzung der BRD" (Schalck), im Raketen-Arsenal der Supermächte ein deutliches Mißverhältnis zugunsten der UdSSR. Moskau, erfuhr der Honecker-Vertraute von Strauß, besitze 1540 Raketen kurzer Reichweite (125 bis 500 Kilometer), Washington nur 120; bei Raketen mittlerer Reichweite (500 bis 1000 Kilometer) betrage das Verhältnis 160:72 zugunsten der UdSSR.

„Als Schlußfolgerung daraus", meldete Schalck, „wollen die USA eine massive Aufrüstung in der BRD bei der Waffenart 0 bis 500 km durchsetzen, was die Regierung der BRD" aber nicht wolle.

Schalck: „Strauß bekräftigte nochmals seine völlige Übereinstimmung mit der Feststellung Erich Honeckers, daß das Teufelszeug weg muß." „Nach Auffassung von Strauß", so Schalck weiter,



Strauß-Freund März
Verbindungsmann nach Ost-Berlin

ergäben sich aus der Raketen-Arithmetik folgende Konsequenzen:

1. Nullösung für Mittelstreckenraketen der Reichweite 1000 bis 5000 km.

2. Auf dem Territorium der BRD sollten bei den Mittelstreckenraketen der Reichweite 500 bis 1000 km 80 Stück stationiert werden (40 Stück bei der Bundeswehr sowie 40 Stück bei der US-Armee). Gegenwärtig bestehen 72 Stück Pershing-Raketen.

3. Bei den operativ-taktischen Raketen bis 500 km, bei denen gegenwärtig ein Verhältnis von 10:1 zugunsten der UdSSR besteht, müßte seitens der UdSSR eine bedeutende Reduzierung erfolgen.

Auch über Bonns Probleme mit der DDR war die Ost-Berliner Führung dank Strauß bestens unterrichtet. Im Mai 1988 informierte der Bayer („Äußerst vertrauliche Behandlung") den Stasi-Oberst Schalck, in der Führung der Unionsfraktion habe eine „Strategiediskussion" stattgefunden, bei der „zwei politische Konzeptionen" über den Umgang mit Ost-Berlin diskutiert worden seien:

▷ „Politik der Konfrontation mit allen ökonomischen Konsequenzen . . . unter Inkaufnahme aller sich daraus für die BRD und Berlin (West) ergebenden negativen Folgen";

▷ „Politik des Dialogs, des Aufeinanderzugehens" bis zur „Einschränkung des Niveauunterschiedes in Wirtschaft und Warenangebot, Abschluß von langfristigen Vereinbarungen".

„Das Gremium", beruhigte Schalck das Politbüro, habe sich „eindeutig für den zweiten Weg entschieden, weil es auch nach Auffassung von Strauß dazu keine Alternative" gebe.

Strauß und sein Intimfreund, der Rosenheimer Fleischfabrikant Josef März, halfen der SED-Führung immer wieder gern, ihre Deutschlandpolitik auf die Bonner Gemengelage abzustimmen.

Über März erfuhren beispielsweise Schalck und Stasi-Minister Erich Mielke, daß sich am 1. Mai 1987 auf Gut Spöck bei Rosenheim, dem Gästehaus der Familie März, Bundeskanzler Helmut Kohl und Strauß geheim getroffen hatten – ihr Thema: „alle aktuellen politischen Fragen, die die Sowjetunion und die DDR berühren".

Als Hintergrundwissen dienten den Diskutanten „interne Berichte" (Schalck) des amerikanischen Geheimdienstes CIA, die, offenbar zu Schalcks Verblüffung, auch Gastgeber März „zur Kenntnis gegeben wurden". Das für

„Hektisch und dreist“

Die Konflikte der Rechtspresse mit der CSU um die DDR-Kontakte von Franz Josef Strauß

Das waren noch Zeiten. „Zu Lebzeiten von Axel Springer“, klagte CSU-Generalsekretär Erwin Huber letzte Woche, hätte die *Bild*-Zeitung „das Lebenswerk des großen Staatsmannes und deutschen Patrioten Franz Josef Strauß objektiv gewürdigt“.

So aber, sechs Jahre nach Springers Tod, knapp drei Jahre nach dem Ende von Strauß, feuerte das Flaggschiff des Springer-Konzerns Breitseiten gegen den einstigen *Bild*-Favoriten und dessen „unheimliche Nähe“ zu dem damaligen DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski. *Bild*-Schlagzeile am Dienstag letzter Woche: „Geheime Briefe beweisen – Strauß & Schalck, Geschäfte und Geschenke“.

Es ging um neue Informationen zu einer Affäre, über die Ende Juli schon das ZDF mit der CSU aneinandergeraten war: die engen politischen, geschäftlichen und persönlichen Beziehungen, die der Konservative Strauß zu Erich Honeckers einstigem Oberschieber, dem Stasi-Oberst Schalck-Golodkowski, 59, unterhalten hatte (SPIEGEL 33/1991). Das Massenblatt *Bild* (Auflage: 4,9 Millionen) richtete nun „hiermit an die Freunde von Franz Josef Strauß“ die Frage: „Wie erklärt man das alles den Wählern der CSU – und den Menschen in den neuen Bundesländern?“

Das alles – es stammte diesmal aus einer Quelle, auf die sich Strauß und die CSU einst ebenso hatten verlassen können wie auf *Bild* und das ZDF: Die Springer-Zeitung zitierte aus einem Bericht der Münchner Illustrierten *Quick*, die dem konservativen Heinrich Bauer Verlag in Hamburg gehört. Das Bilderblatt hatte für eine ungenannte Summe Kopien von Vermerken und Briefen erworben, in denen Schalck-Golodkowski dem Stasi-Minister Erich Mielke in den achtziger Jahren minutiös über seine Kontakte zu Strauß und dem inzwischen ebenfalls verstorbenen Rosenheimer Fleischmillionär Josef März, einem Strauß-Freund und früheren CSU-Funktionär, berichtet hatte.

In ihrem Bericht attackierte die *Quick* vor allem „die wahre Rolle“ des einflußreichen Schalck-Golodkowski „im Machtapparat der DDR“; Strauß wurde verbal („gut gemeint“) eher geschont, doch die Story blieb peinlich für ihn.

Die *Bild*-Zeitung aber griff frontal den freundschaftlichen Ton an (*Bild*: „geradezu überschwenglich“), in dem sich Strauß 1985 nach einem Leipzig-Besuch brieflich bei Schalck bedankt hatte – mitsamt Bildbänden des Ehepaares Strauß und handschriftlicher Widmung. „Man mochte sich offenbar“, kritisierte die Boulevardzeitung die offenkundig „herzliche Männerfreundschaft“, die den Eindruck der „Kungelei“ vermittele.

Genau diesem Eindruck, den schon das ZDF geschildert hatte, waren die CSU und die drei Strauß-Kinder mit wütender Polemik entgegengetreten. *Bild* half zunächst mit: „ZDF schändet unseren Vater“, wurden die „Strauß-Kinder“ vorletzte Woche in einer Schlagzeile zitiert. Strauß-Tochter Monika Hohlmeier, 29, kam auch letzte Woche nach der *Bild*-Attacke noch einmal mit einem Brief zu Wort, in dem sie ihrem Vater „Distanz zum politischen Unrechtssystem der SED“ bescheinigte.

Doch *Bild*-Chefredakteur Hans-Hermann Tiedje, 42, pocht auf die Strauß-Korrespondenz mit Schalck-Golodkowski: „So'n herzlichen Brief hat mir noch nie jemand geschrieben, es sei denn meine Frau.“ Die Haltung der Strauß-Tochter findet Tiedje „menschlich bewegend“, aber in einem *Bild*-Kommentar verbat er sich die „ebenso hektische wie dreiste“ Reaktion von CSU-Generalsekretär Huber, der ihm einen „Erklärungsnotstand“ jener Presseorgane vorhielt, „die aus trüben Stasi-Quellen schöpfen“. *Bild*, so Kommentator Tiedje, werde „auch künftig objektiv“ über das Tagesgeschehen berichten, „wen immer es betrifft: Strauß, Schalck, Barschel – oder Huber“.

Daß Axel Springer die Kritik an Strauß unterbunden hätte, wie Huber meint, bezweifelt Tiedje. Der Verleger, so der *Bild*-Chef, habe schließlich den Brief von Strauß an Schalck-Golodkowski nicht gekannt und hätte „mit Sicherheit so einen Brief nicht geschrieben“. Tiedje: „Ich verbitte mir den Vergleich zwischen Springer und Strauß in dieser Sache.“

Auch Springers *Welt* reihte sich in den Chor der Strauß-Enthüller ein – wenn auch offenbar mit Bauchgrimmen. In einer Leitglosse auf Seite 1 wetterte *Welt*-Chefredakteur Manfred Schell am Mittwoch letzter Woche über den „Medienrummel“ und die „widerliche“ Strauß-Debatte. Auf Seite 3 leistete das Blatt zu dieser Debatte selbst einen markanten Beitrag: Dort verbreitete der Münchner *Welt*-Korrespondent Hannes Burger die angebliche Aussage des US-Diplomaten David Fischer über Straußens Millionen-Geschäfte mit Alexander Schalck-Golodkowski.

Der Schell-Kommentar entsprang offenbar noch dem einst andressierten politischen Reflex. Kritik am konservativen Säulenheiligen Strauß wäre früher bei *Welt* und *Bild* tatsächlich undenkbar gewesen.

Welt-Chef Schell: „Widerliche Debatte“

In den Siebzigern und Anfang der achtziger Jahre zogen die beiden rechten Leitblätter für Strauß und Kohl gegen die Sozial-Liberalen zu Felde. Mit ihnen rühmte auch ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal den „weit- und klarsichtigen“ CSU-Genius, das Haßobjekt „östlicher Geheimdienste“. Und *Quick*-Verleger Heinz Bauer flog Strauß in den Siebzigern eigenhändig zu einer politischen Werbeveranstaltung nach Hamburg und widmete der Union eine Wahlkampfspende von einer Million Mark. Doch die Tendenzgrenzen der Medien



***Bild*-Chef Tiedje**
„Geschäfte und Geschenke"

sind in den letzten Jahren durchlässiger geworden. Die Parteibindung vieler Journalisten und Redaktionen, oft eine Folge fundamentaler politischer Konflikte der Nachkriegsära, hat sich gelockert. Der verschärfte Medienwettbewerb im wiedervereinigten Deutschland forciert die journalistische und geschäftliche Konkurrenz. Kommerz statt politischer Inbrunst.

„Aufklärung statt Diffamierung" will *Quick*-Chef Richard Mahkorn leisten, dessen Blatt die Sozialdemokraten einst „nach Moskaus Pfeife tanzen" sah. Seine Redaktion habe die Strauß-Schalck-Dokumente nach langer Diskussion gekauft, rechtfertigt sich der Chefredakteur, weil „die Wahrheit der konspirativen Beziehungen zwischen der Staatsführung der DDR und der Bundesrepublik endlich komplett auf den Tisch gehört".

Auch der neue Springer-Vorstandschef Günter Wille verkündete jüngst das Ende konservativer Enge und versprach seinen Redakteuren „Freiräume" für investigativen Journalismus, damit sie „kontrovers diskutieren, pluralistisch und offen sein" könnten (SPIEGEL 29/1991).

Bild-Chef Tiedje war gleich nach der Strauß & Schalck-Schlagzeile schon wieder im Freiraum tätig. Am Donnerstag letzter Woche berichtete *Bild*, der frühere schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel sei „von der Stasi beim Sex gefilmt worden – in Zimmer 1417 des Warnemünder Nobelhotels ‚Neptun'". Tags darauf orakelte das Blatt, gestützt auf ein BND-Protokoll, Schalck-Golodkowski habe seinerzeit noch mehr „westliche Politiker und Firmen in Geschäfte verwickelt".

Ost-Berlin höchst interessante Kernthema der Debatte: Hält sich Gorbatschow länger, oder ist kurzfristig (Schalck: „CIA spricht von zwei Monaten") mit Änderungen zu rechnen?

Für Kohl, so referierte Schalck die Schilderungen des Gastgebers März, sei „von erstrangiger Bedeutung", wer in Moskau das Sagen habe; denn der Kanzler „geht davon aus, daß seine Koalitionsregierung für die nächsten 15 Jahre existieren wird".

Bei dem Treffen auf Gut Spöck habe der westdeutsche Kanzler, so teilte Schalck seinem Chef Mielke weiter mit, laut März nebenbei einen höchst interessanten Wunsch geäußert. Schalck:

> In diesem Zusammenhang offenbarte März, daß er über viele Jahre enge persönliche freundschaftliche Kontakte zu Kohl unterhält. Das veranlaßte Kohl zur Feststellung, daß es doch für alle Beteiligten leichter wäre, wenn die Verbindung Strauß zu uns auch ihn einbezieht und März als Verbindungsmann fungiert. Ich habe dazu festgestellt, daß mein Mandat in der Verbindung zu Strauß besteht und alles andere danach Sache der BRD-Seite ist, vorausgesetzt, daß diese Verbindung geheim bleibt, sonst wäre dieser Kontakt zu März wertlos. Die Geheimhaltung wurde von März zugesagt.

Kohl bestreitet, diesen Wunsch je geäußert zu haben. Der CDU-Vorsitzende räumt lediglich ein, er habe sich ab und an zu Wanderungen mit Strauß auf dem März-Anwesen getroffen.

Seinen Stallwachen in Bonn, Kanzleramtschef Rudolf Seiters und Kanzlerberater Eduard Ackermann, erzählte der Kanzler, derzeit in der Sommerfrische am Wolfgangsee, bei einer der täglichen Telefonkonferenzen, wie er März kennengelernt habe. Das sei 1976 im Umfeld des Kreuther CSU-Beschlusses gewesen, sich von der CDU zu trennen.

März, so Kohl heute, habe sich ihm damals als Gegner von Straußens Trennungspolitik vorgestellt. Später sei er „zweimal von Franz Josef auf dieses Gut Spöck geschleppt worden im Rahmen von Wanderungen". Strauß habe gesagt: „Guck dir das mal an, der hat da viele Tiere." Er als großer Tierliebhaber sei dieser Empfehlung gefolgt. Über Politik sei nie geredet worden, erst recht nicht über geheime CIA-Informationen.

Auch von Schalck sei nie die Rede gewesen. Mit dem SED-Mann, beteuerte der Kanzler, habe er nie gesprochen. Allenfalls, so ein Kanzlerberater, könne es sein, „daß Kohl dem im Amt mal zufällig über den Weg gelaufen ist", wenn Schalck als Honecker-Kurier in Bonn unterwegs war.

Der Fleischfabrikant und Strauß-Intimus Josef März war für den Stasi-Mann Schalck auch sonst eine Idealbesetzung. Der Unternehmer, mit der DDR seit Jahren gut im Geschäft, brachte Schalck 1983 mit Franz Josef Strauß zusammen. März fungierte als Mittelsmann, Gastgeber und Kurier bei den heiklen Kontakten zwischen München und Ost-Berlin.

Zum Schaden des Viehhändlers aus Rosenheim war die Seilschaft nicht. Das beweist etwa der rege Import von preiswertem DDR-Fleisch gerade während der Zeit, da Schalck bei der Suche nach einem Milliardenkredit im Westen erstmals auf den Wesensbruder Strauß stieß und ab und an bei den Märzens auf Gut Spöck logierte.

„Die Wochenquoten für Schweine und Bullen beispielsweise", erinnert sich ein Bonner Agrarexperte, seien 1982 und 1983 „deutlich erhöht" gewesen – zum Nachteil der einheimischen

* Auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1987 zusammen mit dem damaligen CSU-Generalsekretär Gerold Tandler, SED-Mann Schalck und dem damaligen Vorsitzenden der Bonner CSU-Landesgruppe Theo Waigel.



DDR-Gast Strauß, Gastgeber Honecker*: Ostpolitischer Samariter?

„Geld spielt keine Rolle“

Wie Schalck im Westen eine Lenin-Uhr erwarb

Alexander Schalck-Golodkowski stürmte mit dem Katalog eines Münchner Auktionshauses ins Zimmer seines Stellvertreters Manfred Seidel, zeigte auf eine abgebildete Uhr und ordnete an: „Det Stück ist unter allen Umständen zu ersteijern.“

Der Befehl löste eine Staatsaktion aus, die das DDR-Parteiunternehmen KoKo teuer zu stehen kam.

Im Katalog war die Uhr – ein Geschenk Lenins an den deutschen Revolutionsführer Karl Liebknecht – mit 45 000 Mark ausgezeichnet. Seidel schickte seinen Antiquitäten-Spezialisten Joachim Farken zur Versteigerung nach München. „Aus taktischen Überlegungen, damit nicht die DDR bei der Versteigerung offiziell in Erscheinung tritt“ (Seidel), ließ sich Farken von einem West-Berliner Kaufmann begleiten.

Die Emissäre nahmen 150 000 West-Mark mit. Auf diese Summe sei er gekommen, sagte der KoKo-Vize später, „weil ich davon ausging, daß man bei der Versteigerung bis maximal auf das Dreifache vom Ausgangsgebot geht“ – ein schwerer Irrtum.

Anfangs hatte das gemischte Doppel noch gute Karten. Erste Interessenten stiegen bei 60 000 Mark aus, ein sowjetischer Bieter bei 85 000. Doch dann mußten auch die KoKo-Leute passen: Ein Kölner Antiquitätenhändler bot 300 000 Mark und bekam den Zuschlag.

Daheim in Ost-Berlin bekam Schalck einen Tobsuchtsanfall. Er stauchte Seidel am Telefon zusammen und schrie: „Ich habe dir eindeutig den Auftrag erteilt, die Uhr unter allen Umständen zu besorgen.“

Seidel hielt lautstark dagegen: Mehr als 150 000 Mark sei „diese Scheißzwiebel“ doch nicht wert.

Der KoKo-Chef, immer noch um Fassung ringend, verlangte von seinem Adlatus einen „Bericht“, warum er die „Weisung nicht erfüllt“ habe. Schalck laut Seidel: „Kannst du dir nicht denken, wer die Uhr haben soll?“

Konnte der nicht: „Für mich kamen nur drei Personen in Frage – Mielke, Mittag oder Honecker.“ Auf Michail Gorbatschow, für den die Liebknecht-Uhr mit rotem Sowjetstern, Hammer und Sichel bestimmt war, kam der Genosse nicht.

Schalck gab nicht auf. Er ordnete an, „alles zu unternehmen, damit die Uhr in die DDR kommt“. Geld spiele „keine Rolle“.

Doch bei dem cleveren Kölner Antiquitätenhändler gerieten die SED-Einkäufer an einen harten Brocken. Der Mann, gab Schalcks Emissär Farken per Telefon nach Ost-Berlin durch, verlange für die Uhr 450 000 Mark, gebe sie aber nur her, wenn gleichzeitig ein Gemälde für 300 000 Mark gekauft werde.



KoKo-Objekt Lenin-Uhr
„Diese Scheißzwiebel“

Schalck willigte ein. Am 17. Juni 1987 meldete er in einem Schreiben an seinen Boß Günter Mittag „nach langwierigen und komplizierten Verhandlungen“ Vollzug – den Preis nannte er nicht.

Wohl aus Sorge, der oberste Ökonom der realsozialistischen Wirtschaft könnte hysterisch werden. In einem ersten Briefentwurf an Mittag hatte Schalck noch forsch gelogen: „Wir haben für den Kauf der Uhr 240 000 Mark bezahlt.“

Bauern, die ihr teureres Fleisch kaum loswurden.

Tatsächlich kauften 1981 westdeutsche Firmen für 251 Millionen Mark DDR-Fleisch, im Jahr darauf schnellte die Quote auf 321 Millionen hoch, 1983 waren es 293. Da das ostdeutsche Fleisch erheblich billiger war als EG-Fleisch, machten die Importeure gute Gewinne. Erst 1984, der Kredit war längst abgewickelt, sank der Umsatz auf den Stand von 1981 zurück.

Obgleich die Einfuhr-Kontingente stets neu ausgeschrieben wurden, teilten sich den lukrativen Markt bis zur Wende fast ausschließlich zwei Firmen – die März-Firma Marox in Rosenheim und der Fleischfabrikant Alexander Moksel in Buchloe, eine Autostunde von München entfernt.

Offiziell liefen solche Deals über den mit der DDR untergegangenen (und für kleines Geld an Moksel verschacherten) Außenhandelsbetrieb (AHB) Nahrung. Dessen Generaldirektor Manfred Wolf war den Wessis nicht immer willfährig. Als es vor fünf Jahren kriselte zwischen Wolf und März, mahnte FJS seinen Schalck, die „eingetretene Verschlechterung in den Geschäftsbeziehungen“ müßte „auf Dauer zum Positiven verändert“ werden.

Anlaß der Strauß-Demarche: Mitte Dezember 1986 hatte AHB-Wolf dem Marox-Chef angekündigt, er werde ihn „am 13., spätestens am 14. Januar 1987“ in Rosenheim besuchen. März antwortete, er müsse am 13. Januar in Togos Hauptstadt Lomé an der Parade anläßlich des Nationalfeiertages teilnehmen – ein wichtiger Termin: Marox besitzt in dem afrikanischen Kleinstaat nicht nur Fabriken, sondern auch eine riesige Rinderfarm.

Der clevere Unternehmer schlug Wolf einen teuren Kompromiß vor: Er werde einen Privat-Jet chartern, unmittelbar nach der Parade von Lomé direkt zum Airport Riem fliegen und am Abend in Rosenheim sein. Beim Innsbrucker „Tyrolean Jet Service“ orderte der Marox-Chef eine pfeilschnelle Falcon 50 (Kennzeichen: OE-HCS) für die Zeit vom 10. bis 14. Januar – Kosten: 93 000 Mark zuzüglich 890 Mark „Lande- und Parkgebühren“ in Lomé.

Doch Wolf kam nicht, und März blieb in Togo. Die Rechnung schickte er, garniert mit einer bösen Beschwerde, an den AHB Nahrung. Wolf mußte zahlen. Obendrein machte Schalck dem Generaldirektor klar, „im Interesse der Erhaltung der politischen Verbindung“ dürften „atmosphärisch keine Belastungen“ mehr entstehen.

Die Sorge des Landesvaters Strauß um den bayerischen Sohn März hatte offenbar nicht nur uneigennützige Gründe. Im Bayerischen kursieren seit Jahren Gerüchte, Strauß habe an vielerlei Geschäften partizipiert – nicht nur am Milliardenkredit für die DDR, sondern auch in To-



Schalck-Informant Strauß, Kanzler Kohl*: „Guck dir das mal an"

go und Kanada, beim Fleischimport und beim Export von Käse.

Die bayerische SPD beteuert zwar ihr reges Interesse an der Aufarbeitung der „Bavaria-Connection" (*Tageszeitung*) und fordert die Einsetzung eines bayerischen Untersuchungsausschusses. Doch bislang hält sich der SPD-Fraktionschef Karl-Heinz Hiersemann in Sachen Schalck zurück. Lediglich die Bad Tölzer Landtagsabgeordnete Christa Harrer (SPD) kämpft seit Monaten um mehr Engagement ihrer Partei: Die Aufklärung der Schalck-Aktivitäten und -Verbindungen sei ein „echter Prüfstein für die Glaubwürdigkeit des Parlaments".

Für die Zurückhaltung der bayerischen Sozis könnte es Gründe geben. Hiersemann strebt im nächsten Jahr das Amt des Vizepräsidenten im Landtag an und braucht für seine Wahl CSU-Stimmen; außerdem förderte Fleischmagnat Moksel die SPD im Unterbezirk Ostallgäu. Und die Firma Moksel machte selbst jahrelang beste Geschäfte mit Schalck.

Die größten Heuchler aber sitzen in der CSU. Daß die CSU-Führung, die jetzt so lautstark für die Ehre ihres Übervaters Franz Josef kämpft, in Wahrheit zu dem Toten längst auf Distanz gegangen ist, hat sie zwar der eigenen Basis bislang verschwiegen, nicht aber den Genossen von drüben.

Am 14. Februar 1989, vier Monate nach Straußens Tod, verfaßte Stasi-Schalck an Mielke eine „Information für Genossen Minister nur persönlich". Darin referiert er ausführlich eine Unterredung mit den Strauß-Nachfolgern Theo Waigel (Parteivorsitz) und Max Streibl (Ministerpräsident). Auszug:

> Die bisher aufrechterhaltene Verbindung über März wird von beiden Politikern nicht mehr gewünscht. Von ihrer Seite werden Personen ihres Vertrauens benannt, um den Kontakt, auch die Übermittlung von Botschaften zu gewährleisten. Streibl benannte für beide Politiker seine langjährige Sekretärin . . . bzw. in ihrer Abwesenheit die auch schon unter Strauß gediente Mitarbeiterin . . .
>
> Auf meine Frage, ob sich die Verbindung nicht bewährt habe, erklärten beide, daß die Verknüpfung der Freundschaft Strauß und Josef März nicht immer glücklich war und die CSU aufgrund auch finanzieller Verknüpfungen oft in eine schwierige Situation brachte. Die Interessen von Josef März u.a. in Togo, Spanien und Argentinien wurden von Strauß abgedeckt und dienten nicht nur staatlichen Interessen.
>
> Wie aus den Gesprächen zu entnehmen war, sind auch die Verbindungen zu den Kindern von Strauß auf eine sachliche Ebene beschränkt worden.

Den Kontakt über Schalck und Ost-Berlin indes stellten auch die Herren Waigel und Streibl nicht zur Disposition. Beide, so vermerkte Schalck mit Genugtuung, legten „großen Wert darauf, daß diese Verbindung streng vertraulich behandelt" werde.

Und auch die Firma März wurde nicht aus dem Dunstkreis der Christsozialen verstoßen. „Die Stellung des Unternehmens März", so meldete Schalck Ende 1988 nach dem Tod des Firmenchefs Josef März im April 1988 an Mielke, „als gedeckte Finanzquelle der CSU bleibt unverändert."



„. . . wer weiß, was da auf uns rausspritzt!" tz, München

* 1984 beim Wandern am Tegernsee.

„Im Haus der 1000 Augen"

Die rätselhaften DDR-Reisen des schleswig-holsteinischen CDU-Politikers Uwe Barschel

Karl-Heinz Prosch, 51, sieben Jahre lang Fahrer des unglückseligen Kieler Ministerpräsidenten Uwe Barschel, wurde letzte Woche wieder einmal von Reportern bedrängt. Knapp vier Jahre nach Barschels Tod in Genf wollten die Rechercheure wissen, ob der Chauffeur den CDU-Politiker einst auch in die DDR gefahren habe – speziell nach Rostock.

Ausgelöst worden war die Wißbegier durch eine vom Verfassungsschutz protokollierte Aussage eines hochrangigen Ex-Stasi-Mannes: Oberst Eberhard Lehmann, von 1982 bis 1986 Vize der Hauptabteilung II (Spionageabwehr) im Ministerium für Staatssicherheit (MfS), von 1986 bis 1990 Resident des sowjetischen Geheimdienstes KGB in Berlin.

Lehmann, der vom Verfassungsschutz unter dem Decknamen „Glasschüssel" geführt wird, hatte berichtet, daß es im „Zusammenhang" mit Waffenexporten des DDR-Devisenbeschaffers Alexander Schalck-Golodkowski „angebliche Aufenthalte" Barschels „in Rostock" und Querverbindungen zur U-Boot-Affäre gegeben habe.

Kaum war die Geheimdienst-Notiz letzte Woche von der Berliner *B.Z.* publik gemacht worden, wucherten, vor allem in der Boulevardpresse, die wildesten Spekulationen: Hatte Barschel, Skandalfigur Nummer eins der West-Republik, womöglich gemeinsame Sache gemacht mit Schalck, der Skandalfigur Nummer eins der untergegangenen Ost-Republik?

Und: Hatte die Stasi gar bei Barschels Tod im Zimmer 317 des Genfer Hotels Beau-Rivage die Finger im Spiel, wie die Barschel-Witwe Freya schon letztes Jahr vermutete?

Nachforschungen förderten einige Merkwürdigkeiten zutage. Während Barschel in seiner Amtszeit zwischen 1982 und 1987 lediglich zweimal offiziell in die damalige DDR gereist sein soll, erinnerte sich Chauffeur Prosch an „mindestens sieben bis neun" derartige Reisen, davon jeweils zwei in die Rostocker Interhotels Neptun und Warnow. Im Einvernehmen mit Barschel habe er im Fahrtenbuch nur pauschale Angaben gemacht, etwa „Auf Reise in der DDR". Prosch: „Sonst hätte ich ja ganze Romane schreiben müssen."

An die Rostocker Kontaktpersonen seines einstigen Vorgesetzten kann sich Prosch nicht erinnern. Schalck-Golodkowski selber beteuert, sich mit dem CDU-Politiker nicht getroffen zu haben: „Ich habe Uwe Barschel noch nie gesehen." Auch Witwe Freya versichert, sie wisse „nicht, daß mein Mann sich mit Schalck getroffen" habe.

Mit wem dann? Aufschluß über Barschels heimliche Besuche im Osten geben minutiöse Stasi-Dossiers, die über seine Reisen gefertigt worden sind. Allerdings: Diese Papiere sind zum Teil offenbar verschwunden, zum Teil lediglich bruchstückweise veröffentlicht worden – womöglich, um die CDU oder die Familie Barschel zu schonen.

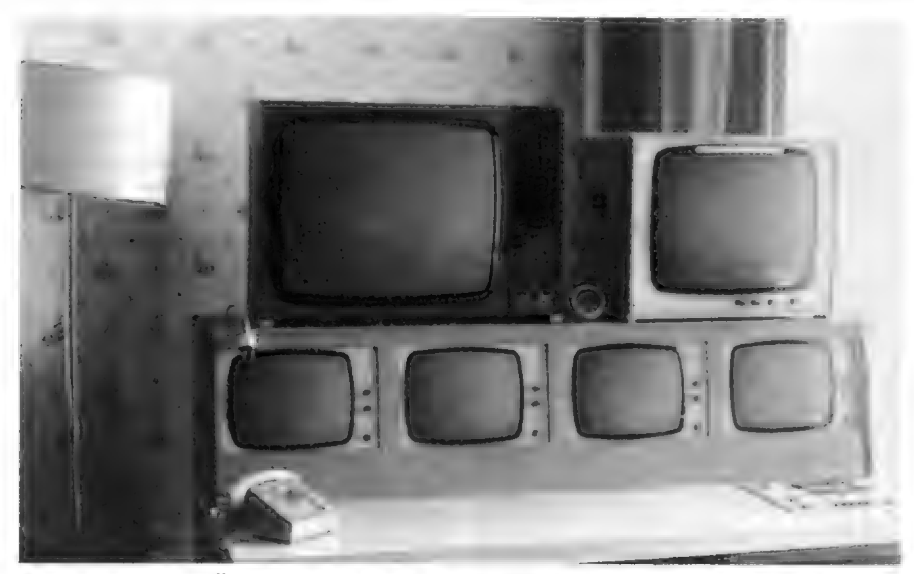
Sicher ist, daß alle politisch bedeutsamen Gäste der Interhotels Warnow und Neptun rund um die Uhr, auch zwischen Bar und Bett, beschattet wurden. Mit Hilfe von sogenannten Sichtstützpunkten unter Decknamen wie „Wolke", „Heck" und „Erde" sowie mit Wanzen und getarnten Kameras wurden die Zielpersonen ständig unter Kontrolle gehalten (SPIEGEL 50/1990).

Sicher ist, daß Barschel zu den Zielfiguren der Stasi zählte. Gerhard Neiber, Stellvertreter von Staatssicherheitsminister Erich Mielke, hatte einen „gesonderten Maßnahmeplan" vom 30. April 1982 abgezeichnet, der bei Barschel-Besuchen in der DDR vorsah, „alle politisch-operativ relevanten Vorkommnisse und Erscheinungen" zu erfassen, „einschließlich Bewegungsabläufe". Stasi-Stichwort für die Barschel-Beschattung: „Ebene II".

Der Befehl findet sich in einem Bündel von Dokumenten, die auf dunklen Wegen bei Werner Kalinka gelandet sind, Redakteur der Bonner *Welt*, früher CDU-Abgeordneter und -Landesvorstandsmitglied in Schleswig-Holstein. Schon 1982, unmittelbar nach seiner Amtszeit als Kieler Innenminister, war Barschel, laut Stasi ein „extrem



Rostocker Barschel-Quartier: „Rundes Bett, alles in Rot"



Rostocker Hotel-Überwachungsanlage: „Nicht eine Minute unbeobachtet"



Barschel-Gästebucheintragung im Rostocker Hotel Neptun, Christdemokrat Barschel (1983): „Ziemlich rumpoussiert"

rechtskonservativer Vertreter", diesen Dokumenten zufolge für die Überwacher von großem Interesse.

In einer Buchveröffentlichung* berichtete Kalinka gemeinsam mit seinem *Welt*-Kollegen Manfred Schell im Juni über den Inhalt der Stasi-Dokumente:

> Ob Inoffizielle Mitarbeiter, die Installation von Wanzen oder die Beobachtung der Fahrzeuge – die Stasi widmete Barschel allergrößte Aufmerksamkeit.
>
> Das Engagement, mit dem man ihn beobachtete, wird auch aus folgender Beschreibung deutlich: Barschel . . . habe beispielsweise mit sehr abfälligen Bemerkungen und Kommentaren bei Empfehlungen von Speisen und Getränken in Gaststätten reagiert. Vornehmlich habe er solche gewünscht, von denen er glaubte, daß diese nicht vorhanden seien.
>
> Als ein Kellner auf seine Frage, welcher Kaviar im Angebot sei, ihm geantwortet habe, daß es sich um Seehasenrogen handele, habe Barschel wörtlich geantwortet: „Ist das die schwarze Kaninchenscheiße? Nein, danke!"

Im Jahre 1984 meldeten Stasi-Beobachter dem Mielke-Ministerium, die „eingeleiteten inoffiziellen und politisch-operativen Maßnahmen zur Sicherung, Kontrolle und Überwachung" hätten „ihre volle Wirksamkeit" erzielt.

Was die Observierung der Barschel-Aufenthalte in DDR-Hotels im einzelnen ergeben hatte, mochten die *Welt*-Redakteure ihren Lesern nicht im Detail übermitteln. Immerhin enthüllen sie, gegen Barschel seien „Inoffizielle und hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter" eingesetzt worden, „die vor allem auch Kontakte zu weiblichen Personen zu beobachten hatten". Denn der Stasi sei daran gelegen gewesen, „Schwachpunkte zu erfahren, die dazu hätten dienen können, den CDU-Politiker mit Sachverhalten zu konfrontieren, die, zumindest in der Öffentlichkeit, wohl höchst unangenehm gewirkt hätten".

Offenbar wurden die Spione fündig – kein Wunder, denn Hotelbedienstete vom Kellner bis zum Zimmermädchen standen als „Inoffizielle Mitarbeiter" im Sold des Mielke-Ministeriums. In den Valuta-Bars der Devisenherbergen tummelten sich zudem ostdeutsche Fräuleins, für deren Dienste sowohl westdeutsche Besucher als auch die Stasi zahlten.

Diese „weiblichen Inoffiziellen Mitarbeiter" mußten laut Erlaß des MfS-Chefs Mielke „politisch zuverlässig und der Republik ergebene Personen" sein. Die Sex-Agentinnen hatten beispielsweise zu prüfen, ob eine Zielperson „dem anderen Geschlecht leicht zugänglich" (Mielke) und als „Abschöpfungsquelle" nutzbar war.

Der Kieler Ministerpräsident, so deuten die *Welt*-Autoren an, ging in der ersten Hälfte der achtziger Jahre der Stasi in die Sex-Falle – ähnlich wie der Berliner Innensenator und CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer, der nach intimen Kontakten mit einer Ost-Berliner Stasi-Agentin namens Susanne Rau Erpressungsversuchen des Mielke-Apparates

* Manfred Schell/Werner Kalinka: „Stasi und kein Ende". Ullstein-Verlag, Berlin; 420 Seiten; 29,80 Mark.

ausgesetzt war (SPIEGEL 36/1989). Die Stasi-Erkenntnisse im Fall Barschel resümieren Schell und Kalinka so:

> Barschel, so ist in Stasi-Akten der Normannenstraße festgehalten, war in einem Hotel – in dem auch andere Politiker übernachteten –, aber auch auf Spazierwegen von Stasi-Mitarbeitern detailliert observiert worden. Ob Kontakte in einer Bar, Spaziergänge im Kurpark oder Verabredungen zu Treffen: Das MfS war immer dabei.
>
> Wanzen, mitgeschnittene Telefonate und die Erkenntnisse aus Gesprächen: Honeckers und Mielkes Spitzel ließen ihn nicht eine Minute unbeobachtet, auch wenn Barschel – jedenfalls nach Aktenlage des MfS – bei persönlichen Kontakten nicht seine wahre Funktion zu erkennen gab, sondern sich beispielsweise als Mitarbeiter des Innenministeriums vorstellte, der sich „privat in der DDR" aufhalte.

An einen der Aufenthalte in Rostock erinnert sich Fahrer Prosch noch genau. Barschel habe seinen 40. Geburtstag am 13. Mai 1984 an der Ostseeküste gefeiert – schräg gegenüber vom Hotel Neptun im „Zigeunerkeller". Bedient worden sei die Geburtstagsgesellschaft von zwei „unwahrscheinlich aparten" Frauen, die, so Prosch, „genau Barschels Typ" entsprachen.

Er selber, berichtet der Chauffeur, habe sich im Warnemünder Neptun „wie in einem Haus der 1000 Augen gefühlt". Vom Risiko, bespitzelt zu werden, habe Barschel, der von 1979 bis 1982 Innenminister in Kiel und damit für den Verfassungsschutz verantwortlich war, selbstverständlich „auch gewußt".

Daß sich der scharfe Antikommunist Barschel dennoch gerade in Ost-Hotels



SPIEGEL-Titel 36/1989
„Kontakt zu weiblichen Personen"

wohlfühlte, hatten die Mitglieder der Kieler CDU-Landtagsfraktion schon im September 1983 erfahren, als sie eine gesellige Studienreise in die DDR unternahmen. Die Reisenden logierten mehrere Tage lang im Hotel Neptun.

Als der Ministerpräsident verspätet zu der Gruppe stieß, hießen Hotelbedienstete ihn ausgesprochen herzlich willkommen. Auffällig war, so ein CDU-Spitzenmann, die Begrüßung durch eine Mitarbeiterin in der Valuta-Bar im Keller des Hotels. Die Genossin herzte und scherzte mit dem Christdemokraten dermaßen ungeniert, daß Umstehende den Eindruck gewannen, da werde „ziemlich rumpoussiert".



Barschel-Chauffeur Prosch: „Unwahrscheinlich aparte Frauen"

Nebenbei erfuhren CDU-Reisende, Barschel habe bei einem früheren privaten Aufenthalt in Rostock an Begegnungen teilgenommen, die „in wilde Orgien" ausgeartet seien. Irritiert reagierte der CDU-Fraktionsvorsitzende Heiko Hoffmann, als ihm mit dem Hinweis, dort nächtige sonst immer Barschel, am ersten Tag ein spezielles Schlafgemach zugeteilt wurde, das bei den Abgeordneten bleibenden Eindruck hinterließ. „Alles in Rot", erinnert sich ein Spitzenmann, „Spiegel an allen Seiten und an der Decke, rundes Bett." „Jeder durfte mal rein", erzählt ein Christdemokrat, und sich das Sonderzimmer im 14. Stock ansehen, das offiziell als „Hochzeitszimmer" geführt wurde. Über die verspiegelten Wände habe sich „die ganze Fraktion gehögt". Hoffmann lehnte die Suite dankend ab, ihm wurden daraufhin andere Räumlichkeiten zugewiesen.

Im Neptun-Zimmer 1417, meldete am Donnerstag letzter Woche das *Welt*-Schwesterblatt *Bild*, sei Barschel von der Stasi mehrfach „beim Liebesspiel" gefilmt worden. In diese „Stamm-Suite" habe sich der Ministerpräsident, so das Blatt unter Berufung auf Kieler CDU-Politiker, „oft junge Mädchen" kommen lassen.

Im Neptun-Gästebuch bedankte sich Barschel am 9. September 1983 im Namen aller „zufriedenen Gäste" beim Personal. Im selben Jahr hat das MfS laut Schell/Kalinka begonnen, Barschel zu erpressen: An den Ministerpräsidenten sei das „Ansinnen gerichtet" worden, „sich mit Vertretern aus dem Osten in Schweden zu treffen". Barschel habe „abgelehnt". Gleichwohl sei die Stasi fortan dem CDU-Spitzenmann „auf der Spur" geblieben.

Dem Vernehmen nach habe sich Barschel, so Schell/Kalinka weiter, 1983 sogleich dem Verfassungsschutz anvertraut. Diese Annahme indes scheint unzutreffend. Der Kieler Verfassungsschutz hat nach Auskunft von Thomas Giebeler, Sprecher im Innenministerium, „keinerlei Erkenntnis darüber, daß Barschel 1983 oder auch später dem Landesamt seine DDR-Kontakte offenbart" habe. Hat Barschel gegenüber einer anderen Behörde ausgepackt? Giebeler: „Absolut nichts."

Ungeklärt ist, warum Barschel – offenbar erpreßbar geworden – in den folgenden Jahren weiterhin gen Osten fuhr, teils heimlich. „Der ist doch nicht nur aus amourösen Gründen in der DDR gewesen", vermutet ein Kieler SPD-Politiker, der für die Zeit nach 1984 eher eine Verwicklung Barschels in ost-westliche Waffengeschäfte für denkbar hält (siehe Seite 30).

Die Frage, welchem Zweck die rätselhaften Reisen in die DDR und spä-

ter auch in die Tschechoslowakei dienten, beantworten auch die *Welt*-Redakteure Kalinka und Schell nicht. Stasi-Akten über die Reisen Uwe Barschels in den Jahren 1985 bis 1987 werden in ihrem Buch nicht zitiert – sei es, weil diese Dossiers verschollen sind, sei es, weil Einzelheiten von interessierter Seite unterdrückt werden.

Vorübergehend befaßt war mit dem Komplex Stasi und Barschel der CDU-Politiker Peter-Michael Diestel, der letzte Innenminister der DDR. Nachdem die Barschel-Witwe ihn im August letzten Jahres aufgefordert hatte, zu untersuchen, ob die Stasi ihren Mann „auf dem Gewissen hat", beauftragte Diestel das Berliner Zentrale Kriminalamt mit Ermittlungen. Laut Diestel fanden sich dabei keinerlei Anhaltspunkte für ein Stasi-Verbrechen.

Die offenbar sachkundige *Welt* befragte den Ex-Innenminister letzte Woche nach „Mußmaßungen", die Stasi habe sogar „über Videofilme" verfügt, die bei „intimen Treffen Barschels mit weiblichen Lockspitzeln in Rostock" entstanden seien. Diestels vielsagende Antwort: „Denkbar."

Einiges deutet darauf hin, daß entsprechende Video- und Ton-Aufzeichnungen, wenn es sie tatsächlich gegeben haben sollte, heute nicht mehr existieren. „Alle Bänder", sagt ein Rostocker Bürgerrechtler, seien „während des Umbruchs im Einverständnis mit uns vernichtet worden" – im Gegensatz zu einem Großteil der Akten.

Allein mit Hilfe der Stasi-Dossiers über Barschels DDR-Aufenthalte ließe sich belegen, was mittlerweile wahrscheinlich, aber nicht hieb- und stichfest beweisbar ist: daß jener Barschel, der 1987 (vergebens) Detektive ausschickte, um seinem Wahlkampf-Gegner Björn Engholm sexuelle Eskapaden anzuhängen, selber jahrelang Objekt politisch motivierter Sex-Erpressung war.

Wo die Stasi-Aufzeichnungen über Barschel heute lagern, ist in Rostock seit längerem Gegenstand von Spekulationen. Stasi-Kenner behaupten, daß ein Teil des Materials längst den Geheimarchiven illegal entnommen und in Sicherheit gebracht worden ist – angeblich in Schleswig-Holstein.

„Barschels größtes Geheimnis"

Duldete die Bundesregierung ein getarntes Dreiecksgeschäft zwischen Kiel, Rostock und Pretoria?

An den Haaren herbeigezogen" – so kommentierte Bonns Innenminister Wolfgang Schäuble letzte Woche Spekulationen über Waffenhandelskontakte zwischen seinem verstorbenen Kieler Parteifreund Uwe Barschel und dem DDR-Devisenschieber Alexander Schalck-Golodkowski. Allerdings: Rundweg „ausschließen" könne er nichts, fügte der erfahrene Schalck-Gesprächspartner Schäuble hinzu.

Die Vorsicht ist verständlich. Denn so abenteuerlich sich Vermutungen über ein Zusammenspiel Barschel-Schalck auch ausnehmen – einiges deutet darauf hin, daß es eine solche west-östliche Connection durchaus gegeben haben könnte.

Ein Verfassungsschutz-Vermerk, der Schäuble bereits seit Jahresbeginn vorliegt, referiert in schlechtem Deutsch, was der Ex-Stasi-Oberst mit dem Tarnnamen „Glasschüssel" im Zusammenhang mit Barschels Rostock-Besuchen und Schalcks Waffenschiebereien zu Protokoll geben hat:

> Ungewöhnlich mit Waffenexporten sei ferner, daß angeblich die Erneuerung des ehemaligen FDGB-Schiffes „KAP ARKONA" an Südafrika nicht bezahlt wurde. Ein Zusammenhang mit der U-Boot-Affäre werde vermutet.

Sinn macht dieser Hinweis nur, wenn zu Lebzeiten Barschels zwischen Kiel, Rostock und Pretoria ein geschickt getarntes Dreiecksgeschäft gelaufen ist – ein streng geheimer Ost-West-Deal in der Grauzone zwischen Nachrichtendiensten, Industriekonzernen und Regierungszentralen, der in hohem Maße Thriller-Qualitäten hätte. Zumindest der Kieler Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel, 51, einer der besten Kenner der Skandal-Szene um Barschel wie auch der U-Boot-Affäre, die er von 1986 bis 1990 im Bonner Untersuchungsausschuß beharrlich aufhellen half, mag ein solches Szenario nicht völlig ausschließen.

Die Interessenlage der drei betroffenen Staaten um die Mitte der achtziger Jahre ist bekannt: Die DDR wollte das im „Glasschüssel"-Bericht erwähnte Schiff, die 1981 von HDW gebaute „Astor", der südafrikanischen Reederei „Safmarine" abkaufen, um sie unter dem Namen „Arkona" für Gewerkschaftsurlauber einzusetzen.



Schalck-Chef Mittag, Gast Barschel (1985): Thriller in der Grauzone

Das Geschäft sollte aus politischen Gründen nicht mit dem Rassistenstaat direkt abgewickelt werden. Ost-Berlin war überdies daran gelegen, für den Kauf keine Devisen einzusetzen.

Südafrika mühte sich zur selben Zeit, das Uno-Embargo zu unterlaufen und die staatseigene Kieler Werft dazu zu bewegen, auf illegale Weise U-Boot-Baupläne und möglichst auch -Bauteile in den Apartheid-Staat zu liefern. Außerdem erwogen die Südafrikaner die Vergabe eines Bauauftrags für ein neues eigenes Kreuzfahrtschiff.



Schalck-Erwerbung „Arkona“: „Zusammenhang mit der U-Boot-Affäre“

Politik der CDU-geführten Bundesregierung wiederum war es in jenen Jahren, zwar dem Uno-Embargo gegen Südafrika aus diplomatischen Gründen nach außen hin Respekt zu zollen, aber heimlich der krisengeplagten Kieler Werft wie auch der schleswig-holsteinischen Regierung Barschel zu signalisieren, daß getarnte Blaupausen-Lieferungen nach Südafrika geduldet würden – ein Kurs, zu dem auch CSU-Chef Franz Josef Strauß das Kanzleramt aus unklaren Motiven drängte; Gerüchte, daß Provisionen oder Schmiergelder aus dem U-Boot-Geschäft (Volumen 1984 bis 1986: mindestens 42 Millionen Mark) über Mittelsmänner an Unionsfreunde oder auf Parteikonten flossen, sind bis heute nicht verstummt.

Im Zusammenspiel zwischen Bonn, Ost-Berlin und Pretoria wurde gegen Mitte der achtziger Jahre eine Strategie entwickelt, die im Interesse aller Beteiligten lag – Ergebnis:

▷ Barschels Wirtschaftsminister Jürgen Westphal brachte von einer Südafrika-Reise einen Großauftrag für die bedrohte Kieler Staatswerft mit: den Bau eines neuen Kreuzfahrtschiffes, der „Astor II“.

▷ Die Südafrikaner finanzierten den Erwerb der „Astor II“ mit einem Verkauf ihrer alten „Astor“ an die DDR – auf dem Umweg über eine westdeutsche Reederei, die das Schiff für kurze Zeit erwarb.

▷ Die DDR profitierte davon, daß durch den Umweg-Verkauf über die Bundesrepublik aus der Transaktion ein deutsch-deutsches Geschäft wurde, bei dem sie in Ost-Mark statt in Devisen zahlen konnte.

Die DDR-Regierung, die sich vom Kauf der als TV-„Traumschiff“ bekannt gewordenen „Astor“ neues Renommee bei ihren Bürgern erhoffte, schottete das Geschäft mit Südafrika nach außen sorgsam ab. Abgewickelt wurde der Kauf von Claus-Dieter Junge, Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes Schiffscommerz Rostock. Junge war offiziell dem Ost-Berliner Außenhandelsminister Gerhard Beil unterstellt, wurde beim „Arkona“-Kauf aber ausschließlich von Schalck-Golodkowski gesteuert.

Wie Junge am 4. Dezember 1989 bei einer Vernehmung durch die Generalstaatsanwaltschaft der DDR aussagte, hatte Schalck ihm erklärt, der „Astor“-Kauf sei „einzig und allein“ Sache der Schalck-Firma KoKo. Schalck verlangte, Junge solle dem Minister Beil „nichts darüber sagen“. Junge: „Ich habe mich daran gehalten.“

Vor der Umflaggung des Schiffes wurde es von der HDW für drei Millionen Mark generalüberholt. Die Aussage von Stasi-Offizier „Glasschüssel“, diese Rechnung habe nicht bezahlt werden müssen, legt, wie das liberalkonservative *Hamburger Abendblatt* letzte Woche kombinierte, die Schlußfolgerung nahe, der Verzicht auf die Millionenzahlung sei der „Preis“ für geheime Gegenleistungen Schalcks gewesen.

Zugunsten der HDW, zugunsten Südafrikas, zugunsten beider Geschäftspartner? Spekulationen an der Waterkant besagten vorige Woche, daß Schalck den Schleswig-Holsteinern und den Südafrikanern dabei behilflich war oder behilflich sein sollte, Teile des illegalen U-Boot-Deals abzuwikkeln. „Die Zeiten von U-Boot- und ‚Arkona‘-Geschäft“, urteilte auch das *Abendblatt*, „passen genauso zusammen wie die Geschäftspartner Südafrika und HDW.“

SPD-Rüstungsexperte Gansel meint, Schalcks Dienste seien zwar nicht benötigt worden, um Blaupausen nach Kapstadt zu schaffen: „Das haben südafrikanische Kuriere im Diplomatengepäck mit Wissen der Bundesregierung besorgt.“ Aber, so Gansel: „Wenn es darum ging, auch Stahlteile oder Elektronik für den U-Boot-Bau unkontrolliert nach Südafrika zu schaffen, hätte Schalck das über die Stasi-Firma Imes und den Hafen Rostock organisieren können.“ Es wäre für den Stasi-Mann „ein Klacks“ gewesen, zum Beispiel Fahrzeuge seiner westlichen Speditionen „auf dem Weg nach Berlin einfach links abbiegen zu lassen nach Rostock – fertig“.

Ähnliche Tricks hat Schalck in vergleichbaren Fällen tatsächlich praktiziert. Außer Zweifel steht, daß die Schalck-Golodkowski-Firma Imes, die in Kavelstorf bei Rostock eine geheime Niederlassung mit riesigem Waffenlager unterhielt, immer wieder Rüstungsschiebern, auch aus dem Westen, behilflich war, Lieferungen in Krisengebiete, an Terroristen oder in Embargoländer zu kaschieren.

Schalck, so meldete Top-Quelle „Glasschüssel“ dem Verfassungsschutz, habe „Waffen- und Embargogeschäfte, auch für Konzerne der Bundesrepublik, in immensen Größenordnungen“ abgewickelt. Via Rostock ermöglichte Schalck-Golodkowski die abenteuerlichsten Geschäfte:

▷ Imes half schwedischen Rüstungsproduzenten, über 500 Tonnen Sprengstoff und Schießpulver – vorbei an den eigenen Ausfuhrgesetzen – über die DDR an den Golf zu liefern; für die Ausstellung der falschen Papiere kassierte die Schalck-Firma eine Provision von 1 319 468 Schweden-Kronen.

▷ Geschäfte machte Imes sogar mit Westfirmen, die im Auftrag des amerikanischen Geheimdienstes CIA im


Wären Sie auch gern aus dem Häuschen?
So sehr man zu Hause auch umsorgt und verwöhnt wird – irgendwann zieht man die Selbständigkeit in den eigenen vier Wänden der Geborgenheit des Elternhauses vor. Ein großer Schritt, den man nicht früh genug vorbereiten kann. Am besten mit dem Wüstenrot Bausparen.
Die ganze Erfahrung
WÜSTENROT
DAS ORIGINAL
BAUSPAREN
der ältesten Bausparkasse
Wüstenrot Bausparen
flexibel
renditestark
sicher und kalkulierbar
Mit dem Wüstenrot Bausparen sind Sie sicher bald aus dem Häuschen – ganz ohne Aufregung. Fragen Sie Ihren Wüstenrot-Berater. Er weiß Bescheid.
wüstenrot
Zum Glück berät Sie Wüstenrot.
Wüstenrot: Die Bausparkasse


Und: Die Bank. Und: Die Versicherung.

Ostblock Waffen beschafften, die – wie US-Untersuchungen im Fall Oliver North ergaben – zu Desinformationszwecken nach Lateinamerika geschleust wurden.

Abwickeln ließ Schalck die geheimen Lieferungen über den Rostocker Überseehafen. Auf den Piers 46 und 36 wurden bei nächtlichen Verladeaktionen nur besonders zuverlässige Arbeiter eingesetzt; bewaffnete Stasi-Männer und Hafenpolizisten riegelten die Lademanöver hermetisch ab.

Sollte Rostock auch als Drehscheibe für krumme Kieler Südafrika-Deals dienen? Von Oktober 1984 bis Ende Juni 1985 hatten Geheimkuriere U-Boot-Blaupausen aus Kiel per Diplomatenpost nach Südafrika expediert. Im Juli 1985, als der Embargobruch publik zu werden drohte, notierten HDW-Vertreter, weil es „nunmehr politische Schwierigkeiten“ gebe, „beabsichtigten“ sie, den „Rest des Vertrages“ über ein anderes Land abzuwickeln.

Womöglich war die Türkei, vielleicht aber auch die DDR gemeint, mit der dank Schalck gerade das Dreiecksgeschäft um die „Astor“ zur allseitigen Zufriedenheit erledigt worden war. Welche Rolle Uwe Barschel in der Südafrika-Affäre gespielt hat, ist bislang nur schemenhaft zu erkennen.

Vertreter der HDW (damals zu 75 Prozent im Bundes-, zu 25 Prozent im Kieler Landesbesitz) notierten intern, daß der einstige Bonner Finanzminister und Kieler CDU-Chef Gerhard Stoltenberg sowie „hochgestellte Vertreter“ der Landesregierung „mit diesem Projekt . . . befaßt“ seien. Auch der heutige Bonner Innenminister Schäuble und sein Finanzkollege Waigel räumten vor dem U-Boot-Untersuchungsausschuß einschlägige Treffen mit der HDW-Firmenleitung ein.

Hat Uwe Barschel, der in der DDR zumindest einmal, am 9. Dezember 1985, mit Schalcks Auftraggeber, dem Wirtschaftslenker Günter Mittag, zusammengetroffen ist, als Vermittler oder Akteur bislang unbekannt gebliebener Machenschaften zwischen Rostock und Kiel, Bonn und Pretoria gedient?

Wenn ja: Wollte er damit Provisionen oder Schmiergelder nach bewährtem Muster in die Parteikasse oder sogar in die eigene Tasche lenken? Oder wollte Barschel, nach früheren Begegnungen mit Stasi-Agentinnen, Erpressungsmanövern des Ost-Berliner Geheimdienstes entgehen?

Oppositionsabgeordnete im Bonner Schalck-Untersuchungsausschuß drängen darauf, daß Schäuble – selber in die U-Boot-Affäre verwickelt – endlich alle Bonner Geheimdienst-Akten in Sachen Schalck-Golodkowski freigibt. Erst dann lasse sich aufklären, sagt ein SPD-Parlamentarier, was womöglich „Barschels größtes Geheimnis“ sei.

Kaum überrascht von den jüngsten Spekulationen zeigt sich Freya Barschel. Sie habe, erklärte die Witwe letzte Woche, stets vermutet, daß ihr Mann von geheimen „Geschäften“ zwischen Ost und West gewußt habe. Als Barschels politische Karriere zu Ende ging, sei er „sowohl Politikern in der DDR als auch in der Bundesrepublik zu gefährlich“ geworden.

Schalck-Firma Imes: Ostblock-Waffen für die CIA

Bundestag

Übermäßig bedient

Mit 104 Millionen Mark bedenkt der Bundestag seine Fraktionen: ein Akt verdeckter Parteienfinanzierung.

Die Warnung war deutlich genug. „Angesichts der hohen rechtlichen und politischen Problematik“ dürfe sich der Bundestag „nicht automatisch“ weiterhin mit so vielen Millionen bedenken wie bisher, mahnte der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim Anfang des Jahres. Eine grundlegende Überprüfung der Gelder, die den Parlamentsfraktionen zugeschoben werden, so der Jura-Professor aus Speyer, sei „längst fällig“.

Ungerührt von derlei Zwischenrufen weisen sich die Bonner Gentlemen zusätzliche Millionen an.

Die staatlichen Zuschüsse für die Fraktionen, so beschloß der Deutsche Bundestag im Juni, werden auf 104,2 Millionen Mark erhöht. Erstmals klettert dieser Etatposten, aus dem die Fraktionen ihre Mitarbeiter und den Großteil ihrer politischen Arbeit finanzieren sollen, über die 100-Millionen-Grenze.

Die große Koalition der Selbstbediener hatte geklappt wie gehabt; der Rest war Bonner Routine.

Artig, wenn auch etwas verspätet, kritisierte der Bund der Steuerzahler das Vorgehen der Parlamentarier in der vorigen Woche als „skandalösen Akt“.

Der Fraktionsgeschäftsführer von CDU/CSU, Friedrich Bohl, tat so, als sei er verblüfft: „Ich kann nicht sehen, daß wir uns übermäßig bedienen.“

Skandalös ist der Akt, da hat der milde Bund der Steuerzahler recht. Denn die Staatsknete, von der alljährlich immer mehr ausgeschüttet wird, kommt keineswegs nur, wie vorgesehen, den Parlamentsfraktionen zu. Sie ist darüber hinaus zum Lebenselixier der Parteien geworden.

Die Fraktionszuschüsse stehen formal nur den Parlamentariern und ihren Mitarbeitern zu; sie sollen der Finanzierung von Fraktionsgehältern, Kopierpapier oder etwa Dienstreisen von Abgeordneten dienen. Doch allen sei klar, so der Mannheimer Politikprofessor Rudolf Wildenmann, „daß sie Teil der Parteienfinanzierung sind“.

Zwischen 20 und 50 Prozent der Gelder fließen nach groben Schätzungen in die Parteiarbeit – in immer breiteren Strömen.

Allein die Zuschüsse im Bundestag, die sich über eine vierjährige Legislatur-



Parteien-Kritiker Arnim
„Vordemokratische Geheimniskrämerei"

periode auf mehr als 400 Millionen Mark summieren, übersteigen bereits die direkten Wahlkampfkostenerstattungen an die Parteien.

Die Abhängigkeit der Parteien vom Staatstropf nimmt auf diese Weise groteske Ausmaße an. In keiner anderen westlichen Demokratie werden sie stärker vom Steuerzahler subventioniert als in der Bundesrepublik. Pro Wahlperiode fließen – direkt und indirekt – mehr als vier Milliarden Mark aus staatlichen Haushalten in die Parteikassen.

Bis Mitte der sechziger Jahre gönnten sich die Bundestagsfraktionen kaum mehr als ein Almosen: 1966 beispielsweise nur 3,4 Millionen Mark. Doch dann explodierten die Zuschüsse. Grund: Das Verfassungsgericht hatte 1966 die Finanzierung der Parteien durch den Staat eingeschränkt – und die entschädigen sich seitdem mit den Geldern, die eigentlich den Fraktionen zustehen.

Für 1990 genehmigten sich die Bundestagsfraktionen stolze 90 Millionen Mark (siehe Grafik Seite 36), in diesem Jahr legten sie nochmals 14 Millionen dazu – „Steigerungsraten wie im Schlaraffenland" (Arnim).

Zumindest diesmal, meinten die Bonner Abgeordneten, könnten sie den Zuschlag gut begründen: Zum einen fange er die hohen Tarifabschlüsse im Öffentlichen Dienst auf; zum anderen sei die Zahl der Abgeordneten durch die deutsche Vereinigung von 518 auf 662 angestiegen, der Aufbau parlamentarischer Arbeit im Osten verlange eben Tribut. „Wir haben nichts zu verber-

KOMMENTAR

Journalismus, „zerkrümelt"

RUDOLF AUGSTEIN

Kurz vor Ende des Vietnamkrieges im Jahre 1975 saß ich einmal auf dem Flug von Hamburg nach Frankfurt zufällig hinter Carl Friedrich von Weizsäcker, Physiker und Philosoph, Bruder des jetzigen Bundespräsidenten, und Theo Sommer, schon damals Chefredakteur der Hamburger Wochenzeitung *Die Zeit*.

Durch die Nähe unserer Plätze konnte ich nicht umhin, das Gespräch der beiden mit anzuhören. Es drehte sich um den fernen Krieg in Indochina und um die Tatsache, daß ihnen seine ganze Sinnlosigkeit erst so spät aufgegangen war. Beim Verlassen des Flugzeuges wünschte ich den Herren einen „Guten Morgen".

Nun, sie waren in der Tat spät darauf gekommen: auf den täglichen „body-count" durch die Amerikaner, auf das Entlauben des Dschungels mit Hilfe von „Agent Orange", darauf, daß die Amerikaner in Vietnam so wenig zu suchen hatten wie vor ihnen die Franzosen. All das hätten sie auch schon früher erkennen können, so wie etwa der SPIEGEL es früher erkannt hatte.

Was aber wirklich geschehen war, das wußten wir alle nicht, wohl nicht einmal der jetzige Bundespräsident, der als geschäftsführender Gesellschafter der Firma H. C. Boehringer Sohn in Ingelheim mehr hätte wissen können, vielleicht aus einer gewissen vom Ehrgeiz beförderten Blindheit heraus aber auch nicht mehr wissen wollte.

Daß nämlich ganze Landstriche Vietnams unter der Schirmherrschaft der US-Präsidenten Kennedy und Johnson und des Verteidigungsministers McNamara, des späteren Präsidenten der Weltbank, durch das dioxinbelastete Entlaubungsmittel „Agent Orange" auf unabsehbare Zeit verseucht wurden, dies freilich war damals weder dem Bruder des künftigen Bundespräsidenten, weder Theo Sommer noch mir bekannt. Wir wußten auch nicht, daß planmäßig Zivilisten umgebracht wurden, damit das tägliche Soll an toten „Feinden" erfüllt werden konnte.

Woher wissen wir das jetzt? Weil der SPIEGEL-Reporter Cordt Schnibben, der für seine journalistischen Verdienste zweimal mit dem Adolf-Grimme-Preis ausgezeichnet wurde und den Theodor-Wolff-Preis sowie den Egon-Erwin-Kisch-Preis erhielt, es in monatelangen und präzisen Recherchen herausgefunden und weil der SPIEGEL es in zwei Folgen publiziert hat. Echo in der deutschen Öffentlichkeit? Null.

Interessant nun, wie Theo Sommer auf diese entsetzlichen Fakten meinte reagieren zu müssen. Unter der Überschrift „Zerkrümelt" leistet er sich in der *Zeit* der vergangenen Woche ganze 34 Zeilen. Er bedient sich des Bundespräsidenten, der bei Schnibben doch lediglich am Rande figuriert, und unterstellt die Absicht, Weizsäcker solle für „schlicht untragbar" erklärt werden.

Also nicht nur den Blinden spielen, sondern einfach blind sein, wie ehedem. So tun, als ginge es um den Bundespräsidenten. Daß es um die Zukunft der Menschheit geht, wird man ja, jedenfalls als Chefredakteur, nicht mehr erleben müssen.

Selten habe ich im SPIEGEL einen derart aufrührenden Bericht gelesen. Aber für Theo Sommer ist der Autor ein Anonymus, ein „SPIEGEL-Reporter". Er hat über die Verstrickungen gewisser deutscher Firmen in die Produktion gewisser supergiftiger Entlaubungsmittel geschrieben, sicherlich. Aber wirklich nur, um eine Lawine gegen den Bundespräsidenten loszutreten, wie Theo Sommer unterstellt?

Dank Sommers *Zeit* „zerkrümelt" der Schneeball (ipsissima verba). Schnibbens zweiteilige Reportage sei doch nur ein „Stöckchen, das das Hamburger Nachrichtenmagazin einem montags hinhält". Ich wünschte, auch die *Zeit* hätte öfter einmal derlei „Stöckchen" zu bieten.

Eines weiß ich aus langer Erfahrung: Artikel im SPIEGEL, die anfangs aus einer gewissen Ängstlichkeit oder aus Respektabilitätsduselei am wenigsten beachtet wurden, waren bald die wichtigsten und wirksamsten.

Gern würde ich meinem langjährigen Freund Theo Sommer einen inneren Kompaß schenken. Aber das wäre ganz sinnlos, weil er den Polarstern nicht fände.

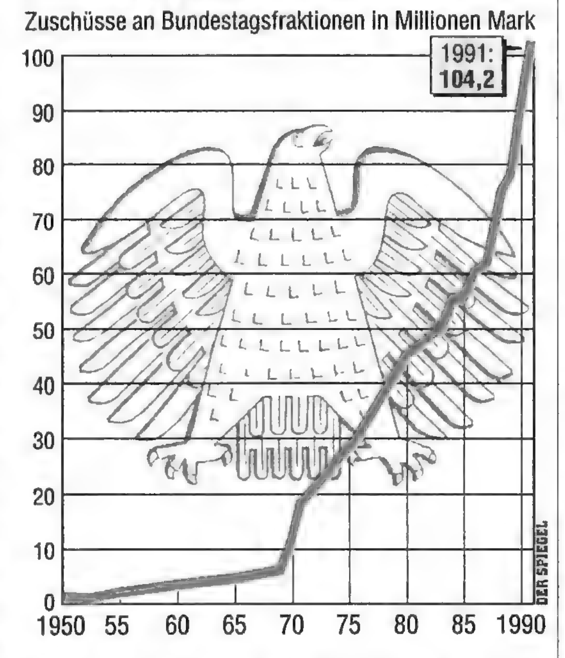
Hier geht es nicht um den Bundespräsidenten, sondern um Krebs aus Menschenhand, um den Verrat an der menschlichen Zivilisation, bewußt begangen an Hunderttausenden, wenn nicht an Millionen von Menschen.

gen", versicherte Bohl für die CDU/CSU-Fraktion.

Das läßt sich leicht behaupten, weil es an Kontrolle mangelt. Die Parteien sind immerhin verpflichtet, über ihr Finanzgebaren öffentlich Rechenschaft abzulegen; das Finanzgebaren der Bundestagsfraktionen dagegen bleibt im dunkeln. Ausnahme: die SPD, die den Wirtschaftsplan ihrer Fraktion offenlegt.

Es herrsche, so Arnim, alles in allem „ein Zustand vordemokratischer Geheimniskrämerei".

Die Herrschaft der Dunkelmänner beginnt bereits, wenn die Höhe der Fraktionszuschüsse festgelegt wird. In der Regel werden Zahlen erst in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses genannt, kurz vor den abschließenden Beratungen des ebenso voluminösen wie unübersichtlichen Haushaltsplans im Bundestag.



Eine Debatte über diesen Etatposten findet nicht statt, weder im Haushaltsausschuß noch im Parlament. Schließlich sind alle Fraktionen an möglichst viel Geld interessiert.

„Welcher Abgeordnete legt sich schon mit seiner Fraktionsführung an?" fragt Klaus Rose, CSU-Abgeordneter aus Vilshofen und Stellvertretender Vorsitzender des Haushaltsausschusses. Die Vorgaben würden von den Fraktionschefs und wenigen Vertrauten „ausgeschnapst", die anderen Parlamentarier nickten das Thema nur noch ab.

Auch der ansonsten mächtige Haushaltsausschuß, so Rose, sei bei diesem Thema „ein armes Schwein".

Denn worüber die Abgeordneten in eigener Sache abstimmen, wissen sie meist selbst nicht genau. Sie beschließen über globale Finanzzuweisungen, schön säuberlich nach Stärke der Fraktionen gestaffelt. Wofür die Gelder dann tatsächlich verwendet werden, bleibt den Parlamentariern verborgen.

Da weiß der Bundesrechnungshof zwar mehr – sagt es aber nicht laut. Seit 1980 durchleuchten die staatlichen Kassen-Kontrolleure die Fraktionsbücher. Ihre Ergebnisse werden jedoch nur an die Fraktionen selbst und die Bundestagspräsidentin geschickt; im Jahresbericht des Bundesrechnungshofes tauchen sie nicht auf.

Angesichts der fehlenden öffentlichen Kontrolle und der deshalb uneingeschränkten Selbstbedienung monierte der Verfassungsrechtler Arnim bereits vor vier Jahren, „daß die Gewährung der staatlichen Mittel an die Fraktionen im Bund und in allen Bundesländern verfassungswidrig ist".

Arnims plausible Forderung lautet denn auch, daß die Kontrolle endlich öffentlich gerechtfertigt werden müsse. Zudem dürften die Gelder nicht länger im Haushaltsplan des Bundes versteckt werden.

Die „gezielte Abdunkelung des Entscheidungsverfahrens", so der Professor aus Speyer, könne allerdings nur dann beendet werden, wenn die Zuschüsse in einem „Fraktionsgesetz" genau benannt und gesondert beschlossen würden.

Zwei Anläufe auf ein solches Gesetz hat es bereits gegeben, beide sind gescheitert.

Mitte der sechziger Jahre machte eine interparlamentarische Arbeitsgemeinschaft entsprechende Vorschläge; 1972 kam es sogar zu einem förmlichen Gesetzentwurf. Doch in beiden Fällen versandeten die Initiativen; die Fraktionsführungen hielten eine öffentliche Debatte des Themas aus naheliegenden Gründen für unangebracht. Nun möchte die SPD im Herbst auf einer Konferenz ihrer Fraktionschefs aus Bund und Ländern einen neuen Versuch starten.

Die einfachste Lösung des Problems hatte der CSU-Haushälter Rose bereits vor Monaten vorgestellt. Er forderte, die Abgeordnetenzahl auf rund 500 zu verringern, da man „ein so großes Parlament nicht braucht". Die Fraktionen benötigten dann auch erheblich weniger Geld.

Bei seinen Kollegen im Parlament, so Rose beziehungsreich, habe er „für solche Äußerungen nur Hohngelächter geerntet".





Unionskollegen Rose, Bohl: Unkontrollierte Selbstbedienung

Hauptstadt

Akt der Fürsorge

Der „Kernbereich" der Regierung soll nach Berlin umziehen. Nun wird über die Details gestritten.

Was das Parlament am 20. Juni nach einer denkwürdigen Debatte beschlossen hat, gibt den Regierenden jetzt Rätsel auf: Wie viele Beamte, welche Ministerien sollen in die neue Hauptstadt Berlin umziehen? Wie viele bleiben in Bonn?

Sitz des Deutschen Bundestags, so entschieden die Abgeordneten, soll künftig Berlin sein. Um ihre „politische Präsenz" in Berlin zu sichern, bekam die Regierung den Auftrag, den „Kernbereich der Regierungsfunktio-

nen" dorthin zu verlagern. Bonn bleibt „Verwaltungszentrum der Bundesrepublik Deutschland" und behält auch den „größten Teil der Arbeitsplätze".

Seither sind Heerscharen von Beamten damit beschäftigt, die historische Entscheidung umzusetzen und das parlamentarische Orakel zu deuten.

Fünf Ministerien haben eigene Arbeits- und Untergruppen eingesetzt. Die nordrhein-westfälische Landesregierung, als Hüterin der Bonn-Interessen, setzte ebenfalls Expertengremien auf die Text-Exegese an. Wissenschaftler wurden zu Hilfe gerufen. Der Kanzler höchstselbst erteilte – unbrauchbare – Ratschläge.

Als im Juli der Bonner Innenstaatssekretär Franz Kroppenstedt alle Beteiligten zur Bestandsaufnahme zusammenrief, war immer noch kein Ende des Rätselratens.

Wenn die Regierung nicht wisse, wie die Zweiteilung Bonn/Berlin aussehen solle, meinte gereizt der nordrhein-westfälische Minister und Johannes-Rau-Intimus Wolfgang Clement, sei alles andere schwer zu planen.

„Auf dem Punkt", erinnert sich Raus Bonner Statthalterin Heide Dörrhöfer-Tucholski, „haben wir lange herumgeritten."

Am Ende faßte Kroppenstedt das Ergebnis der bisherigen Beratungen so zusammen: „Der Kernbereich ist das schwierigste Thema."

Große Schwierigkeiten bereitet den Hauptstadtplanern nicht nur ein praktikables Programm für die Teilung der Regierung. Auf Geheiß des Bundeskanzlers sollen sie auch möglichst geräuschlos arbeiten, keine neuen Emotionen wecken, die kaum vernarbten Verletzungen der unterlegenen Bonn-Fraktion pfleglich behandeln und, nicht zuletzt, besondere Rücksicht auf die Empfindlichkeiten der verstörten Beamten nehmen.

Denn sowenig den meisten der Umzug aus dem Idyll in die Metropole behagt – die Aussicht auf eine Zweiklassengesellschaft schreckt noch mehr: Wer in Bonn zurückbleibt, der könnte sich zu den Deklassierten rechnen, die in der hohen Politik nicht mehr mitmischen dürfen.

„Es ist geradezu ein Akt der Fürsorge, erst am Schluß den Kernbereich zu definieren", sagt daher Herbert Schmülling, Staatssekretär im Bauministerium, „sonst gibt es eine Wahnsinnsdiskussion."

In dieser prekären Lage hat Innenminister Wolfgang Schäuble, zuständig für die Koordination aller Bemühungen, einen eleganten Ausweg gefunden: Da der Souverän sich nur undeutlich geäußert habe, solle er auch selber die Nebel lichten.

Um sich den sonst unvermeidlichen Ärger zu ersparen, will Schäuble dem Parlament nicht fertige Vorgaben liefern, sondern nur „eine Palette ausbreiten", so einer seiner Gehilfen, „mit der Maßgabe: Entscheiden müßt ihr selber".



Berlin-Abstimmung im Bundestag*: Rücksicht auf die Empfindlichkeiten der verstörten Bonner

Fragen über Fragen trugen Beamte aus Düsseldorf in einem internen Papier zusammen: Ob denn mit „politischer Präsenz" nur die jeweilige Leitungsebene im jeweiligen Ministerium gemeint sei?

Ob der Minister seine politische Präsenz ohne seinen Apparat sicherstellen könne? Gehöre zum Kernbereich etwa alles, was nicht bloß verwaltenden Charakter hat?

Oder schließt der Begriff „Verwaltungszentrum Bonn" den Verbleib regierender Teile aus? Muß der „größte Teil" aller Arbeitsplätze, also auch gewerblicher Art, in Bonn erhalten bleiben?

Drei Modelle bietet der Innenminister an:

- ▷ Einzelne Ministerien bleiben komplett in Bonn zurück, bekommen in Berlin lediglich eine Außenstelle, so womöglich das Verteidigungsressort. Die Ministerien, die ganz nach Berlin wechseln, wie das Außenministerium, behalten in Bonn eine Dependance.
- ▷ Alle Ministerien verlegen ihren Sitz, werden aber „entschlackt": Teile werden ausgegliedert und bleiben als selbständige Behörden in Bonn. So könnte aus dem Finanzressort ein Bundesvermögensamt herausgelöst werden.
- ▷ Die Regierung zieht nur mit „Kernbereichen" an die Spree. Was dazu aber außer der politischen Leitung der Ministerien gehört, bleibt die große Frage.

Staatssekretär Kroppenstedt ist die undankbare Aufgabe zugefallen, Vorschläge für eine Neuorganisation zu unterbreiten. Er hat alle Ressorts aufgefordert, ihrerseits Ideen zu entwickeln. Die Ressorts aber halten sich möglichst zurück: Erst müsse ein Gesamtkonzept her, lautet die Gegenforderung.

Kein Minister will sich, „degradiert zur Verwaltungseinheit, aus der Regierung ausklinken", so einer der Planer. Und: „Die verkünden schlichtweg, alles gehört zum Kernbereich." In dieser all-

* Gratulationscour für den Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen (M.) am 20. Juni.

gemeinen Verwirrung versucht die Bonn-Fraktion, ihre Chancen zu nutzen. Ein Papier über erste „Eckpunkte" schickte der Nordrhein-Westfale Clement an den Koordinator Kroppenstedt.

Zentrale Botschaft: „Ländernahe Ministerien und Ministerien, deren Gesetzgebungstätigkeit beschränkt ist, bleiben vollständig in Bonn. Sie unterhalten Nebenstellen in Berlin."

Am Rhein soll eine „Hauptstadt des Föderalismus" entstehen und ein Zentrum für drei bedeutende Aufgabenbereiche: für Wissenschaft und Kultur, für Europa und für die Nord-Süd-Zusammenarbeit.

Alle einschlägigen Ministerien residieren, nach den Vorschlägen aus Nordrhein-Westfalen, weiter in Bonn, auch alle dazugehörigen Einrichtungen, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bis zu den Stiftungen der Parteien. Andere Institutionen sollen nach Bonn geholt oder gar neu gegründet werden, so eine „Stiftung für europäische Bewußtseinsbildung" und ein „Haus der Sprache und Literatur".

Die Bundesrepublik bekäme auf diese Weise einen doppelten Regierungssitz. So hätten es die Bonn-Verteidiger am liebsten.

„Als Grobraster kommt in Betracht", meinen die Rau-Leute in Düsseldorf, „die klassischen Ministerien nach Berlin zu verlagern." Dazu zählen in der NRW-Betrachtung Innen-, Außen-, Justiz- und Wirtschaftsministerium.

Als „Klammer" für die 13 dann in Bonn verbleibenden Häuser soll ein eigenes Ministerium gegründet werden. Etwa 13 000 der insgesamt 21 300 Bediensteten bräuchten sich keine Sorgen wegen eines Umzugs nach Berlin zu machen.

Dazu der knappe Kommentar von Wohnungsbau-Staatssekretär Schmülling: „Schwachsinn."

Aus der Sicht der Bonn-Förderer sind alle Alternativen einer „horizontalen" Aufteilung (nur bestimmte Teile der Ministerien müssen nach Berlin umziehen) anstatt einer „vertikalen" Lösung (ganze Ministerien werden auf Berlin und Bonn verteilt) nur schwer zu verwirklichen.

In einer eigenen Expertise haben sie die Möglichkeiten untersucht; sie haben frühere Planungen aus sozial-liberaler Zeit für eine Straffung



Hauptstadt-Planer Schäuble
Eleganter Ausweg

der Regierungsarbeit herangezogen und auch ausländische Erfahrungen ausgewertet.

„Herausgekommen ist null", so Heide Dörrhöfer-Tucholski resigniert, „Kriterien für eine solche Teilung gibt es eben nicht."

In Schweden zum Beispiel sind die „politischen" und die „administrativen" Aufgaben strikt voneinander getrennt. Die Ministerien haben den Charakter von Stabsabteilungen; sie müssen dem Chef des Hauses in seiner Leitungsfunktion und bei der Formulierung politischer Konzepte zur Hand gehen.

Die zwölf schwedischen Ministerien haben deshalb auch nur einen Personalbestand von insgesamt etwa 1400 Bediensteten, darunter etwa 600 Bürokräfte.

Das schwedische Beispiel jedoch ist nicht auf die Bundesrepublik übertragbar.

Die Regierung in Schweden ist nicht einmal zuständig für die Vorbereitung der Gesetze; dazu werden externe Kommissionen berufen. Die Ministerien beschränken sich darauf, Kommissionen einzusetzen und auf der Grundlage ihrer Berichte Gesetzesentwürfe zu verfassen.

Oder das französische Modell: In den Pariser Ministerien sind sogenannte Cabinets für die politische Planung, für Kabinetts- und Parlamentssachen zuständig, in denen etwa 500 bis 600 Bedienstete tätig sind. Sie bilden eine nicht gerade beliebte Sonderkaste; das sorgt für erhebliche Reibungsverluste in der Zusammenarbeit mit den übrigen Abteilungen der Häuser.

Jedenfalls sei dies „kein Modell für räumliche Dekonzentration", verwerfen die Düsseldorfer das französische Modell.

In Deutschland hat schon einmal, 1972, eine Projektgruppe für den damaligen Innenminister Hans-Dietrich Genscher einen dickleibigen „Bericht zur Verlagerung von Aufgaben" angefertigt. „Ministeriale Aufgaben", die „nicht verlagerungsfähig" sind, so definierte die Kommission vor neun Jahren, seien solche, „die immer wieder der politischen Steuerung durch die Ressortleitung oder das Kabinett bedürfen".

Hilfreich war jedoch auch diese Begriffsbestimmung nicht, da sie, so die Verfasser, „eine starke voluntaristische Komponente" enthalte.

Im Klartext: „Der Umfang einer Aufgabenverlagerung hängt maßgeblich vom Willen der politischen Leitung ab."

Wie immer am Ende über die bislang ungeklärte Aufgabenteilung entschieden wird – die Bonn-Fraktion befürchtet bereits jetzt einen „Rutschbahn-Effekt", so Dörrhöfer-Tucholski: Auf die Dauer, ahnt sie, sei wohl sehr schwer zu verhindern, daß wieder zusammenwächst, was zusammengehört. ◄



Bonner Feeling Bunte



KYOCERA
Multilight PC Familie vom 80386 sx bis zum 80486
PC im Taschenbuchformat
A4 und A3 Drucker aus der Laserdruckerfamilie
Ergonomie
Design
Technik
Für den PC auf dem Schreibtisch,
den PC für unterwegs
bis hin zum dokumentenechten
Laserdruck im A3 und A4 Format.
In allen Formaten
KYOCERA
Kyocera Europe GmbH
Hellersberg Straße 2
D - 4040 Neuss 1

„Das Elend ist unbeschreiblich“

SPIEGEL-Reporter Jürgen Leinemann über Bonner Hoffnungen und Selbstmitleid im Sommerloch



Bonner Geschäftsmann Krings
Leben ohne Hauptstadtbürde

Bis zu jener Nacht der langen Gesichter, als die Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages für Berlin stimmte, hat Johannes Krings die Stadt am Rhein allenfalls als seinen „gewählten Aufenthaltsort“ betrachtet. Nun aber, befreit von der politischen „Käseglocken“-Atmosphäre, die ihn stets bedrückte, will er Bonn zu seiner Heimat machen.

Auf keinen Fall dürfe die Stadt in Selbstmitleid verharren, versuchte ein Arbeitsstab des Innenministeriums schon im Juli die schockierten Bonner aufzumöbeln. Um ein Signal zu setzen, verschickte Krings, der in Bonn ein High-Fidelity-Wohnraumstudio betreibt, ein Bildposter an seine Kunden.

Darauf sitzt er, mit Baskenmütze und schwarzem Vollbart eine mediterrane Erscheinung, unter einem Bahnhofsschild von Bonn und heißt die Abgeordneten mit herrisch gerecktem Zeigefinger, sich von hinnen zu heben: „Die Parlamentarier haben gewählt – sie mögen gehen.“ An zustimmenden Rückmeldungen fehlt es nicht.

Daß sich die Politiker zum Teufel scheren sollten – vor allem jene, die mit einem Brett vor dem Kopf von einer Werbeagentur in der Fußgängerzone der Volkshäme aufgedrängt werden, nämlich Richard von Weizsäcker, „z. Zt. Bundespräsident“, wie die Bonner derzeit gern sagen, und Helmut Kohl, „z. Zt. Bundeskanzler“, aber auch Genscher, Vogel und Schäuble – und daß Politik ein noch schmutzigeres Gewerbe ist, als man immer schon wußte: Darüber sind sich viele Bonner einig.

Niemand weint in diesen schwülen Tagen den urlaubenden Ministern und Staatssekretären, den Abgeordneten und Parteifunktionären eine Träne nach.

Aber daß nun die Daheimgebliebenen, im Sinne Krings', damit begonnen hätten, ein Leben ohne Regierungsblähungen und Hauptstadtbürden einzuüben, läßt sich gewiß auch nicht sagen.

Im Gegenteil. Aus dem Bonner Sommerloch beginnt eine wirre Hoffnung zu wuchern, der Umzug nach Berlin finde am Ende doch nicht statt.

Hat nicht der CSU-Abgeordnete Albert Dess den dankbar lauschenden Bonnern schon vor Wochen zu verstehen gegeben, mehr als eine „Absichtserklärung“ sei die Abstimmung vom 20. Juni im Parlament nicht gewesen?

Hat nicht sein bayerischer Kollege Günther Müller die CDU-Mittelständler und ihren johlenden Anhang auf dem Marktplatz in tückischen Andeutungen über krumme Dinger „hinter den Kulissen“ mit nur zu begierig aufgesogenen Illusionen gespeist?

Auffällig oft enden Gespräche über die düstere Zukunft Bonns inzwischen mit dem Nachsatz: „Wenn's denn soweit kommt.“ Allzu häufig folgt jetzt melancholischen Ausblicken der Stoßseufzer: „Aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.“

Aus giftiger Lethargie schwappen Trotz und Verweigerung hoch, versikkern dann aber doch wieder in Resignation und Verbitterung.

Seltsam vertraut erscheint die depressive Stimmung am Rhein vor allem Besuchern, die aus dem Osten kommen. Es bedarf nicht einmal der peinlichen Parallelkundgebung zu den Leipziger Montags-Demos jeden Donnerstag auf dem Bonner Markt, um sich in Bonn zu fühlen wie in Ossiland de luxe.

Bei der achten Veranstaltung vorige Woche, wie immer organisiert von der CDU-Mittelstandsvereinigung, redete SPD-Lokalmatador Horst Ehmke („Die Geschichte ist noch lange nicht zu Ende“) zum Volk – die Bonner kennen keine Parteien mehr, sondern nur noch Bonner. Und bei ihnen herrscht die gleiche Verwirrung wie bei den Ossis, weil die alte Identität zerbrochen ist. Da ist die gleiche Ohnmacht, die in Sentimentalität umschlägt. Man spürt die gleiche



Bonner Donnerstags-Demo
Die gleiche Verwirrung wie bei den Ossis

Wut. Es nervt das gleiche Gejammer. Solche Vergleiche sind natürlich frivol.

Wahr ist zwar, daß auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik allein die Menschen in Bonn Verluste und Einbrüche in ihrem Leben so konkret erfahren wie die Ossis. Wahr ist freilich auch, daß sie dagegen unendlich viel besser gewappnet sind als die Menschen „drüben".

Das allzu große Lamento der ersten Stunde schreit einfach nach Satire.

„Helft Bonn", fleht dann auch prompt die Stadtzeitung *Schnüss* in ihrer August-Ausgabe: „Das Elend ist unbeschreiblich." Ganze Stadtteile seien nach dem Putsch der Brandt-Schäuble-Bahr am 20. Juni „spontan verslumt"; immer häufiger schreite die Polizei brutal gegen bettelnde Legationsräte ein.

Soviel zum Goldrand des Bonner Elends.

Doch ist der hohe Beamte, den die Sorge umtreibt, wo er, in Gottes Namen, denn in Berlin sein Reitpferd unterstellen solle, eher eine Karikatur als die Norm. Die privaten Nöte gehen tief. Ärzte berichten von gesundheitlichen Zusammenbrüchen; Beamte erzählen von Familienkrächen; Banker wissen von materiellen Desastern.

Subjektiv schlägt die plötzliche Veränderung aller Lebenspläne, der Verlust von Heimat und Sicherheit allemal kräftiger aufs Befinden durch als ein höherer Steuerabzug auf dem Gehaltszettel. Zumal sich in vielen Bonnern allmählich ein Gefühl festsetzt, als bedeute der Umzug so etwas wie eine nachträgliche Entwertung ihrer bisherigen Arbeit – plötzlich gerät sie in den Geruch, nur provisorisch gewesen zu sein.

Kein Wunder, daß sie sich gegen diese Kränkung wehren wie die Ossis gegen die Kolonialisierung durch die Besserwessis.

Kein Wunder auch, daß die Formen des Protestes einander ähneln. „Mir stonn zu Bonn", steht trotzig auf den Transparenten auf dem Bonner Marktplatz – „Born in DDR" ist auf die Bettlaken geschrieben, die aus morschen Fenstern in den neuen Ländern hängen.

Hier, schwant Thomas Langhoff, dem Intendanten des Deutschen Theaters von Berlin (Ost), werden sie wohl bald wieder melancholisch FDJ-Lieder singen. In der linken Bonner Politkneipe „Mierscheid", ergötzt sich zu später Stunde der harte Gästekern mit einer aktuellen Umdichtung des Gefangenenchores aus Nabucco: „Teures Rheinland, geknechtet schon lange."

Im Osten beharren vor allem junge Leute mit demonstrativ dekorierten „Spalterflaggen" und dem alten DDR-Schild an Autofenstern und Wohnungstüren auf ihrer früheren Identität. Die Verweigerung des Neuen signalisieren Bonner Geschäfte und Büros in Anzei-



Dein Schleier
war ein bißchen
verrutscht.

Dein Bruder
hat falsch
gesungen.

Dein Vater
war ziemlich
gerührt.

Deine
Manschettenknöpfe
waren geliehen.

Dein Parfum hieß
White Blossom, und
Deine Hand hat ein
wenig gezittert.
Genau wie jetzt.
In 5 Jahren hat sich
nichts verändert.



MEMOIRE, DER DIAMANTRING FÜR HOCHZEITSTAGE.

EIN DIAMANT IST UNVERGÄNGLICH.

Eine Diamant-Broschüre hilft weiter. Rufen Sie bitte 06183/3038 an. Oder schreiben Sie an DIS B, Postfach 700150, 6000 Frankfurt 70.

gen mit Trauerrand, die das Ende der Bundeshauptstadt beklagen.

Und natürlich kann das Unglück nicht hereingebrochen sein, ohne daß einer daran gedreht hat. Was den Ossis die SED- und Stasi-Seilschaften, sind den Bonnern die Machenschaften ihrer Regierenden.

„Bestechung bei Votum für Berlin nur ein Gerücht?" fragt der Kölner *Express* mit Balkenlettern. Als wenn das noch eine Frage wäre – die *Bonner Rundschau* stellt kar: „Mit rechten Dingen kann es da nicht zugegangen sein."

Korruption, Einschüchterung, politischer Druck – je weniger zu beweisen ist, desto ungenierter wird schwadroniert. „Ganz schlimm und teilweise unverschämt", entrüstet sich Innenminister Wolfgang Schäuble.

Groteskerweise vermittelt freilich gerade die aus der Depression aufflackernde Aufgeregtheit in diesen Sommertagen einen vertrauten Eindruck Bonner Normalität. Noch ist die „Käseglokke" intakt. Sind Spekulationen und Gerüchte nicht von jeher das Markenzeichen der Ferienflaute gewesen?



Protestplakat in der Bonner Fußgängerzone: „Teures Rheinland, geknechtet schon lange"

„In der Sommerzeit reden ja viele viel zuviel", läßt sich der Bundeskanzler väterlich vom Wolfgangsee vernehmen. Sollen sie doch schwimmen gehen, die jungen Leute, auf die Berge steigen oder schlafen und lesen.

Einer, den Helmut Kohl mit seiner Bemerkung ganz gewiß gemeint hat, der überaus ehrgeizige junge CDU-Abgeordnete Friedbert Pflüger, verwahrt sich geradezu mit Inbrunst gegen den Verdacht, er habe mit seinen Protesten gegen einen angeblich nationalistischen Trend die leere Bühne des Bonner Sommertheaters für einen Profilierungsauftritt genutzt: „Wir haben einfach Angst, daß alles verlorengeht, was wir für unsere Demokratie hier aufgebaut haben."

Mit dieser Einschätzung liegt Pflüger voll im Trend gerade der jüngeren Abgeordneten aller Parteien und vieler Bonner.

Für die einen mag Berlin identisch sein mit Wilhelminismus, Großmäuligkeit und zackiger Klugscheißerei. Für die anderen bedeutet die neue Hauptstadt Polacken-Chaos oder Stasi-Terrorismus. Wieder andere finden es unter der Würde einer alten Kulturnation, ihren Regierungssitz in karges Kolonialland zu verlagern. Nicht einmal an antisemitischen Tönen fehlt es. Mit der Realität an der Spree haben die wirren Einschätzungen weniger zu tun als mit der Bonner Befindlichkeit. Denn gemeinsam ist allen, daß sie Berlin offenbar nur im Kontext mit Vergangenem denken können.

„Wir brauchen als Parlament keinen großen Regierungssitz", befindet knapp die 26jährige FDP-Abgeordnete Birgit Homburger, „wir brauchen eine arbeitsfähige Umwelt."

Die ist gut zu überblicken aus dem Fenster ihres Büros im siebten Stock des Hochhauses am Tulpenfeld und wird sogar perfekter von Tag zu Tag. Denn die Bonner reden sich ihre Welt in unaufhörlichen Wiederholungen schön.

So wie in den neuen Bundesländern die Errungenschaften und Eigenarten der DDR-Bürger in immer hellerem Licht erstrahlen, wird die früher als Raumstation gescholtene Regierungshauptstadt am Rhein an ihrem heraufdämmernden Ende eine immer strahlendere Bastion demokratischer Vollkommenheit.

Als hätten sie nie ihre Schaufenster gegen die Friedensbewegung zugenagelt, jubeln 2000 Bonner dem demokratischen Bahnbrecher Günther Müller von der CSU zu, als er auf dem Marktplatz behauptet: „Den guten Ruf, den die Politik durch Bonn in 41 Jahren gewonnen hat, sollte man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen."

Das um so weniger, als das schönste Regierungs-Bonn, das es je gab, vor aller Augen gerade erst seiner Vollendung entgegenwächst.

Am Rhein stolpern ehrfürchtige Touristen über den Bauschutt des Bundestagsneubaus, der inzwischen Glanz und Größe eines Flughafenterminals ahnen läßt. Hinter dem Abgeordneten-Hochhaus klafft für ein neues Bürohaus eine Baugrube von Fußballfeldgröße, und an der einst trostlosen Diplomaten-Rennbahn nach Bad Godesberg wachsen großkotzige Monumente der sprichwörtlichen Bonner Bescheidenheit aus dem Boden – noch ein Museum und noch eine Kunsthalle und noch eine Stiftung und noch ein Bürozentrum.

Und da sollen sie weg, die Politiker und die Beamten?

Auch das gehört zu den paradoxen Gemeinsamkeiten zwischen der Situation in der alten DDR und der alten Bundeshauptstadt nach dem unvorhergesehenen Einbruch der Geschichte in den deutsch-deutschen Alltag – die erlebbare Wirklichkeit trägt zum Zorn und zur Verwirrung kräftig bei.

Im Osten beginnt der Aufbau vor allem mit Zerstörung – am Rhein hebt die „Abwicklung" mit gewaltigen Neubauten an. Nur zu verständlich, daß alle vom Geld reden, die Ossis wie die Bonner.

Günther Müller ist auf dem Marktplatz der Beifall sicher, wenn er dröhnt: „Der Bürger soll wissen, was ihn dieses Vergnügen, aus der Bonner Republik eine Berliner Republik zu machen, kostet."

Das ist nun tatsächlich immer ein Hauptmerkmal dieser Bonner Republik gewesen – Geld ist der Maßstab aller Dinge.

Aber wie viele Milliarden kostet Glaubwürdigkeit? ◄

„Phantasie ist wichtiger als Wissen.“

Albert Einstein

Wissen ist Macht, sagt man.

Und dennoch ist alles Wissen dieser Welt ohnmächtig angesichts der Kraft, die die Phantasie entwickelt. Für Visionen, die


Das Antennen-Testzentrum von MBB in Ottobrunn.

HILDMANN, SIMON, REMPEN & SCHMITZ/SMS

Daimler-Benz AG, Postfach 800230, D-7000 Stuttgart 80

weit in die Zukunft reichen. Für neue, ungedachte Ideen.

In unserem Konzern arbeiten Forscher aus allen Disziplinen an neuen Lösungen für die großen und kleinen Aufgaben unserer Zeit: für Verkehr, Kommunikation und Umwelt, für Raumfahrt und Medizintechnik.

Wenn wir hier neue Ideen und Produkte entwickeln wollen, mit denen wir unsere Welt auch in Zukunft mitgestalten können, dann braucht das nicht nur den ständigen Dialog zwischen den besten Talenten und Köpfen. Es braucht auch den Mut zur Phantasie.



DAIMLERBENZ

Die Unternehmen im Daimler-Benz-Konzern: Mercedes-Benz, AEG, Deutsche Aerospace, Daimler-Benz InterServices (debis)

Von linker Melancholie

ROLF SCHNEIDER

Der erste, der es laut aussprach, war, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, der Dichter Günter Kunert. Die DDR gab es damals noch. Sie war eben erst im Begriff unterzugehen. Da ließ sich der einstige DDR-Lyriker vernehmen, es werde demnächst eine DDR-Nostalgie ausbrechen. Dies war so offensichtlich gegen die Tendenz des obwaltenden Zeitgeistes gesagt, daß sich die Wahrheit der Behauptung überhaupt nicht mehr abweisen ließ.

Inzwischen sind wir ein Kalenderjahr weiter und der verheißenen Nostalgie ein Stück näher. Zwar stürzt die PDS Monat um Monat in den demoskopischen Umfragen so weit ab, daß sie demnächst auch in den fünf neuen Bundesländern unter die Fünf-Prozent-Schwelle gelangen dürfte, was aber nur auszuweisen vermag, daß der von ihr repräsentierte Altstalinismus zur Zeit nicht mehrheitsfähig ist. Vorhanden bleibt er gleichwohl. Ein harter Kern einstiger Privilegienempfänger trauert lautstark seiner Vergangenheit hinterdrein.

„Was wir in 40 Jahren unter schwierigen Bedingungen entwickelt haben, wird fortleben in den Kämpfen der Zukunft. Ich denke dabei insbesondere an die sozialen Errungenschaften, für deren Verteidigung die Menschen, insbesondere die Arbeiter, auf die Straße gehen“, sagte der entmachtete Erich Honecker im sowjetischen Militärhospital Beelitz, seiner zeitweiligen Bleibe. „Wir hatten schließlich eine aufblühende Volkswirtschaft“, behauptete er noch. „Das ist auch von den größten Miesepetern nicht zu bestreiten.“

Den Starrsinn, mit dem hier Tatsachen ignoriert und unveränderliche Überzeugungen wiederholt werden, mag man wahlweise dem Alter, der eingeschränkten Intelligenz oder einer eisernen Indoktrination zuordnen. Immerhin unterscheidet er sich auffällig von der hastigen literarischen Reue des Ex-Politbürokraten Günter Schabowski ebenso wie von der eifernden Anklage jenes vormaligen DDR-Generalstaatsanwalts-Sprechers Peter Przybylski, der mit der keinesfalls umwerfenden Erkenntnis, daß Karrieren in stalinistischen Organisationen zu biographischen Verrenkungen führen, einen wahrhaftigen Bestseller („Tatort Politbüro“) schuf. Erich Honeckers düstere Standhaftigkeit gemahnt sonderbar an jene des Rudolf Heß vor dem alliierten Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg. Muß man daran erinnern, wie es anläßlich der Grablegung des Hitler-Stellvertreters zu einem förmlichen Auftrieb fanatisierter junger Leute kam?

Der Passepartout-Moralist Przybylski dürfte der DDR nicht nachgreinen, da er zu denen gehört, deren Überzeugung das eigene Fortkommen ist. Eher geschieht wohl, daß seine marktwirtschaftliche Gelenkigkeit den Ekel und das Heimweh jener anderen befeuert, deren Bekenntnisse der Tagestendenz ganz zuwiderlaufen und so angenehm nach Altruismus duften. Wir befinden uns im Kreis der Bessermacher.



Ihre Zahl ist beträchtlich. Ihre Charaktere sind buntscheckig. Da gibt es den Kleingeist Egon Krenz, den Intriganten Markus Wolf und den trübseligen Buchhalter Hans Modrow. Sie alle wollten einmal die alte DDR reformieren und verhoben sich. Außerdem gehören hierher die meisten Bürgerbewegten vom Herbst '89. Sie wollten „auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Lande eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind“.

Die Autoren dieser papierenen Absichtserklärung („Für unser Land“) wiesen sich damit aus als die verträumten Schöngeister, die sie ihrem Beruf zufolge sowieso waren. Eine Niederlage werde nicht dadurch weniger schmerzlich, daß man sie sich erklären könne, sprach hernach die Schriftstellerin Christa Wolf, die den besagten Aufruf mitverfaßt hatte und sich schon bald genötigt sah, ihre „linke Melancholie“ einzubekennen.

Melancholie besteht aus unerlöster Zärtlichkeit. Deren Objekt ist in diesem Falle die DDR.

Neben dem Verlust ihres Staatswesens hatten die Melancholiker auch noch jenen einer Utopie zu beklagen, und da trafen sie sich mit Komplementären im Westen.

Denn die Utopie mußte nicht in jedem Fall Sozialismus heißen. Manche begnügten sich schon mit der deutschen Zweistaatlichkeit: als Garantie gegen nationales Großmachtstreben, wie bei Günter Graß, oder als verdiente Strafe des Weltgerichtes für den Holocaust, womit in etwa die Position von Walter Jens umrissen wäre.

„Warum haben wir nicht die Republik Ostdeutschland ausgerufen und die staatlichen Organe nach Hause gejagt? Anfang November wäre es doch möglich gewesen, sogar ohne Waffen. Nun ist es zu spät. Die Angepaßten aus den Blockparteien haben mit westlicher Hilfe gewonnen. Die Frauen und Männer der ersten Stunde halten ihre Trauerversammlung.“

Der da so redet, stellvertretend für die unterlegenen Reformer in der DDR, ist der linke Pastor Heinrich Albertz. Er und alle anderen Utopisten einer ostelbischen Radikaldemokratie vergessen die neuerliche Massenflucht nach dem Mauerfall und, mehr noch, die bereits

seit 1983 manifeste wirtschaftliche Pleite im Land. Statt dessen wird das wesentliche Element einer anderen Dolchstoßlegende benannt.

Die Blockflöten als neue Novemberverbrecher? Es ist entschieden zuviel der Ehre.

Albertz ruft auch nach „Parteinahme gegen die westlichen Haie und Geschäftemacher und die willfährigen Mitläufer ‚drüben'", was wie eine Antwort wirkt auf die Warnung des Aufrufes „Für unser Land", daß „ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt".

Daß der Zugriff des Kapitalismus in Ostdeutschland kein pfleglicher Vorgang sein würde, war von Anfang an gewiß. Daß die „Angepaßten aus den Blockparteien" sich als eher unfähige Unterhändler erwiesen, spricht für ihre allgemeine Miserabilität, war aber nicht zwingend vorgegeben.

Der zur Zeit fetteste Humus für die fortwuchernde DDR-Nostalgie komponiert sich denn auch aus Arbeitslosigkeit, westlichem Besitzegoismus, brutalem Verdrängungswettbewerb und fahrlässigen Politiker-Versprechungen, aus wachsendem Fremdenhaß, zunehmender Gewaltkriminalität und fortschreitender Verblödung im Zeichen von Videothek und Groschenblatt.

Die Ostdeutschen sehen sich ja fortwährend darauf gestoßen, daß sie von minderer Art seien – durch die schlechtere Entlohnung bei gleichem Tun, durch die massierten Vorurteile des Westens, durch die tägliche Anschauung der eigenen materiellen Rückständigkeit. Da aber kaum jemand fortwährend in Sack und Asche gehen mag, verwandelt sich das östliche Sosein allmählich in eine positive Moral. Ihr Name lautet: DDR-Identität.

„Es entsteht das Bild einer DDR, die so nie existiert hat"

Aus diffusen Gefühlen und Erinnerungen entsteht das Bild einer DDR, die so nie existiert hat und der auch die fortwährenden Enthüllungen über Tote an der Mauer, über SED-Amtswillkür und Stasi-Allmacht kaum mehr etwas anhaben können.

Ohnehin verliert Mielkes Firma durch die übergroße publizistische Abnutzung zusehends an Schrecken. Man kann förmlich darauf warten, daß, als Seitenstück zur Auschwitz-Lüge, demnächst die MfS-Lüge aus dem Dunst ostdeutscher Stammtischgespräche quillt.

Dann wird man wohl entsetzt nach den Gründen fragen. Man wird sie finden in der Kurzatmigkeit der Zeitgeschichte und in der Trägheit der menschlichen Seele. Anstatt mit Sorgfalt und Unerbittlichkeit die allgemeine politische Vergangenheit und den eigenen Anteil daran bedenken zu müssen, sehen sich die Betroffenen allerlei hastigen Wechselbädern der Gefühle ausgesetzt, so daß sie schließlich dankbar nach dem nächstbesten Rettungsanker greifen.

Aus dem Mittelgebirge der inzwischen massenhaft erschienenen Beschreibungs-, Enthüllungs- und Rechtfertigungsliteratur zur DDR ragt, als einsamer Gipfel, das Buch mit dem etwas mißverständlichen Titel „Rückkehr nach Europa" heraus. Sein Verfasser Jens Reich war ein Promotor des Herbstes '89 in Ost-Berlin. Neben Wolfgang Ullmann, Gregor Gysi und Wolfgang Thierse wurde er eines von vier starken politischen Talenten aus dem deutschen Osten; als einziger der vier widerstand er der Versuchung, endgültig in die politische Klasse aufzurücken.

Seine Sammlung von Eindrücken, Notizen und Reden, genau bedacht und glänzend formuliert, äußert sich unter anderem zum Phänomen der untoten DDR. Reich rubriziert es unter der Vokabel „Trotzidentität".

Er benennt die Ingredienzen: „Es ist wie der Abschied von der Schule, die man gehaßt hat und die doch ein Teil des Lebens war. Man empfindet Erlösung, Befreiung, aber auch beklommene Wehmut. Traurig sitzt du in der Schulbank, die schon keine mehr ist; der Lehrer ist milde gestimmt, auch er den Tränen nahe, und du nimmst den Bleistift und schreibst ein larmoyantes Gedicht . . ."

Er benennt, als vorbeugendes Mittel gegen politisches Heimweh, die Techniken und Erfahrungen einstiger Deformation. Die Angst. Die Anpassung. Sie führe bis zur Selbstzensur, als „veredelter Kotau: demütiges Schweifwedeln des Untertanen als souveräne Taktik verkleidet".

Aber was nützt das noch, wenn der DDR im vollen Bewußtsein solcher Dinge gleichwohl gnädig gedacht wird? Wo Jens Reich das genaueste Buch zum Gegenstand verfaßte, schrieb das sonderbarste ganz gewiß Hans Mayer.

Der 84jährige Literaturwissenschaftler mit heutigem Wohnsitz in Tübingen erinnert sich einer Deutschen Demokratischen Republik, die er einst mit guten Gründen floh und in der er gleichwohl die produktivsten Jahre seines Lebens verbrachte. „Ende schlecht, alles schlecht?" fragt er listig und warnt davor, „das Personal dieses Staats und der ihm vorausgehenden sowjetischen Besatzungszone auch moralisch und charakterologisch *vom Ende her zu deuten*".

Das schlechte Ende widerlege nicht einen möglicherweise guten Anfang. „Demokratisch und antifaschistisch. *Das war eine Denkwirklichkeit, nicht bloß eine Vokabel.*"

Was, bitte, ist eine Denkwirklichkeit inmitten einer völlig anders gearteten politischen Praxis? War das Antifaschismus, wenn Halbwüchsige in die eben von Hitlers Häftlingen geräumten Konzentrationslager Buchenwald und Sachsenhausen gesperrt wurden und dort verkamen?

Das Ende war wie der Anfang. Schon der Anfang stand gleich im Zeichen von Walter Ulbricht.

Den mag Hans Mayer nun auch nicht. Er setzt gegen ihn Wilhelm Pieck, der aber allenfalls erträglich wird im Vergleich zu Walter Ulbricht. Pieck hat seinen schrecklichen Anteil an der Stalinisierung der KPD, und als Gast des Moskauer Hotels Lux war er so beugsam wie die meisten, ausgenommen vielleicht Palmiro Togliatti.

Hans Mayer versucht eine – auch literarische – Ehrenrettung des späten Johannes R. Becher. Eigentlich wäre sie unnötig. An Totalverrissen Bechers probieren sich die Banausen. Hans Mayer benötigt seinen Versuch, um Becher als „Glücksfall" eines ostdeutschen Kulturministers zu preisen und die junge DDR als einen Staat der Schriftsteller.

Gewiß: „Sie alle lebten miteinander in einem Turm und wußten, daß er bereits gefährlich hoch in den Wolken stand." Gleichwohl: Welch eine Situation, unvergleichlich noch im Scheitern, und selbst die Trauer darum kommt süß: „linke Melancholie", mit der Mayer-Schülerin Christa Wolf zu sprechen.

Eine solche Nostalgie ist mit keinem Argument zu beschädigen, da sie bereits alle Argumente kennt. Deshalb ist ihr auch eine bedeutende Zukunft zuzubilligen. Obschon, was der Dialektiker Hans Mayer natürlich weiß, das schlechte Ende immer gegen den Anfang zeugt, da es bloß dessen Konsequenz ist, wird die DDR als vertane, verspielte oder gar verratene politische Möglichkeit nach einer Periode der verdeckten Regeneration ins kollektive Bewußtsein der Deutschen zurückkehren.

Sie wird den trostlos vagabundierenden linken Sehnsüchten einen Platz der Ruhe bieten und einen Gegenstand der Identität stiften. Sie wird so phantastisch und so wirklich sein wie das Dritte Reich in den Reden des Michael Kühnen.

Oder, mit dem hölzernen Pathos des greisen Honecker: „Aus dem schier Unverständlichen des Zusammenbruchs der sozialistischen Gesellschaft wächst zugleich der Aufbruch in eine neue Welt."

Rolf Schneider, 59, ist Schriftsteller und lebt in Berlin.

Die gefälligst mitgetheilten, hiebey
zurückkehrenden Münzen haben mir
das angenehme Gefühl gegeben
daß meine künftige Liebhaberey der
[illegible] eine glückliche Mitgift
ist, die mich jederzeit zu statten
kommt. Die [illegible] des
heutigen Verhältnisses ist auf-
fallend angenehm und jeder Erwar-
tung gemäß. Die Inschriften
sehr glücklich.

Mein Sohn wird auch meinen ver-
bindlichsten Dank für die große
Sendung erstattet haben. Eine innige
Freundschaft kann die doch schuldigen
Verpflichtungen ertragen helfen.

Mit den reinsten Gesinnungen.

W. 31 Jan.
1815.

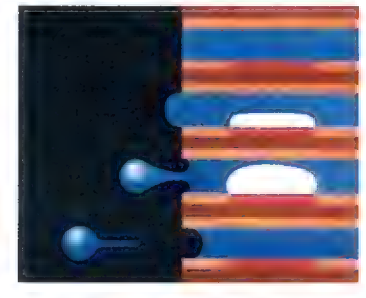
Goethe

Die Handschrift des Johann Wolfgang von Goethe Mit freundlicher Genehmigung des Goethe-Museums Dusseldorf.

Sprühende Köpfe drücken sich in Tinte aus.

Was jetzt wieder gepflegt wird, war früher die normalste Sache der Welt: Kommunikation mit Tinte. Generationen von Dichtern und Denkern schrieben so deutsche Geschichte.

Heute wird sie mit der Elektronik oder anderen Schreibutensilien fortgesetzt. Nicht immer so schön und oftmals recht laut. Dabei gibt es ein Unternehmen, das Technologien produziert, die leise überzeugen: Canon. Realisiert durch das Bubble-Jet-Printing, die ganz andere Art, mit Tinte zu drucken. Nur eine von vielen Canon Entwicklungen für schnelle und souveräne Bürokommunikation. 64 Düsen - jede dünner als ein menschliches Haar - spritzen rund 20.000 Tintenpunkte auf 1 cm^2. Ohne zu klecksen und blitzschnell. Das Ergebnis besticht. Bei Farbkopierern, Druckern und vor allem bei den Menschen, die damit arbeiten. Somit hat sich unsere weltweite Forschung und Entwicklung gelohnt. Zum Nutzen der Menschen. Damit wir uns besser verstehen.


Tinte wird in einer Düse erhitzt.
Die entstehende Blase drückt sie heraus.

Was Canon noch im Drucker-, Kopierer-, Telefax-, Mikrografie- und Rechnerbereich unternimmt, erfahren Sie auf Anfrage.



Canon Deutschland GmbH, Öffentlichkeitsarbeit, Hellersbergstraße 2-4, 4040 Neuss 1, Telefon: 0 21 01/12 50, Telefax: 0 21 01/12 51 28

Verfassungen

Land ohne Geheimdienst

In den fünf neuen Ländern werden Verfassungen vorbereitet – Brandenburg macht den Vorreiter, mit einem wegweisenden Modell.

Der brandenburgische SPD-Abgeordnete Gustav Just, 70, ist stolz auf sein Land: Wenn die Bürger der Provinz zwischen Elbe und Oder im Frühjahr bei einem Volksentscheid mit Ja stimmen, werde Brandenburg, so Just, „die modernste Verfassung" aller deutschen Länder bekommen.

Der Abgeordnete ist Vorsitzender einer 30köpfigen Kommission des Potsdamer Landtags, der schier Unglaubliches gelungen ist: beim Entwurf der neuen Verfassung klassische Prinzipien des Staatsrechts mit Erkenntnissen der modernen Lehre und Impulsen der friedlichen Revolution zu vereinen.

Möglich wurde dieses Kunststück vor allem durch das harmonische Klima im Landtag, das von der rot-grün-gelben Ampel-Koalition des Ministerpräsidenten Manfred Stolpe (SPD) bestimmt wird.

Beigetragen zu diesem Entwurf haben aber auch viele Ideenspender, die ihre unterschiedlichen Erfahrungen in die Beratungen einbrachten – zum Beispiel der Bündnis-90-Anwalt Karlheinz Merkel aus Berlin oder der renommierte Ex-Verfassungsrichter Helmut Simon aus Karlsruhe. Sogar die brandenburgischen Christdemokraten zeigten sich weithin kooperationsbereit.



Sozialdemokrat Just
Mehr Macht für die Bürger

Bis zum 15. September haben die Bürger des Landes Gelegenheit, den Entwurf mit eigenen Vorschlägen zu ergänzen. Ende des Jahres muß der Landtag mit Zwei-Drittel-Mehrheit über die neue Verfassung beschließen; nach dem Volksentscheid im Frühling 1992 soll sie dann in Kraft treten.

Mit dem Entwuf, der von einem Allparteienkonsens getragen wird, haben die Brandenburger den vier anderen neuen Bundesländern den Rang abgelaufen. In einem Punkt stimmen der Entwurf aus Brandenburg und Tastversuche in den anderen Ländern überein.

Alle werden vermutlich ihren Bürgern, deren gewaltloser Aufstand die Verfassungsdiskussion überhaupt erst ermöglicht hat, eine stärkere Teilhabe an der Macht gestatten.

Den Wählern, so scheint es, wird mehr erlaubt werden, als alle vier oder fünf Jahre ein Kreuzchen zu machen; sie sollen sich per Volksentscheid auch zwischendurch zu Wort melden dürfen. Jeweils 80 000 Brandenburger könnten dann auf diese Weise eine Massen-Initiative in Gang bringen.

Die Vorbereitungen in den vier anderen neuen Bundesländern sind unterschiedlich weit gediehen:

- ▷ In Sachsen-Anhalt treten die Regierungskoalition von CDU und FDP, die SPD und Bündnis 90/Grüne mit drei verschiedenen Entwürfen gegeneinander an.
- ▷ In Thüringen konkurrieren – mit verschiedenen Vorstellungen – CDU, FDP und SPD miteinander; mit einer Landtagsdebatte wird nicht vor dem nächsten Sommer gerechnet.
- ▷ Sachsen präsentierte im Juni einen Verfassungsentwurf, der allerdings nur auf den ersten Blick wie ein gemeinsames Papier wirkt; wesentli-



Brandenburger Landtag: „Besondere Fürsorge wird Müttern und kinderreichen Familien zuteil"

chen Artikeln sind Minderheitenvorschläge von SPD, FDP, Bündnis 90/Grüne oder der PDS angefügt.

▷ Für Mecklenburg-Vorpommern liegt ebenfalls seit Juni ein Text des Justizministers Ulrich Born (CDU) vor, der sich ausschließlich mit der Staatsorganisation beschäftigt; daneben arbeitet eine vom Landtag eingesetzte Verfassungskommission.

In dem Potsdamer Entwurf hat sich die Aufbruchstimmung der friedlichen Revolution am stärksten niedergeschlagen. Das Ergebnis ist ein Entwurf, in dem sich viele Elemente finden, deren Übernahme auch durch die alten Bundesländer lohnenswert wäre. Denn das Grundgesetz, 1989 zu seinem 40jährigen Jubiläum als Glücksfall der Nation gefeiert, könnte durchaus zeitgemäße Reparaturen vertragen. Es schützt zum Beispiel die Ehe mehr als die Familie und nimmt von den Kindern kaum Kenntnis.

Wie leicht Juristen, wenn sie nur wollen, einen wesentlichen Bereich des Lebens neu gestalten können, beweisen die Artikel 27 und 28 des Brandenburger Konzepts über „Ehe, Familie, Lebensgemeinschaften und Kinder". Was unter der Ägide des Grundgesetzes je nach Kassenlage und meistens knickrig gelöst wird, ist dort Verfassungspflicht: „Besondere Fürsorge wird Müttern, Alleinerziehenden und kinderreichen Familien zuteil."

Im moralischen Bereich enthält sich der Text jeder Werte-Diktatur. Der Entwurf akzeptiert vielmehr gesellschaftliche Fakten, etwa das Zusammenleben von Paaren ohne Trauschein: „Die Schutzbedürftigkeit anderer, auf Dauer angelegter Lebensgemeinschaften wird anerkannt."

Auch emanzipatorische Konsequenz, die der Frau die freie Wahl zwischen Beruf und Familie läßt, wird sichtbar: „Die Hausarbeit, die Erziehung der Kinder, die häusliche Pflege Bedürftiger und die Berufsarbeit werden gleichgeachtet." Konservative, die den Platz der Frau am Herd sehen, ohne dafür – etwa in Form angemessener Rente – zahlen zu wollen, könnten da noch lernen.

Vorbild für die alten Länder, die das elterliche Züchtigungsrecht nach wie vor aus dem Grundgesetz herleiten, könnte eine andere Passage aus Brandenburg sein: „Kinder haben als eigenständige Personen das Recht auf Achtung ihrer Würde"; sie sind „vor körperlicher und seelischer Vernachlässigung und vor Mißhandlung zu schützen".

Den Verfassungsautoren in Potsdam, von liberalen Wessis gut beraten, war bewußt, daß Bundesrecht Landesrecht bricht; sie haben sich brav im Rahmen des Grundgesetzes bewegt. Selbst Staatsziele wie „Recht auf Arbeit" oder „Recht auf Wohnung" sind – als Ver-



Was macht Paris? Immer

Im August gibt es in Paris so ziemlich alles – außer Pariser. Die sind um diese Jahreszeit ans Meer geflohen. Denn wenn der internationale Tourismus auf den Eiffelturm stürmt, ist jeder Widerstand zwecklos. Sollte Sie diese Vorstellung auf die Barrikaden treiben, greifen Sie ganz einfach zum Hörer. Und erkundigen Sie sich bei Ihren französischen Freunden oder beim Pariser Fremden-

noch so viele Touristen?

verkehrsverein, wann die Luft wieder rein ist. Übrigens eine gute Gelegenheit, schon mal ein nettes Hotelzimmer und die zwei, drei wichtigsten Theaterkarten zu reservieren. Oder sich in eins der angesagten Restaurants einladen zu lassen. ► Dabei kostet Sie so ein Anruf in Frankreich weder Kopf noch Kragen. Sondern kaum mehr als ein Lächeln.



pflichtung zu einer bestimmten Politik – so formuliert, daß auch Formalisten nur wenig dagegen einwenden können.

Umweltschutz und Datenschutz werden wohl auch in die Verfassungen der anderen neuen Länder Eingang finden. Streit könnte es allenfalls darüber geben, daß Brandenburg auf die Lagerung von „atomaren, chemischen oder biologischen Waffen“ und die Errichtung von „Anlagen zur Erzeugung von Kernenergie und Kernbrennstoffen“ verzichten möchte. Die Formulierung „Das Land wirkt darauf hin . . .“ macht allerdings deutlich, daß die Urheber des Textes ihre Kompetenzgrenzen kannten.

Eine Verfassung, in der das Land gelobt, „keinen eigenen Geheimdienst zu unterhalten“, die Bürgerinitiativen ausdrücklich erlaubt und dem einzelnen nicht nur „das Recht auf Leben“, sondern auch „Achtung seiner Würde im Sterben“ garantiert, dürfte mit dem Grundgesetz kaum kollidieren.

Ein weiterer Schritt nach vorn ist die Modifizierung des Gleichheitssatzes, der bislang vor allem als Anspruch gegen den Staat betrachtet wurde. Die Brandenburger wollen ihn auf das Verhältnis der Bürger untereinander erweitern: „Jeder schuldet jedem die Anerkennung als Gleicher.“

Schulden

Alles oder nichts

Eine Schulden-Lawine rollt auf die Ostdeutschen zu – Hochkonjunktur für Geldverleiher und Gerichtsvollzieher.

Der Leipziger Karl-Heinz Thierberg, 36, brachte die zehnjährige Stieftochter Carmen bei Verwandten unter, dann ging der arbeitslose Bauschlosser zur Kriminalpolizei und gestand: „Ich habe meine Frau getötet.“

Vorausgegangen war, so das Polizeiprotokoll, ein Streit ums Geld. Das Ehepaar hatte sich wegen Auto- und Versandhauskäufen hoch verschuldet. Als die Frau ihrem Mann mitteilte, sie habe wieder mal etwas Neues gekauft („eine Überraschung zu 100 Mark“), drehte Thierberg durch.

Ebenfalls in Leipzig versuchte Mitte Juni ein Gastronom, sich umzubringen. Er öffnete den Gashahn in seinen Geschäftsräumen an der Sommerfelder Straße. Wenig später gab es eine gewaltige Detonation, der 50jährige wurde aus dem Fenster der ersten Etage geschleudert. Er überlebte schwer verletzt. Als Grund für seinen Suizidversuch gab der Mann an: „Wegen meiner Schulden weiß ich nicht mehr ein noch aus.“

Die Polizei in der Ex-DDR muß sich zunehmend mit einem bis zur Wende „unbekannten Phänomen“ (Hauptkommissar Michael Tille, Leipzig) befassen: Seit die West-Mark für jedermann zu haben ist, tauchen als Tatmotiv für Tötungsdelikte und Selbstmorde immer häufiger Geld und Schulden auf.

Allein in Leipzig brachten sich in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 73 Menschen um, zu Zeiten des real existierenden Sozialismus, sagt Tille, 45, von der Leipziger Kripo, waren es „durchschnittlich 50 bis 60“ pro Halbjahr. Neben den gängigen Suizid-Gründen Depression, Krankheit oder Liebeskummer spielen nach Tilles Erkenntnis immer häufiger „gebrochenes Selbstbewußtsein und Schulden“ eine Rolle.

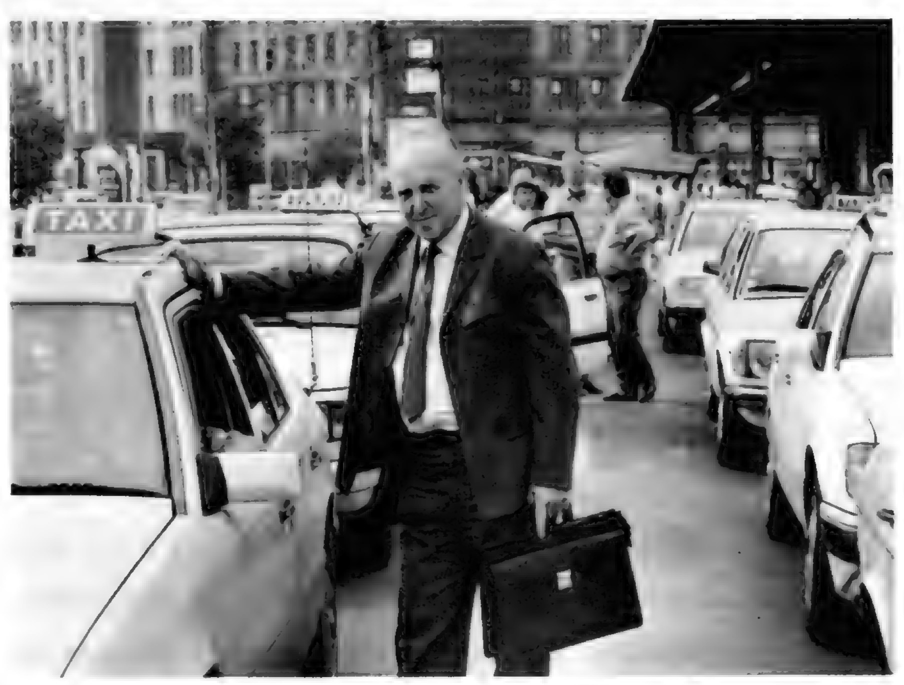
Schulden machen haben die Ostdeutschen unter der SED nie gelernt. Die Banken der Einheitssozialisten verliehen an ihre Bürger kein Geld – weder für den Kauf von Möbeln noch für den Erwerb eines Trabis oder Wartburgs.

Der Staat vergab zwar Darlehen für junge Eheleute, doch die waren mehr als Gebärprämie gedacht. Die Schulden wurden erlassen, sobald Nachwuchs da war. Kredite gab es nur für den Häuslebau, und auch die waren bescheiden.

Der Umgang mit der Deutschen Mark, die nun verfügbar ist wie jede andere Ware, macht den neuen Bundesbürgern schwer zu schaffen. Beim Ost-Berliner „Telefon des Vertrauens“, einer Art Telefonseelsorge, riefen im ersten Halbjahr 1991 mehr als 350 Menschen an, die wegen finanzieller Probleme „nicht mehr weiter“ wußten.

Die Telefon-Psychologen wundert das nicht. „Die Spielregeln“, so Jörg Richter, 52, seien früher ganz andere gewesen:

Schuldnerberater Klein: Vertuschen, solange es geht



Leipziger Taxiunternehmer Finger: „Die essen jetzt trocken Brot“

GRÜNE WELLE STATT BLEIFUSS.



„Schulden zu haben war schändlich, arm sein dagegen kein Makel."

Arm aussehen will in der Ex-DDR keiner mehr. Jedes vierte neue Auto kaufen Ostdeutsche auf Kredit, Versandhäuser prahlen mit „Spitzenumsätzen" in den neuen Bundesländern und bieten „bequeme Ratenzahlung" an. Allein der Quelle-Versand in Fürth spricht von drei Millionen Bestellern in der Ex-DDR und schickte bisher Ware im Wert von 1,1 Milliarden Mark gen Osten. Der Boom reißt nicht ab, trotz steigender Arbeitslosigkeit und sinkender Einkommen.

Außerdem wächst der Schuldendruck bei denen, die sich bei freigebigen West-Banken Tausende geliehen haben, um eine Existenz aufzubauen, etwa im Taxigewerbe.

„Da haben sich viele", sagt der Vorsitzende der Leipziger Taxi-Genossenschaft Manfred Finger, 63, „bis zur Oberkante Unterlippe verschuldet." Der Konkurrenzdruck ist mörderisch: 600 Taxen trägt die Stadt, 1200 sind unterwegs, 25 haben bereits aufgegeben. „Die essen", so Finger bitter, „jetzt trocken Brot und Margarine."

Erich Klein, 37, Schuldnerberater beim Diakonischen Werk in Berlin, hat schon „Anzeichen einer Schulden-Lawine" ausgemacht, die Deutschland-Ost zu überrollen droht.

Fest steht, daß die Zahl der Sozialhilfeempfänger geradezu explosionsartig steigt – auch wenn Bonn die Entwicklung derzeit nicht übersieht. In Leipzig kletterte die Zahl der Sozialhilfeempfänger von 4000 Ende 1990 auf heute 7000. Dagmar Pönisch, Leiterin des Sozialamts, mag gar nicht daran denken, was „da noch kommt": „Das ist erst der Anfang. Wir sitzen auf einem Vulkan."

Schulden vertuschen die neuen Bundesbürger, solange es geht, weil sie das Gefühl haben, „ein Versager" zu sein, es „schon jetzt nicht geschafft" (ein Schuldnerberater) zu haben.

Leichte Beute für Geldverleiher aus dem Westen, die im Osten längst das große Geschäft wittern. Sven Gärtner, 35, vom West-Berliner Arbeitskreis „Neue Armut" registrierte seit der Wende eine „Häufung der Geld-Anzeigen um 30 bis 40 Prozent" – in Zeitungen und Illustrierten, die bevorzugt von Ostdeutschen gelesen werden. Selbst bei „hoher Verschuldung", „schlechter Auskunft" und „eidesstattlicher Versicherung" bieten Kreditvermittler ihre Dienste an, nicht selten mit dem Zusatz „auch für ehemalige DDR-Bürger".

An die wendet sich etwa die Braunschweiger „Agentur Krafft" im Ossi-Blatt *Super*: „Kredit abgelehnt?? Auch bei schwierigen Fällen und bei bestehenden Verpflichtungen helfen wir Ihnen schnell und unbürokratisch."

Die Geldverleiher helfen vor allem sich selbst. Nach detaillierter Selbstauskunft erhält der Bittsteller lediglich „die kompletten Kreditunterlagen" – per Nachnahme für 49,80 Mark. Eine Geld-Zusage ist damit nicht verbunden.

Die Schulden-Lawine wird in den nächsten Monaten, so fürchten Sozialämter und Behörden, rasch an Fahrt gewinnen, wenn

- ▷ die Mieten von Oktober an auf das Vier- bis Fünffache klettern;
- ▷ weitere 400 000 bis 500 000 Arbeitnehmer, wie angekündigt, bis Jahresende entlassen werden;
- ▷ die über eine Million Arbeitslosen im Osten nach einem Jahr anstatt zwei Drittel ihres vormaligen Netto-Einkommens nur noch gut die Hälfte bekommen;
- ▷ die Lebenshaltungskosten weiter so drastisch steigen wie in den letzten Monaten (im Mai um 14,7, im Juni um 26,5 Prozent, verglichen mit dem Vorjahr).

Wer seine Schulden nicht zahlen kann, wird im Osten von seinen Gläubigern schon jetzt ebenso rigide verfolgt wie im Westen der Republik. Verkäufer und Händler geben ihre Aufträge meist an Inkasso-Büros, die im Osten bereits Filialen eröffnet haben.

Zahlreiche Unternehmen wie zum Beispiel die Leipziger „Informa", gutgehender Ableger einer West-Berliner Firma, empfehlen sich dabei nicht nur fürs Geldeintreiben. Sogenannte Rechercheure spionieren für ihre Auftraggeber im Vorfeld auch die Zahlungsfähigkeit der Besteller aus.

Dabei wird es Erika Kablau vom „Informa"-Büro nicht selten blümerant: „Arbeitslose bestellen und bestellen."

Die Schulden-Welle beschäftigt bereits die ohnehin durch Altlasten wie Mieten- und Unterhaltseintreibung gut ausgelasteten Gerichtsvollzieher. Vor allem westdeutsche Auto-, Versand- und Warenhäuser treiben mit deren Hilfe im Osten ihre Forderungen ein.

Der typische ostdeutsche Schuldner, so hat die Schweriner Gerichtsvollzieherin Simone Knye, 26, festgestellt, ist heute „30 bis 40 Jahre alt, männlich, arbeitslos, von einfacher Natur und durch den Umbruch völlig überrumpelt".

Wie der Computertechniker Alpha Krems. „Im Kaufrausch" rutschte der 20jährige aus Magdeburg mit 3377,79 Mark ins Minus. Nun möchte die Bank ihr Geld zurück. Krems, der bisher von 480 Mark Arbeitslosengeld lebte und in Ost-Berlin gerade eine ABM-Stelle als Hausmeister fand, beunruhigt das alles wenig: „Ich zahl' das irgendwie. Da kommt schon keiner zum Pfänden."

Die meisten Geldinstitute drücken das Problem bislang einfach weg. Der „Verschuldungsgrad" ihrer Ost-Kunden, heißt es bei der Berliner Sparkasse, ist „verantwortungsbewußt und normal".

Der West-Berliner Gerichtsvollzieher Gerd Schultz, 50, weiß es aus seiner Praxis anders. Einmal die Woche muß er bereits „nach drüben", um Geld einzutreiben oder den Kuckuck zu kleben. Schultzens Erkenntnis: „Die haben alles, und gehören tut ihnen nichts."

Der Zusammenhang von Zinsen, Zinseszinsen und Verzugszinsen ist den wenigsten Ossis geläufig. Schuldnerberater Gärtner vom Arbeitskreis „Neue Armut" führt den Klienten aus dem Osten gern in einer Modellrechnung vor, wie bei Zahlungsunfähigkeit aus 1800 Mark Kredit innerhalb eines halben Jahres ganz schnell 2461 Mark Schulden werden können.

Die Wirkung der Lehrstunde ist gering. „Den Ernst der Lage", klagt Gärtner, „erkennen die Leute nicht." ◀



Kreditnehmer Krems: „Ich zahl' das irgendwie"



Uranerzhalden der Wismut AG: „Wer da einmal rumläuft, fällt nicht gleich tot um"

Gelbe Kuchen aus Sachsen

Die deutsch-sowjetische Uranförderung der Wismut AG in Sachsen, so zeigen interne Dokumente, hat bei den Beschäftigten mehr Krebsfälle ausgelöst als bisher bekannt. Die ganze Region zwischen Gera und Königsstein ist radioaktiv belastet. Die Sanierung kostet die Steuerzahler viele Milliarden, ihr Erfolg ist ungewiß.

Vor dem Hauptgebäude der Uranerzfirma Wismut AG im sächsischen Chemnitz wehen in diesem Sommer weiße Fahnen mit der Aufschrift: „Neues Denken – Neues Handeln".

Das wird wohl nötig sein. Denn die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft Wismut (SDAG Wismut), die Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP) kürzlich von Moskau vollständig in Bundesbesitz übernahm, ist verantwortlich für eines der größten Umweltdesaster Europas.

Wo einst der Rohstoff für das sowjetische Atombombenprogramm gewonnen wurde, entweicht aus 3500 aufgeschütteten Halden, 15 schlammigen Absetzbekken und 2500 Kilometer unterirdischen Uranabbaustollen zwischen Gera und Königstein das radioaktive Edelgas Radon in die Umwelt. Nach Expertenschätzungen sind 10 400 Quadratkilometer Boden – eine viermal so große Fläche wie das Saarland – radioaktiv verseucht.

Bedroht und möglicherweise bereits verstrahlt ist der Lebensraum von rund zwei Millionen Menschen im Südosten Deutschlands (siehe Karte Seite 61). Entsetzen zeigte Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU), als er im März dieses Jahres die kaputte Region besuchte: „Das alles ist unglaublich."

Aber wahr. In internen Unterlagen der Bonner Strahlenschutzkommission, die dem Bundesumweltministerium unterstellt ist, werden erstmals in einem Zwischenbericht „Ergebnisse der Datensicherung" dokumentiert. Sie belegen ungeahnte Gesundheitsschäden bei den Mitarbeitern des Unternehmens.

Sichergestellt haben die Experten beispielsweise eine firmeninterne Kartei „Berufskrankheit Bronchialkarzinom" (BK 92). Danach ist bis 1990 bei 9000 Uranbergleuten „Lungen- oder Bronchialkrebs" festgestellt worden – ausgelöst vermutlich durch Radon.

„Jährlich", muß die SDAG heute zugeben, kommt es bei 160 ehemaligen Bergleuten zu „Neuerkrankungen an Lungenkrebs". Insgesamt, so rechnen Experten, sind in der südlichen Ex-DDR allein unter den Wismut-Beschäftigten mehr strahlenbedingte Krebsfälle zu verzeichnen als unter den Überlebenden der japanischen Städte Hiroschima und Nagasaki, auf die 1945 amerikanische Atombomben fielen.

Geheimgehalten wurden seit Jahrzehnten auch die Befunde der Wismut-Betriebsärzte über die klassischen Lungenkrankheiten: In 260 000 Röntgenreihenuntersuchungen seit 1952 diagnostizierten die Ärzte 15 000 Staublungen. Bei weiteren 6000 Uranbergleuten bestehe „der Verdacht" auf Silikose.

Wie oft das Einatmen des Erzstaubes zu tödlichen Erkrankungen geführt hat, ist in der Staublungenkartei nicht vermerkt. Allerdings sind in den Akten umfangreiche „Sektionsprotokolle im Todesfall" aus Obduktionen zu finden.

Was nun nach 40 Jahren Geheimhaltung über die Menschenopfer beim

DDR-Uranbergbau bekannt wird, ist nach Ansicht des Ost-Berliner Internisten und Arbeitshygienikers Werner Schüttmann, 77, das Ergebnis bodenlosen Leichtsinns: Alle gängigen Schutzvorkehrungen seien „gröblich vernachlässigt worden", weiß der Mediziner, der schon seit 1961 in der Klinik Karlshorst und der DDR-Strahlenschutzkommission mit den Radon-Opfern aus Sachsen und Thüringen beschäftigt war.

So schickte die SDAG Wismut in den fünfziger Jahren Zehntausende Kumpel ohne Arbeitsschutz in die Schächte. Anfangs mußten auch Frauen bei hohen Radonkonzentrationen unter Tage arbeiten. Für die Risikoarbeiter gab es besondere Privilegien bei der Versorgung mit Lebensmitteln oder Konsumgütern. Die Mahnungen von kritischen DDR-Ärzten und auch Bergbauexperten wurden damals von der SDAG Wismut nicht beachtet.

Denn das Unternehmen hatte unter Zeitdruck und mit unzureichenden Mitteln einen Auftrag von weltpolitischer Bedeutung zu erfüllen: In den sächsischen Uranbergwerken wurde der Rohstoff für die sowjetischen Atombombenfabriken abgebaut. Aus riesigen Mengen Uranerz produzierte die SDAG Wismut seit Ende des Zweiten Weltkriegs unter höchster Geheimhaltung rund 220 000 Tonnen Urankonzentrat – Fachbezeichnung: Yellow cake.

Den gelben Kuchen aus Sachsen verwendete die Sowjetunion schon, als sie 1949 ihre ersten Atombombenversuche unternahm. In der „Waffenschmiede des Sozialismus" (SED-Propaganda) produzierten DDR-Experten den Stoff für die Sprengköpfe der Atomraketen, die Sowjettruppen in der DDR stationiert hielten. Aus der Fabrik kam aber auch Uran für die Brennelemente der DDR-Kernkraftwerke Greifswald oder Rheinsberg.

Welches Gesundheitsrisiko die Menschen trifft, die in der Region leben, blieb das Geheimnis der Wismuter Kuchenbäcker. Das ehemalige Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) der DDR führte zwar bereits in den achtziger Jahren weiträumige „Umgebungsüberwachungen" durch. Selbst aus dem Hubschrauber erkundeten Wismut-Geologen die Strahlung neuer Uranerzfelder am Boden, die teilweise über den radioaktiven Belastungen nach der Reaktorkatastrophe 1986 im sowjetischen Tschernobyl lag.

Handfeste Ergebnisse konnten die SED-Strahlenschützer jedoch „wegen des militärischen Charakters der Anlage", so der ehemalige SAAS-Experte Walter Röhnsch, 62, nicht zusammentragen. Röhnsch, heute in der Berliner Außenstelle des Bundesamts für Strahlenschutz tätig, warnt vor einer „Überschätzung der Gefahr": „Wer da einmal rumläuft, fällt nicht gleich tot um."

Das tröstet die Bewohner der Dörfer in „Uranobyl" *(Bonner Energie-Report)* wenig. So wird den 370 Bürgern der Gemeinde Oberrothenbach in einer informellen „Verzehrempfehlung" geraten, selbstgezogene Karotten oder Tomaten nicht mehr zu essen. Am Fuße der Uranhalde von Crossen liegt die Radonkonzentration mit einer Aktivität von 150 Becquerel pro Kubikmeter nahezu um das 20fache über westdeutschen Normalwerten.

In den Häusern der historischen Bergbauregion des Erzgebirges erreicht die Belastung mit dem Radongas weltweite Spitzenwerte. Bis zu 100 000 Becquerel meldeten die Meßtrupps aus Schneeberg, wo Umweltminister Töpfer jüngst fernsehwirksam in eines der Kellerlöcher krabbelte, aus denen das Urangas in die Stuben dampft.

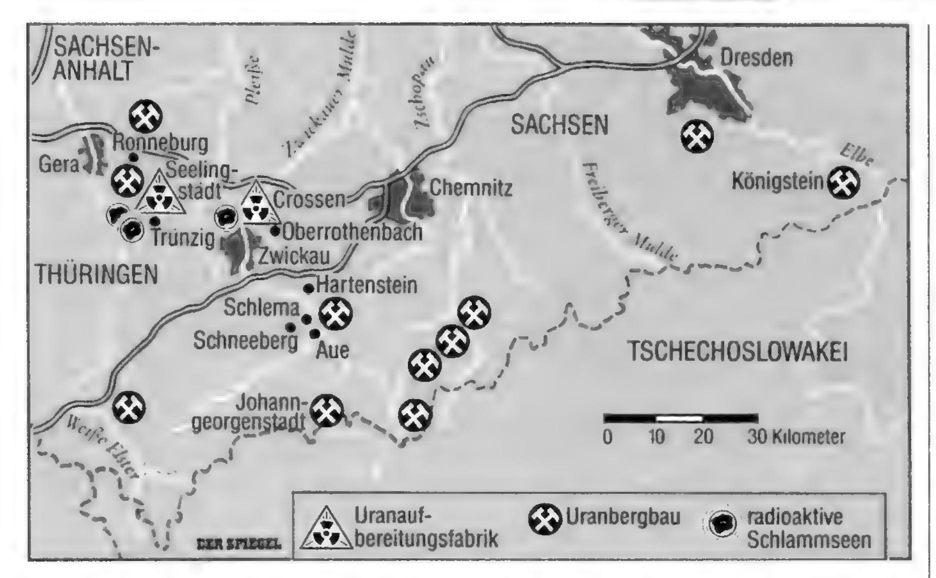
Schon bei 250 Becquerel empfiehlt die Strahlenschutzkommission „Sanierungsmaßnahmen". Sechs Millionen Mark stellte das Bundesumweltministerium der Gemeinde Schneeberg für



Unterirdische Wismut-Werkstatt: „Waffenschmiede des Sozialismus"

Erfrischend anders.





Baumaßnahmen an den Radonhäusern zur Verfügung.

Wie weit tatsächlich ein direkter Zusammenhang zwischen den Radonbelastungen und Krebserkrankungen besteht, ist in der Fachwelt umstritten. Die Ursachenkette läßt sich schon deshalb schlecht verfolgen, weil der Krebs aus den Zerfallsprodukten des Radon 222, das als sogenannte Alpha-Strahlung in den Lungen biologisch wirksam wird, erst nach rund 35 Jahren ausbricht.

Schon wegen dieser langen Zeitspanne ist es für Wissenschaftler wenig beruhigend, daß DDR-Experten für die Uranregion in den achtziger Jahren keine eindeutige Überschreitung der durchschnittlichen Krebsmortalität von 209 Fällen pro 100 000 Einwohnern ermitteln konnten. Zudem sind nach Einschätzung von Epidemiologen am zentralen Krebsregister der Ex-DDR in Berlin diese Erhebungen nicht zuverlässig. So seien aus politischen Gründen viele Erkrankungen in der Umgebung der Urangruben wegdiskutiert worden.

Die Auswertung des Krebsregisters aus der Ex-DDR, in das seit 1953 über 2,1 Millionen Krebskranke aufgenommen wurden, stößt auch auf rechtliche Schwierigkeiten. Die bundesdeutschen Datenschutzgesetze lassen bislang weder die Einrichtung noch die Verwendung solcher Krankendateien zu.

Andererseits sehen die Mediziner, die nun aus der Konkursmasse des SED-Staates das – bezogen auf die Einwohnerzahl – größte Krebsregister der Welt bekommen können, ungeahnte Forschungsmöglichkeiten: Ob Ernährungsgewohnheiten, Rauchen oder natürliche Strahlungsquellen zum Krebs beitragen, könnte sich am Beispiel Wismut und in vergleichenden Untersuchungen erstmals in der Medizingeschichte empirisch klären lassen. Der gerade aus dem Amt geschiedene hessische Datenschutzexperte Spiros Simitis, 56, sieht schon eine „neue Goldgräberstimmung" bei den Medizinstatistikern aufkommen.

Doch nach Ansicht der Experten in Töpfers Bundesumweltministerium bedarf es keiner statistischen Expertisen mehr: Die strahlende Altlast muß nach ihrem Votum dringend entschärft werden.

Fragt sich nur, wie. Im Einigungsvertrag und im Abkommen mit Moskau über Wismut hat Bonn auf jegliche Beteiligung der UdSSR an der Altlastensanierung verzichtet. Dabei haben sich die Schätzungen über die notwendigen Sanierungskosten von 5 Milliarden auf mittlerweile 15 Milliarden Mark erhöht – das sind zehn Mark pro Quadratmeter radioaktiv verseuchten Bodens.

Kanadische und australische Uranexperten begutachteten schon das einst weltweit drittgrößte Abbaugebiet. Nirgendwo stand bislang ein so gewaltiges Sanierungsprojekt von strahlendem Material an. Eigens zur Erkundung möglicher Techniken gründete die Wismut AG zusammen mit der französischen Atomfirma Cogema eine Gesellschaft für Dekontaminierung, Sanierung, Rekultivierung.

„Die Größenordnung der Urangewinnung in der Ex-DDR", urteilt Wolfgang Kersting, Geschäftsführer der Saarbrükkener Interuran, „hat uns alle überrascht." Westliche Sanierer konnten bislang nur in den relativ kleinen, stillgelegten Urangruben des oberfränkischen Fichtelgebirges oder im Schwarzwald probieren.

„Warum sollen wir die Fehler machen, die andere schon hinter sich haben", sagt Klaus Martignoni, Experte des Bundesamtes für Strahlenschutz. Um den Datenberg aus Wismut aufzuarbeiten, fordern die Strahlenschützer ein „Internationales Wismut-Hearing", das ähnlich wie bei dem Gorleben-Hearing in Hannover 1979 zur Einlagerung von Atommüll, auch kritische Wissenschaftler beteiligt. Im Bonner Bundesumweltministerium, zuständig für Strahlenschutz, wird eine Wismut-Anhörung „positiv" eingeschätzt.

Nach den Plänen der Wismut AG soll der Strahlenmüll dahin, wo er herkommt – unter die Erde. In Erddeponien könnten etwa sechs Millionen Kubikmeter dekontaminierter Schutt und Schrott von den abgerissenen Fabrikanlagen versenkt werden. Die weithin sichtbaren kegelförmigen Halden des Uranerzes wollen die Sanierer in das Tagebau-Restloch Lichtenberg beim thüringischen Ronneburg füllen. Die 140 Meter tiefe Grube faßt 80 Millionen Kubikmeter Uranmaterial. Wismut-Sprecher Johannes Böttcher: „Das ist unsere Vorzugsvariante."

Gegen das Sanierungskonzept, das Anfang September in

Strahlenschutz-Minister Töpfer*
„Das alles ist unglaublich"

* Beim Wismut-Besuch im Oktober 1990.


Das Audi Cabriolet. Welcher andere Traum h
Verarbeitung und das einzigartige procon-ten?
* 45445 #

at einen sicheren Antrieb, eine beispielhafte

Mit einem offenen Wagen durch sonnendurchflutete Landschaften zu fahren, ist immer eine angenehme Vorstellung. Noch erfreulicher ist aber, daß Sie dabei ab sofort nicht mehr auf die Qualitäten eines Audi verzichten müssen.

Denn unser neues Cabriolet sieht nicht nur gut aus, es verfügt auch über ein laufruhiges 2,3-l-5-Zylinder-Triebwerk mit 98 kW (133 PS), einen fahrsicheren Frontantrieb, einen praktischen Einhandverschluß für das Verdeck und einen hochfesten Windschutzscheibenrahmen, durch den [illegible] mit der optimierten Karosseriesteifigkeit für eine hohe Insassensicherheit sorgt.

Aber auch die Audi-typischen Vorteile wie eine vollverzinkte Karosserie mit zehnjähriger Garantie gegen Durchrostung und das einzigartige Sicherheitssystem procon-ten fehlen nicht.

Das alles mag sich auf dem Papier schon recht beeindruckend anhören, endgültig überzeugen aber wird Sie die Probefahrt bei Ihrem Audi Partner. Dort werden Sie nämlich feststellen, daß manche Träume von der Realität noch übertroffen werden.



Bonn vorgestellt wird, gibt es jedoch nicht nur massiven Widerstand bei der Bevölkerung. Auch das Darmstädter Öko-Institut hat im Auftrag der Umweltorganisation Greenpeace die Schwachstellen der Erdbestattung ermittelt. Danach zeigten Probebohrungen am Rande der Schlammseen „geologische Störungszonen".

„Großflächige Auswaschungen" des radioaktiven Materials, das noch nach 1600 Jahren strahlt, seien durch unkontrollierte Wassereinbrüche zu befürchten. Allein mit dem Gehalt des giftigen Metalls Arsen in den Wismut-Seen lasse sich ganz Europa vergiften. Und Wassereinbrüche sind nicht einmal unwahrscheinlich: Steigt der Wasserspiegel, der derzeit unter der Erdoberfläche künstlich abgesenkt ist, dann laufen die Gruben und Schächte voll.

Die Darmstädter Wissenschaftler zogen zum Vergleich die Regeln heran, die Umweltbehörden in den USA nach ihren Erfahrungen mit stillgelegten Urangruben in den Bundesstaaten Utah, New Mexico und Arizona für die Sanierung aufgestellt haben. Danach wäre das Wismut-Projekt „nicht genehmigungsfähig". So müssen beispielsweise die US-Betreiber für mindestens 200 Jahre einen „Dichtigkeitsnachweis" erbringen. Doch selbst eine sichere Einkapselung würde das Problem in Wismut nicht beseitigen. Denn von den Wismut-Halden wurde in den vergangenen Jahren massenweise Material zum Bau von Häusern und Straßen abgeholt. Ähnlich wie bei dem verseuchten Kieselrot auf westdeutschen Sport- und Spielplätzen weiß niemand, wo überall die strahlende Schlacke liegt.

Fündig wurden Umweltfahnder jüngst am Hermsdorfer Kreuz südlich von Leipzig. Dort ging 1989 ein ganzer Güterzug Wismut-Schlacke in den Unterbau der Autobahn.

„Schwarz heißt Gefahr"

Wie die Bewohner des sächsischen Urandorfs Trünzig mit der Angst vor den Wismut-Abfällen und dem Radongas leben

Der Pfarrer von Trünzig zuckt mit den Schultern, dreht die Augen zum Himmel: „Was hätte ich schon gegen die Wismut sagen sollen", fragt er und schaut dann auf die Grabsteine des kleinen Friedhofs. Seit mehr als 30 Jahren predigt Heinz Gropp, 55, in dem sächsischen Dorf. Und nie hat der demütige Mann dabei ein böses Wort über die Atomfirma verloren.

Er sagte nichts, als im März der 55 Jahre alte Eberhard Lauckner starb, dem der Krebs die Speiseröhre zerfressen hatte. Er sagte nichts, als Herrmann Piehler mit 48 Jahren unter die Erde kam, weil ihm Metastasen im Kleinhirn saßen. Er sagte nichts, als Bernd Musch mit 40 Jahren an Leukämie starb. Und bei all den anderen Krebstoten in Trünzig, da sagte der Pfarrer auch nichts.



Absetzbecken für Uranschlamm: „Die Bosse sollte man alle reinschmeißen"

„Jede Obrigkeit ist von Gott verordnet", glaubt Gropp. Außerdem könne nicht bewiesen werden, daß das Wismut-Uran die Menschen tötet. Und so wird er wohl wieder nichts sagen, wenn sie Joachim Lucas bringen, dem jetzt im Krankenhaus der Krebs ins Gehirn wuchert.

Die meisten der 1050 Einwohner des Dorfes Trünzig, das südöstlich von Gera mitten in der Uranregion liegt, haben sich an die Gefahr gewöhnt, die nach wie vor von den Stollen, Ablagerungen und allerorten austretenden Radongasen ausgeht. Gerade 30 Dörfler kamen, als sich Wismut-Vertreter im Gemeindehaus dem Kreuzverhör von Umweltschützern stellten.

Die anderen hoffen, daß sie es schon irgendwie überleben werden. Zwar klagen viele Trünziger über dauernde Müdigkeit und Kopfschmerzen – beides typische Symptome für Strahlenschäden. Doch Mark Uhlig, der in der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft „Frieden" arbeitet, sagt: „Wir müssen es nehmen, wie es kommt, wir können eh nichts dran machen."

Pfarrer Gropp präsentiert gar eine beruhigende Erklärung für den frühen Tod der Nachbarn: „Vielleicht", sinniert er, „waren die Alten einfach robuster." Denn früher, das belegen die Grabsteine, wurden die Menschen steinalt in ihrem idyllischen Fachwerkdorf zwischen Wald und Hügeln. Nur gab es früher auch noch nicht die Halde, 300 Meter hinter Trünzig. Am Rand stehen Schilder: „Müll abladen verboten!" Im Krater des Berges schimmern zwei künstliche Seen. Reiher fliegen, Mücken tanzen.

Ein Idyll in Baggerseeblau – wäre da nicht das Rohr, aus dem schwarze Brühe ins Wasser schießt, rund 700 Kubikmeter pro Stunde.

Das ist der Abfall der Wismut: Uranschlamm, der pro Kilo mit bis zu 18 000 Becquerel Radium 226 strahlt. Das gilt zwar amtlich als nur schwach radioaktiv, doch dafür liegen hier unter freiem Himmel 120 Millionen Kubikmeter des

Atommülls. Das Wasser der Atomseen verdunstet und versickert, breite Uferstreifen liegen trocken. Der Wind wirbelt den feinen Staub auf und bläst ihn in Wolken nach Trünzig runter ins Tal. Dann knirscht der strahlende Dreck zwischen den Zähnen der Dorfbewohner.

Selbst die Wäsche im Schrank muß ausgeklopft werden: Der Staub dringt durch jede Ritze. Hinzu kommt das radioaktive Gas Radon 222, das aus dem See ausgast und nach Trünzig herabsackt, weil es schwerer ist als Luft. Vor allem aber erzeugt es Lungenkrebs.

„Die Bosse der Wismut, die sollte man doch alle reinschmeißen in ihre Atomseen", poltert in der Dorfgaststätte „Zwei Kastanien" ein Trünziger, der noch immer bei der Firma arbeitet. Andere Arbeitgeber sind rar. Und am eigenen Häuschen hängt er, auch wenn er den Keller nur nach gründlichem Lüften betreten darf.

Knapp 40 000 Mitarbeiter hatte die Wismut vor der Wende. Bis 1995 sollen davon weniger als 10 000 übrig sein. Erst wurden die Menschen vergiftet, jetzt werden sie gefeuert. Für den unsicheren Job nehmen Wismut-Arbeiter auch das Jucken in Kauf: Nach Schicht, wenn sie unter der Gemeinschaftsdusche stehen, schauen sie sich auf die Beine, die rot sind und fleckig von Ausschlag und Flechten.

Vor der Wende erklärte die Wismut solche Symptome für lästig, aber ungefährlich: Wenn tagsüber dunkle Wolken auf die Dörfler niedergingen, sollten sie halt das Licht in der Stube anknipsen. Wenn nachts die Atomfabrik Seelingstädt zwei Kilometer weiter Schwefelsäuredampf abgeblasen hatte, dann mußte Pfarrersgattin Brigitte eben neue Apfelbäumchen pflanzen. Und die Erdbeeren konnte sowieso niemand mehr essen, so schwarz verbrannt, wie sie waren. „Industrienebel", so nannte die Wismut verharmlosend die Giftwolken. Vor die Atomfabrik wurde ein Warnschild samt Blinklicht gestellt, das Lastwagenkutscher vor der sporadisch auftretenden Sichtbehinderung warnen sollte. Die „weiße Glocke", sagt der ehemalige Wismut-Arbeiter Sepp Rötzer, 67, „roch wie Katzenpisse, nur noch schärfer".



Wismut-Manager Dreißig: Schnaps gegen die Angst

Rötzer brachte es bei der Wismut bis zum Brigadier, doch getraut hat er seinem Arbeitgeber nie: „Wenn einer was hatte, dann haben ihm die Wismut-Ärzte Tabletten gegen Bauchschmerzen gegeben. Und dann war es auf einmal Krebs." Neben Rötzer am Kneipentisch hockt der alte Kurt, der mal wieder völlig betrunken Rotz und Wasser ins Bier heult und die Wahrheit sagt: „Unsere besten Leute haben die totgemacht, jawoll." Sepp Rötzer beruhigt ihn – er dürfe nicht ungerecht sein. Schließlich hätten alle gern bei der Wismut gearbeitet. Denn die lockte mit Löhnen, die fast doppelt so hoch waren wie im Rest des Landes.

„Der Dreck bleibt uns hier, nur der Dreck", bölkt Kurt dazwischen. Der Sepp legt ihm wieder die Hand auf den Arm und erzählt, daß die Kumpel zu Spottpreisen Urlaub machen konnten. Und auf ihren Trabi mußten sie nur sechs Jahre warten und nicht zwölf wie üblich.

Außerdem gab es steuerfreien Schnaps, zwölf Flaschen im Monat zu 1,12 Mark das Stück. „Kumpeltod" nannten die Wismuter das Gesöff; die Firmenleitung verkündete, der Schnaps sei gut gegen die Staublunge. Tatsächlich half er nur gegen die Angst vor dem Strahlentod.

Die Schnapsflaschen gibt es nicht mehr, ebensowenig wie die plumpen Lügen. „Die Wismut-Chefs reden ganz anders als früher", sagt Ulrich Schmidt, 35, „aber ihren Meßwerten trauen wir noch lange nicht." Der Bürgermeister von Trünzig hat wie die meisten im Dorf für die Wismut gearbeitet, zehn Jahre lang. Nach der Wende hat er die Umweltgruppe „Radon" mit gegründet. Die Mitglieder prüfen jetzt Angaben der Firma, denen sie früher blind vertrauen mußten, mit dem Geigerzähler nach.

Zum Beispiel, ob das Werk, wie zugesagt, das Gelände um die Turnhalle des Dorfes gründlich saniert. Messungen hatten gefährlich hohe Radonwerte ergeben, Bürgermeister Schmidt ließ die Turnhalle sperren.

In den fünfziger Jahren hatte direkt daneben eine Verladerampe für das



Bürgerinitiative „Radon"*: „Ihren Meßwerten trauen wir noch lange nicht"

* Bei Kontrolle mit Geigerzähler.



VERTR BRAUC RICHTIGEN

Das ist nicht anders im Geschäftsleben.

Immer ist Vertrauen Voraussetzung für den Erfolg.

Leistung wiederum ist nur denkbar, wenn gegenseitiges Vertrauen vorausgesetzt werden kann.

Aber niemand kann auf allen Gebieten die gleichen Leistungen erbringen.

Arbeitsteilung und Spezialisierung gehören daher zu den wesentlichen Grundlagen unseres Wirtschafts- und Sozialsystems.

Das erfordert ein fugenloses Ineinandergreifen, eine optimale Abstimmung der einzelnen Bereiche und ein ständiges Prüfen des Leistungsangebots.

Dieses Prinzip bewährt sich in den großen internationalen wirtschaftlichen

AUEN
HT DIE
PARTNER

Zusammenhängen ebenso wie auf nationaler, regionaler und örtlicher Ebene.

Das gilt für die Industrie wie für Handel, Dienstleistungen oder Geldverkehr.

Und damit wären wir bei der Sparkassen-Finanzgruppe.

Sie bietet alle Finanzdienstleistungen aus einem Guß und aus einer Hand.

Jeder Partner in der Sparkassen-Finanzgruppe ist auf seinem Gebiet ein Spezialist und bietet die Höchstleistungen, die das Vertrauen in die ganze Gruppe ausmachen.



Uranerz gestanden. Waren die Bunker voll und kein Zug in Sicht, kippten die Lastwagenfahrer ihre Fracht neben den Bahndamm. Der Haufen überwucherte, Kinder tobten und schürften sich am Uranerz die Knie auf. Die Eltern gingen derweil Pilze suchen, denn nirgends gab es dickere als an diesem Hügel.

Zur Zeit trägt die Wismut das Erz ab. Neue Volvo-Schlepper karren die Strahlenfracht an das Seeufer auf der Halde. Verlassen die Laster das Gelände, fahren sie durch eine improvisierte Betonwanne, in der 40 Zentimer hoch trübes Wasser schwappt. Die Brühe soll den radioaktiven Dreck aus den Reifenprofilen spülen. „Augenwischerei", meint Schmidt, „am besten wäre es, wenn es hier ständig regnen würde." Dann bliebe der radioaktive Staub auf der Straße, würde nicht aufgewirbelt und eingeatmet.

„Den Staub müssen wir sofort unterbinden", sagt inzwischen auch Robert Dreißig, 50. Der Geschäftsleiter Produktion und Technik der Wismut-Atomfabrik Seelingstädt verkörpert den neuen Typus des Firmenmanagers: freundlich, offen, problembewußt.

Dreißig, erst seit Januar auf dem Posten, ist immer bereit, die Schuld der Wismut einzugestehen. Und natürlich auch immer bereit, die Wismut als Retter in der Not zu preisen. Niemand weiß besser, wo welches Gift vergraben liegt. Vor allem lohnt sich Umweltschutz, wenn Bonn die Rechnung zahlt.

Rund 10 Milliarden solle die Sanierung der Uranregion nach Plänen der Wismut kosten, sagt Dreißig. Damit hält er sich an die Sprachregelung des Konzerns. Inoffiziell kursieren in der Firmenzentrale Schätzungen, nach denen die Wismut den Steuerzahler in den nächsten Jahren um 15 Milliarden Mark, womöglich sogar um 40 Milliarden Mark erleichtern wird.

Eine Milliarde Mark wird allein für den Deckel aus Schutt und Gestein fällig, den die Firma über die beiden Atomseen hinter Trünzig türmen will. Das hilft gegen Staub und Radongas. Inzwischen sind Wismut-Laster schon dabei, rote Erde über Teile der schwarzen Strände zu kippen. Wer eine Staubwolke auf sich zuwirbeln sieht, für den hat Manager Dreißig einen Rat: „Schwarz und Grau heißt Gefahr, Rot ist Entwarnung."



Bodensanierung in Trünzig: „Vielleicht waren die Alten einfach robuster"

Ganz zuschütten kann die Wismut die Seen noch nicht. Das Sanierungskonzept muß in Bonn erst gebilligt werden. Außerdem liegt in Resthalden oder unter Tage noch abgebautes Uranerz.

Das radioaktive Gestein soll durch die „Giftbude" gejagt werden, wie die Trünziger die Atomfabrik in Seelingstädt nennen. Das Uran, meint Dreißig, müsse schließlich heraus. Sonst strahle es noch über Jahrtausende. Doch diese Sanierung ist nichts anderes als Uranproduktion mit einem angenehmen Namen. Sie verpestet die Umwelt gleich dreifach.

Bis 1995 fallen jährlich 200 Tonnen hoch radioaktives und auf dem offiziellen Markt nahezu unverkäufliches Urankonzentrat an. Der Yellow cake, Rohstoff für die Bombenproduktion, ist gleichwohl bei internationalen Waffenschiebern begehrt und wird auf dem schwarzen Markt von Dritte-Welt-Ländern mit nuklearen Forschungseinrichtungen nachgefragt. 1000 Tonnen des Bombenstoffs in Fässern lagern schon jetzt in einer Halle in Seelingstädt – Dreißig weiß nicht, wohin damit.

Das zweite Problem ist das Radongas. Es entweicht, wenn die haushohen Gesteinsmühlen das Erz zermahlen. Die Fabrik pustet es in die Luft. Wolfgang Petter, 54, Strahlenschutzbeauftragter in Seelingstädt, rühmt die „gute Verteilung" des radioaktiven Gases. Weil die Anlage auf einem Hügel steht, zerstreut es sich tatsächlich gut – über die Dörfer.

Das dritte Problem ist der Abfall: Aus dem gemahlenen Erz spülen Chemikalien das Uran heraus, Radium und andere radioaktive Stoffe bleiben drin. Noch jahrelang sollen die Rückstände in die Schlammseen hinter Trünzig gepumpt werden, mitsamt den giftigen Resten der Chemie. Die Tonschicht unter den sogenannten Absetzbekken sei „doch ziemlich dicht", sagt Manager Dreißig.

Gerhard Riemenschneider, 48, von der Umweltgruppe „Radon" hat sich Kartenmaterial aus Wismut-Schreibtischen besorgt. Danach liegt über dem Ton eine Schicht Sandstein. Und der, weiß Geographielehrer Riemenschneider, „ist so etwas wie eine natürliche Wasserleitung". Das Gift könne deshalb direkt ins Grundwasser gelangen. Im Nachbarort Wolfersdorf sickerte das radioaktive Wasser schon in die Keller.

Auch kann niemand sagen, wie lange an den künstlichen Atomseen die Dämme halten, die Trünzig vor den Schlammfluten schützen. Vor zehn Jahren, so berichten Bauern, riß der Deich an einer Stelle, dunkles Wasser floß ins Tal. Danach durften die Landwirte ihre Kühe wochenlang nicht mehr am Bach hinter dem Dorf tränken.

Die Wismut will die Deiche verstärken. Liegt dann erst der Deckel aus Erde über den Seen, soll der Berg mit seinem Giftkern bepflanzt werden und ganz harmlos aussehen.

Die Menschen in der Region lassen sich gern beruhigen: Der Pförtner der Atomfabrik zeigt auf zwei Karnickel, die über den Rasen vor der Einfahrt hoppeln. Mit der Gelassenheit, die nur ein stattlicher Bierbauch verleiht, sagt er ernsthaft: „Kannste mal sehen, wie gesund hier die Umwelt ist." ◄

EINE GUTE NACHRICHT FÜR DEN FALL, DASS SIE DOCH EINMAL PASSIVEN WIDERSTAND LEISTEN MÜSSEN.



Gehören Sie auch zu den Menschen, die die Meinung vertreten, daß nur große Automobile große Sicherheit bieten? Daß diese Ansicht nicht immer begründet ist, beweist jetzt eine gute Nachricht über die passive Sicherheit des BMW 3er.

Nach einem Crash-Test mit dem BMW 325i kommt „auto motor und sport" (ams) zu einem erfreulichen Ergebnis: „Im Vergleich zu den größeren Mittelklassewagen schneidet der kleine BMW sehr gut ab. Er beweist, daß sich mit gezielten konstruktiven Maßnahmen auch bei kleineren Automobilen ein guter Insassenschutz erreichen läßt." (ams, 15/91) Dabei überrascht selbst



Experten, daß seine Insassenbelastungswerte auf dem exzellenten Niveau des BMW 520i liegen, der im vergangenen Jahr beim gleichen Test „das ausgewogenste Ergebnis aller Crash-Kandidaten aus der oberen Mittelklasse" (ams, 19/90) erzielt hat.

Der BMW 3er bietet Ihnen somit den bewährten Sicherheitsstandard der großen BMW – für den Fall, daß Sie auch einmal passiven Widerstand leisten müssen.

Kauf, Finanzierung oder Leasing – Ihr BMW Händler ist der richtige Partner. BMW in Btx * 20900 #

Freude am Fahren

Minister

Unheimlich mühsam

Die grüne Frauenministerin Waltraud Schoppe wird in Niedersachsen vor allem von der CDU-Opposition gelobt.

Vertreterinnen der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (KFD) waren pikiert. Mit spitzen Lippen verfolgten sie, wie Niedersachsens grüne Frauenministerin Waltraud Schoppe, 49, ihren Plan von einem großen Fest aller Frauengruppen im Lande erläuterte: Da könnten „die KFD-Frauen und die Huren-Selbsthilfegruppe begreifen lernen, was sie miteinander verbindet".

Höflich rang sich eine der Damen, die die Ministerin zu einem Informationsaustausch geladen hatten, eine Antwort ab: „Die Vision" könne sie nachvollziehen, „wenn ich auch nicht gleich eine so extreme Gruppe nehmen würde".

Extreme miteinander zu verbinden gehört für Waltraud Schoppe zum Geschäft. Huren und Hausfrauen, Konservative und Feministinnen, Bäuerinnen und Lesbierinnen – die Ministerin, seit gut einem Jahr im Amt, versucht es allen Gruppen recht zu machen.

Grüne Politik, verkündete sie den Katholikinnen des Bistums Hildesheim, habe sie als Bonner Abgeordnete propagiert, jetzt fühle sie sich „für alle Frauen hier im Lande zuständig". Die eben noch irritierte Damenrunde strahlte und dankte „sehr, sehr herzlich".

Bei der grünen Basis kommen derartige Bekenntnisse weit weniger gut an. Besonders in den autonomen Frauenprojekten sind die Feministinnen enttäuscht von der Grünen – und das, obwohl die Ministerin mit 3,9 Millionen Mark gerade die Mittel für die niedersächsischen Frauenhäuser fast verdoppelt hat.

Die hartgesottenen Feministinnen wollen auch noch starke Worte hören. Sie erwarten, weiß Schoppes Staatssekretärin Christa Karras, daß sich die Ministerin „mit ihnen gegen den Rest der Welt verbündet".

Daß die gelernte Erzieherin und Mutter zweier erwachsener Söhne dafür nicht die Richtige ist, hatten Frauenbewegte schon vor ihrem Amtsantritt geargwöhnt. „Die Männer-Bündlerin" nannte sie etwa die Feministinnen-Zeitschrift *Emma*.



Frauenministerin Schoppe, Kabinettschef Schröder: „Für alle zuständig"

Und die grüne Landesarbeitsgemeinschaft Frauen in Niedersachsen vermutete gleich, daß die „sozialdemokratisierte Pseudo-Post-Feministin" aus dem Frauenministerium einen „CDU-Familienministerium-Verschnitt" machen wolle. Grollend stellte die innerparteilich als „Betonfeministas" verspottete Gruppe denn auch bald nach Schoppes Ernennung ihre Arbeit ein.

Die „radikal feministische Haltung", hält Waltraud Schoppe ihren Kritikerinnen entgegen, passe zu den Siebzigern – die Zeiten hätten sich geändert. Jetzt gelte es, nicht mehr nur Theorien zu verbreiten, sondern ganz praktisch etwas zu bewegen. Dazu müsse sie die Frauen „an den Orten abholen, wo sie sind".

Zwischen Harz und Heide haben die meisten Frauen ihren Platz immer noch daheim am Herd. Also setzte die Ministerin mehr Geld für Mütterzentren durch, „um Orte zu schaffen, wo Frauen stark werden können", und forderte, die Laufzeit für das vom Bund gewährte Erziehungsgeld durch Landesmittel um ein weiteres Jahr zu verlängern.

Prompt beschwerten sich die grünen Parteifreunde. In einer Fraktionssitzung warfen ihr Gesinnungsgenossinnen vor, mit ihrer Familienpolitik fördere sie Lebensmodelle, „die der Gleichberechtigung der Frauen entgegenstehen".

Nach drei Jahren Arbeit zu Hause, merkte etwa die grüne Landtagsabgeordnete Marion Schole an, „sind im Beruf doch alle Züge abgefahren". Die Ministerin dagegen beharrt: Familienpolitik sei zugleich eine Politik für Frauen.

Niemand könne schließlich wünschen, daß es nur noch Alleinstehende gebe – „die Menschen wollen leidenschaftliche Verhältnisse". Sie wolle ihren Geschlechtsgenossinnen nicht vorschreiben, wie sie zu leben hätten: „Die sollten alles mal ausprobieren."

Beifall bekommt die Frauenministerin für solche Töne dagegen von der christdemokratischen Opposition. Wenn die Grüne so weitermache, verkündete die CDU-Landtagsabgeordnete Rita Pawelski jüngst, „schicke ich der Frauenministerin Schoppe ein Aufnahmeformular für die CDU".

Dabei gehörte Waltraud Schoppe jahrelang zum festgefügten Feindbild der Union. Schon als sie 1983 für die Grünen in den Bundestag einzog, kündigte die Erzieherin an, sie wolle „mal Sachen sagen und tun, die hier noch keiner gesagt und getan hat".

In ihrer ersten Rede vor dem Bundestag geißelte die Neue dann prompt die abendlichen „Einheitsübungen vor dem Einschlafen", die für viele Frauen mit „alltäglichem Sexismus" und „fahrlässiger Penetration" ohne Schutz gegen Schwangerschaften verbunden seien. „In Minutenschnelle", notierte damals die *Tageszeitung*, hätten sich noch während des Schoppe-Vortrags „würdevolle Abgeordnete zu einem johlenden, grölenden Männermob" gewandelt.

Als sie in Gerhard Schröders rot-grüner Koalition ihr Ministeramt antrat, erwarteten viele von Waltraud Schoppe ähnlich kesse Reden. Doch nun wurde sie immer stiller. Er würde ja zu gern mal wissen, frotzelte der SPD-Fraktionsvorsitzende Johann Bruns über die Arbeit im Schoppe-Ministerium, „was die Frauen da eigentlich machen".

Tatsächlich kann Waltraud Schoppe, die ihre Arbeit als „unheimlich mühsam" empfindet, noch nicht allzuviel

vorweisen: Einen Gesetzentwurf zum ambulanten Schwangerschaftsabbruch hat sie immerhin erarbeiten lassen, der soll nach der Sommerpause verabschiedet werden. Zudem will sie Kommunen über 10 000 Einwohner gesetzlich verpflichten, hauptberufliche Gleichstellungsbeauftragte einzustellen.

Um die Chefin wieder mehr ins Gespräch zu bringen, haben sich Mitarbeiterinnen des Ministeriums mit einem roten VW-Bus (Amtsjargon: „Info-Mobil") aufgemacht, ihre Politik im Lande zu erläutern. Auch Waltraud Schoppe fährt gelegentlich mit auf die Dörfer.

Dort kommt ihre Botschaft allerdings nicht immer an. Im ostfriesischen Aurich beispielsweise wurde die Ministerin kürzlich nur von einer Handvoll Frauen erwartet, die durch Mundpropaganda von dem Ereignis erfahren hatten – von den Ministerial-Mitarbeiterinnen war versäumt worden, den Termin auf Plakaten oder in den Zeitungen bekanntzumachen.

Immerhin waren aber auch Männer gekommen: etwa Alfred Meyer, der stellvertretende Bürgermeister von Aurich, und der örtliche SPD-Landtagsabgeordnete Hermann Bontjer. Die Lokalpolitiker nutzten die Gunst der Stunde. Kaum waren die Kameras eingeschaltet und die Mikrofone justiert, präsentierten sie sich strahlend an der Seite der Ministerin.

Das klägliche Frauen-Häufchen wartete derweil fröstelnd im Abseits. Im Hintergrund kündete ein Plakat „Frauen kommen mit Macht".

Da haben sie noch viel zu tun.

Schulen

Hammer von oben

Die Kieler Bildungsministerin Tidick will die Zensuren in der Grundschule abschaffen – Eltern und Lehrer protestieren heftig.

Nur aus Bonn kommen tröstende Worte. Fritz Schaumann (FDP), Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, hat der Kieler Schulministerin Marianne Tidick (SPD) eine Glückwunschkarte geschickt: Er „gratuliere" ihr zu ihrem „mutigen" Schritt.

Doch Frau Tidick, 48, scheint eher mutlos. Etwas nervös steckt sie sich einen weiteren Zigarillo an. Seit die Ministerin am Montag vergangener Woche beiläufig in einer Pressekonferenz zum Schuljahresbeginn erklärte, sie wolle ab sofort die Noten in allen Klassen der Grundschule abschaffen, entlädt sich ein Sturm der Entrüstung über dem Kie-



DER FARBENRAUSCH FÜR ALLE, DIE TIEF INS GLAS DER TAUCHERBRILLE SCHAUEN: MEDUSA AUS DER SCHILLERNDEN SCUBA-KOLLEKTION 91. TROCKEN BIS 200 METER TIEFE.



ler Kultusministerium. Sofort protestiert haben der Lehrerverband Bildung und Erziehung und der Philologenverband. Die Schüler-Union, die pubertäre Fußtruppe der CDU, hält den Verzicht auf Zeugniszensuren für einen „Schlag ins Gesicht" aller leistungsbewußten Schüler. Und die *Bild*-Zeitung läßt Kinder klagen: Anika, Sascha, Nicole und Bernd wollen „lieber Noten". Traurig meint der neunjährige Florian: „Meine Zeugnisse waren so gut."

Am schärfsten aber reagiert Walter Segatz, der Vorsitzende des Landeselternbeirates. Christdemokrat Segatz, 51, schäumt über das „sozialistische Menschenbild" in der Kieler Schulpolitik und prophezeit düster: „Wer die Noten abschafft, entfesselt einen Glaubenskrieg. Da wird es Krach und Streit geben bis ins letzte Dorf."

Eben das aber will die Ministerin Tidick zuallerletzt. Ihr bundesweit beispielloser Vorstoß soll die Schule eigentlich „menschlicher" machen, soll das „Konkurrenzdenken bremsen" und „Ängste abbauen". Dabei möchte die Sozialdemokratin „keineswegs am Leistungsprinzip rütteln", nur setzt sie auf „Ermutigung" statt Strafe. Mit – womöglich schlechten – Noten, davon ist sie überzeugt, „verunsichern wir die Kinder unnötig".

In der Wissenschaft ist diese Erkenntnis kaum noch umstritten. Heiko Balhorn, Pädagogikprofessor an der Universität Hamburg, hält es für unsinnig, die „Lernfortschritte" des einzelnen Kindes mit denen der „willkürlich zusammengesetzten Schulklasse zu vergleichen". Auch die von Pädagogen und Eltern ins Leben gerufene „Aktion Humane Schule" lehnt Zensuren in der Grundschule ab. Kinder seien „absolut wißbegierig", Noten dementsprechend überflüssig, ja schädlich; auf schwache Schüler wirkten sie wie ein „Hammer von oben".

Und so waren sie ursprünglich auch gemeint. Nach der „Enzyklopädie des gesamten Erziehungs- und Unterrichtswesens" aus dem Jahre 1887 dient die Zensur dazu, „den von sich eingenommenen Schüler zu enttäuschen" und ihm ein „Mahnzeichen" zu setzen, damit er „den verdienten Tadel durch doppelte Anstrengung oder sittliche Besserung austilgen" könne.

Die Erkenntnis, daß der Wissensdrang siebenjähriger Knirpse durch Tadel und Enttäuschung eher gehemmt wird, zog in Deutschlands Schulen erst 90 Jahre später ein: 1977 schaffte Nordrhein-Westfalen im ersten und zweiten Schuljahr die Noten ab. Inzwischen haben sich die übrigen Bundesländer, auch die ostdeutschen, dieser Praxis angeschlossen. Nur im schwarzen Süden, in Bayern und Baden-Württemberg, wird schon ab Klasse 2 zensiert.

Hamburg geht seit 1985 noch weiter: Die Eltern der dritten und vierten Klassen dürfen wählen, ob ihre Kinder Zensuren erhalten oder nicht. Die Mehrheit der Hamburger wünscht freilich klare Verhältnisse: Dank des Elternvotums werden 52 Prozent der Drittkläßler und sogar 81 Prozent der Kinder aus der vierten Klasse nach wie vor benotet.

Zensuren, und zwar möglichst gute, wünschen viele Eltern schon deswegen, weil sie sich frühzeitig bescheinigen lassen wollen, daß ihr Sprößling für die höhere Schule taugt. Die gängige Alternative zur Note, das sogenannte Berichtszeugnis, ist zudem auch nicht frei von Schwächen. Mit oft seitenlangen Berichten über die schulischen Leistungen der Kinder überfordern die Lehrer zuweilen das Verständnis der Eltern – und das der Kids ohnehin.

Immer wieder mischen sich pädagogische Fachbegriffe wie „Partnerarbeit" und „freie Aktivität" mit inhaltsleeren Floskeln. Gern verwendet wird etwa das Verb „bemühen". Doch wenn sich Hans oder Grete „um eine Verbesserung im Rechtschreiben bemühen", so kann das allerlei bedeuten – der Erfolg ihrer Anstrengungen bleibt jedenfalls ungewiß.

„Wir sollen in den Berichten alles positiv formulieren", ärgert sich Elke Bürig, 38. Die Grundschullehrerin aus dem Hamburger Stadtteil Fuhlsbüttel hält es für falsch, „daß wir die Kinder so in Watte packen". Wenn etwa Fränzchen das Einmaleins nicht kann, dann dürfe sie nur schreiben: „Fränzchen sollte sich anstrengen, das Einmaleins noch besser zu beherrschen."

Ein Recht zur Wahl oder Abwahl des Notenzeugnisses will die Kieler Kultusministerin Tidick den Eltern zwar nicht mehr einräumen. Aber „gerade in den Berichten für die Klassen 3 und 4", so versucht sie ihre Kritiker zu beruhigen, „müssen auch die Schwächen des Schülers offen angesprochen werden", auch das Sitzenbleiben sei „weiterhin möglich".

Doch noch schwirrt den Pädagogen in Schleswig-Holstein der Kopf. „Wenn die Kollegen so von einer Entscheidung überfahren werden", meint die Flensburger Grundschullehrerin Brigitta Göbel, 43, „dann sind sie erst einmal verprellt."

Brigitta Göbel, Mitglied der linken Lehrergewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, zählt zu den entschiedenen Anhängern des Berichtszeugnisses: „Wer keine Noten geben muß, kann auch ganz anders unterrichten." Jeder Schüler, weiß die Pädagogin, dürfe dann an „seinen eigenen Möglichkeiten gemessen" und in dem „ihm angepaßten Tempo gefördert" werden.

Dieser sogenannte offene Unterricht, so schränkt Frau Göbel ein, müsse allerdings von jedem Kollegen erst gründlich geübt werden. Insofern seien viele Grundschullehrer für das notenfreie Zeitalter „noch gar nicht vorbereitet".

Marianne Tidick lenkt denn auch schon ein. Die endgültige Abschaffung der Zensuren will sie nun vom Ausgang einer Anhörung aller Betroffenen abhängig machen. Irgendwie, so erklärt sie sich das überraschende Echo, sei ihre Absicht wohl „unglücklich übergekommen".

Und wenn ihr Plädoyer gegen die Note nicht überzeuge, sei sie „auch zu Kompromissen" bereit. Sie könne es sich „durchaus vorstellen, daß wir am Ende beides ins Zeugnis hineinschreiben, den Bericht – und die Note". Vielleicht, so sinniert die Ministerin, müsse es „tatsächlich so etwas wie eine Übersetzung für Oma und Opa geben, schon wegen des Taschengeldes". ◀

„Mein Gott, dieser Rückfall ins Mittelalter"



ANDERE GESICHTER SEHEN SCHÖN AUGEN MACHEN.

WO DIE PHANTASIE BLÜHT.

Wer zu uns kommt, packt von Haus aus nicht nur die Badehose ein. Der macht sich schon vorher schlau über Land und Leute. Trotzdem. Die zeremoniellen Masken der Teotihuacaner im Anthropologischen Museum in México-City zu sehen und, gleich ums Eck, selbst auf ihre gewaltigen Pyramidenbauten zu steigen, das ist Futter für die Phantasie. Und dann erst die täglichen Begegnungen mit den Menschen. „Jeder Kopf ist eine Welt", sagt man bei uns. Und hier treffen Sie nun wirklich alle. Den barfüßigen Indio im Hochland genauso wie den Großstadt-Macho, der sich die Schuhe am Zócalo wienern läßt. Und wer gucken kann, der sieht noch viel mehr. Wann riskieren Sie ein Auge? ¡Hasta luego! Mehr über México verrät Ihnen Ihr Reisebüro. Oder das Staatliche Mexikanische Verkehrsamt, Stichwort „Masken", Wiesenhüttenplatz 26, D-6000 Frankfurt 1.



WÜSCHNER UND ROHWER

„Ein Dolchstoß ins Herz“

Seit am romantisch verklärten Berg der Deutschen, am Brocken im Oberharz, die Mauer gefallen ist, sorgen sich Naturschützer um den Bestand eines einzigartigen Ökosystems. Während die Gemeinden auf Wohlstand durch Fremdenverkehr hoffen, fürchten Ökologen ein „Disneyland im Oberharz“ für den Massentourismus.

Ein „Taschenbuch für Reisende in den Harz“ wußte es bereits 1806. „Unter allen Gebirgen unsers Vaterlands“, hieß es dort, „ist der silberreiche Harz seit Alters her fast das berühmteste.“

Kein anderes Mittelgebirge ist mit so sagenhafter Faszination ausgestattet wie der Harz samt seinem 1142 Meter hohen Gipfel, dem Brocken, der sogar „Vater“ genannt wird.

Da kommen Feldberg, Großer Arber und Belchen, obwohl höher, nicht mit, schon gar nicht Fichtelgebirge, Schwäbische Alb oder Rhön, alle kaum niedriger. Berge um die 1100 Meter gibt es mehr als genug im Lande, den Altsteigerskopf im Schwarzwald zum Beispiel, aber den kennt kein Mensch. Den Brocken kennt jeder.

Wann immer Dichtern die Lyrik wie von selbst aus der Feder floß, dann auf dem Brocken. „Mit trunkenem Entzücken“ besah Joseph von Eichendorff „das unbeschreibliche Panorama“, Hans Christian Andersen schwärmte wie im Märchen von „dieser unbegreiflichen Herrlichkeit“, und Novalis alias Freiherr Georg Friedrich Leopold von Hardenberg empfand den Brocken gar als der deutschen Freiheit „donnerndes Felsenhaupt“.



Gipfelgelände des Brocken
Naturraum zertrampelt, Vegetation erstickt

Goethe, dreimal droben, einmal sogar im Winter, ließ seine Walpurgisnacht, Faust erster Teil, im „Harzgebirg“ spielen und brachte die unausrottbare Vorstellung in Verse, daß dereinst dort in der Nacht zum 1. Mai die Hexen getanzt haben.

Den endgültigen Stempel erhielt der Zauberberg von Heinrich Heine. „Der Brocken ist ein Deutscher“, notierte er in der „Harzreise“, und dabei ist es geblieben. Christian-Henrich Fürst zu Stolberg-Wernigerode spricht vom Brocken, seinem Eigentum, als dem „Berg aller Deutschen“, und auch für Hans Steinhoff aus Schierke, der sich mit einer Gaststätte am Berg als Brokkenwirt etabliert hat, ist es einfach „unser großer deutscher Berg“.

Unerreichbar lag er fast drei Jahrzehnte lang im Niemandsland zwischen Ost und West auf DDR-Sperrgebiet, bestückt mit Mauer, Minen und Metallgitterzaun. Seit er wieder bestiegen werden darf, hat der Berg abermals Hunderttausende in seinen Bann gezogen, die sich über den Goetheweg oder den zutreffend so benannten Knochenbrecherweg nach oben aufmachen, als seien dort Loreley, Oberammergau und Helgoland auf einmal zu finden. „Ich war oben“, steht auf dem Aufkleber, den sich die Wanderer bei Rückkehr beglückt an die Heckscheibe des Autos heften.

Und wer war da nicht schon alles. Gekrönte Häupter waren oben, etwa Zar Peter der Große, und andere Machthaber, wie Walter Ulbricht. Nur wenige Ausflugsziele im Land haben so viel Prominenz erlebt. Dichter und Musiker schrieben sich ins Gipfelbuch sowie, noch als Deichhauptmann, Otto von Bismarck, der auf der Brockenreise das Fräulein Johanna von Puttkammer kennenlernte; ein Jahr später war Hochzeit.

Allein am Pfingstsonntag dieses Jahres kamen an die 60 000. „Es war katastrophal“, erinnert sich Brockenwirt Steinhoff, „es sah aus wie auf einem Rastplatz an der Autobahn.“ Und Steinhoff ahnt: „Der Trend geht weit, weit nach oben.“

Daß die Zahl der Brokkengänger jährlich „auf über 1,5 Millionen Besucher steigen“ kann, fürchtet der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND). Zuerst waren die Ökologen entzückt, daß das jahrzehntelang abgeschottete Gebiet im Harz mit seiner Artenvielfalt wieder zugänglich wurde. Nun fürchten sie, daß die Natur von beseligten Deutschromantikern buchstäblich niedergetrampelt wird.

Tagtäglich wallfahren die Wanderer in dichten Scharen schnaufend zum Gipfel hinauf, als liege Lourdes vor ihnen; darunter Mütter mit Kinderwagen, Väter mit Baby im Rucksack, ungeachtet der Warnung, daß Kreislaufkollapse



Wanderer am Brockenhang: „Nicht einfach dem Massentourismus überlassen"

oben die alltägliche Folge sind und daß es, zumindest wettermäßig, „morgens blau, abends grau" zuzugehen pflegt.

Eine Frau Toni Staak, 105, aus Osnabrück ließ sich – mit Ausnahmegenehmigung – Anfang Juni im Auto auf das unwirtliche, überwiegend neblige und stets windgepeitschte Brockenplateau kutschieren, weil sie 58 Jahre zuvor dort ihre Silberhochzeit begangen hatte.

Wo derart Volkstümliches geschieht, können die Fischer-Chöre nicht weit sein. Voriges Jahr zum Tag der Einheit suchten auch sie den Brocken heim und ließen das Lied „Kein schöner Land in dieser Zeit" ertönen.

Natur und Umwelt werden es nicht verkraften können. Drei Jahrzehnte lang haben Pflanzen und Tiere dort, an der Todesgrenze der Deutschen, ihre Ruhe gehabt. Weite Teile am Brocken gleichen nun einem Urwald, manche Wege sind schön zugewachsen und unpassierbar, die Brocken-Anemone, die es nirgendwo sonst gibt, hat sich „gut erholt" und „gesicherten Bestand", wie der zuständige Forstmeister Hubertus Hlawatsch aus Wernigerode sagt.

Neben der Anemone gibt es auch sonst „vieles nur hier", wie Hlawatsch weiß, zumindest was europäische Mittelgebirge betrifft: Brocken-Mohrenfalter, Reitgras, Bärlapp und Siebenstern, der „mit der Eiszeit aus Skandinavien zum Brocken gekommen" ist. Heimat ist der Berg obendrein für Alpen-Habichtskraut, Alpen-Spitzmaus, Alpen-Ringdrossel, Rauhfußkauz und Auerhuhn geworden.

Eine „einmalige naturräumliche Ausstattung" hat der Naturschutzbund Deutschland am Brocken ausgemacht: Manche Ökosysteme, so stellte er fest, kommen „zwischen Skandinavien und den Alpen in dieser Ausprägung nur im Harz vor".

Auf dem kahlen Brockenplateau, kaum größer als drei Fußballplätze, ist die Zerstörung der Systeme schon fast vollendet. Das haben nicht verschwitzte Bergsteiger, sondern die Kalten Krieger geschafft, die auf der Kuppe einen Komplex aus Kuppeln und Türmen errichteten, im Volksmund „Moschee" genannt, wo die Stasi-Lauscher alles abgehorcht und aufgezeichnet haben, was im Westen gefunkt und telefoniert wurde.

Vor allem aber der Bau der 2600 Meter langen Mauer rund um den Gipfel hat aus dem Brocken einen Schutthaufen gemacht. Um Halt für die 2274 Stahlbetonelemente zu finden, schütteten DDR-Grenzsoldaten vier Meter hoch Kalk auf und erstickten die Vegetation. Nun sind Soldaten dabei, die Mauer abzureißen und Stück für Stück mit „Tatra"-Lastern zu Tal zu schaffen – diesmal unter dem Kommando der Bundeswehr. Aufschrift auf den Fahrzeugen: „Abbau Brocken".

Möglich, daß die ultimative Vokabel bald auch auf die Natur angewendet werden muß, die so lange „einmalig unberührt" bleiben durfte, so der grüne niedersächsische Europaminister Jürgen Trittin.

„Eine so wertvolle Landschaft" dürfe „nicht einfach dem Massentourismus überlassen" werden, verlangt der BUND, der, außer Wandern, „keine andere sportliche Nutzung" des Brokkens zulassen will. Eine Grüne Liga in Magdeburg möchte die Zahl der Touristen auf „höchstens 500 Brockenbesucher täglich" beschränkt wissen, und die Wernigeroder Bergwacht verlangt: „Die Massen müssen kanalisiert werden."

In Vorahnung des neuerlichen Brokkenrummels hat die letzte DDR-Regierung unter Lothar de Maizière (CDU) Mitte September vorigen Jahres, gerade noch rechtzeitig vor dem Tag der deutschen Einheit, per Verordnung den Hochharz zum Nationalpark erklärt. Vor allem in der Kernzone um den Brocken soll „die ungestörte Entwicklung natürlicher und naturnaher Lebensgemeinschaften" gesichert werden.

Im Nationalpark, Chef: Forstmeister Hlawatsch, sind seither nicht einmal „organisierte Veranstaltungen" erlaubt. Und zu den 33 Ge- und Verboten gehört, daß weder Skiabfahrten noch Loipen angelegt, weder Schlepplifte noch Bergbahnen errichtet werden dürfen. Untersagt ist es auch, „Felsen zu beschädigen".

Erregte Proteste bis hin zu Straßenblockaden löste die Verordnung sogleich in Schierke aus. In der ehemaligen DDR-Gemeinde hatten die 1300 Einwohner schon die baldige Wiederkehr alter Zeiten erhofft, in denen der Ort das Zentrum des Harztourismus war. Und der Gemeinderat plante bereits ein alpines Skizentrum am nahen Winterberg sowie in der Gegend, wo die Dörfer Elend und Sorge heißen und die sonst nur durch Harzer Käse geläufig

Schon bevor Sie ihn kaufen können, kümmern wir uns



Wenn in den geheimen Werkstätten der deutschen Autoindustrie die Modelle für morgen entstehen, sprechen die Ingenieure oft mit den Forschern von Aral. Denn ein wichtiger Faktor bei der Entwicklung jedes neuen Motors ist auch der Kraftstoff. Aral beschäftigt sich seit jeher mit der Verbesserung von Otto- und Dieselkraftstoff.

Autoindustrie und Aral-Forschung arbeiten eng zusammen.

Dabei geht es uns in erster Linie darum, die Energieausbeute und die Umweltverträg-

um sein Benzin.



lichkeit noch weiter zu erhöhen. Der Bleifreikraftstoff SuperPlus ist ein Ergebnis dieser Forschungsarbeit. Was wir in intensiven Prüfstandtests und Praxisversuchen mit allen gängigen Autotypen lernen, liefert wichtige Voraussetzungen für die Motoren der nächsten Autogeneration. Bliebe an dieser Stelle nur noch zu erwähnen, daß Sie natürlich auch mit jedem älteren Auto bei Aral gut aufgehoben sind.

ARAL Alles super.

ist, „ein zweites St. Moritz", so Brockenwirt Steinhoff, Mitglied des Rates.

Vor allem empörte die Schierker, daß sie „ohne jede Anhörung" dem Gebiet des neuen Nationalparks einverleibt wurden. Tatsächlich gab es, anders als im kompliziert demokratischen Westdeutschland, keinerlei Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidung, allerdings auch keine Verpflichtung dazu.

Die niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn, selber mit Plänen für einen Nationalpark Harz beschäftigt, sah „den Beschluß" denn auch „als Zeichen dafür, daß man hier etwas über den Zeitpunkt der Wiedervereinigung hinaus retten wollte, das unter dem Ansturm des Tourismus gefährdet erschien". Dies zeige „eine historisch sensible Sichtweise".



Mauerreste auf dem Brocken: „Die Wiedervereinigung kam zu schnell"

„Grüne Diktatur", scholl es aus dem Osten zurück. Aber auch der niedersächsische CDU-Landtagsabgeordnete Jürgen Dorka, Architekt in Bad Harzburg, schimpfte auf „utopische Phantasien" von Naturschützern, die nur „bestimmte Gebiete dem Publikumsverkehr zugänglich" machen möchten. „Weltfremd" und „an den Realitäten vorbei" wollten sie wohl, polemisierte Dorka, „am liebsten den ganzen Harz einmauern und noch den Ameisen verbieten, die Wege zu zertrampeln".

Vorerst wird der erwartete Ansturm allerdings noch ein wenig gebremst. Lediglich zwei „Travel"-Hotels stehen zur Verfügung, eines davon, das „Heinrich Heine", war einst als „Fürst zu Stolberg" führendes Haus im Harz, ist aber den DDR-Ruch noch immer nicht losgeworden. Sonst gibt es weit und breit keine nennenswerten Unterkünfte.

Im bisherigen „Kurort der Werktätigen" Schierke, wo ständig an die 1000 Urlauber des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes zu Gast sein mußten und sich schon freuten, wenn es „für 25 Leute eine Dusche" gab, wie Brockenwirt Steinhoff noch weiß, stehen die einst staatlichen Erholungsheime leer. Neue Pächter oder gar Käufer finden sich in Schierke nicht, „es traut sich keiner ran", sagt Steinhoff.

Und auch mit Privatquartieren sieht es vorerst noch schlecht aus. Die „Touristik-Union International" in Hannover, die vergangenes Jahr ihr erstes Ost-Ferienprogramm aufstellte, beschloß, vom Oberharz die Finger zu lassen. Der Reisekonzern befand, die Angebote seien alle „so gut wie nicht nutzbar", in den Unterkünften herrsche „improvisierte Bauweise" vor.



Harzbahn bei Schierke: „Interesse des Landes"

Trotz all der Misere und trotz Nationalparks: Der „Ansturm ohnegleichen", so ein Naturschützer, wird nicht ausbleiben. Von Mitte kommenden Jahres an wird die alte Brockenbahn mit ihren Dampflokomotiven von Schierke aus auf Schmalspurgleisen aufwärts schnaufen, nach Ansicht der Regierung von Sachsen-Anhalt ein Projekt „im Landesinteresse", nach Ansicht des BUND ein „Dolchstoß ins Herz des Nationalparks".

Die ersten morschen Schwellen auf der 13,3 Kilometer langen Strecke sind schon ausgewechselt, der Antrag auf eine einstweilige Anordnung gegen die Inbetriebnahme ist vom Magdeburger Verwaltungsgericht abgewiesen worden: Die Bahn wird ja nicht „errichtet", was laut Nationalpark-Verordnung verboten wäre, sondern nimmt lediglich nach langen Jahren ihre Fahrten wieder auf.

Der Schienenverkehr zum Brocken war 1898 eröffnet worden. Schon zwei Jahre darauf beförderten die Waggons 51 209 Passagiere auf den Gipfel, die sonst wahrscheinlich unten geblieben wären, und bis 1938 war die Zahl auf durchschnittlich 250 000 jährlich angewachsen.

Die Naturschützer vom BUND befürchten nun ein „Disneyland im Oberharz" und, unweit des Brockens, ein „Harz-Open-Air-Rockfestival" immer zur Walpurgisnacht.

Auch Brockenwirt Steinhoff, um Ausbau seiner bislang nur provisorischen Gastronomie bemüht, wird es mulmig bei dem Gedanken an „300 Leute stündlich mehr". Steinhoff: „Ich habe Angst. Für den Brocken ist die Wiedervereinigung zu schnell gekommen."

Ballonfahrer

Glück ab, gut Land

Ballonpiloten haben ihre Sport-Geräte als Einnahmequelle entdeckt – oft an der Steuer vorbei.

Als Ende des 18. Jahrhunderts die ersten bemannten Ballons auf Feldern und Wiesen niedergingen, wähnten die Bauern oft noch den Teufel am Werk. Mit Mistgabeln und Dreschflegeln traktierten sie die Luftschiffe und ihre Besatzungen, nur durch eilig gereichte Gastgeschenke ließ sich das Landvolk gewöhnlich besänftigen.

Die Zeiten sind vorbei. Heutzutage wollen die bei einer Ballonlandung in Scharen hinzueilenden Beobachter meist nur eines: selber einmal in die Luft gehen.

Das können sie auch, nur brauchen sie Geduld. Obwohl sich die Zahl der Ballons hierzulande von 56 im Jahr 1980 auf derzeit rund 560 verzehnfacht hat, übersteigt die Nachfrage bei weitem das Angebot. Interessenten müssen bei den im Deutschen Freiballonsport-Verband organisierten Vereinen und Privatleuten bis zu zwei Jahre Wartezeit einkalkulieren, ehe sie an einer Fahrt – von einem Flug zu sprechen, ist in der Zunft verpönt – teilnehmen dürfen.

Bei solchem Andrang konnte es den Ballonpiloten nicht verborgen bleiben, daß sich mit ihrem Hobby regelmäßige Einnahmen erzielen lassen. Immer häufiger betreiben sie die Luftschiffahrt wie einen Beruf – ohne daß sie Aufsichtsbehörden und Finanzämter davon informieren.

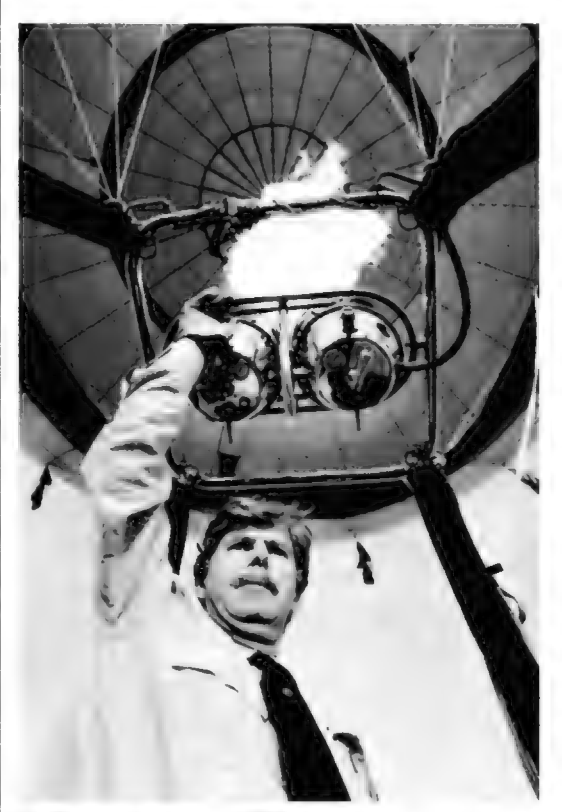
Beim schwarzen Geschäft mit den bunten Ballons kommen oft ganz hübsche Summen zusammen. Jeder der bis zu zehn Passagiere zahlt für eine Stunde Fahrt, einen Schluck Champagner nach der Landung und eine Urkunde 250 oder 350 Mark. Bei jährlich 100 Starts und mehr kann ein aktiver „Ballöner" (Zunft-Jargon) leicht sechsstellige Beträge kassieren – großteils unversteuert.

Dazu kommen oft noch die Honorare für Reklamefahrten. Denn seit Marketingexperten den Ballon als ideale Werbefläche – immer beachtet, gern fotografiert – entdeckt haben, trägt fast jedes der Luftfahrzeuge ein Markenzeichen auf der Hülle, von Aspirin bis Zunft Kölsch.

Die Balloneigner müssen in die Anschaffung ihrer bis zu 100 000 Mark teuren Spaß- und Sportgeräte häufig nichts investieren – der Sponsor zahlt alles, vom Korb bis zu den Navigationsinstrumenten. Damit das teure Firmenzeichen möglichst oft zu sehen ist, werden den Piloten vielfach zusätzliche Startprämien offeriert – mal 1000, mal 4000 Mark.

Diese Praktiken sind selbst im kleinen Kreis der Ballöner (Motto: „Glück ab, gut Land") umstritten. So betont der Verbandsfunktionär Ulrich Hohmann, daß „Geld verdienen im Grunde nichts Anrüchiges" habe. Dennoch räumt Hohmann ein, daß viele seiner Sportsfreunde nach dem Prinzip arbeiten: „Wir versuchen, das so lange unterderhand zu halten, bis uns einer draufkommt."

Viel zu befürchten haben sie nicht, die zuständigen Behörden unterstützen das windige Treiben der Luftfahrer bisweilen sogar. Zahlreiche Regierungspräsidien stellen problemlos sogenannte Selbstkostengenehmigungen aus, die sich bei näherem Hinsehen als Persilscheine für schwarze Einnahmen entpuppen.



Ballonunternehmer Hölscher
„Eklatante Verzerrung"

Als Grundlage dient das Luftverkehrsgesetz. In Paragraph 20 wird unter anderem festgelegt, daß Passagierfahrten mit mehr als vier Personen auch dann einer Genehmigung bedürfen, wenn „als Entgelt nur die Selbstkosten" vereinbart sind.

Diese Selbstkosten liegen für die gesponserten Ballons gewöhnlich nur bei einem Bruchteil der Einnahmen aus regelmäßigen Passagierfahrten – was in den entsprechenden Anträgen freilich ganz anders dargestellt wird. Reinhard Jäger, Luftfahrtdezernent im Regierungspräsidium der Ballöner-Hochburg Münster, will denn auch bei Überprüfungen „nie Unstimmigkeiten festgestellt" haben.

Daß die Kontrollen ziemlich lasch sind, läßt Jäger selbst durchblicken: „Wir müssen glauben, was man uns sagt, wir sind schließlich keine Schnüffelbehörde, die mit Stasi-Methoden in Panzerschränken stöbert."

Wenig Eifer zeigen auch die Fachaufseher beim Luftfahrt-Bundesamt (LBA) in Braunschweig. LBA-Sprecher Ernst Boller zufolge müssen die Aufsichtsbehörden bei den angeblichen Selbstkostenfahrern nur dann genauer hinsehen, „wenn ein Ankläger konkrete Verdachtsmomente liefert".

Darauf aber, sagt Boller, sei das LBA „gar nicht so scharf". Als Grund für die stille Duldung zweifelhafter Gepflogenheiten gibt er an: „Wenn erst mal einer anfängt, schwärzt jeder den anderen an – das bringt ja eine unheimliche Lawine ins Rollen."

Sehr viel pingeliger gehen die LBA-Beamten mit denen um, die neuerdings ganz offiziell als Luftfahrtunternehmer arbeiten wollen und dafür Firmen gründen. Sie müssen zahlreiche Sicherheitsauflagen erfüllen, mit denen die Vereinsballöner kaum behelligt werden – von stundenlangen Ruhezeiten für die Piloten über eine vielfach höhere Versicherungssumme bis zu aufwendigen Betriebshandbüchern.

Der Bonner Unternehmensberater Jürgen Hölscher, der sich mit fünf Ballons im Rheinland etablieren möchte, sieht in der Selbstkostenklausel „eine eklatante Wettbewerbsverzerrung" und klagt: „Hier herrschen südamerikanische Verhältnisse." Damit die Ungleichbehandlung rasch beendet wird, hat Hölscher kürzlich den Bundesverkehrsminister um eine Überprüfung der Rechtslage gebeten.

Geholfen hat das auch nichts. Ressortchef Günther Krause (CDU), der sich die Sache persönlich vorlegen ließ, philosophiert in seinem Antwortschreiben über „die nicht konkretisierte Grenze der Selbstkosten". Ein nennenswerter Gewinn, so die Auskunft des Ministers an den angehenden Unternehmer, sei mit Ballonfahrten ohnehin nicht zu erzielen.

Woher Krause sein Ballon-Fachwissen bezieht, teilt er freimütig mit: Er urteile, schreibt der Minister, „nach der Lebenserfahrung". ◀



Gesundheit

Endlich fließt Blut

Patienten der Erlanger Uni-Klinik werden auf Aids getestet – ohne es zu wissen.

Die Klinik der Erlanger Friedrich-Alexander-Universität ist ein ganz normales Krankenhaus – Unfallstation, Chirurgie, Gynäkologie; 21 Einzelkliniken, 1575 belegte Betten. Und dennoch ist das Hospital einmalig in der Republik: Dort kommen zur Zeit täglich 100 bis 150 Patienten unwissentlich an die Nadel. Jedem, der eingeliefert wird, wird ein Aids-Test verpaßt: ohne seine Einwilligung.

Nur wer in den herumliegenden Info-Broschüren blättert, erfährt, daß die bayerische Staatsklinik alle Neuen im Auftrag der Landesregierung bei einem Anonymen Unverknüpfbaren HIV-Test (Anonymous Unlinked Testing, AUT) zur Ader läßt.

Die Blutabzapfer sind Wissenschaftler des „GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit“. Sie sollen Daten sammeln, mit deren Hilfe die Ausbreitung des tödlichen Aids-Virus bekämpft werden kann. Vor allem soll die Frage geklärt werden, ob die bisher nur geschätzte Zahl von HIV-Infizierten in der Republik richtig ist oder durch die Wirklichkeit übertroffen wird. Sie anonymisieren die Blutproben zweifach und prüfen sie dann auf HIV-Antikörper.

Die Wissenschaftler handeln nicht aus eigenem Antrieb, sondern im Auftrag des Staatssekretärs beim bayerischen Innenminister, Günther Beckstein. Der kann seine Freude über diese 1,1-Millionen-Mark-Aktion kaum verbergen: „In Erlangen fließt endlich Blut.“

Beckstein will wie sein Amts- und Gesinnungsvorgänger Peter Gauweiler der Ausbreitung von Aids auf die Spur kommen und möglichst alle Bundesbürger zum Massentest zwingen.

Schon vor fünf Jahren hatte sich der resolute Seuchenbekämpfer Gauweiler mit der damaligen Gesundheitsministerin Rita Süssmuth erbittert darüber gestritten, mit welchen Mitteln die Ausbreitung von Aids bekämpft werden dürfe.

Beckstein hofft jetzt, mit der Erlanger Untersuchung neue strategische Argumente zu bekommen, um eine Verschärfung des Seuchenrechts, Zwangstests und eine Meldepflicht bei Erkrankungen wieder in die öffentliche Diskussion zu bringen.

Mit Unbehagen sieht das Bonner Justizministerium Becksteins Kreuzzug. Eine geheime Blutuntersuchung ist nach geltendem Recht illegal; sie kollidiert mit der Amtspflicht des Arztes und dem Persönlichkeitsrecht des Patienten. „Alle Ärzte, die mitmachen, tun sich einen Bärendienst“, warnt ein Beamter des Bundesjustizministeriums.

Die Bayern stören solche Einwände wenig. Das Münchner Justizministerium meint, eine Aufklärungspflicht über das, was in den Erlanger Labors passiert, bestehe nicht.

Dem widerspricht eine Kommission, die zwei Jahre lang im Auftrag der Bundesregierung Sinn und Zweck anonymer Massentests erörtert hatte. Die anfängliche Begeisterung über die Methode mündete in den Vorschlag, für 75 Millionen Mark ein Jahr lang an 2500 Krankenhäusern das Blut aller Patienten auf Aids zu untersuchen.

Doch dann merkte auch die Kommission, daß ihre Idee Recht und Gesetz zuwiderläuft. Der Vorschlag wurde schnell fallengelassen.

Auch die Aids-Enquete-Kommission des Bundestages – von Beckstein gern zitiert – dämpfte ihren anfänglichen Enthusiasmus. Aus einem internen Papier geht hervor, daß sie ihre im Endbericht vom Mai 1990 noch positiv formulierte Stellungnahme berichtigen will. Ein anonymer Massentest sei „verfrüht“, weil die Studie rechtlich fragwürdig und in ihrer wissenschaftlichen Aussagekraft umstritten sei, so der Kommissionsvorsitzende Hans Peter Voigt.

Diese Einsicht schreckt den rührigen bayerischen Staatssekretär nicht. Er hält seinen Alleingang für vertretbar und sieht sich dadurch bestätigt, daß in Amerika gute Ergebnisse mit AUT erreicht worden seien. Was Beckstein übersah: Dort ist AUT nur eine von vielen Methoden einer großen Testreihe – und nicht die allheilbringende.

Ein richtiges Verfahren, um auch nur die Verbreitung von Aids zu erfassen, gibt es bisher nicht. Für Ärzte, Juristen und Statistiker ist die Infektion und eine Prognose ihrer Ausbreitung immer ein Schritt in Neuland. Reine Stichproben bringen da wenig.

Das bestätigt auch Christian Wolter, der als Beauftragter der GSF in Erlangen mitarbeitet: „Wir wissen danach nur, ob so etwas technisch und finanziell machbar ist. Echte Daten werden wir nicht herausfinden.“ Das kann auch gar nicht sein. Der Erlanger Massentest liefert nur eine Momentaufnahme ohne repräsentative Aussagekraft.

Sollte AUT Spuren einer Aids-Epidemie zeigen, so rechnet Knut Wittkowski vom Tübinger Institut für Medizinische Biometrie vor, müßten alle Neuzugänge in sämtlichen Krankenhäusern der Bundesrepublik zwei Jahre lang getestet werden. Bei acht Millionen Erstaufnahmen in den alten Bundesländern müßte man mehr als 0,044 Prozent Infizierte finden, um die bisher geschätzte Zahl von 30 000 Patienten zu übertreffen.



Geheimtest-Befürworter Beckstein: Nach geltendem Recht illegal

Das Tübinger Institut geht derzeit von 25 000 bis 27 000 Aids-Fällen aus; das Bundesgesundheitsamt weiß von 30 000 bis 60 000 Aids-Erkrankungen zu berichten, die fast ausnahmslos aus den Hauptrisikogruppen – Prostituierte, Homosexuelle – stammen.

So gibt es eigentlich keinen Grund, mit einer fragwürdigen Methode neue Zahlen aufspüren zu wollen, die nur zufälligen Aussagewert haben.

Weil das so ist und weil nur so der Ruch des Illegalen vom Erlanger Massentest genommen werden kann, mußte Beckstein seine Untersuchung als „Machbarkeitsstudie“ ausgeben – als Test für einen Massentest.

Im Bonner Justizministerium überzeugt auch der neue Name für die Studie nicht. Ein Beamter: „Das ist so, als ob ich erst eine Ohrfeige verteile und dann nachdenke, ob die auch machbar ist.“ ◀

Schädliche Strafaktion

Selten war eine Entscheidung der Bundesbank so umstritten wie diese: Der Zentralbankrat erhöhte die Leitzinsen, um die Preissteigerungsrate zu drücken. Die Maßnahme wird wenig nützen, denn die Inflation wird vor allem vom Staat angeheizt. Die Zinsen sind jedoch eine Gefahr für die schwächer werdende Konjunktur.

Alles werde er unterstützen, „was die Bundesbank tut zur Stabilität der D-Mark“, versprach Helmut Kohl dem deutschen Fernsehvolk. Schließlich sei „die stabile Mark eine entscheidende Voraussetzung für den Wohlstand und auch das internationale Ansehen unseres Staates“.

Recht hat er, der Bundeskanzler. Dann allerdings hielt sich Helmut Kohl an eine rheinische Weisheit, wonach man schließlich nicht beides erwarten könne, versprechen *und* halten. Es sei nicht auszuschließen, so Kohl weiter, daß er 1993 die Mehrwertsteuer gleich um zwei Prozentpunkte anheben werde und nicht nur, wie von seinem Finanzminister bisher zugesagt, um einen Punkt.

Theo Waigel dementierte prompt. Der Finanzminister will an seiner Planung festhalten, die Umsatzsteuer zum 1. Januar 1993 nur von 14 auf 15 Prozent zu liften.

Doch die Ankündigung eines weiteren vom Staat geplanten Preisschubs läßt sich nicht zurücknehmen. Macht Kohl ernst, dann schießt die Inflationsrate 1993 um weitere 1,5 Prozentpunkte in die Höhe, und keine Zentralbank der Welt kann das mit noch so hohen Zinsen verhindern.

Kohls Äußerung war nicht nur unbedacht, sie kam auch zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Ausgerechnet in jener Woche, in der die Bundesbank über höhere Zinsen entscheiden wollte, hat der Kanzler ungewollt auf eine Gefahr aufmerksam gemacht, die Wachstum und Wohlstand in der Bundesrepublik bedroht.

Am Donnerstag vergangener Woche erhöhte die Bundesbank den Leitzins auf 7,5 Prozent. Der Beschluß gilt als eindeutiges Warnsignal der Währungshüter an die Bonner Regierenden.

Selten zuvor war eine Entscheidung der Bundesbank schon im Vorfeld so umstritten wie diese. Das Ergebnis überraschte dennoch niemanden.

Zum ersten Mal tagte der Zentralbankrat unter der Leitung von Helmut Schlesinger. Der neue Bundesbank-Chef gilt als besonders rigoroser Verfechter einer harten Mark. Seinem Ruf ist er gerecht geworden – doch ob er auch der Sache gedient hat, scheint fraglich.

Gewiß, die Preissteigerungsrate ist im Juli auf 4,4 Prozent gestiegen. So hoch war sie seit Beginn der achtziger Jahre nicht mehr. Die Erhöhung der Zinsen, so Schlesinger, sei eine Reaktion auf diese „Preisanstiegswelle“.

Doch der Preisschub ist diesmal von besonderer Art. Nicht eine überhitzte Konjunktur, sondern der Staat hat die Bun-



Bundesbank-Präsident Schlesinger: Deutscher Egoismus verstimmt die Nachbarn

desbank in Zugzwang gebracht. Steuern und Abgaben sind gewaltig gestiegen; der Staat verschuldet sich immer mehr; und die jüngste Lohnrunde im Öffentlichen Dienst läßt vor allem die Länderhaushalte schwellen.

Zur Jahresmitte erhöhte die Regierung die Verbrauchsteuern auf Benzin, Mineralölprodukte, Erdgas und Versicherungen. Allein diese Zuschläge, mit denen Geld für die Finanzierung der deutschen Einheit eingetrieben wird, jagt die von der Bundesbank beklagte Teuerungsrate um einen vollen Prozentpunkt in die Höhe.

Rund sieben Prozent mehr Lohn gewährte die öffentliche Hand ihren Bediensteten. Löhne und Gehälter aber fressen über die Hälfte des gesamten Staatsverbrauchs. Die Folge: Mit einem Preisauftrieb von 5 Prozent im ersten Halbjahr 1991 liegt der Staat gleich hinter der Bauindustrie (Preissteigerung: 6 Prozent).

Die von den Regierenden allein angerichtete Inflation hat ihren Spitzenwert noch nicht erreicht. Anfang 1992, das ist schon beschlossen, wird die Tabaksteuer erhöht. Hinzu kommen höhere Gebühren für Rundfunk und Fernsehen. Das alles bringt leicht ein weiteres Prozentviertel.

Nahtlos schließt sich dann, ein Jahr darauf, Helmut Kohls Zwei-Prozent-Coup bei der Mehrwertsteuer an. Die Preiseffekte werden ausreichen, die Bundesbank zu neuen Taten anzuregen.

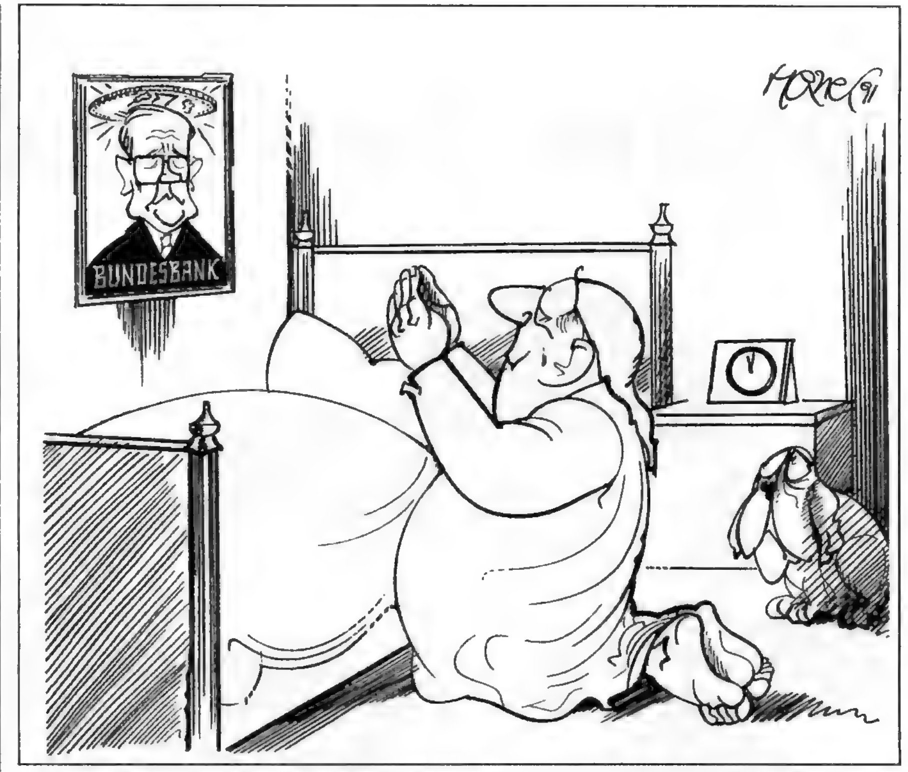
Es komme nicht darauf an, darüber zu diskutieren, „woher wir die Preissteigerungsrate haben, sondern daß wir sie haben", erklärte Karl Thomas, Präsident der hessischen Landeszentralbank.

Diese Äußerung läßt nur einen Schluß zu: Auf weiter steigende Preise wird die Bundesbank mit weiter steigenden Zinsen antworten, auch wenn die Preissteigerungen staatlich verordnet sind.

Vergebens wiesen vor allem die Ökonomen auf die Gefahr hin, die aus solchem Gegeneinander von Staat und unabhängiger Zentralbank erwächst. Mit höheren Zinsen kann die der Geldwertstabilität verpflichtete Bundesbank staatlich veranlaßte Preissteigerungen weder verhindern noch beseitigen.

Höhere Zinsen entfalten ihre volle Wirkung allerdings dort, wo die Inflation nur zum Teil entsteht: in der Wirtschaft. Die schädliche Folge: Die Konjunktur wird abgebremst, bei weiter steigenden Preisen. „Ein Teufelskreis für die Stabilität unserer Währung", urteilt der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Wolfgang Röller.

Die vom Staat in Gang gesetzte Preis-Zins-Spirale trifft die deutsche Wirtschaft zu einem ungünstigen Zeitpunkt. Die westdeutsche Konjunktur, bislang von der Nachfrage aus dem Osten angeheizt, kühlt ab. Die Auftragseingänge stagnieren, die Kapazitäten werden weniger ausgelastet. Im Maschinenbau gehen die Aufträge sogar drastisch zurück.



. . . und beschützt mich vor der Inflation Kölner Stadt-Anzeiger

„Riskant" findet deshalb Lutz Hoffmann, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, eine schärfere Geldpolitik. Er fürchtet einen „konjunkturellen Einbruch".

„Nicht angebracht, ja sogar schädlich", so beurteilt Finanzanalytiker Willi Leibfritz vom Münchner Ifo-Institut steigende Zinsen. Für Olaf Sievert, Professor in Saarbrücken, wird die Erhöhung der Leitzinsen auch nicht dadurch vernünftig, daß sie jeder erwartet hat. Sarkastisch urteilt das ehemalige Mitglied des Sachverständigenrats: „Eine Strafaktion der Geldpolitik zur Ahndung der schlimmen Fehler der Lohnpolitik und Finanzpolitik."

Am Sinn dieser Strafaktion zweifeln die Ökonomen auch, weil die Geldpolitik der Bundesbank selbst ohne steigende Zinsen schon restriktiv ist. Die Geldmenge wächst langsamer als die Preissteigerungsrate.

Das allein bremst schon die Inflation – und die Wirtschaft. Zusätzlich steigende Zinsen könnten die Konjunktur vollends zum Kippen bringen. Dann droht eine Rezession.

Im Ausland wird die deutsche Zinspolitik deshalb mit besonderem Argwohn betrachtet. Noch bis vor kurzem war Deutschland die Konjunkturlokomotive der Weltwirtschaft. Die Deutschen importierten wie nie zuvor, ihre Nachfrage stützte die schwache Wirtschaft ihrer Nachbarn. Mit dieser Rolle ist es wohl bald vorbei.

Zudem würden viele Staaten nur zu gern ihre Zinsen weiter senken, um ihre heimische Konjunktur anzukurbeln. Doch die Deutschen bestimmen den Trend, die anderen Staaten können sich nicht abkoppeln.

Einige europäische Staaten hoben in der vergangenen Woche, gezwungen von der Bundesbank, sogar ihre Zinsen an. Womit hätten die Franzosen das nur verdient, fragte François Renard von der Pariser Tageszeitung *Le Monde*. Mit einer Inflationsrate von 3,3 Prozent lägen sie weitaus besser als die Deutschen und müßten trotzdem die Zinsen anheben, obwohl die Konjunktur hake. Renard über die Deutschen: „Verfluchter Egoismus."

Für zwei Jahre hat die Regierung Helmut Schlesinger an die Spitze der Bundesbank berufen. Der neue Präsident ist fest entschlossen, in dieser Zeit nur seinem gesetzlichen Auftrag zu dienen und die Stabilität zu sichern.

Seine Lektion habe er in den Jahren 1974 bis 1982 gelernt, sagte Schlesinger eine Woche vor der Zinsanhebung. Die Bundesbank dürfe sich nicht für andere Ziele einspannen lassen. „Die Notenbank", so der Präsident fest, „ist nicht eine Einrichtung für antizyklische Konjunkturpolitik."

Wenn Regierung und Bundesbank weiter gegeneinander arbeiten, dann werden wohl bald beide Ziele verfehlt: Wachstum und Stabilität. ◄

„In ferner Zukunft zum Mars“

Forschungsminister Heinz Riesenhuber über staatliche Forschungsförderung und bemannte Raumfahrt



Minister Riesenhuber: „Wir müssen unter harten Bedingungen verhandeln“

SPIEGEL: Herr Riesenhuber, Sie haben das Experiment mit dem Hochtemperaturreaktor beendet, in Ihre Zeit fiel das Aus für den Schnellen Brüter, Sie haben den Großrechner Suprenum gestoppt. Ist nun der Raumgleiter Hermes reif?

RIESENHUBER: Eine Forschungspolitik kann nicht nur Erfolge produzieren, es sei denn, sie begnügt sich damit, das Vorhandene neu zu erfinden. Dinge, die sich, aus welchen Gründen auch immer, nicht durchsetzen, müssen eben beendet werden. Den Mut hierzu muß man aufbringen. Bei Hermes müssen wir jetzt entscheiden, ob und in welcher Form das Projekt angesichts der knapper gewordenen Mittel noch machbar ist. Das ist auch eine Frage des Gesprächs mit unseren europäischen Partnern.

SPIEGEL: Was gibt es da noch zu reden. Hermes ist 32 Prozent teurer als geplant, das ist die Untergrenze. Der Raumgleiter ist schwerer geworden, trägt aber fast keine Nutzlast mehr.

RIESENHUBER: Ich habe zu Hermes schon 1987 auf der Ministerratstagung in Den Haag kritische Fragen gestellt. Seither hat sich bestätigt: Hermes hat die technischen Ziele nicht erreicht und die Kosten erheblich überschritten.

Das Gespräch führten die SPIEGEL-Redakteure Winfried Didzoleit und Johann Grolle.

SPIEGEL: Also weg mit Schaden?

RIESENHUBER: So einfach ist das nicht. Der Raumgleiter soll Menschen zu einem freifliegenden Labor im Weltall bringen können. Dieses Labor ist ein wichtiges Element des europäischen Programms Columbus, dem europäischen Beitrag zur internationalen Raumstation Freedom. Zu dem europäischen Konzept gehört als drittes Element die unumstrittene Trägerrakete Ariane 5. Diese Elemente bedingen sich gegenseitig. Hermes, von dem besonders die systemführenden Franzosen nicht lassen möchten, hat durchaus seine Faszination, aber auch als notwendiges Transportmittel seine Bedeutung.

SPIEGEL: Ob die bemannte Raumfahrt so vordringlich ist, wie ihre Verfechter behaupten, oder ob sie überflüssig ist – Sie haben doch einfach kein Geld für alle drei Großprojekte des Europa-Programms.

RIESENHUBER: Für das sogenannte Leitmodell, das mit Abstrichen und Zeitverschiebungen die Durchführung aller drei Bestandteile ermöglicht, bräuchte ich 25 Milliarden Mark bis zum Jahr 2000. Darin ist natürlich die unbemannte Weltraumforschung, die heute zwei Drittel des jährlichen Weltraumetats ausmacht, einkalkuliert.

SPIEGEL: Das wird wohl kaum reichen. Aber davon abgesehen, Sie haben nur reichlich 20 Milliarden.

RIESENHUBER: Die Möglichkeit, Hermes durch einseitigen deutschen Entschluß zu beenden, sehe ich nicht.

SPIEGEL: Warum nicht? Sie würden nicht mal eine Abmachung verletzen. Hermes liegt mehr als 20 Prozent über den vorgesehenen Kosten, daraus folgt das Recht zur Kündigung.

RIESENHUBER: Besonders für Frankreich ist es nach wie vor eine faszinierende Idee, einen Europäer mit europäischer Technik, unabhängig von Amerikanern und Russen, in den Weltraum zu bringen. In dem Moment, wo wir ohne Betrachtung der anderen Elemente Hermes fallenlassen, könnte Paris vielleicht seine Teilnahme an der Raumstation Columbus überdenken.

SPIEGEL: Die Erde würde sich weiter um sich selbst und um die Sonne drehen.

RIESENHUBER: Die europäische Weltraumzusammenarbeit ist ein sehr hohes Gut. Wenn wir diese vor Beginn der ernsthaften Verhandlungen im November in München gefährden würden, würden wir einen elementaren politischen Fehler begehen. Das Programm der Europäischen Weltraum-Agentur Esa besteht schließlich zu zwei Dritteln aus nichtbemannter Weltraumfahrt, die auch die Kritiker der bemannten Raumfahrt nicht gefährden möchten.

SPIEGEL: Ohne zusätzliche Milliarden ist das gesamte Programm nicht zu finanzieren. Die aber sind nicht in Sicht.

Heinz Riesenhuber

ist seit 1982 Bundesminister für Forschung und Technologie. Der promovierte Chemiker war von 1971 bis 1982 Technischer Geschäftsführer einer Tochterfirma der Metallgesellschaft. Seit 1976 gehört er dem Bundestag an. Als energiepolitischer Sprecher der Unionsfraktion befürwortet Riesenhuber, 55, den behutsamen Ausbau der Kernenergie. Der Minister trat mit dem Ziel an, den Einfluß des Staates auf die Forschung und Entwicklung der privaten Wirtschaft zurückzuschrauben.

RIESENHUBER: Ich will ein gemeinsames europäisches Weltraumprogramm erhalten. Ich will das europäisch-amerikanische Konzept einer gemeinsamen Raumstation bewahren. Dieses Ziel der Bundesregierung lautet: kürzen und strecken, aber weder aus Columbus noch aus Hermes aussteigen. Die Sparanstrengungen der Esa in der Vergangenheit waren begrenzt, die Erfolge noch begrenzter, da ist noch was drin.

SPIEGEL: Das sind doch Illusionen.

RIESENHUBER: Jeder weiß, daß wir unter sehr harten Bedingungen verhandeln müssen. Die Folgekosten der Einheit begrenzen den Spielraum der Bundesrepublik, die Italiener sind ebenfalls sehr knapp. Das wird – mit Einschränkungen – auch in Frankreich zunehmend deutlicher.

SPIEGEL: Sie brauchen bis zum Jahr 2000 zwischen fünf und zehn Milliarden. Das Kabinett hat Ihnen für die Esa-Ministerratsgespräche in München keine zusätzliche Mark für die Jahre 1993 folgende zugestanden. Schon 1992 fehlen Ihnen 200 Millionen. Da stehen Sie in München nicht gerade glänzend da.

RIESENHUBER: München ist ein ausgezeichneter Verhandlungsort für dieses Thema . . .

SPIEGEL: . . . weil in Bayern die geballte Raumfahrtlobby sitzt und gemeinsam mit der CSU-Landesregierung in Bonn beim CSU-Finanzminister Theo Waigel Milliarden lockermachen will.

RIESENHUBER: Franz Josef Strauß wird auf einer rosa Wolke sitzen und uns mit Wohlgefallen zuschauen.

SPIEGEL: Das verschafft Ihnen auch noch nicht 400 bis 600 Millionen Mark zusätzlich pro Jahr.

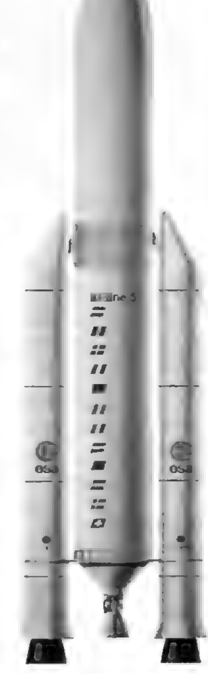
RIESENHUBER: Es fehlen bis zum Jahr 2000 etwa 4 Milliarden von den benötigten 25 Milliarden. Das sind etwa 15 Prozent. Das kann machbar sein, auch wenn es bei dem Grundsatzbeschluß bleibt, aus keinem Großprojekt auszusteigen. Es wird aber selbst dann erhebliche und weitreichende Einschnitte geben. Hermes als Technologieprogramm, das ist noch nicht ausdiskutiert.

SPIEGEL: Was bedeutet das?

RIESENHUBER: Wir könnten zunächst folgende Frage aufarbeiten: Sind die Leistung, der Preis und die geforderte Sicherheit von Hermes so zu optimieren, daß wir mit geringeren Kosten zu einem besseren Gerät kommen? Bisher hat Frankreich mit der Esa darauf bestanden, Hermes ohne Abstriche und in den alten schnellen Zeitplänen uneingeschränkt durchzuführen. Diese Möglichkeit besteht aber nicht mehr.

SPIEGEL: Keiner der europäischen Partner hat genug Geld für das gesamte Programm, jeder will nur finanziert sehen, was ihn am meisten interessiert. Entscheidend ist offenbar, wem der Schwarze Peter für das Scheitern eines Teils zugeschoben werden kann.

RIESENHUBER: Wir müssen mit weniger Geld etwas Vernünftiges machen. Die Sache mit dem Schwarzen Peter ist nachrangig, allerdings nicht völlig absurd. Es gab Anfang der achtziger Jahre ein dreiseitiges Projekt zur Kohleverflüssigung mit Japan und den USA. Das Interesse aller Partner an dem Projekt war gesunken. Die sozialliberale Bundesregierung hat damals den Fehler gemacht, als erste zu schreiben: Wir wollen raus. Im Grunde waren auch bei den anderen die Briefe schon geschrieben. Doch das Vorpreschen hat den Deutschen bei der internationalen Kooperation in den Folgejahren sehr geschadet.


Ariane-Rakete

SPIEGEL: Warum klammern Sie sich eigentlich so an die bemannte Raumfahrt? Ist das eine jener sogenannten Schlüsseltechnologien, die Sie entdekken und fördern wollen als eine wesentliche Aufgabe Ihrer Forschungspolitik?

RIESENHUBER: Bei der bemannten Raumfahrt geht es jetzt um eine Ja-Nein-Entscheidung. Im unbemannten Sektor gab es durchaus Technologien mit Schlüsselcharakter, die rasch in alle Zweige der Volkswirtschaft hineinwirkten. Beispiel: Telekommunikation, Telefonsatelliten. Das ist so selbstverständlich heute, daß kaum einer dies noch mit Raumfahrt verknüpft.

SPIEGEL: Was könnte bei der bemannten Raumfahrt Sinnvolles herauskommen?

RIESENHUBER: Es kann sein, daß letzten Endes nicht mehr herauskommt, als man sich jetzt vorstellt. Dies weiß keiner heute mit Sicherheit. Sollte es so sein, dann habe ich ein knappes Prozent der staatlichen und privaten Forschungsinvestitionen, immerhin erhebliche Beträge, in eine Sache gesteckt, die die Welt nicht erheblich ändert. Sollte sich hier jedoch ein neues Potential in der Medizin, Werkstoffkunde, für noch nicht bekannte Raummissionen ergeben, und ich habe mich zuvor aus dieser Branche abgemeldet, dann hole ich



Raumstation Columbus



Raumgleiter Hermes

Europäische Weltraumprojekte: „Strauß wird uns auf einer rosa Wolke mit Wohlgefallen zuschauen"



Bemannte Raumfahrt*: „Das Ziel lautet kürzen und strecken, aber nicht aussteigen"

den Vorsprung der anderen Staaten nicht mehr ein. Denken Sie bitte daran, wie sich die Bundesrepublik in den siebziger Jahren aus der Entwicklung von Trägerraketen zurückgezogen hat, wie bekanntlich Frankreich diese Entwicklung weiterführte und wie dies zum großen Erfolg der Ariane heute geführt wurde.

SPIEGEL: Die bemannte Raumfahrt frißt schon jetzt mindestens sechs Prozent Ihres Etats, Tendenz steigend. Viele Kritiker schätzen den Anteil höher, weil einiges der unbemannten Raumfahrt zugeschlagen wird, was eigentlich zur bemannten gehört.

RIESENHUBER: Diese Kritiker sind im Irrtum, und sie bedenken den Fall zwei nicht: Wir machen einen Sprung, der langfristig die Wirklichkeit verändert. Die US-Weltraumbehörde spielt ein Szenario durch, in der fernen Zukunft den Mars zu besiedeln . . .

SPIEGEL: . . . völlig unrealistisch und vor allem: warum bloß?

RIESENHUBER: Viele von den sehr großen Unternehmen waren am Anfang absolut unrealistisch. Ich frage mich: Ist es richtig, daß eine große Industrienation aus einem Bereich aussteigt, der in internationaler Zusammenarbeit machbar ist?

SPIEGEL: Die Bundesrepublik ist mit Gütern mittlerer Technologie-Intensität Exportweltmeister geworden. Die Amerikaner sind wegen ihrer Spezialisierung auf Produkte mit hoher Technologie-Intensität zurückgefallen.

RIESENHUBER: Ich freue mich, daß Sie diesen Erfolg unserer Politik berücksichtigen. Wir haben die Mittel für Grundlagenforschung aufgestockt, Forschung in Instituten und Universitäten mit dem Mittelstand zusammengebracht. Es gibt nicht nur ein Entweder-Oder. Die Leistungsfähigkeit einer Industrienation wird ausgewiesen in volkswirtschaftlichen Bilanzen; ihren Glanz empfängt sie auch von großen, sehr ehrgeizigen Projekten . . .

SPIEGEL: . . . selbst wenn diese keine Schlüsseltechnologien sind.

RIESENHUBER: Schlüsseltechnologien sind nicht die einzige Rechtfertigung für Forschungspolitik. Umweltforschung ist auch keine Schlüsseltechnologie. Es gibt andere Entscheidungskriterien von Gewicht.

SPIEGEL: Zum Beispiel außenpolitische: Hans-Dietrich Genscher läßt Ihren Etat für die deutsch-französische Freundschaft bluten, aber er verhilft Ihnen im Kabinett nicht zu einer zusätzlichen Finanzübertragung für die Erfüllung außenpolitischer Aufgaben.

RIESENHUBER: Das ist noch nicht ausgemacht. Ich meinte jetzt aber etwas anderes. Mitte der achtziger Jahre gab es in den USA Bestrebungen, den freien Fluß von Wissen zwischen Amerika und Europa zu behindern. Die Amerikaner fürchteten, neue Techniken würden von den Europäern aus Gewinnsucht oder Leichtfertigkeit an den Ostblock weitergereicht. Die Entscheidung, eine gemeinsame Raumstation zu bauen, war eine wirksame Gegenstrategie. Von den Computerwissenschaften, der Datenverarbeitung, der Materialwissenschaft bis zur Systemintegration ist da alles drin. Wenn man da eng zusammenarbeitet, ist eine einseitige Abkapselung nicht mehr möglich.

SPIEGEL: Ein teurer Beitrag zur Freiheit der Wissenschaften. Dafür nehmen Sie eine Schieflage in Ihrem Haushalt in Kauf?

RIESENHUBER: Das stimmt nicht. Bei der Umweltforschung haben wir, nur um ein Beispiel zu nennen, von 1982 bis 1991 einen Zuwachs auf 240 Prozent. Der Haushalt insgesamt ist in der Zeit nur um circa 38 Prozent gewachsen.

SPIEGEL: Die Kosten für die Luft- und Raumfahrt steigen 1992 in Ihrem Etat um 21 Prozent, die Mittel für die echte Schlüsseltechnologie Informationstechnik um 1,5 Prozent. Bleibt es bei allen drei Raumfahrtprojekten, dann muß der Anteil der bemannten Raumfahrt stark wachsen zu Lasten anderer Aufgaben.

RIESENHUBER: Die Steigerung bei der Informationstechnik um 1,5 Prozent berücksichtigt nicht die neuen Länder. Erste Schätzungen führen hier zu einer Steigerungsrate von mindestens 5 Prozent, die aber vermutlich noch höher liegt. Bisher ist es entgegen allen Unkenrufen der Opposition nicht dazu gekommen, daß die bemannte

* Spacelab, mit dem deutschen Astronauten Reinhard Furrer (hinten).

Raumfahrt zu Lasten anderer Aufgaben wirkte.

SPIEGEL: Auch für CDU-Forschungssprecher Christian Lenzer ist völlig offen, ob die jetzt schon beschlossenen Kürzungen bei den Großforschungseinrichtungen „realisiert werden können, ohne wichtige laufende Forschungsprojekte zu gefährden".

RIESENHUBER: Das hat erstens nichts mit dem Weltraum zu tun, und zweitens werden keine wichtigen Projekte gefährdet. Aber ich sehe tatsächlich keine Möglichkeit, zukünftige Mehrlasten für die bemannte Raumfahrt durch Umlagerung aus meinem Haushalt zu finanzieren. Der Etat ist äußerst knapp konstruiert, da ist, das muß jeder wissen, kein Spielraum zugunsten von Hermes und Columbus mehr drin.

SPIEGEL: Sie haben einen Etat von circa 9,3 Milliarden Mark und wollen neben Ihren anderen Aufgaben auch noch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft fördern. Übernimmt der Forschungsminister sich da nicht?

RIESENHUBER: Es wäre absurd, wollte ich mit Steuergeldern Defizite in der Technologie-Entwicklung der Unternehmen ausgleichen. Ich werde den Deubel tun. Ich werde niemandem Geld geben, daß der ein vergleichbares Forschungsbudget wie irgendein Konkurrent auf einem anderen Kontinent hat.

SPIEGEL: So abwegig ist selbst diese absurde Idee nicht. EG-Kommissar Filippo Maria Pandolfi regt die Gründung einer „European Semiconductor Company" an, mit Siemens, Philips und dem italienisch-französischen Konzern SGS-Thomson als Gründern und IBM als weiterem Mitglied. In zehn Jahren sollen die EG-Staaten 7,5 Milliarden Dollar aufbringen, um Produktion und Weiterentwicklung von elektronischen Speicherchips zu fördern.

RIESENHUBER: Dies halte ich für eine gefährliche Sache, weil alle Erfahrung zeigt: Je mehr der Staat die Verantwortung für eine solche Technik übernimmt, desto mehr schauen die Unternehmen nicht auf den Markt, sondern auf den Staat. Ich möchte bei diesem Projekt erst einmal genau zuhören, ob die Unternehmen das überhaupt wollen. Geld ist immer attraktiv. Aber hier will der Staat, weil er Geld gibt, unternehmerische Entscheidungen mitgestalten, eine problematische Strategie.

SPIEGEL: Ihre ist nicht weniger problematisch. Sie gaben Siemens und Philips 320 Millionen Mark, um die Megabit-Chips zu entwickeln, obwohl die Firmen das aus Eigeninteresse eigentlich selbst finanzieren müßten – und auch könnten.

RIESENHUBER: Damals wurde gesagt: Es ist aussichtslos, das Ziel zu erreichen. Wir haben die Industriekulturen zweier großer Firmen zusammengebracht, die bis dahin keine sehr herzliche Kooperation pflegten. Hier hat der Staat auch als Vermittler gewirkt. Es gibt Projekte, bei denen aus unternehmenspolitischer Sicht der betriebswirtschaftliche Nutzen klein ist, der volkswirtschaftliche aber ist sehr hoch. Wenn in Europa die Fähigkeit verlorenginge, gleichzeitig mit Konkurrenten in Japan hochmoderne Chips zu produzieren, wären wir in einer ziemlich schwierigen Lage.

SPIEGEL: Warum eigentlich? Die Chips kann man doch kaufen.

RIESENHUBER: Wenn das gleiche dann auch in den USA passiert, wären die Japaner die einzigen, die in dieser Technik die Märkte bestimmten.

SPIEGEL: Die Japaner als Beherrscher der Welt – ein Schreckensbild als Vorwand für Forschungsgelder an potente Firmen.

RIESENHUBER: Monopole haben ihre eigene Dynamik. Die drei größten europäischen Chip-Produzenten haben zusammen in der Informationstechnik einen Forschungsetat, der kleiner ist als der Forschungshaushalt des kleinsten der drei großen Japaner im gleichen Bereich. So ist die Lage.

SPIEGEL: Chips werden immer billiger, die Produzenten haben Mühe, ihre Investitionen hereinzuholen, die Käufer und Anwender profitieren davon.

RIESENHUBER: Es kommt ja noch ein zweites als Rechtfertigung hinzu. Entscheidend sind nicht die Massenspeicher, sondern maßgeschneiderte Chips, die Asics. In diesen Chips steckt das ganze Systemwissen eines Unternehmens, etwa eines Maschinen- oder Automobilbauers. Können diese Chips nur noch in Japan gefertigt werden, erhält die Industrie dort Zugriff auf dieses Wissen.

SPIEGEL: Und dort befürchten Sie Mißbrauch mit diesem Systemwissen?

RIESENHUBER: Das ist ja nicht ganz ausgeschlossen. Aus keuscher Zurückhaltung will ich nicht deutlich werden. Aber ich hörte schon einmal von deutschen Werkzeugmaschinenbauern, daß ihre Konkurrenten in Japan die jeweils neueste Generation von Chips hatten, während sie Mühe hatten, die der vorhergehenden zu kaufen.

SPIEGEL: Die Japaner fördern ihre Industrie, aber müssen die Europäer das auch machen? Wäre es nicht besser die Förderung in Japan abzubauen?

RIESENHUBER: In einer idealen Welt ja, aber die Welt ist anders. Wer als erster verzichtet, ist im Nachteil. Der Witz bei unseren Projekten ist nicht, daß die Leute, die das Geld kriegen, reicher werden, sondern es sollen Projekte und Kooperationen entstehen, die sonst nicht oder nicht rechtzeitig gemacht würden.

SPIEGEL: Herr Riesenhuber, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



„Verstehen Sie, hier herunten lohnt sich so was gar nicht mehr!"






Wille-Opfer Müller, Scherrer, van Straaten, Herfurth: „Es war das reinste Massaker, das da verübt wurde"

Verlage

Gründlich unterschätzt

Der neue Springer-Chef Wille möchte mehr Teamgeist im Verlag durchsetzen. Zunächst aber wurden ein paar Manager gefeuert.

Bernhard Servatius, 59, liebt feine Worte und gepflegte Umgangsformen. Grobes ist dem Jura-Professor und Aufsichtsratsvorsitzenden des Springer Verlags zuwider.

Freundlich wie immer empfing er auch Erhard van Straaten, 48, in seinem Büro. „Es war ein Gespräch in ausgesprochen guter Atmosphäre", erinnert sich das bis dahin für *Bild*, *Welt* und andere Zeitungen des Konzerns zuständige Vorstandsmitglied. Das Ergebnis der Unterredung allerdings war vernichtend. Nachdem Servatius seinem Gast „ausgezeichnete Managerqualitäten" und „große Verdienste um unser Haus" bescheinigt hatte, erklärte der Springer-Aufseher den überraschten van Straaten für gefeuert.

Nicht besser erging es an jenem Freitag nachmittag Anfang August drei weiteren Vorständen. Nacheinander übermittelte Servatius den „lieben und lange geschätzten Mitarbeitern" Hans-Peter Scherrer, 61, Christian Herfurth, 57, und Wolfgang Müller, 53, die Kündigung zum Monatsende.

Damit hatten vier von zehn Springer-Vorstandsmitgliedern plötzlich ihre hochdotierten Jobs verloren. „Es war das reinste Massaker, das da an uns verübt wurde", klagt einer der Betroffenen. Die Blitzaktion im zwölften Stock der Konzernzentrale am Hamburger Axel-Springer-Platz war das Werk des neuen Vorstandsvorsitzenden Günter Wille, 47. Kaum im Amt, krempelt der selbstbewußte Chef den größten deutschen Pressekonzern (3,5 Milliarden Mark Umsatz) gründlich um.

Mit Härte und im Hause bislang ungewohnter Sparsamkeit will Wille den betulichen Großverlag in Fahrt bringen. Leicht zu führen ist der Medienkonzern wahrlich nicht mit seinen TV-Interessen (Sat 1, Tele 5), mehr als 30 Verlagen im In- und Ausland sowie Zeitungen von *Bild* bis zu den *Lübecker Nachrichten* und Zeitschriften wie *Hör zu*, *Journal für die Frau* oder *Tennis Magazin*. Selbst beim Reiseriesen TUI ist Springer Gesellschafter.

Für den neuen Mann an der Springer-Spitze macht die Massenentlassung im Vorstand Sinn. „Wenn wir schon aufräumen müssen", sagt er, „dann fangen wir oben an und nicht unten bei der Putzfrau."

Wille fiel es nicht allzu schwer, mit den Aufräumarbeiten ausgerechnet in der Führungsetage zu beginnen. Er hat nicht vergessen, wie er dort im September 1990 empfangen worden war.

Aufsichtsrat Servatius und Friede Springer, die Witwe des Konzerngründers Axel Springer, hatten den erfolgreichen Deutschland-Geschäftsführer des US-Multis Philip Morris als stellvertretenden Vorstandschef ins Haus geholt. Mitte 1993, so der Plan, sollte er anstelle des dann 65jährigen Peter Tamm die Leitung des Konzerns übernehmen.

Tamm und seine Getreuen fühlten sich durch die Bestallung des branchenfremden Seiteneinsteigers brüskiert. So schnell wie möglich wollten sie Wille wieder aus dem Haus ekeln.



Springer-Chef Wille: „Nicht bei der Putzfrau anfangen"

Tamm wies dem ungeliebten Stellvertreter ein kleines Büro im dritten Stock des Hamburger Springer-Hochhauses zu – weitab vom Machtzentrum des Konzerns. Zudem sollte er den Bereich Elektronische Medien übernehmen. Dahinter stand, glauben Insider, die Erwartung, der Neue werde an dem Filmgroßhändler Leo Kirch scheitern. Kirch und Springer lagen seit langem im Streit um die Macht beim Privatsender Sat 1.

Auch bei Vorstandssitzungen fühlte sich Wille ausgegrenzt. Die Herren Kollegen ließen ihn oft gar nicht wissen, wann sie tagten.

Doch die alte Führungsgarde hatte den neuen Mann unterschätzt. Mit Hilfe von Servatius ließ sich Wille ein Zimmer neben Tamms Büro einrichten. Bei Sitzungen tauchte er

auch dann auf, wenn er keine Einladung hatte.

Vor allem aber: In nur wenigen Wochen legte Wille, vorerst jedenfalls, den Konflikt mit Tamms Intimfeind Kirch bei – gegen den Widerstand des Springer-Chefs. Tamms vorzeitiges Ausscheiden zur Jahresmitte war damit besiegelt.

Letzte Hoffnung, vielleicht doch noch die alte Herrlichkeit retten zu können, mag bei manchem Wille-Gegner aufgekeimt sein, als der designierte Chef Mitte April wegen eines Magengeschwürs für Wochen ins Krankenhaus mußte. Gezielt wurde das Gerücht gestreut, der Neue sei sterbenskrank – Lungenkrebs.

Wille kehrte genesen und gut erholt an seinen Arbeitplatz zurück. Die Intrigen aber hatte er nicht vergessen: „Ich war menschlich tief enttäuscht.“ Eilig versuchten Vorstandskollegen, die Wende von Tamm zu Wille noch zu schaffen. Zu spät.

Doch nicht jeder, der anfangs fest an Tamms Seite stand, muß jetzt gehen. Finanzvorstand Claus Liesner etwa, lange Zeit ergebener Diener des alten Vorsitzenden, rettete sich mit Geschmeidigkeit und Herrschaftswissen in die neue Zeit. Keiner kennt die Zahlenkolonnen in, vor und hinter den Bilanzen des Konzerns so gut wie er. Darauf mag Wille nicht verzichten.

Geschickt taktierte offenbar Horst Keiser, 55, zwischen den Fronten. Der bisherige Marketingvorstand versteht sich prächtig mit dem neuen Chef. Keiser wird künftig zusätzlich für den Bereich Zeitschriften, Anzeigen und Vertrieb verantwortlich sein. Damit hat der Diplomkaufmann kräftig an Einfluß gewonnen. Er gilt jetzt nach Wille und dem von Burda zurückgekehrten stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Günter Prinz, 62, der für die journalistischen Belange des Hauses zuständig ist, als die Nummer drei im Konzern.

Die erste Niederlage mußte Keiser allerdings schon einstecken. Gegen sein Votum stellte Wille Anfang August das spanische Boulevardblatt *Claro* nur vier Monate nach dem Start wieder ein. Die vier Gefeuerten hatten da noch eifrig mit Wille gestimmt.

Einziger Neuling im stark verkleinerten Vorstand ist Manfred Niewiarra, 52, bisher Chefjustitiar und Auslandssanierer beim Gütersloher Medienkonzern Bertelsmann. Niewiarra soll sich um die Elektronischen Medien, vor allem Sat 1, und das Auslandsgeschäft kümmern.

Da wird offenbar ein Mann fürs Grobe gebraucht. Sat 1 ist hoffnungslos gegen den Konkurrenten RTL plus zurückgefallen. Darüber hinaus wird zumindest überlegt, weitere Beteiligungen im Ausland, etwa die *Tiroler Tageszeitung*, abzustoßen.

Wille, der künftig den gewinnträchtigen Bereich Tageszeitungen selbst leitet, will den autoritären Führungsstil seines Vorgängers durch „mehr Teamgeist und Eigenverantwortung“ ablösen und damit „kreatives Potential freisetzen“. Vor allem aber: Der zuletzt spärliche Gewinn von 65 Millionen Mark (weniger als zwei Prozent des Umsatzes) soll schnell wieder gesteigert werden. Die Aktionäre wollen Geld sehen.

Der Kahlschlag im Vorstand ist erst der Anfang. Schon in wenigen Wochen könnten wieder die Experten der Unternehmensberatung Roland Berger, die schon die neue Vorstandsstrukur entwickelt hatten, über die Flure ziehen, um nach überzähligem Personal und Sparmöglichkeiten zu fahnden.

„In ein, zwei Jahren“, sagt ein Springer-Mann halb wehmütig, halb hoffnungsfroh, „wird unser Haus nicht wiederzuerkennen sein.“ Das erwartet auch Altchef Tamm. Er habe doch ein „knochengesundes Unternehmen“ hinterlassen, klagt der mit fast sechs Millionen Mark jährlich einst höchstbezahlte deutsche Manager in seiner Villa an der Hamburger Elbchaussee.

Dort, inmitten seines umfänglichen maritimen Privatmuseums, tröstet er sich mit Dankesschreiben, die er zu seinem Abschied Mitte Juli aus aller Welt bekam. Immerhin 800 anerkennende Briefe von den Großen und den Kleinen aus Politik und Wirtschaft stapeln sich auf seinem Schreibtisch. Das mildert den Schmerz der Enttäuschung.

Nach wie vor ist Tamm überzeugt, das Erbe Axel Springers bewahrt und auf die einzig richtige Weise gemehrt zu haben. Mit dem neuen Zeitgeist im Konzern aber will der Alte nichts mehr zu tun haben. Das Haus Springer, sagt Tamm, werde er nicht mehr betreten.

Wenigstens da ist er offenbar mit Nachfolger Wille völlig einer Meinung. Vorvergangenen Mittwoch mußte Peter Tamm, nicht ganz freiwillig, auch sein Büro im Berliner Springer-Haus räumen.

Automobile

Weniger Einzelteile

Volkswagen präsentiert die dritte Generation des Golf – der Konzern setzt weiter voll auf seinen Erfolgsrenner.

Ernst Fiala, der Entwicklungschef von Volkswagen, war entsetzt. Zwei Jahre vor dem Start des Projektes EA 337, von dem die Zukunft des Konzerns abhing, paßte „überhaupt nichts zusammen“.

Hinter dem Kürzel verbarg sich ein neues Auto namens Golf, das den legendären VW-Käfer ablösen sollte. Fiala sah Probleme über Probleme. Um die Kollegen nicht zu beunruhigen, sagte er „keiner Menschenseele, wie es bei mir drinnen aussieht“.



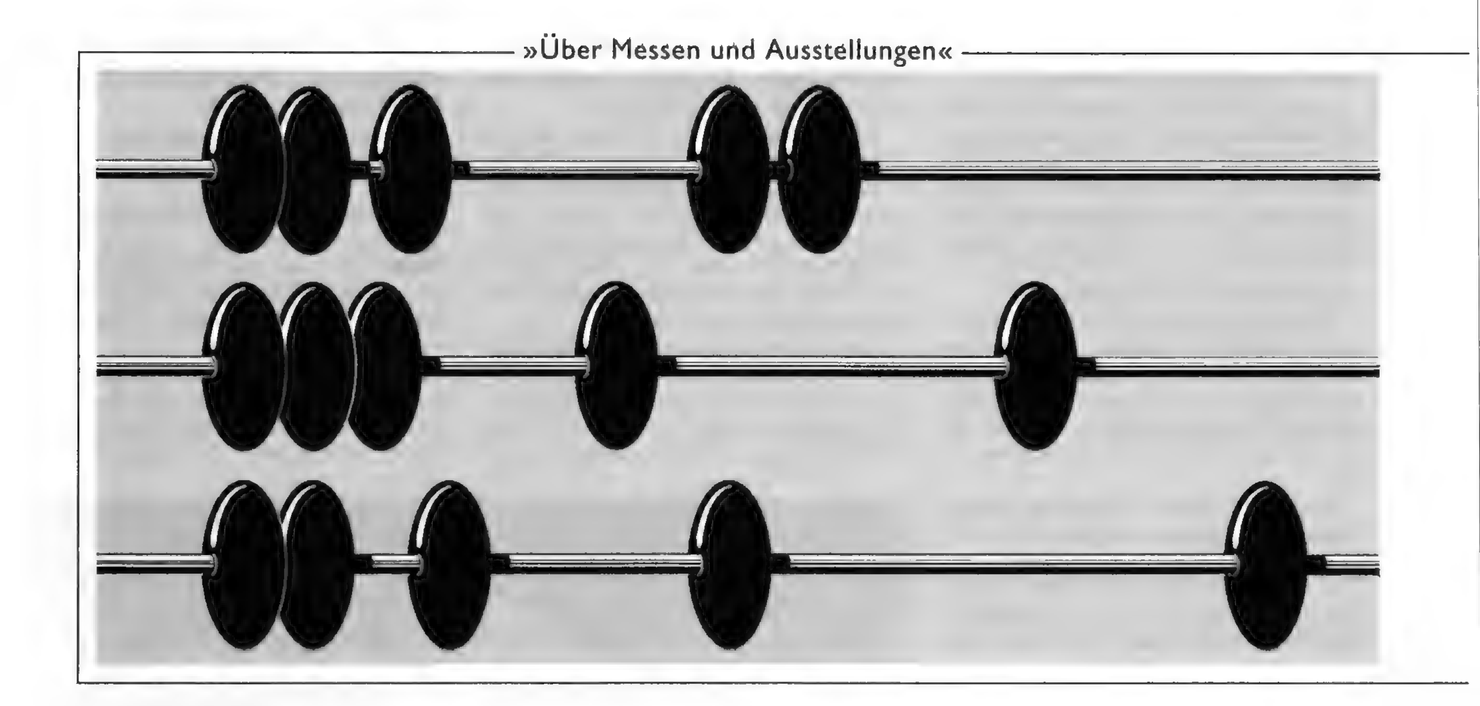
Neuer VW-Golf: Billiger zu produzieren als der Vorgänger

Fiala schaffte es bis zum Produktionsbeginn doch noch. Als der Golf 1974 auf den Markt kam, paßte alles bestens zusammen, das Design, die Qualität und der Preis. Der Wagen wurde eines der erfolgreichsten Modelle der Autogeschichte – fast 13millionenmal verkauft.

Derzeit herrscht in Wolfsburg wieder wie 1974 die große Nervosität: In der Fabrik werden die ersten Modelle der neuen Golf-Generation, der dritten, montiert. Und auch bei diesem Modellwechsel steht wie schon beim Übergang vom Käfer zum Golf die Zukunft des Unternehmens auf dem Spiel.

Kaum ein anderer Hersteller ist derart abhängig von einem Modell wie Volkswagen von seinem Golf. Im vergangenen Jahr stammten knapp 59 Prozent aller in Deutschland verkauften Volkswagen aus der Golf-Familie, zu der noch die Stufenheckvariante Jetta gehört. Konzernchef Carl Hahn hat den

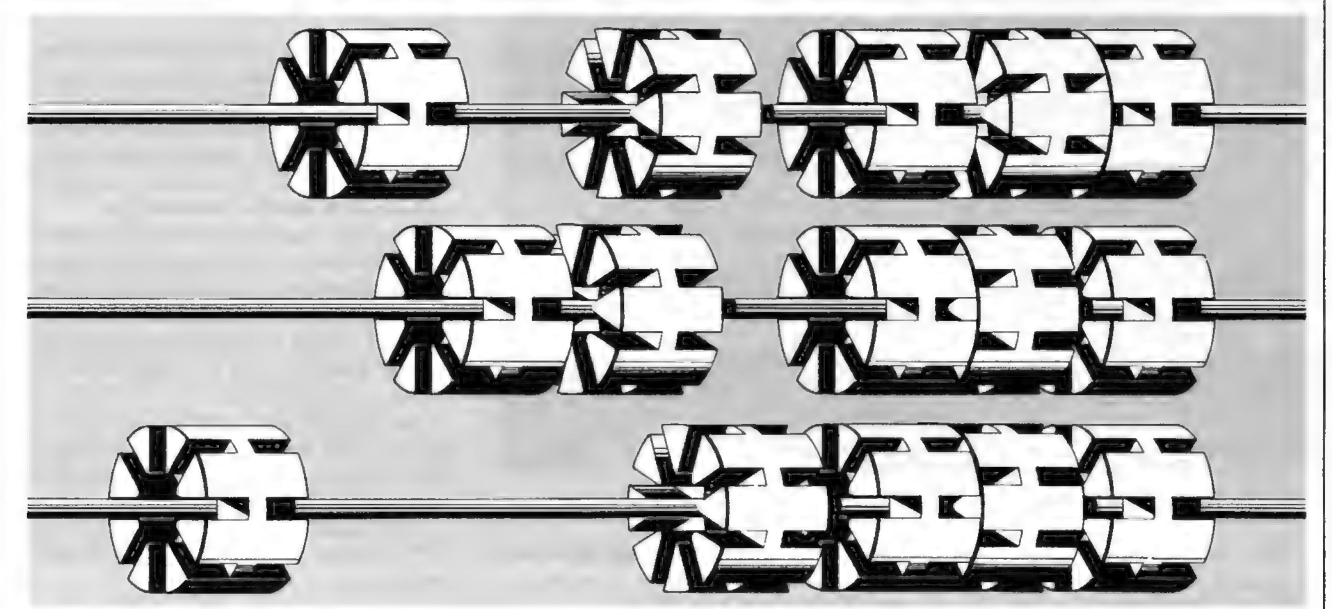
»Über Messen und Ausstellungen«



Einen Messestand, der sich so schnell amortisiert, muß man einfach liebhaben.

Wenn Sie sich für einen Messestand von Leitner interessieren, dann werden Sie wegen der Anschaffungskosten erst mal mit der Wimper zucken.
Denn die liegen oft höher als bei einem konventionellen Messestand.
Doch man höre! Diese Mehrkosten holt man in der Regel nach ein paarmal Auf- und Abbauen wieder herein.

Grund: Leitner Ausstellungssysteme funktionieren nach dem Baukastenprinzip. Sie sind völlig unkompliziert in der Technik und im Handumdrehen aufgebaut (so sparen Sie Zeit und Personal).
Die einzelnen Elemente wiegen wenig (so sparen Sie Transportkosten).
Die Formen sind einfach, die Formate ausgeklügelt (so sparen Sie Lagerkosten).





VW-Manager Goeudevert: Die Konkurrenz überrascht

Anlauf des neuen Autos besonders sorgsam geplant. Schon die ersten Fahrzeuge, die aus der Fabrik kommen, sollen den hohen Qualitätsstandard des Vorgängers erreichen. Hahn weiß: Wenn der Absatz des Golf einmal einbricht, kommt der Konzern in Schwierigkeiten.

Rund 2,5 Milliarden Mark haben die Wolfsburger in die Entwicklung des Wagens und die Modernisierung der Produktionsanlagen investiert. Der neue Golf soll den Insassen mehr Sicherheit bieten, und er soll, vor allem, billiger zu produzieren sein als der Vorgänger.

VW drückt im Vergleich zur Konkurrenz eine viel zu hohe Kostenlast. In einer internen Analyse gesteht der Volkswagen-Vorstand ein, daß die Konkurrenten günstiger produzieren: Das Unternehmen liege 1990 „mit circa 23 Prozent Produktivitätsnachteil im europäischen Wettbewerbsumfeld".

Der Modellwechsel ist die Chance, einen Teil des Rückstands aufzuholen. Schon bei der Entwicklung wurde darauf geachtet, daß der neue Golf mit möglichst geringem Aufwand herzustellen ist. Die Zahl der Einzelteile, aus denen der Wagen besteht, wurde drastisch verringert. Das erleichtert die Montage, spart Zeit und verbessert die Qualität.

Das neue Auto zeichnet sich zudem durch eine ganz besondere Eigenschaft aus: Der Golf läßt sich nicht nur leichter zusammenbauen als sein Vorgänger, er läßt sich auch einfacher wieder in seine Einzelteile zerlegen. Der Konzern bietet seinen Kunden in Deutschland als erster Hersteller eine Rücknahmegarantie. Volkswagen nimmt schrottreife Golf kostenlos ab, zerlegt sie und sorgt dafür, daß möglichst viele Teile wieder verwertet werden können.

Volkswagen soll mit dieser Aktion endlich vom schlimmen Image befreit werden, für den Umweltschutz nicht viel übrig zu haben. Nachdem Opel als erster Massenhersteller seine Wagen serienmäßig mit Katalysator ausrüstete, spielt nun erstmals VW den Vorreiter in Sachen Umweltschutz.

Der zuständige Bonner Minister Klaus Töpfer drängt die Autoindustrie seit einiger Zeit, sich um das Recycling von Schrottfahrzeugen zu kümmern. Die meisten Hersteller bemühen sich zwar, in Versuchsanlagen alte Fahrzeuge auseinanderzunehmen und die Einzelteile wieder zu verwerten. Vor einer Rücknahmegarantie schreckten sie aber zurück – die Aktion kostet den Hersteller eine Menge Geld.

Daniel Goeudevert, verantwortlicher Vorstand für die Marke VW, ist aber sicher, daß sich die Investition lohnt. Umweltschutz, sagt der Franzose, ist ein Verkaufsargument.

Die Volkswagen-Konkurrenz wurde von diesem Vorstoß völlig überrascht. Opel hatte einige Wochen zuvor seinen Kadett-Nachfolger Astra vorgestellt – ohne Rücknahmegarantie. Nun mochten die Rüsselsheimer nicht hinter VW zurückstehen und erklärten sich, einen Tag nach Volkswagen, ebenfalls bereit, alle Schrottautos vom Typ Astra kostenlos zurückzunehmen.

Der Wettbewerb zwischen VW und Opel dreht sich nicht mehr ausschließlich um PS und Zylinder, es geht auch um Umweltschutz. Keiner der beiden Hersteller kann es sich leisten, umweltbewußte Kunden zu verärgern.

Das Volkswagen-Werk muß für seinen neuen Golf noch mehr Käufer als für den Vorgänger finden. Der Wagen soll in einigen Jahren auch in Mosel bei Zwickau produziert werden. Die Gesamtkapazität für den Golf steigt damit von knapp einer auf 1,2 Millionen Wagen.

Zur Zeit hätte Volkswagen keine Probleme, so viele Golf-Wagen zu verkaufen. VW kann die Nachfrage im vereinten Deutschland nur mit Mühe befriedigen. Ob dies auch noch so sein wird, wenn in Mosel die Produktion beginnt, wagt kaum jemand vorauszusagen.

Sollte die Autokonjunktur sich europaweit abkühlen, bekommt VW ein gewaltiges Problem. Der Golf wird nicht in ausreichender Zahl auf anderen Märkten – etwa in den USA – verkauft werden können, um die Einbußen in Europa wettzumachen.

Das neue Modell dürfte ebenso wie der alte Golf den Geschmack der Amerikaner kaum treffen. Das Auto ist vielen zu europäisch.

„Uns bleibt gar keine Wahl", sagt ein VW-Manager, „der Golf muß ein Erfolg werden."

Affären

Wertloses Gutachten

Die Harpener AG, ehedem eine solide Firma, wurde systematisch ausgeplündert. Aufsichtsräte spielten eine klägliche Rolle.

Wenn der Bankier Heinz Sippel einen neuen Job antritt, hat er es mit der Justiz zu tun. „Überall, wo ich war", erinnert sich Sippel, „da war auch der Staatsanwalt."

Auch in seinem derzeitigen Amt – er ist seit Juli Vorstandsvorsitzender der Dortmunder Harpener AG – ergeht es ihm wie früher etwa bei der Hessischen Landesbank oder der Neuen Heimat. Diesmal ermitteln Bochumer Wirtschafts-Staatsanwälte.

Der im Juni gefeuerte Vorstand der Harpener hat in gut einjähriger Arbeit 450 Millionen Mark Firmengelder abgezweigt und in oft dubiose Unternehmen gesteckt. Dabei gingen, zwischen Bern und den Cayman Islands, 250 Millionen verloren.

Keine Dilettanten haben das Geld in den Sand gesetzt, sondern Räuber waren am Werk. Sippel kennt „kein Unternehmen in Deutschland, das so ausgeplündert wurde wie die Harpener".

Das Vorstands-Trio, so glauben die Staatsanwälte, hat – etwas außerhalb des Aktiengesetzes – allzu beflissen die

Wünsche des schweizerischen Großaktionärs Werner Kurt Rey erfüllt. Die Millionen aus Dortmund versickerten in dem weitverzweigten Firmenimperium des Zürcher Finanz-Jongleurs. Der Vorstand einer Aktiengesellschaft aber hat dafür zu sorgen, daß es seinem Unternehmen gutgeht und nicht anderen Firmen des Mehrheitsaktionärs.

Der frühere Harpener-Chef Fritz Hauff sowie seine Vorstandskollegen Markus Herzig und Jürgen Schippkühler hielten sich nicht so eng an die Vorschriften. Nach einem Befund der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Arthur Andersen haben sie – grob fahrlässig oder vorsätzlich – ihr Unternehmen geschädigt. Im Wirtschaftsprüfer-Deutsch: Sie haben „nicht die ihnen obliegende Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters walten lassen".

Erstaunlich milde aber beurteilt Arthur Andersen in seinem Sondergutachten den Aufsichtsrat, unter dessen Augen die Firma ausgeplündert wurde. Nur dem Aufsichtsratsvorsitzenden Rey und dessen Adlatus René Giulianelli, einem Generaldirektor der Rey-Holding Omni, werfen die Prüfer Pflichtverletzungen vor.

Im Harpener-Aufsichtsrat saß und sitzt immer noch beispielsweise Fritz Köhli, Generaldirektor des Schweizerischen Bankvereins, Berater und Geldgeber von Werner Rey. Wer ihn eigentlich in den Aufsichtsrat geholt hat, weiß Köhli nicht mehr so recht – Reys Interessen, beteuert er heute, habe er in Dortmund nicht vertreten.

Bankier Köhli hat im Aufsichtsrat nichts gemerkt und nichts gewußt – ebenso wie Brun-Hagen Hennerkes, ein Stuttgarter Wirtschaftsanwalt und Berater Reys.

Mit dem gestrauchelten Finanzakrobaten habe er kaum etwas zu tun gehabt, versichert Hennerkes: Seine Tätigkeit für Rey habe im letzten Jahr nicht einmal ein Prozent seiner Honorare ausgemacht. Im März avancierte Hennerkes, nach dem Abgang seines Mandanten Rey, zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Harpener.



Gefeuerte Vorstände Herzig, Hauff, Schippkühler: Willfährige Helfer

Zumindest der erfahrene Bankier Köhli und der gewiefte Wirtschaftsjurist Hennerkes, Honorarprofessor für Unternehmens- und Steuerrecht, hätten merken müssen, daß der Vorstand Firmengelder verschob. Sie hätten nur ihren Job ein wenig ernster nehmen müssen.

Fast alle Geschäfte, die der Harpener-Vorstand abschloß, wurden mit Rey, mit dessen Holding Omni oder mit Omni-Firmen gemacht. Harpener gab Rey persönliche Kredite, kaufte ihrem Großaktionär Grundstücke und Firmen ab.

Rey, der sich sein Imperium auf Pump zusammengekauft hatte, konnte immer Geld gebrauchen. Da war die Harpener AG die richtige Quelle.

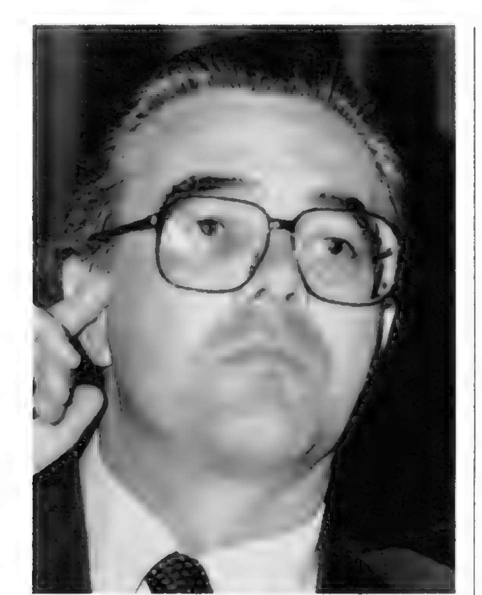
Der Schweizer hatte 1987 von dem deutsch-kanadischen Spekulanten Karsten Bodo von Wersebe einen 51-Prozent-Anteil an der Harpener erworben. Das Unternehmen, hervorgegangen aus einer Bergwerksgesellschaft, war kerngesund, hatte einen stattlichen Immobilienbesitz und wertvolle Beteiligungen an Energie-, Speditions-, Schiffahrts- und Chemiefirmen.

Zunächst mischte sich Rey nicht in die Harpener-Geschäfte ein, stockte aber seinen Aktienbesitz bis auf 90 Prozent auf. Ende 1989 begann er, das Unternehmen zu einer Drehscheibe für seine Finanz-Transaktionen auszubauen.

Aufsichtsratsmitglieder, die ihn dabei hätten behindern können, wurde er leicht los: Er verkleinerte das Gremium auf neun Mann. So verschwanden etwa Eckart van Hooven, damals Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, oder Peter Reimpell vom Vorstand der Bayerischen Vereinsbank.

Vorstandsmitglieder schieden aus und wurden durch seine beiden schweizerischen Gefolgsleute Hauff und Herzig ersetzt. Vom alten Vorstand durfte nur Schippkühler bleiben – ein promovierter Ingenieur, der zu allem brav nickte, was Hauff und Herzig trieben.

Mit geliehenem Geld expandierte Rey immer weiter. Als er in finanzielle Schwierigkeiten kam, half ihm ein willfähriger Harpener-Vorstand, unbehelligt von den neuen Herren im Aufsichtsrat. Allein bei Grundstücksge-



Finanzjongleur Rey
Gesundes Unternehmen ausgeplündert



Harpener-Chef Sippel
„Fußangeln im Gutachten"



Harpener-Kontrolleur Hennerkes
Nichts gemerkt, nichts gewußt

schäften mit Rey-Firmen büßte das Dortmunder Unternehmen rund 50 Millionen Mark ein.

Wie solche Deals abliefen, belegt beispielhaft der Kauf eines prächtigen Gebäudes in der feinen Londoner Grosvenor Street. Eigens zu diesem Zweck wurde die Harpener UK Ltd. in London mit einem Kapital von 5 Millionen Pfund, umgerechnet rund 14 Millionen Mark, gegründet – und das ganze Geld ging weg für Kauf und Renovierung des Hauses.

Verkäufer war, im März vergangenen Jahres, die Parc Securities Ltd., die zu 49 Prozent Reys Omni gehörte. Genutzt wurde das Gebäude, zu einer günstigen Miete, von der Parc Securities, von der Rey-Firma OmniCorp Advisory Services Ltd. und von Werner Rey persönlich.

Auf Kosten der Harpener legte sich Rey ein gediegenes Londoner Refugium zu, respektvoll „Mr. Rey's area" genannt. Für die Renovierung von Mr. Reys Reich gingen 2,5 Millionen Mark drauf.

Wie so viele andere Geschäfte machte das Haus in der Grosvenor Street für die Harpener keinen Sinn. Im Aufsichtsrat wurde eben alles gebilligt, was Rey und sein Vorstand machten. Nur die drei Arbeitnehmervertreter legten sich quer.

Doch die drei Opponenten wurden regelmäßig überstimmt – von den Herren mit dem ökonomischen Sachverstand, von Matthias Jermann etwa, dem Generaldirektor der schweizerischen Adia, von dem Bankier Köhli und dem Wirtschaftsanwalt Hennerkes.

So waren denn auch der Schiffsinspektor Günter Bodin, der Wiegemeister Hans Matheis und der kaufmännische Angestellte Norbert Becker – als Arbeitnehmervertreter – die einzigen, die das schlimmste Geschäft der Harpener ablehnten: den Erwerb einer 49-Prozent-Beteiligung an dem britischen Touristik-Unternehmen Hudson Place/ILG für 266 Millionen Mark. Die Firma gehörte natürlich Rey.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Coopers & Lybrand Deloitte fertigte zu dem geplanten Kauf ein Gutachten über die „Angemessenheit der Transaktion" an. Für ein gutes Honorar lieferte sie genau das ab, was der Auftraggeber Rey lesen wollte.

Der Coopers-Bericht, so monierten später die Kollegen von Arthur Andersen, enthalte eine „objektiv nicht sachgerechte Wertung". Allerdings distanzierten sich die Coopers-Prüfer mit „raffinierten Formulierungen" (Sippel) von ihrer Beurteilung.

Das Gutachten war wertlos, merkte der Harpener-Prokurist Christian Juergens und warnte seinen Vorstand: Der Bericht sei nur „eine Bestätigung von Coopers, daß der Verkäufer glaubt, daß die Transaktion angemessen ist".

Ungerührt verteilte der Vorstand den Coopers-Bericht im Aufsichtsrat. Das Kontrollgremium, meint Sippel, „hat die Fußangeln in dem Gutachten nicht erkannt". Nur der Schiffsinspektor, der Wiegemeister und der kaufmännische Angestellte sahen die Tücken: Die Arbeitnehmervertreter sperrten sich gegen den Erwerb von Hudson Place/ILG.

Kurz vor Weihnachten vergangenen Jahres kaufte Harpener Reys angeschlagene Touristikfirma und überwies eine Anzahlung von 131,2 Millionen Mark nach London. Zwei Monate später war Hudson Place/ILG pleite. Nur wenige Tage danach, Anfang März, krachte Reys Imperium zusammen. Der Harpener-Großaktionär, der seine Aktien längst den Banken verpfändet hatte, ließ sich hinfort nicht mehr in Dortmund blicken.

Rey-Berater Hennerkes wurde im März Aufsichtsratschef. Erst drei Monate später warf er den Vorstand aus dem Unternehmen und holte Sippel, den erfahrenen Sanierer und stocksoliden Banker.

Auf der Hauptversammlung am Donnerstag dieser Woche kann Hennerkes auf fünf Schuldige an dem Harpener-Debakel verweisen: auf Rey und Giulianelli, Hauff, Herzig und Schippkühler. Doch die Liste könnte noch ein wenig länger werden.

Die Bochumer Staatsanwälte ermitteln auch gegen den Aufsichtsratsvorsitzenden und dessen Kollegen. Ihr Vorwurf: Pflichtverletzung und Verdacht auf Untreue.

Treuhand

Erschreckend niedrig

Die Treuhand schafft ihr Plansoll nicht. Die tatsächlichen Zahlen werden unter Verschluß gehalten.

Finanzminister Theo Waigel hatte endlich wieder einmal Grund zur Freude. Der „Wirtschaftsplan für das Jahr 1991", den der Treuhand-Vorstand ihm Ende Juni vorlegte, sei doch, so Waigel, eine „günstige Prognose".

Günstig waren die Zahlenreihen schon, nur wirklichkeitsnah waren sie



Treuhand-Präsidentin Breuel: Zahlensalat in der Zwischenbilanz

nicht. Kaum eine der in dem zehnseitigen Papier angegebenen Zielgrößen wird Ende des Jahres wirklich erreicht werden.

In der Berliner Treuhandanstalt kursiert mittlerweile eine interne Zwischenbilanz, die von der Treuhand-Chefin Birgit Breuel bisher unter Verschluß gehalten wurde. Das Papier enthält die „Ist-Werte zum 30. 6. 1991“ – und die liegen weit unter den Soll-Zahlen, die Waigel präsentiert wurden.

Glaubt man den offiziellen Plan-Zahlen, dann wird die Berliner Agentur im laufenden Jahr etwa 17 Milliarden Mark mit Unternehmensverkäufen verdienen. Rund 38 Milliarden Mark sollen ausgegeben werden, zum größten Teil für Firmensanierungen.

Die beruhigende Botschaft für Waigel: Das absehbare Defizit von 21 Milliarden Mark liegt deutlich unter dem Kreditrahmen von 25 Milliarden Mark, den die Bonner der Berliner Anstalt eingeräumt haben.

Die Zahlen vermitteln das Bild eines fleißigen und erfolgreichen Treuhand-Apparates. Doch das Bild täuscht. Die erhofften 17 Milliarden Mark Einnahmen werden „mit Sicherheit nicht erreicht“, so ein führender Treuhand-Manager.



Privatisiertes Treuhand-Unternehmen*
„Hier versteht kaum einer was vom Sanieren“

Bis Ende April waren erst 2,5 Milliarden Mark Einnahmen auf den Treuhand-Konten verbucht. Daß die Summe so erschreckend niedrig ist, hat zum Teil technische Gründe: Es fehlt zum Beispiel an Notaren, die Kaufverträge beurkunden; oft wird der Kaufpreis in Raten bezahlt.

Entscheidend aber ist ein ganz anderer Grund: Die Treuhand muß billiger verkaufen, als ihr lieb ist. Arbeitsplatzgarantien und Investitionszulagen, wie die Anstalt sie fordert, lassen sich nur mit kräftigen Preisnachlässen durchsetzen.

So kommt weniger Geld in die Kasse, obwohl die Zahl der Privatisierungen über dem Plan liegt. Aus Betriebsliquidationen und Konkursen wird die Treuhand ebenfalls weniger einnehmen, voraussichtlich fehlt über eine halbe Milliarde Mark. Und Unternehmensbeteiligungen sowie Miet- und Pachtverträge werden wohl gerade ein Zehntel der geplanten Gewinne bringen.

In die deprimierende Halbzeitbilanz sind die jüngsten Quartalsberichte der Treuhand-Unternehmen noch gar nicht eingerechnet. Statt der prognostizierten 210 Milliarden Mark setzen die 3400 größten Betriebe des Treuhand-Imperiums in diesem Jahr wohl nur 184 Milliarden um. Und weniger Firmen als erwartet arbeiten kostendeckend.

Die Controlling-Abteilung der Treuhand-Zentrale hat die Berichte aus den Betrieben hochgerechnet: Sie geht jetzt nicht mehr von 9 Milliarden Mark Verlust aus, sondern von 17 Milliarden.

Die Ost-Firmen werden so schnell keine Gewinne machen. Sie brauchen Hilfe, um ihre Produktionsanlagen zu modernisieren. Das Geld liegt bei der Treuhand. Doch die Milliarden fließen nicht ab, weil, wie ein Treuhand-Direktor einräumt, „hier kaum einer was vom Sanieren versteht“.

Fast 13 Milliarden Mark sollen laut Wirtschaftsplan zur „Sanierung der gewerblichen Wirtschaft, der Dienstleistungen sowie der Land- und Forstwirtschaft“ eingesetzt werden. Ausbezahlt waren zur Jahresmitte aber nicht einmal 300 Millionen.

Bis Jahresende wird sich daran nicht viel ändern. Bevor der Leitungsausschuß der Wirtschaftsprüfer nicht alle Bilanzen und Konzepte geprüft habe, meint ein Treuhand-Experte, bekomme keiner Geld. „Und das wird Oktober werden.“

Magere Ergebnisse signalisieren die Zahlen indes nicht nur für den schwierigen Bereich Sanierung. Mehr als vier Milliarden Mark stehen „zur Herstellung der Verkaufsfähigkeit“ von Unternehmen bereit; ausgegeben wurden bisher lediglich 273 Millionen Mark.

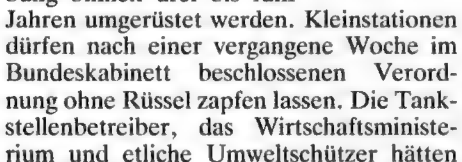
Zur Bewältigung von Öko-Altlasten sind zwar nur zwei Milliarden Mark vorgesehen; aber nicht einmal die wurden genutzt. Die Prüfer konnten keine Angaben machen, was die Treuhand auf diesem Gebiet überhaupt geleistet hat.

Als die vertraulichen Zahlen in der Treuhand-Zentrale die Runde machten, flüchteten viele Mitarbeiter in Zynismus. Der Zahlensalat habe doch auch eine positive Seite, flachste ein führender Manager. So seien derzeit 700 Millionen Mark auf dem Treuhand-Konto, von denen niemand wisse, wem sie eigentlich gehören. ◀

* Glühlampenfabrik Narva in Berlin-Friedrichshain.

Tankstellen: Saugrüssel statt Kohlekanister

Im Kampf der Lobbyisten um mehr Umweltschutz beim Tanken hat die Automobilindustrie die Oberhand behalten. Umweltminister Klaus Töpfer will, daß von 1992 an die Zapfpistolen an allen neuen Tankstellen mit sogenannten Saugrüsseln ausgerüstet werden; eine wirksamere Methode, den großen Kohlekanister, hat die Autoindustrie verhindert. Die Saugrüssel fangen die aus den Autotanks strömenden Dämpfe auf und leiten sie in die Tanks der Station weiter. Bereits vorhandene größere Tankstellen müssen je nach Kraftstoffabsatz und Luftqualität der Umgebung binnen drei bis fünf Jahren umgerüstet werden. Kleinstationen dürfen nach einer vergangene Woche im Bundeskabinett beschlossenen Verordnung ohne Rüssel zapfen lassen. Die Tankstellenbetreiber, das Wirtschaftsministerium und etliche Umweltschützer hätten die kostengünstigere und wirksamere Methode zum Einfangen der Benzindämpfe bevorzugt. Durch die großen Kohlekanister (Mehrpreis pro Pkw: etwa 100 Mark) würden nicht nur die Dämpfe beim Tanken aufgesogen. Durch den Kohlefilter würden vielmehr auch die noch höheren Emissionen vermieden, die dem Tank und den Benzinleitungen der Wagen ständig entströmen. Doch die Automobilindustrie meint, dieses System, das in den USA demnächst gesetzlich vorgeschrieben wird, sei noch nicht ausgereift. Umweltminister Klaus Töpfer scheut den Konflikt mit den EG-Partnern, der bei der Kanisterlösung unausweichlich wäre. Vor allem Franzosen und Italiener würden sich heftig wehren, wenn ihre nach Deutschland exportierten Renaults, Peugeots oder Fiats mit den Umweltschutzkanistern bestückt werden müßten.





Töpfer

Mehr Umsatz mit weniger Kalorien

Nur das Geschäft mit kalorien- und alkoholarmen Getränken bringt den Brauereien und Soft-Drink-Herstellern noch hohe Umsatzsteigerungen. Nach einer Erhebung der Fachblätter *Gv-Praxis* und *Food Service* ist der Absatz von kalorienreduzierten Light-Getränken und alkoholfreien Bieren in diesem Jahr sprunghaft gestiegen. Der Verkauf von normalem Bier und Spirituosen dagegen nimmt kaum noch zu. Auch liebliche Weine sind im Westteil Deutschlands nur noch schwer abzusetzen. Die Ostdeutschen hingegen bevorzugen unverändert zuckrige Weine.



Minol-Tankstelle



Light-Getränke im Supermarkt

Strategie gegen die Ölmultis

Die Handelsgiganten Metro und Asko drängen gemeinsam in das Tankstellengeschäft. Über die ihnen gehörende Supermarktkette Deutsche SB-Kauf (DSBK) wollen sie die ehemals DDR-eigene Minol erwerben. Der von der Treuhand zum Verkauf angebotene frühere Monopolbetrieb, für den etwa ein Dutzend in- und ausländische Firmen, darunter die Ölmultis BP, Elf und Agip, Interesse zeigen, betreibt knapp 1000 Tankstellen in den neuen Bundesländern. Das mit der Bewertung der Kaufangebote beauftragte US-Investmenthaus Goldman Sachs favorisiert die DSBK, weil sie für mehr Wettbewerb in der verkrusteten Benzinbranche sorgen werde. Zusammen mit der Schwesterfirma Massa betreibt die DSBK im Westen 22 Tankstellen und setzt mit aggressiven Preisen den Großen arg zu. Die geplante Übernahme der Minol-Tankstellen ist Teil einer Strategie, mit der Asko und Massa in die Domäne der Ölmultis expandieren. Vor zwei Wochen übernahm die DSBK eine Handelsfirma, die zahlreiche Tankstellen mit Autozubehör beliefert.

Mr. Chip hat abgeschrieben

Mit einer peinlichen Klage gegen seinen Erfolgsautor Erich Lejeune muß sich der Gustav Lübbe Verlag herumschlagen. Unter dem Titel „Mr. Chip“ hatte der umtriebige Münchner Elektronikhändler Lejeune im Herbst vergangenen Jahres eine Autobiographie veröffentlicht, die vom Lübbe Verlag mit enormem Werbeaufwand in die Buchhandelsregale gedrückt wurde. Nun behauptet der Fachbuchautor Joachim Günster, Lejeune habe Teile seines Buches wortwörtlich aus einem Videofilm mit dem Titel „Die Silicon Valley Story“ übernommen, an dem Günster als Koproduzent mitwirkte. Lejeune sieht dem Verfahren gelassen entgegen. Er habe das Buch gar nicht selbst geschrieben, sondern einen Ghostwriter engagiert.



Lejeune

Unternehmen

Erst mal verdauen

Die Siemens-Manager haben die Probleme bei der Übernahme der angeschlagenen Computerfirma Nixdorf erheblich unterschätzt.

Es läuft scheinbar bestens beim neuen Computerkonzern Siemens-Nixdorf. Fast wöchentlich kommt aus dem Hauptquartier in München-Neuperlach frohe Kunde über neue Großaufträge.

Eine Großbank unterschreibt einen Auftrag über 35 Millionen Mark, das Bundesland Hessen ordert für seine Hochschulen vier sogenannte Supercomputer. Und in den vergangenen Wochen bestellten Handelsunternehmen aus Deutschland, England, Spanien und den USA neuartige Scannerkassen samt Zubehör für insgesamt mehr als 100 Millionen Mark.

Die guten Nachrichten der Siemens-Nixdorf-Verkäufer sind allerdings nur ein Teil der Wahrheit. Die Siemens Nixdorf Informationssysteme AG (SNI) hat, knapp ein Jahr nach ihrer Gründung, mit gewaltigen Problemen zu kämpfen.

Nur ein Teil der von Vorstandschef Hans-Dieter Wiedig, 55, angepeilten Ziele ist tatsächlich erreicht. Immer offensichtlicher wird: Der Elektronikkonzern Siemens ist die Übernahme der Computerfirma Nixdorf allzu naiv angegangen, und er hat die Schwierigkeiten der Vereinigung erheblich unterschätzt.

Zwar verkündet die Firma selbstbewußt in großformatigen Anzeigen „Synergy at work“. Von den vielbeschworenen Synergie-Effekten ist in der Praxis aber bislang wenig zu bemerken. Allzuoft arbeiten die Verwaltungen in München und Paderborn, dem ehemaligen Nixdorf-Sitz, nebeneinanderher. Eine ganze Reihe von Topleuten aus der ehemaligen Nixdorf-Truppe hat bereits entnervt das Unternehmen verlassen.

Scheibchenweise mußten die Münchener Konzernlenker in den vergangenen Monaten immer neue Fehleinschätzungen eingestehen. Zu den Jubelmeldungen der Verkäufer kamen Negativschlagzeilen der Kaufleute.

Der geplante Umsatz von rund 13 Milliarden Mark ist kaum noch zu schaffen. Im ersten Halbjahr setzte die Firma nur magere 5 Milliarden Mark um. „Wir müssen aufpassen“, warnte der als Aufsichtsrat zuständige Siemens-Vorstand Hermann Franz, „daß zwei und zwei nicht drei ergibt.“

Seither sind zwar die Zuwachsraten gestiegen, der Rückstand ist bis zum 30. September, dem Ende des Geschäftsjahres, aber kaum mehr aufzuholen.

Vollkommen daneben lagen die SNI-Manager vor allem mit ihren Gewinnprognosen. Noch bis Anfang dieses Jahres verkündeten sie, das neue Unternehmen werde schon im ersten Geschäftsjahr ein positives Ergebnis erzielen. Inzwischen jedoch ist klar, daß die SNI in ihrer ersten Bilanz mindestens eine halbe Milliarde Mark Verlust ausweisen wird.

Die alten Versprechungen der Konzernlenker sind nun hinfällig. Stets hatten sie betont, größere Entlassungen unter den 52 000 SNI-Mitarbeitern seien nicht mehr zu erwarten.



SNI-Chef Wiedig
Angepeilte Ziele nicht erreicht

Anfang August gab die Geschäftsleitung bekannt, daß in den nächsten Monaten etwa 3000 Arbeitsplätze gestrichen werden sollen. Die ehemalige Nixdorf-Fabrik in Berlin-Wedding wird, entgegen früheren Ankündigungen, völlig stillgelegt.

Zehn Monate nach dem Start der SNI muß das Siemens-Management erkennen, daß es sich mit dem ehemaligen Konkurrenten Nixdorf ein gewaltiges Problem aufgeladen hat. Der Zusammenschluß hat zwar den größten Computerhersteller Europas geschaffen. Aber fraglich ist, ob er in absehbarer Zeit funktionieren wird.

Der Elektrokonzern Siemens hatte Anfang 1990 nach zähen Verhandlungen von den Erben des Paderborner Firmengründers Heinz Nixdorf den Zuschlag zur Übernahme des angeschlagenen EDV-Konzerns erhalten. Mit der Fusion sollte sich, so Vorstandschef Wiedig, „das Beste von beiden Unternehmen ergänzen und zu einer Einheit zusammenfügen“.

Manche Siemens-Manager träumten schon davon, dem US-Giganten IBM in Europa den Spitzenplatz streitig machen zu können.

Auf dem Papier paßten die beiden größten deutschen EDV-Hersteller ideal zusammen. Nixdorf ist stark in der sogenannten mittleren Datentechnik mit speziell auf verschiedene Branchen zugeschnittenen EDV-Lösungen. Siemens hat sich dagegen vor allem auf das Geschäft mit den universell einsetzbaren Großrechnern konzentriert.

Die Nixdorf-Verluste (1989 rund eine Milliarde Mark) schreckten die Siemens-Manager nicht. Sie brachten mit dem Bereich Daten- und Informationstechnik ein seit Jahren gewinnträchtiges Geschäft ein.

Branchenkenner hatten früh vor allzu großem Optimismus gewarnt. Es werde schwerfallen, so die Kritiker, die beiden höchst unterschiedlichen Unternehmenskulturen, den eher yuppiehaften Stil der Nixdorf-Werker und die Beamtenmentalität der Siemensianer, miteinander zu verschmelzen.

Die Dissonanzen begannen schon bei der Zweiteilung des Firmensitzes (Paderborn/München). Streit gab es auch bei der Besetzung des Vorstands mit Managern beider Unternehmen. Wochenlang nervten sich die neuen Partner mit Diskussionen über das Firmenlogo oder die Reisekostenerstattungen.

Erheblichen Anteil am schwachen Start hat ein für ein Computerunternehmen ungewöhnliches Problem. Bis heute ist es den SNI-Experten nicht gelungen, die hausinternen EDV-Abläufe beider Firmenteile restlos aufeinander abzustimmen. So hinkt die Buchhaltung immer noch bei der Fakturierung der Aufträge hinterher.

Der Siemens-Bereich, der früher nicht einmal 10 000 Großkunden betreute, kommt mit dem zehnmal größeren Kundenstamm, der aus Paderborn übernommen wurde, einfach nicht zurecht. Bereits ausgelieferte Ware im Wert von einigen hundert Millionen Mark ist deshalb noch nicht ordnungsgemäß verbucht.

Bei den Aufräumarbeiten im verzweigten Nixdorf-Reich entdeckten die Siemens-Abgesandten immer neue Verlustquellen. „Es ist wie nach der deut-


AZZARO
POUR HOMME
AZZARO
AZZARO
LORIS AZZARO
PARIS
DER DUFT FÜR DEN MANN – DEN FRAUEN ZULIEBE
LORIS AZZARO
PARIS

schen Vereinigung, wir stoßen täglich auf neue, geheime Stasi-Keller", beschreibt ein Siemens-Revisor die Lage.

Vor allem Verkäufer in Spanien, Frankreich und den Niederlanden hatten Aufträge abgeschlossen, die allen Wirtschaftlichkeitsberechnungen zuwiderliefen. Nun sind enorme Wertberichtigungen in der Bilanz notwendig. Entdeckt wurden nun auch eine ungewöhnlich große Zahl von Dienstwagen, plötzliche Beförderungen und Gehaltserhöhungen noch kurz vor der Fusion sowie diverse Kungeleien bei manchen Auslandstöchtern.

Solche Machenschaften lassen sich abstellen. Schwieriger ist es schon, aus den beiden Unternehmen wirklich ein einheitliches Ganzes zu machen. Noch immer leistet sich die neue Nummer eins der europäischen Computerhersteller den Luxus paralleler Produktlinien vor allem bei den Rechnern für den Mittelstand.

Die wirtschaftlich unsinnige Vielfalt abzuschaffen, ohne die Altkunden zu vergrätzen, erfordert viel Feingefühl und eine Menge Entwicklungsaufwand. Frühestens Ende 1992 wird eine gemeinsame Rechnerfamilie fertig sein, die auch den Altkunden Anschluß an die Zukunft gibt.

Ein straffes Produktprogramm allein jedoch löst die SNI-Probleme nicht. Der Konkurrenzkampf in der EDV-Branche wird immer härter. Wenn Siemens-Nixdorf langfristig überleben will, muß der Konzern rasch seine überaus schwache Position in Übersee verstärken.

Aus eigener Kraft wird das nicht gelingen. Seit langem halten die SNI-Manager deshalb Ausschau nach einem geeigneten Übernahmekandidaten in den USA. Viele Insider tippen auf den angeschlagenen Großrechnerspezialisten Unisys.

Doch Siemens-Aufseher Franz hat vorerst andere Probleme. „Erst mal müssen wir Nixdorf richtig verdauen", sagt er, „bevor wir uns so einen Brocken aufhalsen."

Landwirtschaft

Tieflader und Telefon

Die meisten Bauern im Osten haben keine Chance. Das beste Land beackern Gast-Landwirte aus dem Westen.

Edwin Zimmermann, Landwirtschaftsminister in Brandenburg, wollte den Bauern auf der Vollversammlung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) in Kyritz an der Knatter nur ein wenig Mut zusprechen. Doch die Landleute kümmerten sich nicht um den hohen Gast aus Potsdam, sie gingen nach kurzer Beratung zu einer handfesten Prügelei über, weil sie sich über Wege aus der Misere nicht einig wurden.



Westdeutscher Bauer in Sachsen-Anhalt: Einsatz per Funktelefon

In der Landwirtschaft der ehemaligen DDR geht es drunter und drüber, vor allem aber abwärts. „Die Lage ist katastrophal", sagt der Bauernminister.

Krach und Krawall gibt es nicht nur in Kyritz. Täglich gehen im Potsdamer Ministerium rund 30 Klagen verbitterter und zerstrittener Genossen ein.

LPG-Vorstände werden beschuldigt, Staatsgelder für Flächenstillegungen zweckentfremdet oder selber eingesteckt zu haben. Alten Landeigentümern wird die Entschädigung vorenthalten. Neue Betriebe kommen nicht an Fördergelder. Bevor die Felder an die früheren Besitzer übergeben werden, pflügt die LPG schnell noch das reife Wintergetreide unter.

„Mit viel Geld wird eine Landwirtschaft kaputt gemacht, die einmal Überschüsse produziert hat", klagt ein Ministerialer aus Zimmermanns Amt.

Rund 4,3 Milliarden Mark sandte das Bonner Agrarministerium seit Mitte vergangenen Jahres als Anpassungshilfe ins Beitrittsgebiet. Doch von den einst über 4000 LPG-Betrieben der DDR droht 1800 bald der Konkurs, schätzt Siegfried Döhler, Geschäftsführer des ostdeutschen Bauernverbandes.

Viele Betriebe haben kein tragfähiges Sanierungskonzept vorgelegt. Die Bonner verweigern ihnen deswegen den Erlaß der Altschulden. Zinsen und Tilgung werden die Genossenschaften schnell erdrücken.

Selbst das beste Konzept kann vielen nicht helfen. In weiten Teilen von Brandenburg, der märkischen Sandbüchse, und auch in Mecklenburg-Vorpommern sind die Böden zu schlecht für einen rentablen Anbau.

Über 600 000 Hektar, rund 13 Prozent der Ackerfläche im Osten, wurden schon gegen EG-Prämien von 500 bis 750 Mark pro Hektar stillgelegt. In der ehemaligen DDR ist mehr Land aus der Nutzung genommen als in allen zwölf Staaten der EG zusammen. Wahrscheinlich wird noch weit mehr Land zur Brache. Die Agrarexperten rechnen mit einer Million Hektar.

Auf die guten Böden, etwa in der Magdeburger Börde, drängen Landwirte aus dem Westen. Oft legen sie Teile ihrer Flächen daheim still. Die Prämie reicht meist schon für die Jahrespacht von erstklassigem Ackerland im Osten.

Viele sind nur Gastlandwirte. Auf Tiefladern rollen sie zu Saat und Ernte ihre Maschinen an. Zwischendurch sieht ein einheimischer Verwalter nach dem Rechten und ruft den Westbauern im Notfall per Funktelefon auf die Felder. Allein aus Niedersachsen beackern so schätzungsweise 50 bis 100 Tieflader-Bauern ihr Neuland.

Von den ehemaligen Genossenschafts-Bauern mögen nur wenige selbständige Hofbesitzer werden. 1500 sogenannte Wiedereinrichter fanden sich bisher unter den einst 200 000 Beschäftigten der brandenburgischen Landwirtschaft. In Mecklenburg sind es nur 1000, in Sachsen gut 2200. Bei den meisten von ihnen reicht es nur zum Nebenerwerb mit bis zu 20 Hektar.

Ein neuer Hof kostet zwischen 700 000 und einer Million Mark. Verbilligte Kredite gibt es aber nur bis 600 000

HAPPY END.

Neues Design für ein legendäres Fahrvergnügen.



Mark. Für den gewöhnlichen Genossen ohne eigenes Kapital ist die Selbständigkeit da so unrealistisch wie einst im realen Sozialismus.

So wird das platte Land zur Ödnis. Auf den stillgelegten Flächen droht Versteppung. Die Tieflader-Bauern machen es sich gern einfach und säen eine ökologisch schädliche Mono-Kultur, auf noch größeren Flächen als die LPG.

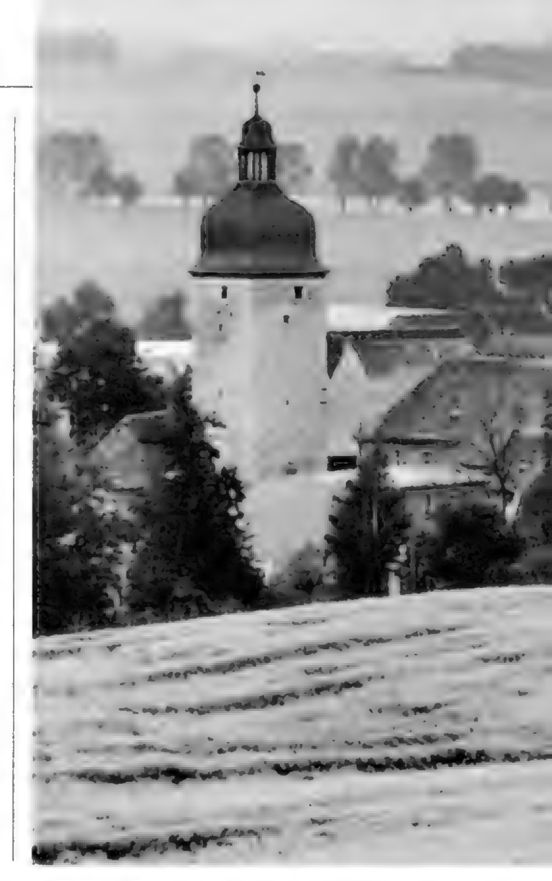
Mit dem Land verödet ein ganzer Wirtschaftszweig. In keiner anderen Branche der ehemaligen DDR nimmt die Zahl der Arbeitskräfte dauerhaft so stark ab wie in der Landwirtschaft. Von über 900 000 werden nur etwa 300 000 Beschäftigte übrigbleiben.

Minister Zimmermann müht sich, das Bauernsterben zu stoppen. Er verweist seine Landleute auf den „Brandenburger Weg", ein Programm für Ökobauern und sanften Tourismus. Doch auf dem kärglichen märkischen Sand gedeihen Bio-Produkte nur schwer.

Ausreichender Ausgleich für den Niedergang der Landwirtschaft ist nicht in Sicht. Die Hoffnung auf Hilfe aus höheren Sphären hat sich für einige brandenburgische Bauern ebenfalls zerschlagen.

Für 30 Milliarden Mark wollte ein himmlischer Maharischi aus den USA im Kreis Beeskow, 80 Kilometer östlich der deutschen Metropole, eine „Stadt der Unsterblichen" errichten.

Der zuständige Landrat Jürgen Schröter, der von dem Versprechen des Sektenführers wenig hält, traut offenbar auch dem Urteilsvermögen seiner Genossen nicht recht: „Ihr wißt doch nicht mal", hält er den vom Maharischi begeisterten Bauern vor, „wieviel Nullen eine Milliarde hat."



„Wir gehen hier nie mehr weg"

Holländische Bauern suchen eine neue Chance in der Magdeburger Börde

Geziert von einem roten und einem grünen Luftballon, lächelt das Farbfoto des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker als einziger Schmuck von der Wand in der Stube des Bauern.

Der alte Herr der DDR ist zu dieser Ehre spät gekommen. Als auf dem Hof in Kroppenstedt, an der B 81 zwischen Magedeburg und Halberstadt, noch die Kader der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft „Fortschritt" herrschten, fehlte merkwürdigerweise das landesübliche Devotionalienbild.

Erst der neue Besitzer der Ländereien holte ein Honecker-Konterfei vom Sperrmüll der Geschichte an den Ehrenplatz über dem großen Eßtisch.

Denn Henk Weinans aus Appelscha in den Niederlanden hat Honecker viel zu verdanken. Wenn Erich und seine roten Greise die DDR nicht so gründlich ruiniert hätten, dann könnte der friesische Bauer jetzt nicht 500 Hektar vom besten Boden des vereinten Deutschland bestellen. LPG ade – der Fortschritt heißt nun „Weinans GmbH". „Ich bin glücklich hier", sagt Henk Weinans und strahlt.

Am Tag der deutschen Einheit, dem neuen, kam er zum erstenmal nach Kroppenstedt. Er sah über die unendlich weiten Felder, auf denen sich die Landleute bei Nebel mitunter verlaufen. Er rieb die satte Krume der Magdeburger Börde zwischen den Fingern und wußte: „Hier müssen wir hin."

Henk, seine Brüder Harrie und Danny und ein Schwager hatten schon in Frankreich und Portugal, sogar in Kanada und Australien nach Neuland gesucht. Ihr Hof im Norden der Niederlande, mit ebenfalls 500 Hektar einer der größten des Landes, bestand aus zuviel zerstückelten Einzelflächen.

„Wir waren mit dem Traktor mehr auf der Straße als auf dem Feld," sagt Henk. Zusätzliche Äcker und Weiden zur Erweiterung gab es nicht.

Nach dem Mauerfall witterten sie die einmalige Chance, nicht allzuweit von der alten Heimat in großem Stil neu anzufangen. Zwischen Mecklenburg und Thüringen besichtigten sie zerbröckelnde Genossenschaften und Güter. Aber nirgends gefiel es ihnen so gut wie in Kroppenstedt.



Gast-Landwirt Weinans in Kroppenstedt: „Ich bin glücklich hier"

Die Kroppenstedter waren mißtrauisch. Der Makler aus dem Oldenburgischen, der die Holländer angeschleppt hatte, war „so'n windiger Typ", erinnert sich Jürgen Vogel, der Bürgermeister und Pfarrer. Eine Delegation der Kroppenstedter reiste nach Appelscha und nahm die künftigen Neubürger in Augenschein.



Ackerland in Kroppenstedt: Die Pachtverträge schweben im rechtsfreien Raum

Um so recht zu verstehen, was dann geschah, muß man ein wenig über die Kroppenstedter Seele wissen. Zwei Eigenschaften zeichnen die Dörfler aus, erklärt der aus Leipzig zugezogene Pfarrer, der den DDR-Titel „Gemeindepädagoge“ führt: „Die Kroppenstedter sind traditionell fremdenfeindlich, und sie sind süchtig nach Arbeit.“

Die Gebrüder Weinans, mußten die Späher aus dem Osten entdecken, waren noch arbeitssüchtiger als sie selber. Diese Wahlverwandtschaft überwand dann sogar die Fremdenfeindlichkeit.

Über 800 Kroppenstedter Landeigentümer unterschrieben zehnjährige Pachtverträge. Rund 450 Mark pro Hektar und Jahr zahlen ihnen die Holländer. Zu Hause in Friesland kostet der Boden fast das Doppelte.

Mit 14 Treckern und 20 Landmaschinen, mit vier Frauen und vielen kleinen Kindern rollte der Weinans-Clan am Tag der Arbeit, dem 1. Mai 1991, in Kroppenstedt an.

So einfach, wie es von Ferne ausgesehen hatte, war der Neuanfang für die jungen Pioniere aus dem Westen dann doch nicht. Die gemeinsame kulturelle Basis zwischen Appelscha und Kroppenstedt, die Arbeitswut, trug nicht recht. Die Weinans hatten jetzt Arbeit wie noch nie, und die Kroppenstedter hatten keine Arbeit mehr.

Ärger und Ängste, Neid und Not bildeten eine heikle Gemengelage. Mit 11 angestellten Arbeitskräften, später sollen es mal 30 werden, schafften die Holländer das, was ehemals das halbe Dorf beschäftigt hatte.

Die Kroppenstedter waren enttäuscht – auch von sich selber. „Da kommt jemand von auswärts und handelt“, beschreibt der Bürgermeister die Gefühle, „und macht das, was man vielleicht selber auch gern gewollt hätte.“

Die Bauern von der Börde sind an ihrer Situation allerdings selbst schuld. Die Kroppenstedter LPG war eine der reichsten im Lande. Anders als die meisten Genossenschaften der ehemaligen DDR hätte sie auch in den neuen Zeiten wohl überleben können.

Doch als die Genossen die Millionen in ihrer D-Mark-Eröffnungsbilanz glitzern sahen, genehmigten sie sich erst einmal eine kräftige Ausschüttung. Darüber kam es zum Krach mit ausgeschiedenen LPG-Mitgliedern, die sich benachteiligt fühlten. Der Zwist brach die Genossenschaft auseinander.

„Gefühlsmäßig ist die Situation gar nicht mehr klarzukriegen,“ fürchtet der Seelsorger Vogel. Die Kroppenstedter können keinen vernünftigen Grund nennen, der gegen die Holländer spricht. Aber untergründig grummelt es gegen die Fremden. Einer ihrer Traktoren stand eines Tages in Flammen – Ursache ungeklärt.

Auf mysteriöse Weise löste sich auch die Milchquote in nichts auf. Die Holländer wollten die Zuteilung der verflossenen LPG übernehmen. Doch nun überraschte sie das Magdeburger Landwirtschaftsministerium mit dem Bescheid, dazu hätten die Weinans spätestens am 1. April Milch produzieren müssen – jetzt sei ihr Anspruch verfallen.

Ohne Quote, die einen subventionierten Abnahmepreis garantiert, rechnet sich der geplante Stall für 700 Kühe nicht. Vielleicht ist das nur eine der zahllosen bürokratischen Fallen, die überall in der ehemaligen DDR lauern. Henk Weinans aber glaubt eher an eine besondere Bosheit gegenüber den Zugereisten.

Diese Widrigkeiten trüben hin und wieder das neue Glück der Siedler. Abends bei einer Flasche heimischen Amstel-Biers flucht Henk schon mal, daß er sich nicht noch einmal auf so ein Abenteuer einlassen würde. „Alles ist schwierig hier“, stöhnt er.

Ersatzteile können die Holländer nicht einfach bestellen, weil sie mit dem Telefon nicht durchkommen. Die Möhren sind nächste Woche reif, aber weit und breit ist kein Abnehmer in Sicht. Die Pachtverträge schweben im rechtsfreien Raum, weil es keine Grundbuchauszüge gibt. Der einzige Landvermesser in der ganzen Gegend ist in den Dienst der Bundeswehr abgewandert. „Also, bei uns war die Arbeit anders.“

Doch morgens, wenn die Arbeit ruft, ist das leise Heimweh verschwunden. Der fliegende Henk düst mit einem winzigen, wendigen Bulldozer Typ Hytrack durch die ehemaligen Ställe der LPG. Mit dem Schaufellader zerkrümelt er den Zementboden, drei ostdeutsche Helfer schütten im Handbetrieb die alten Gülle-Kanäle zu. Bis zur Ernte muß alles planiert und betoniert sein. Dann soll hier der Ertrag von 360 Hektar Kartoffelacker lagern.

Ein staunendes Publikum ergötzt sich an Henks Fahrkünsten. Zwei Landwirte aus Groningen mit ihren Frauen, die im Harz urlauben, verfolgen den Auswanderer durch die Hallen, bis er endlich mal für ein paar Minuten verschnauft.

Die Weinans sind in ihrer Heimat schon richtige Medienstars. Fernsehen und Zeitungen berichten über die Fortschritte ihrer Pionierarbeit. Zahlreiche niederländische Bauern interessieren sich für eine Neuansiedlung im Osten. „Viele wollen her,“ sagt Henk, „aber meistens wollen die Frauen nicht mit.“

Zwischen den holländischen Besuchergruppen bemühen sich west- und ostdeutsche Firmenvertreter um die Aufmerksamkeit des rasenden Traktoristen. Seit die Weinans auch auf deutschen Bildschirmen aufgetreten sind, scheinen viele Verkäufer auf das große Geschäft in Kroppenstedt zu hoffen.

Aus dem Geschäft wird nichts. Der arbeitswütige Henk scheint auf seinem Bulldozer-Sessel wie festgeklebt. Ein geduldiger Ostdeutscher vom Frischbe-

Man kann ihn kinderleicht tragen, auch mal knicken, flach zusammen-falten...

Schon immer hat der Getränkekarton durch sparsamste Verwendung von Verpackungs-material dazu beigetragen, so wenig Müll wie möglich zu verursachen. Und nun ist es sogar gelungen, ihn in seine Bestandteile (Papier, Kunststoff, Aluminium) zu trennen und neue Produkte daraus herzustellen. In mehreren Versuchs-projekten wurden Kartons gesammelt, aufbereitet und zum Beispiel zu Papieren

...und demnächst auch recyceln.



verschiedenster Art oder zu Pressplatten verarbeitet, die zukünftig in der Bau- und Möbelindustrie eingesetzt werden können.
Demnächst können Sie am grünen Punkt auf der Packung erkennen, daß Getränkekartons im Rahmen des Dualen Systems gesammelt und dem Material-Recycling zugeführt werden.

TETRA PAK

Mehr Verpackung muß nicht sein.

ton-Werk Halberstadt erweckt immerhin nach einer knappen Stunde das Interesse des Holländers und darf ein Angebot abgeben.

Es ist kein Wunder, daß die alteingesessenen Kroppenstedter mit ihren neuen Mitbürgern so ihre Schwierigkeiten haben. Die Weinans sind ein neuer Typ von Landwirt, der weder in alt-sozialistische noch in neo-kapitalistische Schablonen passen will: Großgrundbesitzer in geblümten Shorts und verwaschenen T-Shirts, Manager eines Agro-Business mit ausgeprägtem Hang zur Dreckarbeit.

In den ehemaligen Räumen der LPG-Leitung hausen die Holländer unbekümmert um die Unordnung, die ihre Vorgänger hinterlassen haben. Jede ordentliche Kroppenstedter Hausfrau würde sich hier mit Grausen abwenden. Einzige Neuerung in der verschimmelten Küche ist ein Kaffee-Automat für Großverbraucher – und eben jenes Honecker-Bild.



Weinans (r.), Gäste aus Holland: In der Heimat ein Medienstar

In zwei Jahren, meint der Hausherr, kann man vielleicht an schöneres Wohnen denken. Aber erst kommt nun mal das Geschäft.

Auf 2000 Hektar möchten die Weinans ihren Betrieb ausdehnen, eine Fabrik für die Verarbeitung der Kartoffeln soll mit einem Kölner Unternehmer aufgebaut werden. Wenn das klappt, sind die Holländer in Kroppenstedt bald Deutschlands größte Bauern.

Schon jetzt haben sich die Weinans freilich – trotz zweistelliger Millionen-Erlöse aus dem Verkauf ihres Hofs in Appelscha – hoch verschuldet. „Wir gehen ein großes Risiko ein," sagt Henk, „aber wir gehen hier nie mehr weg."

Unternehmer

Auf Pump gegründet

Adidas-Käufer Bernard Tapie hat sich überhoben. Ein Brite hofft, den Sportartikelkonzern übernehmen zu können.

Bernard Tapie, 48, war stets ein Geschäftsmann mit klarem Erfolgskonzept: Der Franzose griff blitzschnell zu, wenn er ein Unternehmen zu einem günstigen Preis erwerben konnte. Und ebenso rasch stieß er es wieder ab, wenn ihm ein Aufpreis dafür geboten wurde.

Doch nach seinem spektakulärsten Kauf sollte mit dem Firmen-Geschacher Schluß sein. Mitte vergangenen Jahres, als Tapie 80 Prozent des fränkischen Sportartikelkonzerns Adidas übernahm, beteuerte er: „Ich will Adidas mindestens zehn Jahre halten."

Vergangene Woche wurde deutlich, daß die Tapie-Ära bei Adidas wohl sehr viel kürzer sein wird, als der Franzose angekündigt hatte. Nur 13 Monate nach dem Coup, mit dem Tapie die Kontrolle über das weltbekannte Markenartikelunternehmen erobert hatte, zeichnet sich bereits ab, daß der französische Firmen-Rastelli das Kommando über Adidas einem britischen Unternehmer überlassen wird.

Stephen Rubin, 53, Chef und Mehrheitsaktionär der britischen Konsumgüter-Gruppe Pentland, erwarb einen Anteil von 20,05 Prozent an der in Essen registrierten Bernard Tapie Finance GmbH (BTF) und eine Option auf weitere 5 Prozent. Damit sicherte sich der Brite eine Sperrminorität an jener Firma, die Tapies Adidas-Aktien hält. Darüber hinaus ließ sich Rubin ein Vorkaufsrecht für die verbliebenen Tapie-Anteile an BTF einräumen.

Von Adidas-Managern in Herzogenaurach werden diese Vereinbarungen als klares Signal für einen baldigen Machtwechsel im Hause Adidas angesehen. „Einige hier haben in Gedanken schon den Union Jack gehißt", meint ein Adidas-Vorstandsmitglied.

Pentland-Chef Rubin wird sich auf Dauer kaum mit der Rolle eines Juniorpartners von Tapie zufriedengeben. Der Brite rechnet damit, daß er sein Vorkaufsrecht tatsächlich nutzen kann.

Schon Tapies Aktientransfer an Pentland, der nach nur zweiwöchigen Verhandlungen zustandekam, war nämlich ein Not-Verkauf. Der hochverschuldete Franzose brauchte dringend Bares, um eine am Montag vergangener Woche fällige Darlehensrate von 600 Millionen Francs (rund 180 Millionen Mark) und Zinsen in Höhe von 367 Millionen Francs (108 Millionen Mark) an ein internationales Bankenkonsortium überweisen zu können.

Tapie hatte rund 470 Millionen Mark Schulden gemacht, um den Kauf von 80 Prozent der Adidas-Aktien zu finanzieren. Verkäufer des Pakets waren die vier Töchter des Adidas-Gründers Adolf („Adi") Dassler. Im Januar dieses Jahres wuchs diese Schuldenlast noch um 120 Millionen Mark, als der Pariser Geschäftsmann weitere 15 Prozent der Adidas-Papiere von einer Tochtergesellschaft der Handelsgruppe Metro übernahm*.

Mit extravagantem Lebensstil und einem sehr teuren Hobby – der fußballvernarrte Tapie finanziert den französischen Meister-Klub Olympique Marseille – gibt sich Frankreichs schillerndster Unternehmer zwar den Anschein, als zähle er zu den Superreichen seines Landes. In Wahrheit ist sein Firmenimperium, zu dem neben Adidas vor allem Hersteller von Industrie- und Küchenwaagen gehören, weitgehend auf Pump gegründet.

Schon beim Kauf des Adidas-Pakets bezweifelten daher viele Tapie-Kenner, daß er seinen Besitz werde halten können. Tapie aber tönte, durch den Verkauf aller seiner anderen Firmen werde er genügend Geld für die Tilgung seiner Adidas-Kredite erhalten.

Den Dassler-Töchtern versprach er sogar, die ins Schlingern geratene fränkische Traditionsfirma (Konzernverlust

* Die restlichen 5 Prozent des Adidas-Grundkapitals werden von den beiden Kindern des 1987 verstorbenen Adi-Dassler-Sohnes Horst gehalten.

1989: 130 Millionen Mark) durch eine Finanzspritze von 300 Millionen Mark zu stärken.

Selbst dem Verkaufstalent Bernard Tapie gelang es jedoch nur, seine Anteile am belgischen Tennisschlägerproduzenten Donnay für rund 30 Millionen Mark abzustoßen. Die anderen Firmen, die er zum Verkauf anbot – zum Beispiel die Reformhaus-Kette La Vie Claire sowie die Waagenhersteller Testut und Terraillon –, wurde er wegen überzogener Preisforderungen nicht los.

Mehr Erfolg hatte Verkäufer Tapie, der zu Beginn seiner Geschäftskarriere als Fernsehgeräte-Vertreter von Tür zu Tür gelaufen war, beim Veräußern von Teilen des Adidas-Imperiums. Weil der Franzose kein Geld hatte, das er in die kapitalschwache Sportartikel-Gruppe stecken konnte, begann er, Nebenmarken des Konzerns zu verkaufen.

Durch den Verkauf der Fernost-Rechte an den Marken Le Coq Sportif und Arena Ende 1990 kamen 56 Millionen Mark außerordentlicher Erlöse in die Adidas-Kasse. Dadurch konnte der Konzern, der nach dem riesigen Verlust von 1989 das vergangene Jahr mit einem in etwa ausgeglichenen Ergebnis abgeschlossen hätte, einen entsprechend hohen Gewinn für 1990 ausweisen.

In diesem Jahr kam vor allem der Verkauf der amerikanischen Adidas-Tochter Pony International hinzu. Die Sportschuhmarke ging Anfang Juli an die nun als Gesellschafter in die Adidas-Holding aufgenommene Pentland-Gruppe.

Im Gegensatz zu Tapie kennt Pentland-Chef Rubin keine Finanzprobleme. Die 134,5 Millionen Mark, die er für das Fünftel an der BTF zahlte, konnte er locker aus eigenen Mitteln aufbringen.



Pentland-Eigner Rubin
Wunder-Investition in den USA



Adidas-Eigner Tapie: Teile des Imperiums abgestoßen

Im Jahre 1981 hatte der Erbe eines Liverpooler Schuhfabrikanten nämlich ein Engagement gewagt, das sich später als „Wunder-Investition" *(Financial Times)* erwies. Für 77 500 Dollar erwarb Rubin damals einen Anteil von 60 Prozent an der kleinen US-Sportschuhfirma Reebok.

Es war ein höchst riskanter Einsatz. Das von dem Amerikaner Paul Fireman geleitete Unternehmen schien so gut wie pleite zu sein. Rubin gewährte Reebok-Chef Fireman daher nur ein bescheidenes Gehalt, aber eine Gewinnbeteiligung von zehn Prozent. Und der wußte diese Chance zu nutzen.

Mit modischen, bunten Schuhen brachte Fireman das Unternehmen auf der Aerobic-Welle nach oben. Heute ist die Firma hinter dem US-Konkurrenten Nike und vor der einst klar dominierenden Marke Adidas der zweitgrößte Sportschuhhändler der Welt.

Im Jahr 1987, dem gewinnstärksten Reebok-Jahr, kassierte Fireman ein Einkommen von 15,4 Millionen Dollar, auch wenn ihm zu jener Zeit schon weniger als 10 Prozent vom Unternehmensgewinn zustand. Und Pentlands Gewinne stammten zu 80 Prozent aus der Beteiligung an der US-Sportschuhfirma.

Im April dieses Jahres reduzierte Rubin seinen inzwischen auf 32 Prozent geschrumpften Reebok-Anteil auf 13 Prozent. Durch den Verkauf der Reebok-Aktien an die Firma selbst kassierte er fast 400 Millionen Dollar.

Das ist fast soviel Geld, wie für den Aufkauf des gesamten Adidas-Konzerns erforderlich wäre. Und weil Rubin sich völlig von Reebok trennen will, wird er demnächst noch weitere Mittel anzulegen haben.

„Wir hätten gern mehr als die 20 Prozent gekauft", bedauerte denn auch Pentlands Finanzchef Frank Farrant in der vergangenen Woche, daß die Firma nicht sogleich noch mehr Geld in den Adidas-Deal stecken konnte.

Doch so schnell mochte Tapie die Kontrolle über die inzwischen wieder profitable Sportartikelfirma (voraussichtlicher Konzerngewinn in diesem Jahr: 60 bis 70 Millionen Mark) nicht an die Briten abgeben. Er beteiligte stattdessen noch drei französische Finanzhäuser und eine seiner wichtigsten Helferinnen, die ehemalige Bankerin Gilberte Beaux, 62, an seiner deutschen Adidas-Holding.

Die Finanzkonzerne Crédit Lyonnais, AGF und UAP, die schon seine wichtigsten Geldgeber beim Adidas-Erwerb gewesen waren, übernahmen 19,95 Prozent der BTF GmbH. Gilberte Beaux, eine der angesehensten französischen Managerinnen und Tapies Delegierte im Adidas-Aufsichtsrat, erhielt 5 Prozent.

Eigentlich hätte auch Adidas-Chef René Jäggi, 42, der das Unternehmen wieder auf Gewinnkurs gebracht hat, mit einer Beteiligung von 5 Prozent dabei sein sollen. Doch die Schweizer Banken, die der Schweizer Jäggi um einen Kredit von über 30 Millionen Mark zur Finanzierung seines Anteils gebeten hatte, ließen ihren Landsmann abblitzen.

Der Adidas-Chef, der „stinksauer" auf die zugeknöpften Banker in seiner Heimat ist, muß sich vorerst mit einer Option von 5 Prozent begnügen. Er ist aber sicher, das Geld für seine geplante Beteiligung an BTF schon bald von Banken in anderen Ländern zu bekommen. ◄

KOSTET HEUTE EIN AUTO MIT SEITENAUFPRALLSCHUTZ EIN JAHRESGEHALT?



KANN SICH NUR EIN BRUCHTEIL DER BEVÖLKERUNG EIN SICHERES AUTO MIT MODERNER GURTTECHNIK LEISTEN?



IST REINE LUFT IM AUTO NUR TOPMANAGERN IN IHREN FIRMENWAGEN VORBEHALTEN?







Privater Kleiderhändler, Börse in Schanghai: „Die Reformen keine Sekunde gestoppt"

„Meine Freunde bewundern mich"

SPIEGEL-Report über wachsenden Unternehmergeist und blühende Marktwirtschaft im kommunistischen China

Der 4. Juni 1989?" Lu Nai, 45, muß einen Moment nachdenken. Dann erinnert er sich, nicht sonderlich berührt. Als die Panzer auf dem Tienanmen-Platz in Peking die Demonstranten zermalmten, „hatten wir ungeheuer zu tun, der Betrieb lief ja gerade richtig an".

Seit dem Herbst 1988 ist der schmächtige Mann, zuvor 20 Jahre lang Vorarbeiter in einer Maschinenfabrik, Privatunternehmer in Schanghai. Mit weit aufgerissenen, brennenden Augen schildert Lu Nai das wunderbare Prinzip, das ihn in China, der letzten Bastion des Marxismus, innerhalb von knapp drei Jahren zum Millionär gemacht hat: „Je begeisterter ich bin, desto besser läuft das Geschäft, und desto begeisterter bin ich."

Lu Nai und seine inzwischen 100 Arbeiter stellen Schokolade her. Wer sich um Essen und Trinken, um Konsumgüter verdient macht, erhält in Chinas größter Stadt durchaus die Erlaubnis, auf eigene Faust zu wirtschaften. Daran hat das Blutbad in Peking nichts geändert.

„Peking ist eine andere Stadt", sagt Professor Xu Jia mit einem leichten Lächeln: „Wir hier haben die wirtschaftlichen Reformen keine Sekunde gestoppt."

Der Professor ist Chef des Amtes für die „Reform des Wirtschaftssystems" in Schanghai. Es gefällt ihm sichtlich, dem verblüfften Gast namens der kommunistischen Stadtregierung mit leiser, aber fester Stimme die Prinzipien der „Verbindung von Planwirtschaft mit Marktregulierung" darzulegen: „Es ist nicht gut, wenn der Staat den Zirkus der Wirtschaft kontrolliert."

Das wisse man nun, fügt der Professor hinzu, die Staatsunternehmen der alten Planwirtschaft produzierten lauter „Dinge, die niemand will". Mit einem Seufzer läßt er einen geschichtlichen Exkurs folgen. Ja, unglücklicherweise seien eben auch die Chinesen Stalins Ideen von den Großkombinaten, den „industriellen Dinosauriern", gefolgt und plagten sich jetzt mit deren Unbeweglichkeit: „Die Theorie unserer Reform", läßt er beiläufig die Erklärung des chinesischen Wirtschaftswunders fallen, „stammt aus der Praxis."

Worüber die sowjetischen Reformer seit einem halben Jahrzehnt umständliche Diskussionen führen, ist hier, gut 1000 Kilometer südlich der Pekinger Parteizentrale zu besichtigen: eine wuselnde Marktwirtschaft.

Noch abends um neun schieben und radeln Menschenmassen durch die Einkaufsstraßen der Hafenstadt Schanghai.

Die Läden sind gefüllt, der Ladenschluß ist flexibel, Straßenhändler bieten frisches Obst und Gemüse an, Warteschlangen à la Moskau und Leningrad gibt es nicht.

Tagsüber läßt sich an den Ausfallstraßen das privatwirtschaftliche Ernährungssystem beobachten. Auf Karren und Fahrradanhängern transportieren private Bauern Enten, Hühner und Schweine in die Stadt. Bei der Rückkehr nehmen sie Essensabfälle mit, um ihre Tiere zu füttern.

Die private Landwirtschaft – die Bauern müssen nur noch den achten Teil ihrer Produktion zu festen Preisen an den Staat geben – hat den praktischen Chinesen die Vorteile der Marktwirtschaft vor Augen geführt: Die Bauern sind satt, rund um die Städte gehören sie zu den Reichen im Lande, und die Versorgung klappt. Während in der Sowjetunion rüde Schwarzmarkthändler, die ersten Sendboten der Marktwirtschaft, das System bereits vor der Einführung in Verruf bringen, lernen die Chinesen aus dem Leben.

Nach den Bauern sind die Fabriken dran. Auf dem Land und an den Stadträndern boomen mittelgroße Unternehmen, die völlig den Gesetzen des Marktes gehorchen. Sie gehören den Gemeinden und dürfen produzieren, was und wie sie wollen. Fachleute wie der Professor Xu Jia schätzen, daß inzwischen 40 Prozent der gesamten chinesischen Wirtschaft, der Planwirtschaft entrissen, vom Markt gesteuert werden.

Die Begeisterung für das befreite Wirtschaften weist ein deutliches Nord-Süd-Gefälle auf. In Peking, wo die Partei ihr Volk noch vergleichsweise fest im Griff hat, weht der private Unternehmergeist verhaltener als in der Hafenstadt Schanghai.

Noch einmal 1300 Kilometer südlich, in der Provinz Guandong mit der Hauptstadt Kanton, wird der Einfluß des kapitalistischen Hongkong noch deutlicher: Das Leben hat die ideologischen Fesseln nahezu vollends abgestreift. Angefeuert durch ausländisches Kapital, jagen die 65 Millionen Kantonesen immer neuen Wachstumsrekorden nach: Um 27 Prozent stieg die industrielle Produktion in den ersten fünf Monaten dieses Jahres.

Scheinbar machtlos lassen die Parteibonzen im fernen Norden die Kräfte des Marktes gewähren. Vergebens versuchten Chinas Hardliner um den Ministerpräsidenten Li Peng nach dem Massaker vom Juni 1989 die Wirtschaft wieder stärker unter die staatliche Kontrolle zu nehmen. Mit der wirtschaftlichen Liberalisierung war auch politischer Freigeist ins Land gezogen. Doch zwei Jahre danach stellt sich heraus: „Dieses Land wird nicht mehr von Peking regiert", sagt Klaus Funken, der für die Friedrich-Ebert-Stiftung in Schanghai die Lage peilt.

Den wirtschaftlichen Erfolg im Rükken, treten die südlichen Provinzen der Zentralregierung inzwischen mit beträchtlichem Selbstbewußtsein entgegen. Als Peking die Reformen zurückdrängen wollte, kürzte Schanghai, wie ein chinesischer Beamter mit Vergnügen erzählt, die Zuwendungen an die Zentrale. Begründung: wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Anfang dieses Jahres gaben die Hardliner in der Hauptstadt auf. Die gequälte Rhetorik von der „geplanten sozialistischen Warenwirtschaft" verdeckt, was in Wahrheit passierte: Mit dem neuen, dem achten Fünfjahresplan setzen die Chinesen ihren wirtschaftlichen Umbau da fort, wo er im Juni 1989 unterbrochen worden war: „China", stellt Funken fest, „ist zurück auf dem Reformpfad."

Zu den Nutznießern gehört Yan Fu, 43, einer jener Vorzeige-Bauern, von denen die Sowjetunion trotz aller Perestroika Generationen entfernt ist. Yan wohnt eine Autostunde von Schanghai entfernt. Nach bundesdeutschem Vokabular ist er Nebenerwerbs-Landwirt. Er arbeitet von 7.30 bis 15.00 Uhr in einer genossenschaftlichen Fabrik, die Glühbirnen herstellt. Wenn er nach Hause kommt, kümmert er sich um seinen Reis, die Bohnen und das Geflügel.

Nach Feierabend pinselt er an seinem Haus, in dem er mit Frau, Schwiegereltern und seiner 15jährigen Tochter wohnt, die in vier Jahren auf die Universität gehen soll, wenn sie die Prüfungen schafft.

Die Familie des Stadtbauern verdient für chinesische Verhältnisse enorm viel Geld. Allein Vater Yan liegt mit jährlich

Privater Gemüsemarkt: Die Versorgung klappt, die Bauern sind satt und gehören zu den Reichen im Land



4000 Yuan (rund 1400 Mark) weit über dem Landesdurchschnitt von 1500 Yuan. 3000 verdient er in der Fabrik; 1000 bringt die Landwirtschaft. Auch seine Frau arbeitet hauptberuflich in einem Genossenschaftsbetrieb und steuert noch einmal 3500 Yuan bei.

Kein Wunder, daß Yan die „Arbeit unserer Regierung ganz ausgezeichnet" findet und bedauert, daß der große Steuermann Mao Tse-tung den Wohlstand auf dem Lande nicht mehr erleben kann.

Yan könnte sich sogar ein altes Modell jener VW-Santana leisten, die nicht weit entfernt unter der Regie von Burkhard Welkener entstehen.

Der VW-Werksdirektor kann gar nicht verstehen, daß seine deutschen Manager-Kollegen mit hängenden Ohren in Peking sitzen: Während viele Bosse daheim von China nichts mehr wissen wollen und alle Kraft in die Ex-DDR stekken, erntet VW jetzt in Schanghai die Früchte langjährigen, zähen Bemühens.

Die Firma verdient in China „einen Haufen Geld", wie der Direktor in jener schönen klaren Sprache sagt, die Manager auf derlei entlegenen Posten auszeichnet. Zwar bekommen die VW-Manager die Zahl der Autos, die sie in China verkaufen dürfen, immer noch vorgeschrieben. Aber immerhin sind es dieses Jahr (35 000) doppelt so viele wie im Massakerjahr 1989, und in zwei Jahren wird sich die Zahl noch einmal verdoppelt haben.

Ganz nach japanischem Vorbild hat Welkener „die Bauern hier ringsum" als Zulieferer ausgebildet und damit Kosten und Risiken ausgelagert. Sitze, Bleche, neuerdings sogar Getriebe entstehen auf ehemaligem Ackerland. Die geringe Fertigungstiefe, wie Fachleute das nennen, hat es dem Firmenchef Carl Hahn in Wolfsburg derart angetan, daß er nun von China lernen will: Werksleiter Welkener ist nach Zwickau abkommandiert und soll dort das neue VW-Werk in der Ex-DDR nach chinesischem Vorbild aufziehen.

Die 170 000 Yuan (umgerechnet 57 000 Mark), die ein neuer Santana kostet, könnten sich inzwischen nicht wenige Chinesen leisten. Aber das Fahrrad ist weiterhin das Massenverkehrsmittel. Die Autos werden an Funktionäre, Firmen und Verwaltungen verteilt.

Die Zahl der Abnehmer freilich wächst – und mit ihnen entwickelt sich ein chaotischer Straßenverkehr. Weitgehend unbeeindruckt von Ampeln oder Regeln belauern sich Fußgänger, Auto- und Radfahrer aus den Augenwinkeln, wer die besseren Nerven hat. Was in den breiten Hauptstadtstraßen Pekings noch halbwegs fließend funktioniert, ist in den Ballungsgebieten des boomenden Südens ein Alptraum. Die Straßen sind nicht vorbereitet auf den Aufbruch ins Industriezeitalter.

Die Fahrt zwischen der Fünf-Millionen-Stadt Kanton und dem 60 Kilometer entfernten Dongguan, einem aufstrebenden Industrieort, dauert zweieinhalb Stunden. Fünf schwere Unfälle müssen sich gerade auf der Strecke ereignet haben. Aufgeschlitzte Kleinlaster stecken kopfüber in einem Graben; eine Frau liegt mit einer blutenden Kopfwunde am Straßenrand, während schwere Trucks mit Hongkong-Autonummern einen Meter an ihren Beinen vorbeirumpeln.

Die Laster aus der kapitalistischen Enklave schleppen die Waren aus den sozialistischen Fabriken in jene große, weite Welt, die in Dollar bezahlt. Im Süden Chinas greift eine höchst effektive Arbeitsteilung der beiden Gesellschaftssysteme ineinander.

Die Chinesen aus dem kapitalistischen Hongkong liefern Geld, Maschinen und Tips, wie die jüngsten Moden auf dem Weltmarkt aussehen. Die sozialistischen Werktätigen aus Chinas Südprovinz steuern die Arbeitskraft hinzu: 48 Stunden die Woche zu Monatslöhnen von 70 bis 170 Mark.

Die Menschen beiderseits der Grenze sprechen die gleiche Sprache. So entsteht die skurrile Situation, daß der smarte Verkäufer aus Hongkong mit Frau Li, der pummeligen Werksleiterin aus Dongguan, in eine heftige Diskussion auf Kantonesisch verstrickt ist, während der Gast aus Peking, der nur die Hochsprache Mandarin beherrscht, kein Wort versteht.

„Bugs Bunny", der kuschelige Kinderzimmerhase, ist ein Renner aus der Fabrik von Frau Li, die in Dongguan „Spielzeugkönigin" genannt wird. Sie steht einem genossenschaftlichen Konzern vor, dessen 3000 Beschäftigte fast ausschließlich flauschige Schmusetiere für amerikanische Kinder nähen.

Die Chefin hat gerade eine Krisensitzung mit den führenden Managern hinter sich. Falls die amerikanische Regierung den Chinesen die „Meistbegünstigungsklausel" streicht und damit hohe Zölle auf die Kuscheltiere fällig werden, droht der Fabrik mit einem Schlag das Ende.

Sie zuckt mit den Schultern: „Wir werden andere Kunden finden, in Japan oder Europa." Und wenn nicht? Sie kann es sich nicht vorstellen, daß der Boom zu Ende geht. Sie verdient 550





VW-Manager Welkener, Schokoladen-Fabrikant Lu Nai: „Einen Haufen Geld verdient"

Yuan (knapp 200 Mark). Das wäre in Peking ein Spitzengehalt, aber hier in der Provinz mit der Goldgräberstimmung ließe es sich auch anderswo verdienen.

Draußen auf dem Parkplatz steht ein Mercedes 500 SEL. Er gehört der „Gemeindeverwaltung". Frau Lis Betrieb hat letztes Jahr ein paar Millionen Gewinn abgeliefert, in US-Dollar.

In Dongguan reichen die örtlichen Kraftwerke inzwischen nicht mehr aus, um den Hunger nach Energie zu stillen. Die Manager müssen entscheiden, welche Produkte vorrangig sind. Bei Adidas, einem größeren Jointventure, steht derzeit dienstags die Schuhproduktion still, weil der Strom für die Textilien gebraucht wird.

Ein junger Ingenieur schlendert mit einer Ölkanne zwischen den abgeschalteten Maschinen umher. Der Mann ist im Feindesland zu Hause. Er kommt, wie die Maschinen, aus Taiwan und schult die Festland-Chinesen im Umgang mit den elektronischen Steuerungen.



Spielzeugmanagerin Li



Adidas-Produkte



Fernsehfertigung bei Konka

Südchinesische Exportbetriebe
Sprache und Uhrzeit wie in Hongkong

Mit den kapitalistischen Erzfeinden von der Insel unterhalten die südlichen Provinzen inzwischen knospende Wirtschaftsbeziehungen. Der Handel steigt ständig an. Systemübergreifend haben die Südchinesen eine geschmeidige Dreiecksverbindung zwischen Taiwan, Kanton und Hongkong geknüpft, „über die am besten nicht geredet wird, weil es dann keine Störungen gibt", wie ein Kenner vor Ort erläutert.

Aus dem fernen Europa, wo Mauer und Stacheldraht die Systeme über Jahrzehnte hermetisch voneinander abriegelten und offenkundig auch die Mentalität der Menschen veränderten, ist dieses lockere Miteinander kaum zu verstehen. Die Grenze im Süden Chinas ist durchlässiger, jedenfalls für Geschäftsleute. Die Vertragspartner manch lukrativen Handels stammen aus derselben Familie – auch wenn sie in verschiedenen Gesellschaftssystemen leben.

Mit beeindruckender Kraft und Rücksichtslosigkeit treiben die Südchinesen ihren wirtschaftlichen Aufbruch voran. Da das knappe Ackerland nicht bebaut werden darf, müssen neue Flächen her. Bulldozer fressen sich in die hügelige Landschaft. Die grünen Berge verschwinden. Rote, planierte Flächen liegen bereit, die nächste Welle Hongkong-Kapital aufzunehmen.

In Kanton neigen sich die Fernsehantennen sehnsüchtig nach Süden: Wie einst in der DDR kommt die neue Zeit via TV, ehe sie wirklich kommt. „Von Hongkong lernen" will auch Xie Zhong, 52.

Wie alle privaten Unternehmer, die nicht mit ausländischem Kapital oder staatlicher Hilfe eine neue Fabrik bauen konnten, hatte Xie vor allem Schwierigkeiten, Räume für seine Unternehmerkarriere zu finden. Schließlich mietete er von einer Schule ein paar Klassenzimmer. Auf engstem Raum biegen, verdrahten und sägen hier gut 100 Arbeiter wundersame Geräte. Xie hat eine elektrische Schweißmaschine kreiert, die handlich und billiger ist als die gebräuchliche Apparatur aus der Sowjetunion.

Wie besessen, 14 Stunden am Tag, wühlt Xie in seiner Arbeit: „Meine Freunde sagen, ich sei ein Mönch, weil ich nicht rauche, tanze oder spiele." Sein Laster ist das Unternehmertum, er ist die Antwort auf den Kollektivismus. Seiner Tochter, die gerade mit dem Studium fertig ist, hat er ein Haus gekauft: Sie will sich selbständig machen, Waschmittel herstellen. „Sie schafft das, ich werde ihr helfen", ist der Vater sicher.

In Shenzhen, dem letzten Zipfel Chinas, lassen sich die Unterschiede zum Kapitalismus kaum noch ausmachen. Hier in „Klein-Hongkong", wo Sprache, Währung und die Uhrzeit der kapitalistischen Zitadelle Hongkong gelten, demonstrieren die Chinesen, mit Hilfe von ausländischem Kapital, was passieren wird, wenn erst mal alle Leinen los sind. Junge Leute tragen kleine Elektronik-Kästchen als Statussymbol am Gürtel. Wenn es „beept", läßt sich ablesen, wer angerufen hat. Die Stadt vibriert in einem hektischen Business-Klima. In Restaurants und Hotels liegt das drahtlose Motorola-Telefon griffbereit auf dem Mittagstisch.

Zwei Millionen Einwohner hat die „Sonderwirtschaftszone" Shenzhen, in der China nach dem Willen der Wirtschaftsplaner ursprünglich die High-Tech-Geheimnisse der Welt einfangen wollte. Jetzt pumpt hier das Herz der chinesischen Exportwirtschaft.

Beim Elektronikkonzern Konka werden Fernseher, Videorecorder und Kameras nach letztem West-Design angefertigt. Die Überschüsse im Handel mit dem Rest der Welt, auch der westlichen,

Wir laden alle Mitbewerber auf der Internationalen Funkausstellung ein, sich die Zukunft des Fernsehens einmal genau anzusehen.

Loewe Art Vision
Fernsehen der Zukunft im neuen 16:9-Breitformat. Mit der Technik der Zukunft für digitale Bild- und Tonübermittlung. Und das im kompakten Format mit 82 cm Bildröhre.



16:9-Format
Ab der Internationalen Funkausstellung 1991 werden Sendungen in voller D2-MAC-Qualität und im neuen Breitformat 16:9 ausgestrahlt. Wie das Breitwandformat bei Spielfilmen.



HD-MAC
Mit dem D2-MAC-Decoder im neuen Loewe Art Vision empfangen Sie sogar die Sendungen, die in der zukünftigen HD-MAC-Norm ab der Olympiade 92 ausgestrahlt werden. Die digitale Übermittlung bringt brillanteste Bilder und Ton in CD-Qualität.

THINK



Großstadtverkehr (in Schanghai): Unbeeindruckt von Ampeln und Regeln

stiegen steil an. 100 Millionen US-Dollar erwirtschaftet der Musterbetrieb im Jahr. Der Führer muß den Gast äußerst sorgsam führen, um ihn an all den westlichen Namen und Verpackungen vorbeizulotsen. Fotografieren ist hier ungern gesehen.

Hongkong, einst die Piratenstadt der Weltwirtschaft, hat seine Fälscherwerkstätten ins Hinterland verlegt. Schamhaft entstehen nicht weit entfernt die bunten Mountain-bikes. Eine Million Stück waren es letztes Jahr. Dieses Jahr, die zweite Fabrik ist fast fertig, werden es fast zwei Millionen sein. Die gesamte Produktion geht nach Westeuropa und Amerika. Ein Akkordschweißer verdient, unfaßbar für Nordchinesen, 1000 Yuan im Monat. Die Nugget-Sammler im Wilden Westen müssen sich ähnlich gefühlt haben. 400 000 Arbeiter und Arbeiterinnen, die das gemeinhin perfekte chinesische Meldesystem unterlaufen haben, sind inzwischen illegal nach Shenzhen geströmt.

Die Zahl stammt von Professor Liang Wen, der das Experiment Shenzhen von Anbeginn begleitet hat. Der Professor ist einer der wenigen Offiziellen, die ungezwungen über Politik reden. Ja, er verstehe auch nicht, wieso die Russen nicht den chinesischen Weg kopierten, erst die Landwirtschaft und dann schrittweise weiter zu privatisieren. „Die Russen waren hier und haben es sich angesehen, aber dann habe ich nie wieder etwas gehört.“ Na ja, die Russen, er zuckt die Schultern.

Dann entwickelt er mit präzisen Sätzen ein Gesellschaftssystem, in dem die Wirtschaft funktioniert, es aber „keine Drogen, kein Aids und keine Kriminalität gibt“. Was bitte unterscheidet diese Art autoritärer Wirtschaftsdominanz von dem, das etwa Helmut Schmidts Freund Lee Kuan Yew in Singapur eingeführt hatte? Der Professor lächelt unbefangen: „Ja, ist das System in Singapur denn schlecht?“ Liang Wen gehört zu jenen Wirtschaftsplanern, die ihr Land nach einer Doppelstrategie vorwärtstreiben: „Wir sind sehr für den Sozialismus, aber im Detail bevorzugen wir Aktiengesellschaften.“

Gegen Erfolg und Selbstbewußtsein der Südstaatler treten die Herrscher aus dem Norden reichlich blaß auf. Lange wehrte sich Ministerpräsident Li Peng, ein in der Sowjetunion ausgebildeter Ingenieur, gegen die Einrichtung von Aktienbörsen. Doch seit dem Herbst vergangenen Jahres können Chinesen in Shenzhen und Schanghai Wertpapiere kaufen und verkaufen.

Offiziell ist von einem „Test“ die Rede, und die Regularien an der Börse wirken steif und getragen wie der Wachwechsel im Buckingham Palace: Gelb-rot uniformierte Geldsoldaten wickeln die Geschäfte ab. Aber daß die Hardliner überhaupt derlei Teufelskram an ihre Untertanen ließen, die begeisterte Zocker sind, liegt an einer verqueren Hoffnung der Planwirtschaftler.

Auch in China, wie in allen sozialistischen Mangelwirtschaften, haben die Menschen gigantische Summen gespart – geschätzt werden 800 Milliarden US-Dollar. Auf dieses Geld haben es die Verfechter der alten Ordnung abgesehen. Es scheint ihnen die einzige Chance zu sein, um die maroden Staatsbetriebe, die schweren Säcken gleich auf den Chinesen lasten, zu modernisieren. Über die Börse, mit dem Verkauf von Staatsanleihen, wollen die Planwirtschaftler das Geld besorgen und damit den Beweis antreten, daß nicht das System, sondern nur eine Formkrise schuld am Zustand der desaströsen „Dinosaurier“ ist.

Mitte Juni verabschiedete der Staatsrat in Peking ein Papier, das die Staatsunternehmen heftig rügte: Betriebe, die „chronisch Geld verlieren, deren Produkte niemand will und deren Management schlecht ist“, müßten verschwinden. Und selbst Premierminister Li ließ kürzlich einen Satz fallen, an den sich die akribischen Peking-Astrologen in Hongkong nicht erinnern können: Es sei nötig, „die Refor-


BECK'S
BECK'S
Spitzen Pilsener von Welt.
BECK'S
Spitzen Pilsener von Welt.
Spitzen-Pilsener von Welt.

men zu beschleunigen“, allerdings „im Rahmen der Möglichkeiten“.

Was aber ist möglich? Zhao Rulin wiegt seinen alten Kopf, der irritierend dem des großen Steuermannes Mao ähnelt: „Aus der Praxis“, sagt er mit einer Würde, die letzte Gewißheit ausstrahlt, „kann man alles lernen.“

Zhao ist kein zappeliger Südstaaten-Manager, den das Knistern der Hongkong-Dollar verrückt gemacht hat. Der massige Mann kommt vom Lande, wo immer noch 80 Prozent der Chinesen leben, und kümmert sich seit Jahrzehnten, als Funktionär in Peking, um Wohlergehen und Fortbildung der Bauern: „Mao hat gesagt, wenn es den Bauern gutgeht, geht es China gut.“

Zhaos Organisation („Die Ausländer wissen nicht viel über uns“) ebnet in stiller Beharrlichkeit einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus – jedenfalls für Entwicklungsländer wie China.

Das Stichwort heißt „township enterprises“, „Gemeinde-Unternehmen“. Abgeschreckt von den Slums in der Dritten Welt, damit die „überflüssigen Arbeitskräfte vom Land nicht alle in die Stadt kommen“, wie Zhao erläutert, macht sich in China eine besondere Unternehmens-Spezies breit.

Eigentümer sind die Gemeinden. Die Beschäftigten, ob auf dem Land oder an den Rändern der Städte, stammen aus Bauernfamilien. Im Unterschied zu den großen Staatsbetrieben sind die Betriebe von der Planwirtschaft unabhängig, orientieren sich ausschließlich am Markt. Sie kaufen ein, produzieren und verkaufen, was und wo sie wollen.

Dongsheng am Rande von Peking ist eine dieser Gemeinden. 18 000 Menschen leben hier; 430 von ihnen arbeiten in der Autofabrik „Xinhai“. Den Direktor Fen Man, 50, hat die Gemeindeverwaltung ernannt. Er darf nach eigenem Gutdünken Leute entlassen, anstellen und kann die Gehälter nach Leistung variieren.

Fen gefällt es, den verblüfften Besucher mit seiner Denkart zu überraschen. „Wir haben einen Einkaufschef, einen



Ministerpräsident Li Peng
Peking regiert das Land nicht mehr



Reform-Funktionär Zhao Rulin: „Die Ausländer wissen nichts über uns“



Grenzstadt Shenzhen: „Wir sind sehr für den Sozialismus, aber im Detail bevorzugen wir Aktiengesellschaften"

Produktionschef, einen Verkaufschef und", er legt lächelnd eine kleine Pause ein, „und einen Parteisekretär, der muß auch sein." Mit einer Geste fügt er hinzu: Der stört nicht weiter.

stellten nach Freiheit riefen, ziemlich unbeteiligt blieben, betonen chinesische Wirtschaftsplaner in jedem Gespräch. Und den Grund liefern sie mit ein paar wenigen Zahlen nach: 1978 betrug das

die Gemeindefirmen folgen. Ihre Ausstrahlung auf Chinas Wirtschaft ist unübersehbar. „Meine Freunde bewundern mich, mein Geld, mein Ansehen", sagt Zhong Xingzuo, 37, der in Peking

Albanische Flüchtlinge im Hafen von Bari: Die Wirklichkeit hat die Utopie überholt

„Krieg des dritten Jahrtausends“

Immer höhere Emigrantenwellen branden an die Wohlstandsfestung Westeuropa. Der Höhepunkt ist noch nicht erreicht. Wenn die Sowjetunion zerbricht, müssen die Europäer mit Millionen zusätzlicher Flüchtlinge rechnen. Die EG sieht nur eine Lösung: mauern. Müssen die Deutschen das im Grundgesetz garantierte Asylrecht kippen?

Flirrende Hitze, Gestank, Geschrei. 9000 Flüchtlinge schmoren in Abfällen und Exkrementen, Soldaten und Polizisten prügeln auf Hungernde ein. Sanitäter bergen im Steinhagel Verletzte. Desperados in Lumpen stürmen, Messer und Eisenstangen schwenkend, einen mit Lebensmitteln beladenen Lastwagen.

Der Turiner Zeitung *La Stampa* kamen die apokalyptischen Szenen aus dem Hafen von Bari vor wie ein Ausblick auf den „Krieg des dritten Jahrtausends“.

Das Inferno von Bari, das Europa entsetzte und Italien beschämte, ließ die Schreckensvisionen des futuristischen Globo-Thrillers „Der Marsch“ noch hinter sich, mit denen der britische Fernsehautor William Nicholson letztes Jahr das europäische Fernsehpublikum zum Erschauern gebracht hatte.



Britischer Fernsehfilm „Der Marsch“: Das Recht auf Freizügigkeit droht vor dem

In Nicholsons „Marsch“ gelingt es einer verzweifelten Armee von Miserablen, in Booten von Tanger nach Spanien überzusetzen. Kurz hinter Algeciras werden sie gestoppt – von einer „europäischen Armee“. Das Ende bleibt offen.

Der Film läßt der Phantasie Raum für Barmherzigkeit. In Bari dagegen wurden die meisten albanischen Flüchtlinge erbarmungslos in die Boote zurückgeknüppelt. Seitdem patrouillieren italienische Kriegsschiffe in der Adria, um Flüchtlingsschiffe, die die Wohlstandsfestung Westeuropa ansteuern, schon auf hoher See abzudrängen. Die Wirklichkeit hat die Utopie überholt.

Seit „Der Marsch“ im vergangenen Jahr über die europäischen Sender ging, ist die Flüchtlingswoge wieder um rund ein Viertel angeschwollen. Allein die Bundesrepublik nahm im vergangenen Jahr rund 600 000 Aussiedler und Asylbewerber auf. In diesem Jahr kommen täglich weitere 500 Ausländer dazu.

Zur Zeit leben in den zwölf Ländern der Europäischen Gemeinschaft knapp zehn Millionen Emigranten und Flüchtlinge. Mindestens fünf Millionen werden für die nächsten drei, vier Jahre erwartet – wobei die Prognosen ständig nach oben korrigiert werden müssen.

Der traditionelle Asylliberalismus der EG-Europäer droht unter dem zunehmenden Druck von außen zusammenzubrechen. Denn den Nutzen daraus ziehen nicht mehr in erster Linie Unterdrückte und Verfolgte. Die meisten Ankömmlinge sind auch nicht echte Hungerflüchtlinge, sondern tatkräftige, junge Menschen, die nicht resigniert haben und die in der Regel finanziell noch gut genug ausgestattet sind, um sich den Flugschein nach Frankfurt oder das Honorar für den Schlepper an der Oder-Neiße-Grenze leisten zu können.



Polizeieinsatz in Bari: In die Boote geknüppelt

Vor ihrem Ansturm droht jetzt das Recht auf Freizügigkeit zu kapitulieren, das die KSZE-Erfinder 1975 in der Schlußakte von Helsinki verankerten.

Schon US-Präsident Richard Nixon hatte 1972 bei einem Besuch in Peking den Unterschied zwischen praktischer und proklamierter Freizügigkeit von seinen Gastgebern vorgeführt bekommen. Auf seine forsche Aufforderung, nun endlich mehr Reisefreiheit zu gewähren, antwortete Mao Tse-tung: „Gewiß doch, wie viele Millionen Chinesen darf ich Ihnen nach New York schicken?“

Von den Asylbewerbern, die gegenwärtig in Europa eintreffen, stammt nur eine Minderheit aus totalitären Staaten der wirklich rabiaten Art. Über 90 Prozent aller Anträge werden in der Bundesrepublik mangels ausreichender Begründung abgelehnt. Von 11 000 Indern wurde in vier Jahren nur ein einziger anerkannt. Und ähnlich liegen die Quoten überall in Europa.

In den Bewerbergruppen aus Schwarzafrika tendiert die Anerkennungsquote gegen null. Nigerianer kommen in großer Zahl, obwohl in Nigeria – gemessen an afrikanischen Verhältnissen – relativ zivile und liberale Zustände herrschen. Aus der benachbarten Republik Liberia, die von einem mörderischen Bürgerkrieg zerrissen ist, kommt fast keiner.

Die große Masse der Flüchtlinge macht sich nicht aus Angst vor Verfolgung auf den Weg, sondern aus Angst vor der wirtschaftlichen Zukunft. Die Weltbevölkerung wächst rasanter, als es sich die Demographen vorstellen konnten. Heute leben fünfeinhalb Milliarden Menschen auf dem Globus. In 35 Jahren werden es achteinhalb Milliarden sein.

Das Wachstum findet fast nur in China und in der Dritten Welt statt. Nach Berechnungen der Uno wird es vermutlich erst bei etwa 14 Milliarden zum Stillstand kommen. Die Bevölkerung Deutschlands wird sich bis dahin beinahe halbiert, die Bevölkerung der Türkei beinahe verdreifacht haben. Der größte Auswanderungsdruck herrscht in den



millionenfachen Ansturm der Asylbewerber zu kapitulieren

„Wir werden es immer wieder versuchen“

In Albanien droht nach der Massenflucht der Ausbruch neuer sozialer Unruhen

Lässig, als habe er bloß einen mißglückten Wochenendausflug hinter sich, lungert der 17jährige Clirim vor dem breiten Stacheldrahtzaun, der das Hafengelände von Durres als Militärbezirk abriegelt.

Ob er noch mal einen Fluchtversuch riskieren würde?



es immer wieder versuchen, so lan-

werden der vers

war mit meinen Freunden am Strand. Plötzlich rief jemand: Im Hafen liegen Fluchtschiffe – die bringen uns nach Hol-

dern.

Eines ist wohl sicher: Albaniens Präsident Ramiz Alia war über die Massen-

das rund 190 Mark.

Daß Albaniens drei Millionen Einwohner unter der Armutsgrenze

Produkte, sind auf-

ern hatten eilung von onaten zur

Platz auf dem Schiff und den Fischerbooten prügelten.

Im Hafen Vlora, etwa 100 Kilometer südlich von Durres, warteten weitere Fluchtschiffe. Dort soll der Kapitän die

ben.

Die alte Garde, glaubt Oppositionsführer Sali Berisha von der Demokratischen Partei, habe beweisen wollen, daß zuviel Demokratie nur Unzufriedenheit

phon an Bord gerufen haben.

ven, deren Bauern früher ihre zwangsweise abliefern mußten gelöst.

Mit Gewehren und Messe die Landwirte bei der Verte „Vieh und Land“ vor zwei Mo

von Vlora gehörte. In einer Tiraner Quarzfabrik verdient Mustafa monatlich 600 Lek (rund 25 Mark). Gegen das Ausströmen giftiger Gase am Arbeitsplatz gibt es keinerlei Schutzvorrichtungen. Viele Kollegen sterben früh an Krebs.

Der Facharbeiter Mustafa lebt mit zwölf Personen in einer 45 Quadratmeter großen Wohnung – zusammen mit den Familien seines Bruders, der Schwester und der schwer zuckerkranken Großmutter. Statt Wohnungen hatte Enver Hodscha für seine Untertanen Tausende von Bunkern bauen lassen.

Die Enttäuschung darüber, daß mit der Demokratie nicht über Nacht auch der Wohlstand einkehrte, macht sich vor allem unter den Jugendlichen breit. Ihre Chancen, nach der Schulausbildung einen Arbeitsplatz zu finden, sind gleich Null.

50 Prozent der Betriebe haben ihre Arbeiter schon vor Monaten in Zwangsurlaub geschickt. Seit der Handel mit den Ostblockstaaten wegfiel, fehlt für Rohstoffimporte das Geld. Die Nationalbank ist ohne Devisenreserven.

Die Industrieproduktion sank im ersten Halbjahr 1991 um 40 Prozent, die Importe überstiegen die Exporte um das Dreifache. Das gigantische Stahlwerk Elbasan, von den Chinesen 1978 halb fertig hinterlassen und von den Albanern provisorisch vollendet, wird seine 25 000 Arbeiter noch in diesem Jahr auf die Straße setzen müssen.

„Eigentlich sind alle 630 Fabriken in Albanien bankrott", gesteht Vize-Wirtschaftsminister Gjergi Konda. „Die Technologie ist 50 Jahre veraltet." Doch ein totaler Neuaufbau der Wirtschaft würde Milliarden Dollar kosten. 460 000 Industriearbeiter werden deshalb schon bald zu einem horrenden Sozialproblem.

Opposition und Gewerkschaft wollen noch für dieses Jahr, voraussichtlich für Ende November, vorgezogene Wahlen erzwingen. „Der Westen wird Albanien erst helfen, wenn Ramiz Alia und die anderen Genossen mit den blutigen Händen von der politischen Bühne verschwunden sind", sagt Sali Berisha von der Demokratischen Partei, „Alia hat kaum noch Chancen, dieses Jahr politisch zu überleben."

Ismail Kadare, albanischer Schriftsteller im Pariser Exil, wird voraussichtlich im September in seine Heimat zurückkehren. Viele sehen in ihm bereits den künftigen Präsidenten.

Doch um die Ex-Stalinisten hinwegzufegen, muß das Elend bei den Wahlen als Katalysator dienen. „Gebt gerade so viel", fordert ein Sprecher der Demokratischen Partei den Westen auf, „daß wir bis dahin nicht den Hungertod sterben."

Schwellenrandstaaten, die ihrer Bevölkerung zwar das Lebensminimum, aber keine menschenwürdige Existenz garantieren können – in den nordafrikanischen Maghreb-Staaten zum Beispiel. Die EG rechnet damit, daß es in zehn Jahren in den südlichen Mittelmeerrandstaaten für 100 Millionen Menschen keine Existenzgrundlage mehr geben wird.

Algerier, Marokkaner und Tunesier setzten sich deshalb zu Hunderttausenden in Richtung Norden ab; überwiegend nach Italien, Spanien und Frankreich, zum Teil von dort aus weiter in die übrigen Länder der Gemeinschaft. In den südlichen EG-Staaten leben inzwischen rund zwei Millionen Flüchtlinge aus den südlichen Mittelmeerländern. Nach einer Umfrage der Internationalen Arbeitsorganisation würden allein 2,3 Millionen junge Türken sofort ihre Heimat in Richtung EG verlassen, wenn sie dürften.

Die Industriestaaten müßten das Übel an der Wurzel bekämpfen und ausreichend Nahrung und Jobs für die Menschen der Südhalbkugel schaffen, schrieb Uno-Flüchtlingsexperte Jonas Widgren in dem Fachblatt *Flüchtlinge*. Er meint, mit der Schaffung von 35 Millionen Arbeitsplätzen im Jahr könne der Sturm auf die Wohlstandsfestungen in Westeuropa, Nordamerika und Südostasien aufgehalten werden.

Doch dazu wäre der Einsatz gigantischer Summen erforderlich. Und am Ende wäre die Sogwirkung der reichen Welt auf die Armen dennoch kaum zu unterbinden. Entwicklungspolitik als Mittel zur Eindämmung der Flut funktioniert nicht einmal im bescheidenen Rahmen: Die Hilfsprogramme, mit denen die EG Flüchtlinge zur Rückkehr in die Heimat animieren will, werden nicht angenommen.

Der Zusammenbruch des Kommunismus und die Erosion der staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung in Osteuropa haben das Problem potenziert. Osteuropäer nutzen ihre neuen Freiheiten, um sich zu Hunderttausenden nach Westen abzusetzen.

Allein Polen hat im letzten Jahr über eine Viertelmillion Rumänen, die meisten davon Zigeuner, aufnehmen müssen. Die Regierung in Warschau ist formell zwar zur Zusammenarbeit mit den deutschen Nachbarn bereit, um die Flut einzudämmen. Doch sie ist dankbar für jeden Rumänen oder Bulgaren, der den Abgang über die Westgrenze schafft. Die Grenzsoldaten schauen meistens weg.

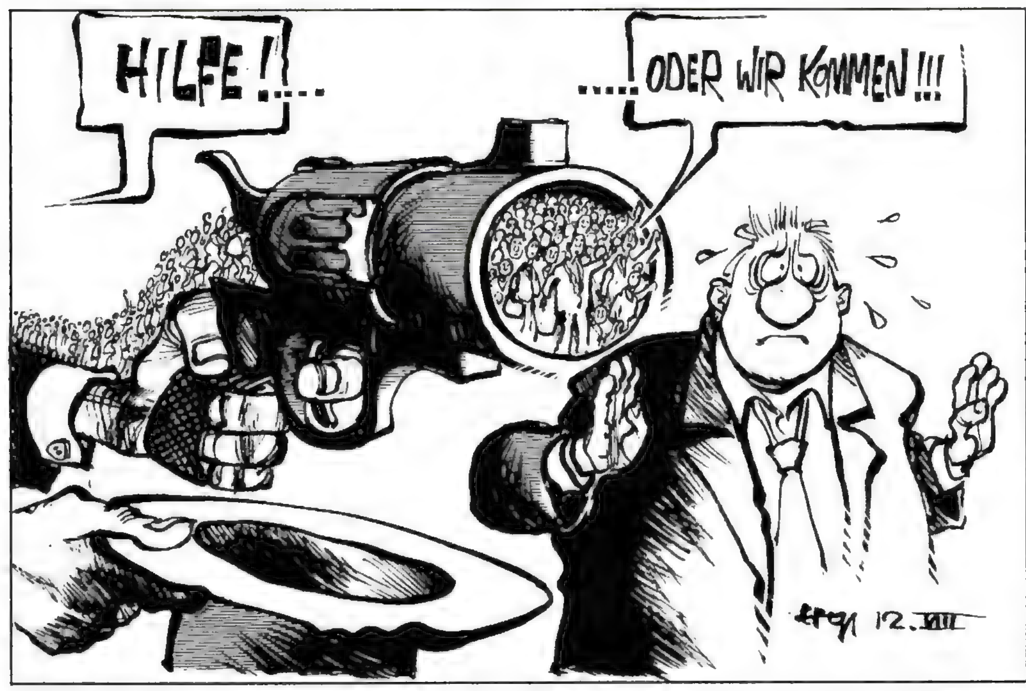
Der nächste große Schub wird aus Jugoslawien erwartet. Wenn der Bürgerkrieg nicht gestoppt wird, womöglich außer Kontrolle gerät, ist ein totaler wirtschaftlicher Zusammenbruch unausweichlich.

Die Fluchtbewegungen aus Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien sind aber bislang nur Rinnsale im Vergleich zu dem Strom, der auf Westeuropa zukommt, wenn die Sowjetunion ihre Grenzen öffnet.

Der sowjetische Parlamentsvizepräsident Iwan Laptew rechnet mit 5 bis 6 Millionen Emigrationswilligen. Österreichs Innenminister Franz Löschnak erwartet 10 Millionen, Prags Ex-Bürgermeister Jaroslav Koran sogar 20 Millio-



Zigeuner bei Stettin: Die polnischen Grenzsoldaten schauen meistens weg



tz, München

Wenn die Albaner vorletzte Woche nicht Bari, sondern Hamburg angesteuert hätten, wäre ihnen der Zugang zum gelobten Land sicher gewesen. In Deutschland braucht ein Emigrant nur seinen Rechtsanspruch auf Asyl anzumelden, um eingelassen zu werden.

Die EG-Partner befürchten deshalb, dieses vom Grundgesetz garantierte Recht könnte zum gesamteuropäischen Laisser-passer für unerwünschte Ausländer werden. Zu einer einheitlichen EG-Regelung kann es deshalb ohne Änderung der Bonner Verfassung kaum kommen.

Je offener die Grenzen innerhalb Europas sind, um so stärker müßten die äußeren Grenzen gesichert werden. Doch Europa hat viele tausend Kilometer offene Flanken. Allein über die knapp 200 Kilometer lange sowjetisch-norwegische Grenze kamen letztes Jahr mehr als 10 000 Flüchtlinge – 200mal so viele wie vor 20 Jahren. Selbst Grenzbefestigungen sind keine Garantie gegen illegale Einwanderer. Die Nordamerikaner sperren ihre Grenze nach Mexiko mit Gittern und Elektrozäunen. Trotzdem schaffen jedes Jahr ein bis zwei Millionen den Sprung nach drüben.

Bis Ende 1993 sollen nun die zwölf ihre Vorschriften im Bereich des Ausländer- und Einwanderungsrechts aufeinander abstimmen. Den weltweit einmaligen bundesdeutschen Standard werden die übrigen Europäer nicht für sich akzeptieren. Die meisten haben Listen von „sicheren Ländern“ wie etwa Rumänien, Sri Lanka und der Sowjetunion, in die Antragsteller ohne Umschweife zurückgeschickt werden können.

In Frankreich und Belgien werden Asylbewerber aus Afrika und Asien gar nicht erst ins Land gelassen, bevor ihr Asylanspruch feststeht. Französische Grenzbeamte weisen jährlich 70 000 Personen zurück. In den Niederlanden haben abgewiesene Asylaspiranten zwar ein Appellationsrecht, aber sie müssen das Ergebnis im Gefängnis abwarten.

Dabei wäre eine gesteuerte Einwanderung mit Totalintegration volkswirtschaftlich sogar ein Aktivposten. Die University of Maryland hat in vergleichenden Studien nachgewiesen, daß Neueinwanderer in Kanada und in den USA im Schnitt mehr Steuern zahlen und weniger Sozialhilfe beanspruchen als alteingesessene Bürger. Der Antrieb, nach oben zu kommen, ist größer als die Verlockung, sich mit dem Mini-

nen. Nach einer Umfrage des Münchner Sinus-Instituts in der UdSSR würde jeder vierte Erwachsene lieber in Deutschland leben als in der UdSSR. Das wären theoretisch 50 Millionen.

Die Anrainerstaaten reagieren teils konfus, teils in Panik auf derlei Perspektiven. Der polnische Verteidigungsminister Pjotr Kolodziejczyk will ein Drittel seiner Streitkräfte in Garnisonen an der 750 Kilometer langen polnischen Ostgrenze verlegen. Die Finnen setzten im letzten Winter zusätzliche Eisbrecher am Finnischen Meerbusen ein, um fluchtwilligen Esten und Russen den Weg übers Eis abzuschneiden.

Das sowjetische Parlament hat zwar per Gesetz jedem Bürger das Recht auf einen Paß zugestanden. Doch in der Praxis ist die neue Freiheit von so vielen bürokratischen und finanziellen Hindernissen umstellt, daß sie in naher Zukunft nur von wenigen genutzt werden kann.

Erst der Totalkollaps des Sowjetsystems, so meint der im heutigen Belorußland geborene polnische Autor Ryszard Kapuściński, werde „riesige Menschenmassen in Richtung Westen in Bewegung setzen“. Auch der Geschichtsprofessor Hagen Schulze von der Bundeswehrhochschule in München prophezeit: „Wir werden eine Völkerwanderung erleben, wie es sie in der Weltgeschichte noch nicht gegeben hat.“

In den vergangenen fünf Jahren haben nur 700 000 Sowjetbürger ihr Land legal für immer verlassen – darunter 200 000 Juden in Richtung Israel und 150 000 Volksdeutsche in Richtung Bundesrepublik.

Selbst wenn es nicht zu dem befürchteten ungeordneten Massenexodus kommt, muß Deutschland für die nächsten Jahre noch einmal mit zwei bis vier Millionen Aussiedlern rechnen – vorausgesetzt, es bleibt bei dem Grundrecht für die Deutschstämmigen in aller Welt auf freien Zugang zur Bundesrepublik.

Soll Westeuropa sich zu seiner Rolle als Einwanderungsraum bekennen, wie SPD-Querdenker Oskar Lafontaine vorschlägt? Der saarländische Ministerpräsident meint, die zwölf EG-Staaten sollten von vornherein auf Integration setzen und Ausländer zügig einbürgern. Die im Land geborenen Kinder von Emigranten sollten, wie in Frankreich, automatisch die Staatsbürgerschaft des Gastlandes erhalten.

Doch die zwölf EG-Staaten haben bislang nur wenig Bereitschaft zu einer gemeinschaftlichen Lösung der Asylantenfrage gezeigt, obwohl allen klar ist, daß nationale Alleingänge nicht mehr greifen.

Das von acht EG-Staaten unterzeichnete Schengener Abkommen, das die Aufhebung von Grenzkontrollen von 1993 an innerhalb der EG vorsieht, schreibt gemeinsame Prinzipien bei der Kontrolle der EG-Außengrenze vor. Sogenannte Drittausländer sollen in einer gesamteuropäischen Datenbank registriert werden. Deutsche Polizisten sollen dann beispielsweise verdächtige Ausländer auch auf niederländischem oder französischem Gebiet verfolgen dürfen. Zuständig für Asylverfahren und gegebenenfalls Abschiebung wird jeweils das Land sein, in dem der Flüchtling aufgegriffen wurde.

mum an staatlichen Hilfsleistungen zufrieden zu geben.

Langfristig brauchen die Wohlstandseuropäer sowieso ausländische Arbeitskräfte, um ihr soziales Gefüge in der Balance zu halten. Und es kommen ja nicht die schlechtesten. Die Bundesrepublik, so sagte Professor Wadim Sokolinski vom Moskauer Finanz-Institut optimistisch, könne fünf Millionen Sowjetarbeiter doch sicher gut gebrauchen – sie seien jedenfalls „besser ausgebildet als die Türken".

Doch trotz Schreckensszenen wie denen von Bari ist der innere Druck offenbar noch nicht so groß, daß die Europäer bereit wären, die Einwanderungslösung zu akzeptieren. „Die Gewöhnungsleistung, die dazu erbracht werden muß", sagt der SPD-Asylexperte Dietrich Sperling, „ist in dieser Generation noch nicht zu haben."

Nahost

Alles schwere Jungs

Kommen im Libanon alle Geiseln frei? Noch gibt es etliche Schwierigkeiten.

Durch den Äther drangen Johann Sebastian Bachs Toccata und Fuge in d-Moll. Irgendwo in einem dunklen Verlies des moslemischen West-Beirut, wo er seit über vier Jahren als Geisel gefangengehalten wird, könnte Terry Waite, 52, vergangenen Donnerstag seine Lieblingsmusik über ein kleines Radio empfangen haben, das ihm die Entführer beließen.

Das ist zumindest die Hoffnung seiner Angehörigen, die Waite die musikalische Botschaft über den Kurzwellensender der BBC schickten.

Daß der hünenhafte, vollbärtige Gesandte des anglikanischen Erzbischofs von Canterbury, der im Januar 1987 in die libanesische Hauptstadt reiste, um über die Freilassung entführter Landsleute zu verhandeln, und dabei selbst in die Hände schiitischer Kidnapper geriet, das eigens für ihn gesendete Bach-Stück gehört hat, ist gar nicht so unwahrscheinlich.

Denn Waite, so berichtete sein Zellengenosse John McCarthy, der vor zwei Wochen freigelassen wurde, habe fast „rund um die Uhr" dem Rundfunksender aus London gelauscht. Es war die einzige Abwechslung in der trostlosen Monotonie des Geiselalltags.

Solche Signale der Außenwelt, weiß der Journalist McCarthy aus eigener Erfahrung, sind für die Gefangenen buchstäblich überlebenswichtig. Der Franzose Jean-Paul Kauffmann, der von Mai 1985 bis Mai 1988 in libanesischer Geiselhaft saß, beklagte in seinen Erinnerungen vor allem den Verlust jeden Lebenssinns:



Schiiten-Führer Ubeid
Beste Trumpfkarte Israels

„In dieser unterirdischen Welt von Beirut, wo die Leiber einer geschundenen Menschheit vor sich hinvegetieren, ist das Schlimmste nicht die völlige Isolierung, nicht der Hunger und nicht einmal die schlechte Behandlung. Es ist das Gefühl, von der Welt vergessen zu sein."

Doch jetzt haben die Verschleppten, die sich noch in den Händen der islamischen Menschenräuber befinden – fünf Amerikaner, drei Briten und die beiden Deutschen Thomas Kemptner und Heinrich Strübig –, so gute Chancen wie noch nie. Ein schreckliches Kapitel in der Geschichte des nahöstlichen Terrorismus könnte möglicherweise schon bald zu Ende gehen.

Drehscheiben des Menschenhandels waren vergangene Woche Genf und Jerusalem. In der Schweiz verhandelte Uno-Generalsekretär Pérez de Cuéllar mit einer israelischen Delegation über „den größten Geisel-Deal im Nahen Osten" (ein Uno-Beamter).

Israel hält seit Jahren 375 libanesische und palästinensische Gefangene fest. Prominentester Häftling ist der schiitische Geistliche Scheich Abd el-Karim Ubeid, 38, einer der Führer der libanesischen Gottespartei Hisb Allah, die wiederum hinter den Kidnappings fast aller westlichen Geiseln steckt.

Ubeid war im Juli 1989 von einem israelischen Kommandotrupp aus seinem Haus im südlibanesischen Dschibschit entführt und per Hubschrauber in den Judenstaat geschafft worden.

Vor allem mit dieser „Trumpfkarte" (so Jerusalems stellvertretender Außenminister Benjamin Netanjahu) will die Regierung die Freilassung von sieben israelischen Soldaten erzwingen, die teilweise schon seit 1982 im Libanon vermißt werden. Über ihren Verbleib konnte selbst der Geheimdienst Mossad nichts erfahren.

Erst vergangene Woche gab der Palästinenserführer Ahmed Dschibril, Chef der Terrortruppe „Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando" (PFLP-GC), in Damaskus Aufschluß über das Schicksal der Verschollenen: Danach befänden sich drei Soldaten in seiner Gewalt, drei seien nicht mehr am Leben, einer werde vermißt. Wo die Toten begraben liegen, wußte angeblich nur einer: der 1988 von einem is-



Arabische Gefangene im Südlibanon: „Größter Geisel-Deal in Nahost"

raelischen Kommando in Tunis ermordete PLO-Obere Abu Dschihad.

Ein auf Videoband festgehaltenes Lebenszeichen eines der Gefangenen, etwa des 1986 über dem Libanon abgestürzten Navigators Ron Arad, könnte das Geisel-Karussell zum Drehen bringen. Als Gegenleistung für diese Information, so Israels Chefunterhändler in Genf, Uri Lubrani, würde seine Regierung zum „Zeichen des guten Willens" 50 Gefangene, „alles schwere Jungs", laufenlassen.

Scheich Ubeid, stellte Vize-Außenminister Netanjahu klar, würde bei einem Austausch allerdings zu den letzten gehören – dieses Faustpfand könne Israel nicht leichtfertig herausrücken.

Im krassen Gegensatz zur erklärten Politik der unnachgiebigen Härte gegenüber terroristischer Erpressung hat Israel immer wieder arabische Gefangene freigelassen. Vor allem die Auslösung gefangener Soldaten aus Feindeshand war für Premier Jizchak Schamir stets eine „heilige Pflicht".

Zuletzt hatte Jerusalem im Mai 1985 für drei israelische Soldaten 1150 verhaftete Palästinenser freigegeben. 630 angebliche Intifada-Anstifter durften unter dem Jubel ihrer Volksgenossen wieder in die besetzten Gebiete zurückkehren.

Was den jetzt geplanten Geisel-Deal noch im letzten Moment gefährden könnte, so ein israelisches Delegationsmitglied in Genf, sei „die völlige Unzuverlässigkeit der Hisb Allah. Heute sagen sie ja, morgen vielleicht und übermorgen nein. Sie vergessen, was man eine Stunde zuvor verabredet hat". Indirekt räumte der Israeli damit ein, daß sein Land schon in der Vergangenheit mit der schiitischen Terrororganisation Kontakt aufgenommen hatte.

Die Hisb Allah, deren Anhänger sich oft hinter martialisch klingenden Namen wie „Partisanen der Islamischen Dschihad-Organisationen" oder „Organisation der Unterdrückten der Erde" verbergen, wird seit 1982 spirituell, militärisch und vor allem finanziell vom Iran unterstützt. Am Mittelmeer, nahe dem verhaßten Judenstaat, hofften die Mullahs damals eine „Islamische Republik" erzwingen zu können.

Gründer der Hisb Allah war der ehemalige iranische Botschafter im benachbarten Syrien, Haschemi Mohtaschemi. Er stieg später zum Innenminister auf und ist heute der einflußreichste Widersacher des pragmatischen Staatspräsidenten Rafsandschani, dem er offen „Verwestlichung" und „Verrat an den Ideen von Ajatollah Chomeini" vorwirft.

Für die Beiruter Geiseln – vor allem die beiden deutschen – war es ein Unglück, daß sie zum Spielball von Machtinteressen innerhalb der Teheraner Führung wurden. Denn zu den engsten Weggefährten Mohtaschemis im Libanon gehört neben dem von Israel verschleppten Scheich Ubeid ein Mann namens Mahdi Hamadi.



Rafsandschani



Mohtaschemi

Iranische Rivalen
Machtkampf um Freilassung

Mahdi, Sicherheits- und Geheimdienstchef der Hisb Allah, ist der ältere Bruder der beiden in der Bundesrepublik einsitzenden Terroristen Abbas und Mohammed Hamadi. Die Deutschen Strübig und Kemptner, Mitarbeiter einer Hilfsorganisation, die vor über zwei Jahren im Südlibanon entführt wurden, sind die einzigen, die sich nicht in der Gewalt der Hisb Allah befinden, sondern „Privatgeiseln" (ein BKA-Ermittler) des Hamadi-Clans sind.

Das bestätigte vorige Woche auch der iranische Botschafter in Bonn: „Es ist sehr schwierig, die Familie zu überreden, ihre Geiseln freizulassen, solange ihre Söhne und Brüder in Deutschland einsitzen."

Die Hamadi-Familie stammt aus dem Südlibanon. Lange lebte sie von Tabakanbau und Landwirtschaft. Ein Teil des Clans wanderte in den vierziger Jahren nach Westafrika aus und brachte es mit Diamantenhandel zu Reichtum. Auch die im Land gebliebenen Hamadis machten mit Geschäften in Beirut reichlich Geld. „Keine libanesische Familie ist so weit verzweigt und hält dennoch so eng zusammen wie der Hamadi-Clan", urteilt Ghasi Kinaan, Syriens Geheimdienstchef im Libanon.

Unbestrittener Clan-Chef ist Mahdi Hamadi. Jede Nacht wechselt der hochgewachsene Endvierziger mindestens einmal sein Domizil. Ihm gehören allein in Beirut zwölf Wohnungen. Von ihm gibt es keine Bilder: Als drei libanesische Fotografen ihn vor vier Jahren im Haus des geistigen Hisb-Allah-Führers Scheich Fadlallah zufällig ablichteten, verschwanden sie noch am selben Tag und tauchten bis heute nicht mehr auf.

Drei- bis viermal pro Jahr reist Hamadi, ausgestattet mit einem iranischen, zeitweise auch mit einem algerischen Diplomatenpaß, über Damaskus nach Teheran, wo er mit Mohtaschemi zusammentrifft. Nach westlichen Geheimdienst-Vermutungen nimmt er dort Dollar-Millionen für die Hisb Allah in Empfang.

Im Gegensatz zu Präsident Rafsandschani, der das nahöstliche Geiseldrama so schnell wie möglich beenden möchte, um seine Politik der Öffnung zum Westen zu erleichtern, will Mohtaschemi die Gefangenen noch lange behalten. Die ihm nahestehende Teheraner Zeitung *Kayhan* bezeichnete vergangene Woche die jüngste Freilassung zweier Geiseln als einen Fehler.

Sein Gefolgsmann Mahdi Hamadi möchte die Sondergefangenen erst freigeben, wenn das Schicksal seiner Brüder in Deutschland in seinem Sinne geklärt ist – also unabhängig von dem sich anbahnenden Geisel-Deal mit Israel. Vor Hisb-Allah-Offizieren erklärte Mahdi Hamadi kürzlich, daß seine alte Mutter ihn unter Tränen angefleht habe, ihre Söhne aus den deutschen Gefängnissen zu befreien. Er habe ihr versprochen: „Lieber sterbe ich, als daß dein Wunsch nicht erfüllt wird."



Kemptner



Strübig

Deutsche Verschleppte: Privatgeiseln der Hamadis



Jugendliche Hamas-Kämpfer in den von Israel besetzten Gebieten: „Rache für die Opfer der Intifada"

„Bis zum letzten Sandkorn"

Islamische Fundamentalisten bedrohen den Friedensprozeß zwischen Israelis und Arabern

Die Mörder kamen pünktlich zur Frühschicht. Als der israelische Dreher Mosche Eiwan, 30, und die Sekretärin Iris Asraf, 22, morgens um acht vor den Toren der Firma Alum-Schin im Industriegebiet von Jaffa erschienen, trafen sie dort auf ihren Kollegen Aschraf Baludschi, 19, einen Palästinenser aus dem Gazastreifen.

Baludschi war an diesem Morgen in Begleitung eines anderen Mannes gekommen, den die beiden Israelis weiter nicht beachteten. Arglos wollten sie die Metallfabrik betreten, da stachen die beiden Araber plötzlich von hinten zu.

Ein Arbeiter, der zu Hilfe eilte, wurde das dritte Opfer des blutigen Anschlags. Die Polizei, die eine halbe Stunde später am Tatort eintraf, fand die Leichen aufgeschlitzt und schrecklich entstellt. „Dies", verkündete eine schwarzgesprühte Wandparole, „ist Rache für die Opfer der Intifada."

Solch grausame Attentate gegen willkürlich ausgewählte Opfer sind eine ausforderung für die Besatzungsmacht Israel geworden ist.

Die Beispiele häufen sich in den letzten Monaten: Per Taxi fuhr Mohammed Abu Dschallah, 26, aus dem Flüchtlingslager Dschabalja im Gazastreifen in den Jerusalemer Stadtteil Kirjat Hajovel. Dort, an der Bushaltestelle neben dem Kinderspielplatz, zog er plötzlich ein Messer und erstach vier Frauen. Sein Kampfruf: „Allahu akbar", Gott ist am größten.

Aus seinem Haß machte der Krankenpfleger, der von einem zufällig vorbeikommenden Polizisten angeschossen wurde, kein Hehl. „Es wäre besser für die Juden, wenn sie mich töten würden", erklärte er später dem Gericht, das ihn zu viermal lebenslang verurteilte, „denn wenn ich eines Tages freikommen sollte, werde ich weiter Juden töten – so viele wie möglich."

Die Drahtzieher von Hamas erreichten mit den scheinbar sinnlosen Anschlägen ihr Ziel: Die einsamen, unberechenbaren Killer sollen die zionistischen Erzfeinde in Angst und Schrecken versetzen

Der „Krieg der Steine", die Massenbewegung von Frauen, Jugendlichen und Kindern, die am Anfang so charakteristisch für die Intifada war, ist in einen bewaffneten Kampf von isoliert operierenden Kommandos umgeschlagen. Der Einsatz von Handgranaten und Schußwaffen hat dramatisch zugenommen. Er fordert immer mehr Opfer unter den Besatzern: Seit Anfang des Jahres starben 35 Israelis, mehr als 4600 wurden verletzt.

„Die Intifada wird sich noch verschärfen", prophezeit ein Militärangehöriger, der vermutet, daß religiöse und politische Extremisten nunmehr mit Gewalt versuchen werden, den von den USA vorangetriebenen israelisch-arabischen Friedensprozeß zu sabotieren: „Der harte Kern der Terroristen wird alles daransetzen, die Situation anzuheizen – durch den Gebrauch von Molotow-Cocktails und Schußwaffen."

„Quality attacks" heißen solche Anschläge im Jargon der israelischen Sicherheitsdienste, gegen die auch Posten

besetzten Gebieten die steinewerfenden Jugendlichen halbwegs in Schach halten. Gegen die islamischen Einzelkämpfer sind die Streitkräfte jedoch weitgehend machtlos. Für die Israelis ist Hamas inzwischen bei weitem bedrohlicher als die PLO ihres alten Feindes Jassir Arafat.

„Die Zahl der Zwischenfälle, die von der PLO organisiert werden, ist insgesamt höher, aber die Attacken der Fundamentalisten sind viel gefährlicher", sagt ein Regierungsbeamter. „Der Heilige Krieg hat schon begonnen."

Die drei Jugendlichen, die sich, mit Müllsäcken und Papiertüten vermummt, in der Nähe von Dschebal Mukabir eingefunden haben, sind Frontsoldaten dieser Schlacht. Sie sprühen Wandparolen und verteilen Flugblätter, werfen Steine, bauen Barrikaden. Und sie überwachen die Einhaltung der Streiktage, verfolgen Spitzel und ermorden Kollaborateure. Halbwegs sichere Zuflucht vor den israelischen Häschern bieten ihnen primitive Höhlenverstecke in der unzugänglichen Karstlandschaft außerhalb Jerusalems.

Kommandiert werden die „Schabab" (Jugendlichen) von Studenten und jungen, eloquenten Akademikern der Bir-Seit-Universität. An dieser Hochschule, einst Hochburg der PLO, haben die islamischen Fanatiker inzwischen das Sagen, an den Wänden der Cafeteria prangen Plakate und Parolen von Hamas.

„Natürlich können wir mit unseren Methoden nicht die Besatzung beenden", erklärt einer von ihnen, ein Maschinenbaustudent, der sich Mohammed nennt: „Die Attacken sollen nur die Spannung zwischen Moslems und Juden aufrechterhalten." Dafür seien alle Mittel recht, auch das Niederstechen von Zivilisten: „Sie mögen es abscheulich finden, aber es ist nichts verglichen mit dem, was die Juden Palästinensern antun."

Und als Beweis dafür, daß die Strategie funktioniert, zitiert der junge Mann disch-arabischen Nebeneinander abzufinden. „Keinen Frieden mit den Usurpatoren", droht dagegen ein Flugblatt von Hamas.

Territoriale Zugeständnisse betrachten die Fundamentalisten als Kapitulation vor den Zionisten: „Palästina", so ihr Grundsatz, „ist unteilbar und gehört den Palästinensern vom Mittelmeer bis zum Jordan, von der libanesischen Grenze bis zur Negev-Wüste."

Juden schmähen sie als „Blutsauger" und Gegner aller Gläubigen: „Sie sind legitime Ziele, die getötet werden müssen", befiehlt ein Pamphlet und fordert „die Befreiung Palästinas bis zum letzten Sandkorn".

In diesem Krieg kämpft Hamas (etwa: Eifer, Begeisterung) in vorderster Linie. Diese islamische Widerstandsbewegung ist der im Untergrund operierende militärische Arm der Moslembruderschaft in Palästina.



Niedergestochene Israelin in Jerusalem
Tod an der Bushaltestelle

Ihre Anhänger wurden bei Razzien der Israelis zu Hunderten festgenommen, die gefährlichsten Drahtzieher ins Ausland abgeschoben. Ihr oberster Führer, Scheich Ahmed Jassin, sitzt wegen Mordverdachts in Haft – dennoch ist die Kraft der Bewegung ungebrochen. „Die Verhaftungswellen brachten die wichtigste unter den radikalen Moslemorganisationen des Nahen Ostens". Gegründet wurde sie schon 1928 in Ägypten, als Reaktion frommer Moslems auf die Vorherrschaft westlicher Ideen. Sie verwarfen Kapitalismus wie Sozialismus; nach dem Vorbild des Propheten Mohammed und der ersten Kalifen wollten sie in einem idealen Gemeinwesen die Welt beherrschen, auf der Grundlage von „Gerechtigkeit, Gehorsam und gemeinschaftlichem Ratschlag".



Palästinenser Abu Dschallah
„Ich werde weiter Juden töten"

Der Verein von Idealisten wuchs inzwischen zu so etwas wie einem religiösen Multi heran: Die Moslembrüder und ihr militärischer Ableger Hamas verfügen über Büros in Amman und New York, Manchester und München. Das offizielle Hamas-Organ *El-Filastin el-muslima* wird in Großbritannien gedruckt, der jüngste internationale Hamas-Kongreß fand in Kansas City statt.

Nach Israels Eroberung des Westjordanlandes und des Gazastreifens im Sechs-Tage-Krieg 1967 gingen die militanten Moslems zunächst nicht auf Konfrontationskurs, im Gegenteil. Sie arrangierten sich mit der Besatzungsmacht und suchten zugleich engen Kontakt mit den Arabern im israelischen Kernstaat. Der Heilige Krieg für die Befreiung Palästinas, predigten sie, komme vorerst nicht in Frage, die Zeit dafür sei nicht reif.

Während die PLO ihre Kämpfer zu

der Zeloten – vor allem im Gazastreifen.

Dort unterwanderten die fundamentalistischen Fanatiker unter den Augen der Militärverwaltung Schulen, Universitäten und religiöse Institutionen. Die Israelis beobachteten mit Genugtuung, wie der politische Alleinvertretungsanspruch der PLO erstmals ernsthaft in Frage gestellt wurde. Moslemführer Scheich Jassin hatte aus seiner Abneigung gegen Arafat nie ein Hehl gemacht, die Chefs der PLO als „Alkoholiker“ und „Schweinefleisch-Esser“ beschimpft.

Dank solcher Tiraden erwarb sich der Scheich zunächst das Wohlwollen der Besatzer, die dafür geflissentlich das radikale Fernziel der Fundamentalisten übersahen: die Zerstörung des jüdischen Staates. Geheimdienst und Armee setzten, wider den Rat ihrer eigenen Experten, auf die Kriegslist „Teile und herrsche“ – in der Hoffnung, der Widerstand der Palästinenser werde durch die Spaltung entscheidend geschwächt.

„Es war eine fürchterliche Fehlkalkulation“, gesteht ein israelischer Offizier, der den Ausbruch der Intifada im Dezember 1987 miterlebt hat. Denn als sich im Gazastreifen Frustration und Hoffnungslosigkeit in einer Welle von spontanen Massendemonstrationen entluden, waren es gerade die militanten Moslems, die besser als die PLO den Charakter der Volksbewegung erkannten.

„Die Juden haben erwartet, daß die Generation, die seit 1967 heranwuchs, eine elende, erniedrigte Generation von Spitzeln ist, geschult nur in der Niederlage“, hieß es in einem der ersten Flugblätter von Hamas im Dezember 1987 – aber etwas anderes ist eingetreten – das Erwachen des moslemischen Volkes.“

Gerade der Radikalismus machte Hamas für viele Jugendliche attraktiv. Schon im ersten Jahr der Intifada erwiesen sich die Zellen der Widerstandsbewegung als die militantesten Stoßtrupps des Aufstands.

Selbst die harten Repressalien der israelischen Armee, gekoppelt mit wirtschaftlichen Vergeltungsmaßnahmen, konnten den Zuwachs der Moslemorganisationen nicht stoppen. „Wir sind heute die wichtigste Gruppe im Gazastreifen“, sagt Mahmud Sahar, 59, „hier glauben höchstens noch fünf Prozent der Bevölkerung an den Sozialismus.“

„Die linken Ideologien haben versagt“, meint Sahar, praktizierender Chirurg und seit der Verhaftung von Scheich Jassin der wichtigste Führer der Moslembruderschaft in Gaza, „nur der Islam kümmert sich um die allgemeinen politischen Zielsetzungen wie auch um die alltäglichen Probleme der Menschen.“

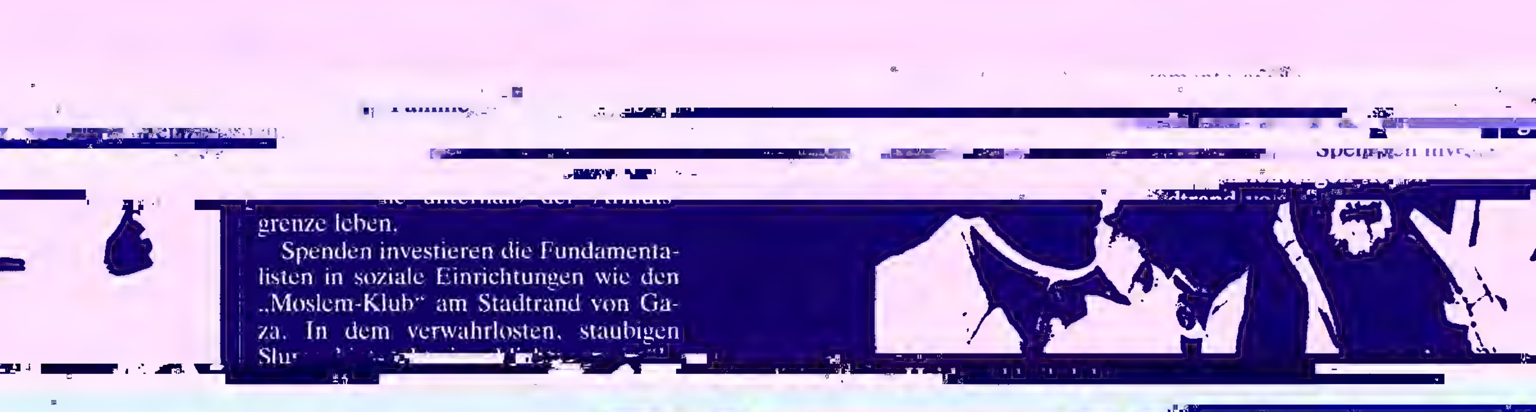
Mit dieser Mischung aus religiös-politischen Visionen und praktischer Lebenshilfe gewinnen die Frommen Zulauf, auch bei weniger gläubigen Palästinensern. Mittlerweile geben die Moslemorganisationen nicht nur in Gaza den Ton an, auch im Westjordanland haben sie ganze Straßenzüge, Stadtteile und Dörfer zu fundamentalistischen Enklaven gemacht. Wo immer der Islamische Block bei Wahlen zu Handelskammern und Berufsverbänden antritt, gewinnt er klare Mehrheiten.

Die Verlierer sind die weltlichen, gemäßigteren Parteien. „Es reicht nicht aus, sich mit ausländischen Diplomaten zu treffen“, meint Sakarija el-Agha, Chef der Ärztevereinigung von Gaza und PLO-Vertreter, selbstkritisch, „wir müssen uns um die Anliegen unserer Menschen kümmern. Nur das wird uns wieder Glaubwürdigkeit verschaffen.“

Das Vertrauen vieler Palästinenser in die PLO hat durch die sichtbar gewordene Korruption der Politkader schwer gelitten. Gaben aus den Nachbarländern, gestiftet für die Palästinenser, versickerten im aufwendigen Apparat der PLO oder wurden auf die Privatkonten einzelner Führer umgeleitet. Und seit dem Golfkrieg fließen Millionenspenden etwa der Saudis nicht mehr an die PLO, sondern an die Fundamentalisten.



Hamas-Funktionär



grenze leben.

Spenden investieren die Fundamentalisten in soziale Einrichtungen wie den „Moslem-Klub“ am Stadtrand von Gaza. In dem verwahrlosten, staubigen

Rivalität zwischen den militanten Moslems und den PLO-Sympathisanten entlädt sich immer häufiger in mörderischen Konflikten. Der Aufstand gegen die israelische Besatzungsmacht ist auch zum Bruderkrieg der Palästinenser verkommen, hat sich zur blutigen Machtprobe zwischen den Bannerträgern der Intifada verkehrt. Fast 100 Palästinenser wurden seit Anfang des Jahres von ihresgleichen als Verräter oder Kollaborateure umgebracht.

Die Friedensdiplomatie von US-Außenminister James Baker hat die Konfrontation zwischen PLO und Hamas noch verschärft. Während moderate PLO-Vertreter Hoffnungen auf das Zustandekommen einer historischen Friedenskonferenz setzen, argwöhnen militante Moslems, daß „unser Land, unser Jerusalem und unsere Aksa-Moschee verkauft werden sollen".

In dem Versuch der USA, Araber und Israelis unter Einschluß der Palästinenser an einen Tisch zu bringen, sehen die religiösen Fanatiker ein listiges Manöver zur „Vernichtung der Intifada". Fundamentalisten drohten dem Palästinenservertreter Feisal el-Husseini schon mit Mord: Der PLO-Vertraute hatte bei mehreren Treffen mit Baker die Modalitäten einer Friedenskonferenz ausgehandelt.

„Keine Chance" gibt Hamas-Funktionär Sarradsch einer solchen Nahost-Verhandlung. „Die arabische Nation ist gespalten", meint er, auf Nachbarstaaten wie Jordanien, Syrien oder Ägypten sei kein Verlaß.

Defätismus ist den radikalen Moslems [illegible]

Jugoslawien

Dann ist Ruhe

Die Feuerpause bleibt trügerisch. Plant die Armee für den Herbst die Entscheidungsschlacht?

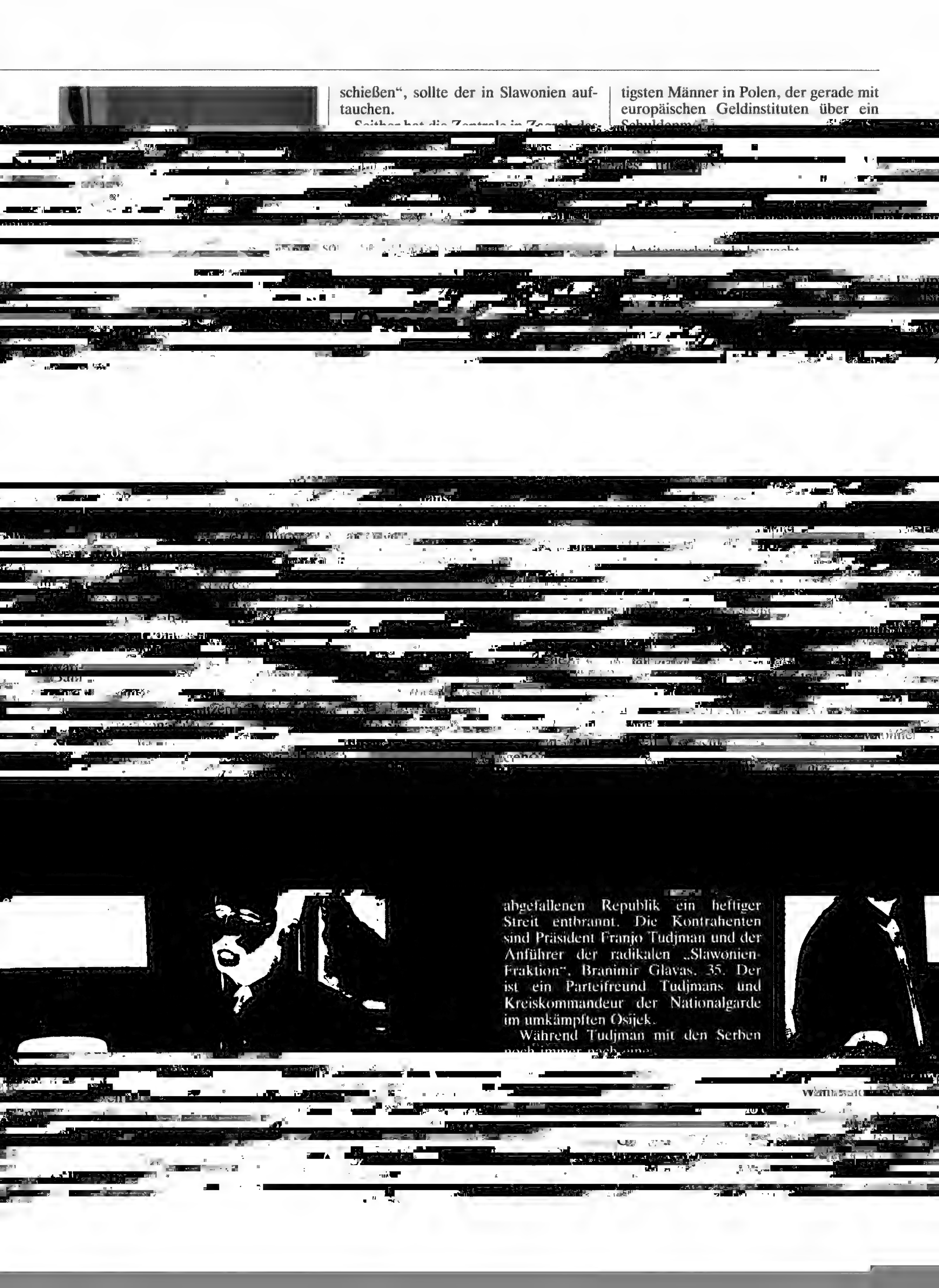
Der Pate der Belgrader Panzerkommunisten wähnte sich unter lauter Gleichgesinnten. Deshalb gab er sich keine Mühe, seine wahre Gesinnung zu verschleiern. „Wir haben schon lange genug gewartet, es ist Zeit anzugreifen", verlangte Blagoje Adžić, 62, Generalstabschef der Jugoslawischen Volksarmee, mit brutaler Offenheit.

Über die Belgrader Rede berichtete Sloweniens Verteidigungsminister Janez Janša zwei Tage später erregt auf einer Pressekonferenz in Ljubljana. Janša berief sich auf einen Informanten aus der Zuhörerrunde des Generals.

Danach hatte Adžić angeblich für sein Bürgerkriegsszenario auch einen detaillierten Aufmarschplan vorgelegt: Mit einem Vorstoß der Bundestruppen zur Adriaküste soll das südliche Dalmatien mit Split und Dubrovnik, Zentrum des Fremdenverkehrs, vom restlichen Kroatien abgetrennt werden.

Alles „ordinäre Lügen", dementierte die Führung der Volksarmee lau, als die Pläne ruchbar wurden. Am Freitag abend voriger Woche bestritt General Andrija Raset, Vizechef des 5. Korps,





schießen“, sollte der in Slawonien auftauchen.

tigsten Männer in Polen, der gerade mit europäischen Geldinstituten über ein

abgefallenen Republik ein heftiger Streit entbrannt. Die Kontrahenten sind Präsident Franjo Tudjman und der Anführer der radikalen „Slawonien-Fraktion“, Branimir Glavas, 35. Der ist ein Parteifreund Tudjmans und Kreiskommandeur der Nationalgarde im umkämpften Osijek.

Während Tudjman mit den Serben

manchmal hart am Rande, manchmal auch klar jenseits der Legalität.

Wo in diesem Spiel die drei Jungunternehmer von Art B standen, die noch vor Wochen für ihren Elan hoch gepriesen wurden, muß nun die gerichtliche Untersuchung klären.

Die drei, die alle aus dem oberschlesischen Grenzgebiet zur Tschechoslowakei stammen, hatten vor zwei Jahren in Bielsko-Biala eine GmbH ins Handelsregister eintragen lassen, mit einem Betriebskapital von 100 000 Zloty (damals 50 Mark). Die Firma, so stand es in der Satzung, sollte sich mit „wirtschaftlicher Tätigkeit, Produktion, Innen- und Außenhandel sowie mit Handelsvermittlung“ beschäftigen.

Schon im ersten Jahr erzielte sie einen Reingewinn von über zwölf Milliarden Zloty, den sie hauptsächlich mit Montage und Vertrieb von südkoreanischen Elektronikgeräten verdiente.

Für Publicity sorgte das flotte Trio, als es im Frühjahr 1990 zu einem internationalen „Kongreß des christlichen Business“ nach Cieszyn einlud. Das Treffen stand unter der selbst im stramm katholischen Polen sonderbaren Losung „Prosperity and Jesus“.

Zumindest für den Baptisten Bagsik (55 Prozent der Firmenanteile) und seinen Partner, den Waldenburger Arzt Gasiorowski (40 Prozent), hat sich die Verbindung von Geschäft und Glauben reichlich gelohnt. Pagielo, der nur 5 Prozent der Firma hält, war der Verteidiger von Bagsik gewesen, als der sich im Oktober 1988 wegen Veruntreuung schon einmal vor Gericht verantworten mußte. Das damalige Urteil: zwei Jahre Gefängnis mit Bewährung.

Die Firma wuchs schnell und in nahezu allen Branchen. Ihr Betriebsvermögen betrug zuletzt über 300 Millionen Dollar. Die Holding verwaltete 200 Firmen im In- und Ausland mit zusammen 30 000 Angestellten.

Ins Gerede kam Art B erstmals im April, als die Firma einen Vertrag mit dem dahinsiechenden Traktorenwerk Ursus bei Warschau schloß und sich zur Abnahme der gesamten Produktion – 3000 Traktoren im Monat – verpflichtete (SPIEGEL 27/1991). Damit wurde der verlotterte Staatsbetrieb vorerst vor dem Bankrott gerettet, 15 000 Arbeitsplätze blieben erhalten. Inzwischen ist Ursus pleite.

Der vor kurzem gefeuerte Vizeminister für Industrie Józef Lochowski erinnert sich: „Die drei Herren beglichen die Anzahlung mit einem Scheck, ausgestellt auf 160 Milliarden Zloty. Einfach so aus der Tasche.“

Das Geschäft ging schief. Zwar brauchen die polnischen Privatbauern dringend Traktoren, können sie aber nicht bezahlen – auch nicht zu den von Art B angebotenen günstigen Bedingungen.



Traktorenhalde der Ursus-Werke: „Aus der Tasche bezahlt“

Jeder Bauer sollte die Hälfte des Kaufpreises in bar zahlen, den Rest in Monatsraten zum günstigen Zinssatz von einem Prozent tilgen. Die Halde von unverkauften Traktoren wuchs.

Natürlich interessierte sich auch das Finanzamt für den Milliardendeal. Aber als die Firma nachweisen konnte, daß sie zum letzten Jahresende 13 Millionen Dollar an Steuern überwiesen hatte, war erst mal Ruhe. Nur die Staatsanwaltschaft ermittelte in aller Stille weiter, wo die gewaltigen Summen, über die Art B verfügte, eigentlich herkamen.

Art B, so will sie herausgefunden haben, hatte eine Geldvermehrungsquelle besonderer Art entdeckt: „rechtswidrige Transaktionen, betrügerische Zinsgeschäfte und passive Bestechung“. Auch von ungedeckten Schecks war die Rede.

Die Methode war einfach und im kleinen in Polen weit verbreitet: Art B oder eine ihrer zahlreichen Firmen ließ sich bei einer Bank einen Scheck nebst Dekkungsbestätigung ausstellen. Noch am selben Tag – bei Art B per Hubschrauber – wurde der Scheck in einen anderen Ort zu einer anderen Bank gebracht, dort eingelöst und der Betrag auf ein Art-B-Konto eingezahlt.

Die Empfängerbank benachrichtigte die Ausstellerbank vom Einzug des Geldes. Aber da dies auf dem üblichen Postweg geschah, konnte das drei Tage und länger dauern. In der Zwischenzeit kassierte Art B bei beiden Banken Zinsen. Denn nach den gültigen Bestimmungen mußte die eine Bank bis zum Tag der Abbuchung zahlen, die andere vom Tag der Einzahlung an.

Um Manipulationen zu verhindern, gilt diese Regelung zwar nur für Beträge bis zu neun Milliarden Zloty. Ab zehn Milliarden ist eine telegrafische Benachrichtigung der Banken vorgeschrieben. Die Firma Art B aber soll streng darauf geachtet haben, daß ihre vielfältigen Transaktionen stets unter der Höchstgrenze blieben. Die Geschäfte waren über längere Zeit nur möglich, wenn Bankbeamte und die Bankenaufsicht mitspielten. Die aber, so der Staatsanwalt, seien von Art B bestochen worden.

Firmenchef Bagsik, der noch vor Wochen erklärte: „Wenn eine Bank nicht versteht, daß Zeit Geld ist, dann muß sie halt Lehrgeld zahlen“, meldete sich inzwischen telefonisch aus dem Ausland und bestritt alle Vorwürfe. Er hält sich für das Opfer einer politischen Intrige im Streit zwischen Industrie- und Finanzministerium.

Bagsik und Gasiorowski sind stilgerecht mit dem firmeneigenen Jet nach Israel geflohen. Trotz strenger Bewachung aller polnischen Flughäfen haben sie ihre Familien nachgeholt. Nur ihr Kompagnon Pagielo kehrte freiwillig nach Polen zurück – und kam nach einer Herzattacke sofort ins Krankenhaus.

In Tel Aviv sind die beiden Finanzjongleure einstweilen sicher. Bagsik besitzt auch die israelische Staatsbürgerschaft, weil er angeblich das Kind von jüdischen Eltern ist. Auch Gasiorowski beruft sich auf eine jüdische Mutter und hat Antrag auf Einbürgerung gestellt.

Gleichwohl sind die Behörden in Israel über ihre vermögenden Neubürger nicht glücklich, zumal die beiden auch in undurchsichtige Geschäfte mit dem israelischen Erdölkonzern Paz verwickelt sein sollen. Die Zeitung *Maariv* kommentierte drastisch: „Man kann in einem Nachttopf kochen, und das ist vielleicht koscher – aber es stinkt.“

Südafrika

Blut an den Händen

Radikale Weiße rufen zum „Dritten Freiheitskrieg" auf: Sie fühlen sich von Präsident de Klerks Reformen bedroht.

Etliche Weinbrand hatten Eugene Terre Blanche in Fahrt gebracht. Wütend, großspurig wie immer, knallte er eine Patrone auf den Tresen. „Die ist für Frederik Willem de Klerk", tönte der Führer der Afrikaner Weerstandsbeweging (AWB) in einer Bar im Westtransvaal-Städtchen Ventersdorp.

Dort waren am Tag zuvor bei Kämpfen zwischen weißen Rechtsradikalen und der Polizei drei Menschen gestorben und Dutzende zum Teil schwer verletzt worden. Seine Zeche, berichteten Augenzeugen, brauchte der Buren-Ultra nicht zu zahlen.

Die Morddrohung gegen den Staatspräsidenten bestreitet Terre Blanche inzwischen. Gleichwohl ist sie symptomatisch für die Erregung, die Südafrikas radikale Weiße gepackt hat.

Jahrzehntelang herrschte die Afrikaans sprechende Minderheit mit eiserner Hand über die schwarze Bevölkerungsmehrheit. Dann kündigte de Klerk bei der Parlamentseröffnung im Februar letzten Jahres mit wenigen Sätzen – in Englisch zudem – das Ende der Apart-

ßen nicht auf Weiße. Das letzte Mal hatten Anfang der zwanziger Jahre Ordnungshüter bei Demonstrationen von Minenarbeitern ein Blutbad unter ihren burischen Brüdern angerichtet.

Doch am vorletzten Freitag, als die AWB eine Kundgebung des Präsidenten stürmen wollte, schossen Buren wieder auf Buren, die Angreifer mit Revolvern und Elefantenbüchsen, die Sicherheitskräfte mit Schrotflinten und Tränengasgeschossen. Nun entzweit der in Ven-



Buren-Ultra Terre Blanche
Patrone auf dem Tresen

tersdorp aufgeflammte „Broedertwis" (Bruderzwist) die Minderheit an der Macht. Finanzminister Barend du Plessis und Terre Blanche beschuldigten einander im Fernsehen, „Burenblut an den Händen" zu haben.

So aufgebracht sind die burischen Ei-

Mitte der siebziger Jahre die Apartheidszügel erstmals ein wenig gelockert worden waren, kam es zu Abspaltungen im bis dahin monolithischen Burenblock. Inzwischen bereiten sich etwa 70 Gruppen und Grüppchen von Apartheidsfanatikern auf den Endkampf vor.

Die „Schlacht von Ventersdorp", so spekuliert Südafrikas Presse, kam de Klerk nicht einmal ungelegen. Nun kann der Präsident seine Rolle als moderater Mittler wiederaufnehmen, die gefährdet schien, als herauskam, daß die Regierung Schmiergelder an die Zulu-Bewegung Inkatha gezahlt hatte. Damit sollten die Zulus zu Gewaltakten gegen Nelson Mandelas Freiheitsbewegung African National Congress (ANC) aufgestachelt werden.

Daß die Sicherheitskräfte nun auf Weiße schossen, mag de Klerks beschädigte Glaubwürdigkeit bei manchen Schwarzen reparieren. Deren ungeduldige Forderungen nach schnelleren Reformen kann der Präsident zugleich mit dem Hinweis auf die rechten Widersacher abblocken.

Das unausweichliche Ende der Rassentrennung schürt beim einstigen Herrenvolk Zukunftsängste. Ihre Identitätskrise ist deutlicher ausgeprägt als bei den Englisch sprechenden Weißen, die meist liberaler sind. Anglo-Südafrikaner können sich notfalls leicht absetzen: Zehntausende sind in den letzten Jahren emigriert.

Doch über zweieinhalb Millionen „Afrikaner", wie sich die Buren selbst nennen, können kaum nach Holland,

iebsten – nach zwei | Deutschland oder Frankreich … heid an. Für viele Buren war das ein | ferer, daß sie am l

ben auf dem Kontinent hängt von der Aussöhnung mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit ab, wie de Klerk mahnt.

Wie tief die Kluft zwischen schwarzen und weißen Afrikanern immer noch ist, offenbart ihr jeweiliges Geschichtsverständnis. Für die einen ist Südafrikas Vergangenheit eine endlose Kette von Ausbeutung, Unterdrückung und Enteignung durch landgierige weiße Eroberer. Erzbischof und Nobelpreisträger Desmond Tutu sagt spöttisch: „Sie befahlen uns, kniet nieder und betet. Als wir die Augen wieder aufmachten, hatten sie uns alles weggenommen."

Die weiße Minderheit lernt dagegen in den Schulen bis heute die Heldensaga von strenggläubigen Pionieren, die das Licht der europäischen Zivilisation in einen der finstersten Winkel Afrikas trugen. Die Vision eines „demokratischen Südafrika, das frei ist von Unterdrükkung" (de Klerk), muß ihnen wie ein Alptraum erscheinen.

Vor allen Dingen in den ländlichen Regionen wollen viele von dieser Zukunft nichts wissen; dort bleibt vorerst alles

Schwarzenorganisationen Inkatha und ANC.

Nur Terre Blanches Weerstandsbeweging, jedem Dialog zutiefst abgeneigt, zögert noch. Am Prozeß der nationalen Aussöhnung will sie sich allenfalls „unter Umständen" beteiligen.

Das gilt auch für eine Allparteien-Konferenz, die für Mitte September vorgesehen ist und den Frieden besiegeln soll.

USA

Tanz um den Brunnen

Der Wahlkampf rückt näher, aber noch immer fehlt den Demokraten ein aussichtsreicher Gegenkandidat zu Präsident Bush.

In fünf der vergangenen sechs Präsidentschaftswahlen verlor der demo-

tenkür gemeinhin mit Parteikonferenzen und Vorwahlen in den US-Bundesstaaten Iowa und New Hampshire ernsthaft beginnt, hat erst ein einziger Oppositionspolitiker seine Bereitschaft zum Kampf ums Weiße Haus bekundet – der frühere Senator aus Massachusetts, Paul E. Tsongas.

Der habe immerhin den Vorteil, „daß er nicht einmal bei den Republikanern auf dem Radarschirm erscheint, weil niemand weiß, daß es ihn gibt", höhnte Wesley Pruden, Chefredakteur der konservativen *Washington Times*.

Frühestens zum Labor Day, dem ersten Montag im September, kann der unbekannte Außenseiter mit Konkurrenz rechnen. Dann dürften der eher konservative Gouverneur von Arkansas, Bill Clinton, der Parteilinke Tom Harkin aus Iowa oder der schwarze Gouverneur von Virginia, Douglas Wilder, bekanntgeben, ob sie gegen Bush antreten.

Auch Tennessee-Senator Albert Gore, vor vier Jahren einer der erfolglosen „sieben Zwerge", und sein durch die

egner; zur nächsten, im | bekannter Kollege aus Massachusetts, | Colts und Sjamboks, Ruten aus Hart- | servativen G

Schwimmbäder verprügeln nichtweiße | mand antreten. | noch hinaus.

noch hinaus.

Bislang kneifen die politischen Schwergewichte der Demokraten. Jüng-

Schwimmbäder, verprügeln nichtweiße Badegäste und sogar Kinder. Auf Afri-

mand antreten.

Fast sehnsüchtig erinnerte sich ein demokratischer Parteistratege an die von

werber wenigstens in den Schlagzeilen."

Als „sieben Zwerge" wurden damals die politischen Leichtgewichte verspottet, die dem amtierenden Vizepräsidenten George Bush die Nachfolge Ronald Reagans streitig machen wollten.

Woche seine Freunde, lieber Fernseh-Talkmaster beim Nachrichtenkanal CNN werden, als einen dritten, vermutlich wieder erfolglosen, Anlauf als demokratischer Präsidentschaftsbewerber zu machen.

In diesen Gebieten darf noch kein Schwarzer aus dem Township in eine weiße Nachbarschaft umziehen, auch wenn die neuen Gesetze dies erlauben. Wer trotzdem wagt, auf seine wiedergewonnenen Rechte zu pochen, wird nächstens

chen organisiert, vor denen sich Schlangen von arbeitslosen Weißen bilden: Eisenbahner und Bergleute, deren einst sichere Jobs zunehmend von Nichtweißen eingenommen werden. Zur warmen Mahlzeit wird Politpropaganda aufge-



tenhaus, Richard Gephardt, und Senator Jay Rockefeller aus West Virginia auf eine Kandidatur verzichtet. Vor allem der Milliardär mit dem landesweit bekannten Namen hatte unter Demokraten die Hoffnung keimen lassen, Bush einen halbwegs gleichwertigen Kandidaten entgegenstellen zu können.

Vergebens hatten Fahnder der Republikaner versucht, Negatives über den Geldaristokraten aufzudecken. Erleichtert meinte ein Berater aus dem Weißen Haus über den Rockefeller-Rückzug: „Mit seinem Verzicht hat er einen Fehler begangen. Und wir freuen uns darüber."

Ein anderer Hoffnungsträger, New Yorks Gouverneur Mario Cuomo, provozierte vorletzte Woche mit einer Grundsatzattacke gegen die Innenpolitik der Washingtoner Regierung die Jahreskonferenz der Bürgermeister amerikanischer Großstädte zu der Frage, ob er die Kritik nicht als Präsidentschaftskandidat der Demokraten fortsetzen wolle. Doch Cuomo, „die sich ewig zierende Jungfrau" (so Robert Squier, einer der einflußreichsten Ratgeber der Demokraten), wich abermals aus: Nie habe New York seinen Gouverneur so dringend gebraucht wie heute.



Gouverneur Clinton
„Die Partei hat ihr Ziel verloren"

Die Hinhaltetaktik der demokratischen Drückeberger ist verständlich: Noch vor wenigen Monaten hatte es so ausgesehen, als ob kein Demokrat eine Chance gegen den Golfkriegssieger George Bush haben könnte. Mit Zustimmungsraten von mehr als 80 Prozent schien der Präsident unerreichbar für jeden Herausforderer.

Inzwischen bröckelt die Siegesgewißheit der Republikaner ein bißchen. Noch immer loben zwar rund zwei Drittel der US-Wähler die Außenpolitik ihres Präsidenten. An der Heimatfront jedoch zeigt der Herr im Weißen Haus erkennbare Schwächen: Über die Hälfte der Amerikaner finden, daß die Regierung Bush innenpolitisch zuwenig tut. Selbst Charles Black, einer der führenden Wahlkampfberater der Republikaner, räumt ein, das Rennen sei für die Demokraten „keineswegs aussichtslos".

Nicht Gipfeltreffen, Feldzüge und Konferenzen gehören zu den wichtigsten Entscheidungskriterien amerikanischer Wähler, sondern Arbeitslosigkeit, Einkommensentwicklung und Kriminalität. „Die Botschaft ist ziemlich simpel", sagt der Meinungsforscher Stan Greenberg: „Wahlentscheidend ist die frustrierte Mittelklasse." Dort habe die Rezession inzwischen den Eindruck verstärkt, daß zehn Jahre republikanischer Wirtschaftspolitik „die Reichen reicher gemacht hat, während die Mittelklasse dafür zahlen muß".

In einer Umfrage trat ein fiktiver Demokrat namens Jones mit besonders auf die Mittelklasse zugeschnittenen Wahlaussagen gegen den scheinbar übermächtigen Präsidenten an. Er stand für Steuersenkung zugunsten kinderreicher Familien sowie für bessere Gesundheitsvorsorge – und gewann.

Die innenpolitische Schwäche der Präsidentenpartei zeigt sich auch bei den Vorbereitungen für die Kongreßwahlen. Im Nachkriegstaumel hatten die Republikaner gehofft, unter der Führung des populären Bush die demokratische Mehrheit im Senat brechen zu können.

Nun mußten sie eingestehen, daß die Suche nach starken Gegenkandidaten für vermeintlich schlagbare Demokraten ergebnislos geblieben ist. „Ein wirkliches Desaster" nannte ein republikanischer Senator die mangelnde Bereitschaft angesehener Parteifreunde, sich um besonders umkämpfte Senatorensitze zu bemühen.

Um die derzeitige Machtverteilung zwischen demokratisch kontrollierter Volksvertretung und republikanischem Präsidenten nicht weiterhin zu zementieren, sondern endlich wieder ins Weiße Haus einziehen zu können, brauchen die Demokraten außer überzeugenden Bewerbern auch ein attraktives Programm. „Demokraten sind zwar nette Menschen", schrieb der Kolumnist William Raspberry in der *Washington Post*, „aber als Partei haben sie ihr Ziel verloren."

Nur die Rückkehr zu einer „zusammenhängenden Philosophie" und zur traditionell demokratischen „Grundüberzeugung, daß die Regierung das geeignete Instrument ist, um nationale Aufgaben zu lösen" *(The New York Times)*, könnte nach Meinung vieler Analytiker den Wählern neues Vertrauen in die Demokraten einflößen.

Nun drängt die Zeit. Solange die möglichen Bewerber „um den Brunnen tanzen und warten, daß einer springt, überlassen sie die Initiative dem Präsidenten", warnen Planer der Demokraten.

George Bush, der offiziell noch nicht bestätigt hat, daß er zur Wiederwahl antreten will, nutzt derweil den Spielraum, den ihm die zögernden Gegner eröffnet haben. Vor der Versammlung der größten Polizeigewerkschaft des Landes nahm er sich vorige Woche eines Themas an, das ihm schon im vergangenen Wahlkampf zum Sieg verholfen hatte: Recht und Ordnung.



Hoffnungsträger Cuomo
„Sich zierende Jungfrau"

In einer von fast 3000 Gesetzeshütern bejubelten Rede verlangte der Präsident mehr Hinrichtungen und weniger Berufungsrechte für verurteilte Delinquenten. „Das macht die Leute an", glaubt der Washingtoner Politologe Stuart Scheingold.

Manchen republikanischen Strategen wie etwa Kevin Phillips ist dennoch nicht ganz wohl bei dieser Totschlagtaktik: „Die Kritik an der Kriminalität auf den Straßen kann auch nach hinten losgehen. Seit zehn oder zwölf Jahren tragen wir die Verantwortung für die Lage im Land." ◄

Hohe Menschenverluste durch Fehler im Golfkrieg


Beisetzung eines US-Soldaten

Beinahe ein Viertel aller amerikanischen Gefallenen im Golfkrieg starben im Feuer eigener Truppen. Nach einem in der vorigen Woche veröffentlichten Pentagon-Bericht wurden bei insgesamt 28 irrtümlichen Angriffen auf eigene Einheiten 35 GIs getötet. 72 der 467 Verwundeten erlitten ihre Verletzungen bei derartigen Zwischenfällen. In allen anderen Kriegen dieses Jahrhunderts lag die Zahl bei unter zwei Prozent. Die dramatische Zunahme der durch „friendly fire" umgekommenen Soldaten muß nach Meinung amerikanischer Offiziere Konsequenzen für „Ausbildung und Ausrüstung der US-Streitkräfte" haben. Die Militärs beunruhigt besonders der Umstand, daß diese Verluste vor allem dort entstanden, wo sie am wenigsten erwartet wurden – beim Kampf der Bodentruppen. Dem sehr schwierigen Einsatz schallschneller Kampfflugzeuge gegen schwer zu identifizierende Bodenziele fielen bei neun Fehlangriffen nur insgesamt elf Soldaten zum Opfer. Nicht ein einziges eigenes Flugzeug, ein besonders hoch eingeschätztes Risiko, schossen die US-Truppen ab. Im Feuer eigener Panzer und Geschütze starben bei 16 Zwischenfällen dagegen 24 Soldaten. Der schnelle Bewegungskrieg, Nachtkampf und schlechte Sichtverhältnisse, alles Faktoren, die nach eigener Einschätzung die amerikanische Gefechtsführung begünstigen sollten, gelten nun als Hauptursachen für die hohe Fehlerquote. Hinzu kommt die meist tödliche Wirkung von Präzisionsmunition. Gegen diese Geschosse, die sich vielfach ihre Ziele selbst suchen, halfen auch umgekehrte V-Markierungen, orangefarbene Rechtecke und Infrarotstrahler nicht, die zur Unterscheidung von Freund und Feind an Kampffahrzeugen angebracht worden waren.

Aufruhr am Hof in Kopenhagen

Königin Margarethe von Dänemark steht eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bevor. In Straßburg will der Anwalt Jørgen Jacobsen die Entscheidung in einer 18 Jahre andauernden Auseinandersetzung am königlichen Hof in Kopenhagen erzwingen. 1973 verlangten die rund 50 Lakaien, Kammerjungfern, Stallknechte und Boten erstmals einen bindenden und einklagbaren Tarifvertrag. Bislang wurde diese Forderung vom Hofanwalt Kristian Mogensen mit der Begründung abgewiesen, die Königin könne wegen ihrer von der Verfassung verbürgten Immunität nicht gezwungen werden, ein eventuelles Abkommen zu halten. Dieses Argument hält Kollege Jacobsen für fadenscheinig: „Es kann nicht Rechtens sein, daß das Personal des Königshauses die einzige Bedienstetengruppe im Lande ohne Tarifverträge ist." Der streitbare Jurist verweist auf die Angestellten des norwegischen und schwedischen Hofes, deren Tätigkeit seit langem arbeitsrechtlich geregelt ist. Weil ein Gericht in Kopenhagen die von Jacobsen 1989 eingebrachte Klage bislang nicht behandelt hat, wollen der Anwalt und seine Mandanten sich nun nicht länger hinhalten lassen.


Königin Margarethe, Personal

Berlin–Kaliningrad auf alten Wegen

Die sowjetische Stadt Kaliningrad, das alte Königsberg, öffnet sich deutschen Besuchern auf dem Landweg – ohne die bisher zwingende Umleitung von 600 Kilometern über den polnisch-sowjetischen Grenzkontrollpunkt Brest, Minsk und Vilnius. Vorige Woche fuhr der erste Sonderzug durch Polen direkt auf der alten Schienenführung von Berlin nach Ostpreußen. Zum Jahresende sollen auch Omnibusse und Pkw mit deutschen Touristen die Grenze bei Bagrationowsk (Preußisch-Eylau) kreuzen: Die Straße über die Grenze zwischen der polnischen Wojwodschaft Olsztyn (Allenstein) und dem russischen Bezirk Kaliningrad, die durch zwei eiserne Gartentore mit Vorhängeschloß führt, wurde asphaltiert. Beiderseits sind Unterstände und Kioske für die Paß- und Zollkontrolle fertiggestellt. Bislang war nur gelegentlich ein kleiner Grenzverkehr für polnische und sowjetische Anwohner gestattet. Die UdSSR erteilte schon mal Visa an Einzelreisende, denen die polnischen Grenzer aber die Ausreise aus Polen verweigerten.

Kinnock unter Gewerkschaftsdruck

Die britischen Gewerkschaften bringen Labour-Führer Neil Kinnock in Not. Der Gewerkschaftsdachverband TUC wird Kinnock auf seinem Kongreß Anfang September in Glasgow auffordern, im Falle seines Wahlsiegs die Gesetze wieder abzuschaffen, mit denen Margaret Thatcher in den achtziger Jahren die Gewerkschaften zähmte. Diese Reform beendete das katastrophale Streikchaos und ist inzwischen selbst bei der gemäßigten Linken populär. Labour kann ohne Wähler aus der Mitte nicht gewinnen, braucht aber auch Gewerkschaftsgelder und -stimmen. Die konservative Regierung will das Dilemma noch weiter verschärfen: Sie kündigte neue Anti-Gewerkschaftsgesetze an. Kinnock versucht, Zeit zu gewinnen. Er will den TUC-Kongreß besuchen, aber keine Rede halten, um sich nicht festlegen zu müssen.



Kinnock

WENN ZEIT GESCHICHTE MACHT

Kultur-Preisträger unter den Uhren-Manufakturen.

Zahllos sind die Ehrungen und Auszeichnungen, die Omega zuteil wurden. Nur ein Beispiel von vielen: Omega wurde mit dem „Grand Prix Triomphe de l'Excellence Européenne", dem wohl begehrtesten europäischen Kulturpreis, ausgezeichnet.





„Der Friede hängt an Sihanouk“

SPIEGEL-Redakteur Tiziano Terzani über die schwierige Versöhnung in Kambodscha



Kambodschas Prinz Sihanouk: „In der Tradition der Gottkönige von einst“

Der Thron steht wieder an seinem alten Platz. Die Wände der Gemächer werden im königlichen Gelb gestrichen, das sie früher schmückte. Im Zentrum von Pnom Penh wird der Königspalast, der seit über zehn Jahren leer gestanden hat, für seinen ehemaligen Bewohner neu hergerichtet.

In einigen Wochen wird er in seine Residenz zurückkehren – Prinz Norodom Sihanouk, 68, ehemals König von Kambodscha, dann Ministerpräsident, Staatsoberhaupt, Guerillaführer und Politrentner.

Sihanouk kehrt heim als Präsident des neugeschaffenen Obersten Nationalrats, aber für viele Kambodschaner ist er einfach „der König“. Seine Rückkehr aus dem Exil läßt die Illusion keimen, mit ihm komme auch die gute alte Zeit zurück, als das Königreich Kambodscha wohlhabend war und in Frieden mit sich und seinen Nachbarn lebte.

Kambodscha scheint von einer grenzenlosen Hoffnung gepackt. Die Menschen haben wieder angefangen, langfristige Pläne zu schmieden und das Leben zu genießen. Die Restaurants und Tanzlokale der Hauptstadt Pnom Penh sind überfüllt. Hochzeiten werden mit lärmendem Pomp ausgerichtet. Handwerk und Handel blühen.

Der Waffenstillstand, auf den sich die Bürgerkriegsparteien geeinigt haben, hält nun schon ohne größere Zwischenfälle seit Ende Juni. Frieden scheint endlich in ein Land einzuziehen, das seit 21 Jahren nur Krieg, Zerstörung und Massaker gekannt hat.

Außerhalb der Städte hört man gelegentlich noch Schüsse, aber meist sind es nur Soldaten auf der Jagd nach Wild. In den Dörfern errichten die Bewohner neue Häuser in festem Holzbau – ein Zeichen des Vertrauens in die Zukunft. Sogar die Tempelanlagen von Angkor werden wieder von Kambodschanern besucht, die oft mit dem Fahrrad selbst aus entfernten Provinzen anreisen.

Der Friedensplan, vorgelegt von den fünf ständigen Mitgliedern des Weltsicherheitsrats, ist nach zähen Verhandlungen schließlich von allen Bürgerkriegsparteien Kambodschas akzeptiert worden: von der Regierung in Pnom Penh unter Ministerpräsident Hun Sen auf der einen Seite und von der Guerilla-„Koalitionsregierung“ auf der anderen. Die besteht aus den Steinzeitkommunisten der Roten Khmer, den Republikanern des ehemaligen Premiers Son Sann und den Monarchisten des Norodom Sihanouk.

Der Plan sieht von der Uno überwachte allgemeine Wahlen vor und die Bildung einer neuen Regierung. Doch bis dahin wird noch mindestens ein Jahr vergehen. Durch diese schwierige Zeit soll der Oberste Nationalrat das Land lenken.

Im November wird sich der Rat in Pnom Penh konstituieren. Mehrere westliche Länder, die sich bislang geweigert haben, die vor zwölf Jahren von der vietnamesischen Armee eingesetzte Regierung Hun Sen anzuerkennen, werden dann ihre Botschafter beim Obersten Nationalrat akkreditieren.

Eine schöne Aussicht für den Prinzen. „Sihanouk wird das gefallen, auf seinem alten Thron zu sitzen und als Präsident die Beglaubigungsschreiben der Diplomaten entgegenzunehmen“, sagt ein Ausländer, der seit vielen Jahren in Pnom Penh lebt.

Das Problem ist nur, daß der Friede, der auf dem Papier so schön aussieht, in Wirklichkeit äußerst brüchig ist und eine Menge Fragen aufwirft. Denn die



Ministerpräsident Hun Sen
Geheimabkommen mit Peking?

Parteien im Nationalrat haben einander seit 20 Jahren bekriegt und gegenseitig betrogen. Warum sollten sie bei der ersten Gelegenheit nicht wieder damit anfangen?

Sihanouk scheint diese Gefahr zu ahnen. Deshalb hat er der eigenen Sicherheit zuliebe beschlossen, nach Pnom Penh in Begleitung einer Einheit nordkoreanischer Soldaten zurückzukommen, die ihm sein Freund Kim Il Sung, der Diktator in Pjöngjang, zur Verfügung gestellt hat. Die Koreaner übernehmen die Bewachung im Innern des Königspalastes; äußeren Schutz soll Hun Sens Armee gewährleisten.

Der Nationalrat umfaßt zwölf Mitglieder: Sechs stellt die Regierung in Pnom Penh, je zwei die Roten Khmer, die Republikaner und die Monarchisten. Daß die Roten Khmer, die in ihrer vierjährigen Herrschaftszeit für die Massaker an vielen hunderttausend Kambodschanern verant-

stattlichen Villa niederlassen, beschützt von Einheiten ihrer gefürchteten Dschungelkrieger, ängstigt viele Menschen in der Hauptstadt.

„Es ist in höchstem Maße unmoralisch", sagt Eva Myśliwiec, die seit zehn Jahren für eine westliche Hilfsorganisation in Kambodscha arbeitet, „diese Lösung ist von der internationalen Staatengemeinschaft verordnet. Die Kambodschaner müssen sie akzeptieren, aber es wird nicht funktionieren."

Tatsächlich ist nur schwer vorstellbar, wie der Friedensplan in die politische Praxis umgesetzt werden kann. Die Roten Khmer etwa verlangen, daß die paritätische Zusammensetzung des Nationalrats auf das ganze Land übertragen wird, sie also in jedem Dorf präsent sein müßten.

Die Regierung in Pnom Penh sieht das natürlich ganz anders. „Dies ist unser Territorium, und es wird von unserer Regierung verwaltet", sagt Vizepremier Uk Kinan. „Wir behalten unsere politischen Strukturen, und die anderen behalten ihre Einflußzonen." Pnom Penh kontrolliert etwa 90 Prozent des Landes und der Bevölkerung.

Über 300 000 Kambodschaner leben in Lagern in Thailand. Hält der Friede, müssen sie zurück in ihre Heimat. Aber wohin? Viele der Flüchtlinge sind Bauern, die seit vielen Jahren kein Feld mehr bestellt haben. „40 Prozent der Menschen hier wurden im Lager geboren, und die meisten Kinder glauben, Reis wachse in Säcken der Uno", meint ein ausländischer Betreuer in einem Lager. „Sie haben sich daran gewöhnt, versorgt zu werden. Es wird ungeheuer schwierig für sie sein, wieder unabhängig zu handeln."

Überdies ist fast das gesamte Nutzland von der Regierung Hun Sen neu verteilt worden. Die Bauern, die davon profitiert haben, werden nicht einfach enteignet werden können, um Platz für zurückkehrende Flüchtlinge zu schaffen.

Das gleiche gilt für Immobilien in den Städten. Der republikanische Guerillaführer Son Sann etwa besaß bis 1975 eine geräumige Villa nahe dem Unabhängigkeitsmonument im Zentrum von Pnom Penh. Dort wohnt jetzt die neue Ordnung: Parlamentspräsident Chea Sim.

Und wie sollen freie Wahlen garantiert werden? Schon haben die Roten Khmer erkennen lassen, wie sie sich den Wahlkampf vorstellen: Ihre Guerrilleros drangen in einige Dörfer der Provinz Kampot ein und verschleppten mehrere Dutzend Männer. „Wenn ihr nicht für uns stimmt, werdet ihr diese Leute nie wiedersehen", drohten sie den Dorfbewohnern.

Bei allen Schwächen des Friedensplans – der starke Punkt scheint Sihanouk selbst zu sein. Von seiner fast legendären Geschicklichkeit hängt vieles ab. Obgleich der Ex-Monarch seit 1970 nicht mehr an der Macht ist, genießt er



in Kambodscha noch enormes Ansehen. Ihm trauen die Menschen die Lösung ihrer Probleme zu.

„Nach 20 Jahren der Hölle möchten die Kambodschaner glauben, daß sie nun ein Stück vom Himmel erhaschen", meint ein Intellektueller, „Sihanouk steht in der Tradition der Gottkönige von einst."

Das Gefühl, daß die Zeit der Monarchie wieder anbricht, wird paradoxerweise von der kommunistischen Regierung genährt. Durch einen Kabinettsbeschluß ist das älteste Hotel in Pnom Penh, dessen Name mehrfach den wechselnden revolutionären Zeiten angepaßt wurde, in „Le Royal" zurückbenannt worden. In der Halle des Außenministeriums haben Arbeiter die Nachbildung eines Reliefs von Angkor Wat montiert: Es zeigt den König, der auf einem Elefanten aus der Schlacht heimreitet.



Rote-Khmer-Führer Pol Pot (1978)
Wichtigster Akteur im Untergrund

Kambodschaner lernen wieder die längst in Vergessenheit geratenen Wendungen höfischer Sprache. Selbst gestandene Revolutionäre wie Ministerpräsident Hun Sen lassen sich angeblich in der Etikette des Palastes unterweisen. „Der Friede hängt an Sihanouk", sagt ein Minister in Pnom Penh, „wenn Sihanouk nicht mehr ist, werden wir wieder bei Null anfangen müssen."

In Pnom Penh kursieren Gerüchte, ein Astrologe in Peking habe dem ehemaligen König vorausgesagt, er werde nicht mehr lange leben. Sihanouks Tod, etwa durch ein Attentat, würde ein politisches Vakuum schaffen, das niemand füllen könnte. Daß einer der Söhne in die Rolle des Vaters hineinwächst, ist unwahrscheinlich: Der älteste, von einer früheren Nebenfrau Sihanouks geboren, ist nicht rein königlichen Geblüts; die beiden jüngeren – Tänzer der eine, Roter Khmer der andere – sind dem Vater entfremdet.

Und selbst wenn der noch arg brüchige Friede halten sollte: Kambodscha steht vor kaum lösbaren Problemen. Das Land braucht dringend Wirtschaftshilfe – und kann doch nur wenig damit anfangen. Auf Geldspritzen in Millionenhöhe ist Kambodscha nicht vorbereitet.

Es gibt keine Infrastruktur; es fehlen qualifizierte Fachkräfte, die Mittel zu verwalten und Projekte zu managen. „Geld wird nur die Korruption in der Oberschicht vergrößern und die Kluft zwischen den Superreichen und den Superarmen vertiefen", meint Eva Myśliwiec.

Jeden Tag kommen jetzt schon Tausende von Händlern aus Thailand über die jüngst wieder geöffnete Grenzbrücke bei Aranyaprathet. Sie bringen Konsumgüter – und lassen sich mit Gold und Edelsteinen bezahlen.

Die Regierung Hun Sen hat die Lage nicht mehr unter Kontrolle. Um an der Macht zu bleiben, verscherbelt sie, was sie nur kann. 300 000 Staatsbedienstete und 150 000 Soldaten wollen regelmäßig entlohnt werden, doch die Staatskasse ist leer. Deshalb hat die Regierung in den vergangenen sechs Monaten zwölf der wichtigsten Staatsbetriebe verkauft, darunter zwei Textilfabriken, eine Shrimps-Farm und das einzige Milchpulverwerk des Landes.

Dennoch haben viele Armee-Einheiten seit Monaten keinen Sold mehr erhalten und müssen sich selbst finanzieren. In Siem Reap etwa bietet das Militär ausländischen Touristen bewaffnete Begleiter zu den Ruinen der Tempel von Angkor an. Tagespreis pro Kopf: 130 Dollar.

Die Korruption ist allgegenwärtig, die Inflation steigt rapide. Allein die Aussicht, daß mit dem Frieden auch viele Ausländer nach Kambodscha kommen und etliche Botschaften in Pnom Penh wieder öffnen werden, hat die Grundstückspreise in eine Höhe getrieben, die für Kambodschaner unerschwinglich ist. Eine internationale Hilfsorganisation wollte unlängst einen einfachen Hangar als Werkshalle in der



COME TOGETHER



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,8 mg Nikotin und 12 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN).

„Viele Menschen, die hier ehrlich ihre Arbeit verrichtet und Jahre des Krieges erlitten haben, werden einfach beiseite gestoßen werden", meint François Grunewald, Chef einer französischen Hilfsgruppe. „Die Kambodschaner aus Kambodscha werden immer weniger über ihre eigene Zukunft bestimmen können."

Aber kann die kommunistische Regierung in Pnom Penh wirklich einem Frieden zu kapitalistischen Konditionen zustimmen, der sie letztlich ihrer Macht berauben wird? Und die rabiaten Ideologen der Roten Khmer? Kaum vorstellbar, daß diese beiden Parteien sich widerstandslos der Herrschaft ausländischer Investoren, zurückgekehrter Flüchtlinge und Uno-Beamten unterordnen werden.

Zweifellos haben sich die Roten Khmer, die neuerdings sogar selbst von Demokratie und Marktwirtschaft reden, in ihrer grundsätzlichen politischen Einstellung nicht geändert. Sie sind entschlossen, die Macht zurückzuerobern. Ihre erste Machtergreifung, die mit ihrem Einmarsch am 17. April 1975 in Pnom Penh begann, kostete binnen vier Jahren bis zu zwei Millionen Kambodschaner das Leben. Als erstes hatten sie damals die gesamte Bevölkerung aus der Hauptstadt vertrieben.

Für den Genozid verantwortlich war Pol Pot, der, obgleich vor Jahren formal als Guerillachef zurückgetreten, immer noch als unbestrittener Führer der Roten Khmer gilt. Der geheimnisumwitterte Guerillaführer lebt in einer Villa in Thailand und kann sich frei bewegen. Er entscheidet persönlich über Militäraktionen der Roten Khmer und legt die politischen Ziele der Bewegung fest.

Während der Verhandlungen des Obersten Nationalrats in dem thailändischen Badeort Pattaya im Juni bezog Pol Pot eine konspirative Wohnung unweit des Tagungshotels, in dem die vier kambodschanischen Delegationen untergebracht waren. Wann immer Entscheidungen am Verhandlungstisch getroffen werden mußten, war seine Zustimmung erforderlich. „Erst nachdem die Rote-Khmer-Unterhändler von ihm zurückkamen, wurden Fortschritte erzielt", berichtete ein Beobachter vor Ort.

Pol Pot wird sicher nicht persönlich in die Rote-Khmer-Villa in Pnom Penh einziehen. Aber er wird einer der Hauptakteure in Kambodschas Zukunftsdrama bleiben. Mit dem Uno-Friedensplan wurden die Roten Khmer international legitimiert, und um des Kompromisses willen scheint der Massenmord am kambodschanischen Volk vergessen.

Die alten Kader der Roten Khmer sind Pol Pot loyal ergeben geblieben. Ihre Guerillakämpfer haben in den unzugänglichen Bergregionen des Landes

riesige Waffenarsenale angelegt. „Pol Pot hat einen Langzeitplan. Er wartet nur darauf, um die Widersprüche, die der Friede mit sich bringt, auszunutzen und wieder zuschlagen zu können", fürchtet ein kambodschanischer Experte, „er braucht dafür vielleicht 10 oder 15 Jahre."

So lange müssen die Roten Khmer möglicherweise nicht warten. Viele Kambodschaner halten es für möglich, daß die furchtbare Guerillaorganisation sich in einem Geheimabkommen mit der Regierung in Pnom Penh (deren Führer einst alle selbst Rote Khmer waren) arrangieren könnte, um die Macht zu teilen und Kambodscha im sozialistischen Lager zu halten.

Die jüngste Annäherung zwischen China und Vietnam, den Hauptsponsoren der beiden kambodschanischen Bürgerkriegsparteien, hat den Glauben an die Möglichkeit einer solchen „roten Lösung", wie sie in Pnom Penh genannt wird, verstärkt.

Denn warum sollten China und Vietnam, neben Nordkorea die einzigen verbliebenen sozialistischen Staaten in Asien, einen Uno-Friedensplan unterstützen, der den Kapitalismus in Kambodscha stärken und das Land zu einem Brückenkopf für westlichen Einfluß in Indochina machen wird?

Sogar Prinz Norodom Sihanouk könnte Teil der „roten Lösung" sein. Denn der frühere König verdankt sein politisches wie sein physisches Überleben Peking. Mit der für ihn typischen Wendigkeit könnte Sihanouk deshalb ein Bündnis mit den Kommunisten als „nationalen" Kompromiß ausgeben – so wie es ihm auch immer gelungen ist, seine Allianz mit den Roten Khmer während der letzten 20 Jahre zu rechtfertigen.

Niemand kennt die wahren Absichten des königlichen Verstellungskünstlers. Vorbereitung auf den Frieden: Die Uno-Angestellten in Kambodscha haben Anweisung erhalten, wieder Krawatte zu tragen. Französische und japanische Späher suchen nach Räumlichkeiten für ihre Botschaften und deren Personal. Und die Beamten der Regierung, die den Palast für Sihanouks Heimkehr präparieren, haben in Bangkok eine Lieferung „königlicher Möbel" bestellt.

Ein alter Man in Pnom Penh, der schon vier Regime überlebt hat, sagt: „Laßt uns die kommenden Monate genießen, ehe wir wieder zum Gewehr greifen und unser Leben verkaufen."

Indien

Biß auf die Kapsel

Fahnder glauben, Rajiv Gandhis Attentäter eingekreist zu haben – bei den Tamilen-Tigern.

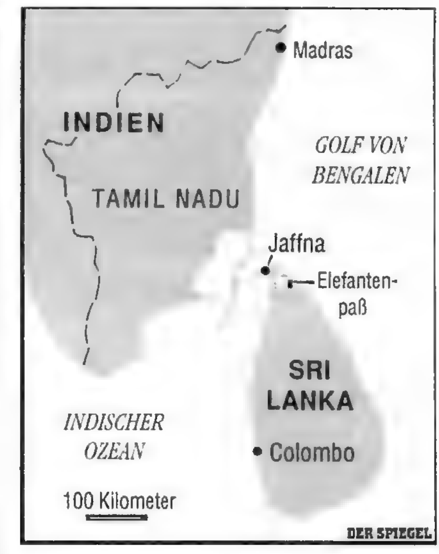
Machen Sie sich keine Sorgen, seien Sie ganz ruhig", waren Rajiv Gandhis letzte Worte, bevor die Bombe ihn am späten Abend des 21. Mai im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu zerriß.

Er sprach zu einer Polizistin, die vergebens versucht hatte, einen Fotografen und eine junge, dunkelhäutige Frau von dem Wahlkämpfer und ehemaligen Ministerpräsidenten abzudrängen.

Ungehindert schritt die Frau mit einem verkrampften Lächeln auf den Politiker zu, umkränzte seinen Nacken mit einer Girlande aus wohlriechendem Sandelholz, beugte ihren Körper demütig zu Boden, so als wolle sie Gandhis Füße berühren, und zündete den Sprengkörper, den sie unter ihrem Gewand um den Leib gegürtet trug.

Die Explosion kostete 19 Menschen das Leben. Neben Gandhi zerfetzte sie auch die Attentäterin – sie hieß Dhanu und soll aus Sri Lanka stammen – sowie den Fotografen Hari Babu, einen indischen Tamilen aus Madras, der Hauptstadt Tamil Nadus.

Hari Babus Vermächtnis – eine geliehene Kamera – erwies sich als unschätzbares Glück für die mit der Aufklärung der Bluttat beauftragten Fahnder.



Polizisten entdeckten sie, wundersamerweise unversehrt, am nächsten Morgen. Zehn Fotos waren auf dem Film festgehalten. Die Bilder führten den Sonder-Untersuchungsstab „SIT" auf eine Spur, die er seit nunmehr drei Monaten mit dem gewaltigsten Aufgebot aller Zeiten verfolgt.

Das letzte Bild ist ein Feuerschein – die Explosion. Davor ist die Attentäterin Dhanu zu sehen mit der Girlande, und noch ein Foto zuvor steht neben ihr ein Mann, posierend wie ein Journalist mit Schreibblock.

Dieser Mann, glauben die Sonderfahnder, sei der Boß einer vierköpfigen Todesschwadron gewesen, die drei Wochen vor der Tat mit Booten von Sri Lanka ans indische Tamilen-Ufer übergesetzt hatte. Er sollte möglicherweise, falls Dhanu versagte, für sie einsprin-



Ermordeter Gandhi: Beweismaterial vom toten Fotografen


Für die Zufälle im Leben:
Der 90-Tage-Dispo von der Postbank.

gen. Das Foto läßt den Schluß zu, daß auch er etwas Hartes, wahrscheinlich einen Sprengstoffgürtel, unter seinem Hemd trug.

Identifiziert wurde der Mann als Sivarasan, auch der „einäugige Jack" genannt, weil ihm das linke Auge fehlt. Sivarasan soll ein Spitzenkader der größten tamilischen Befreiungsarmee auf Sri Lanka sein, der „Liberation Tigers of Tamil Eelam" (LTTE).





Tatverdächtiger Komplize, Attentäterin*
Bombe unter dem Gewand

Der mutmaßliche Drahtzieher des Attentats ist offenkundig unversehrt entkommen. Seither ist auf ihn in Indien die größte Menschenhatz los. Gesucht wird auch eine Komplizin mit Namen Subha, die ebenfalls auf den Fotos zu erkennen war. Ein Aufgebot von über einer Million Polizisten und Detektiven überwacht Straßen, Grenzen, Bahnhöfe und Flughäfen des riesigen Landes. Marine und Küstenwache patrouillieren in den südöstlichen Gewässern, die Tamil Nadu vom Norden Sri Lankas trennen.

Der Einäugige, glauben die Fahnder, sitze noch in Indien fest und versuche verzweifelt, entweder nach Nepal oder in den von den Tamil Tigers beherrschten Norden Sri Lankas zu gelangen – genau wie Subha, die den „Schwarzen Tigern", einer 2000 Frauen starken Selbstmordeinheit der LTTE, angehören soll.

Über eine Million Fahndungsposter prangen in Südindien an Mauern und städtischen Bussen. Die Konterfeis der beiden gingen durch Fernsehen und Presse. 70 000 Mark Belohnung stehen auf Sivarasans, 35 000 auf Subhas Kopf. Bislang haben die Attentatsaufklärer acht srilankische und sechs südindische Tamilen festgenommen. Zur ersten Gruppe gehört Murugan, 21, angeblich hochrangiger Sprengstoffexperte der LTTE, zur zweiten die Sekretärin Nalini, 27, bei der die Attentäterin und Murugan Tage vor dem Anschlag gewohnt hatten.

Die Tamilen-Tiger hätten zweifellos ein Motiv gehabt, Rajiv Gandhi umzubringen. Seit 1983 führen die hinduistischen Tamilen einen verlustreichen Bürgerkrieg gegen die buddhistische Mehrheit der Singhalesen auf Sri Lanka. Sie wollen „Tamil Eelam", einen freien Tamilen-Staat im Norden und Osten der Insel, errichten.

Gandhi war Ministerpräsident, als er 1987 ein sogenanntes Friedenskorps nach Sri Lanka schickte. Das Korps brachte nicht Frieden, sondern blutigen Hader. Tausende indischer Soldaten und LTTE-Kämpfer starben. Inder vergewaltigten Tamilinnen – darunter nach Nalinis Aussagen auch die mutmaßliche Attentäterin Dhanu, die überdies während der zweieinhalb Jahre dauernden indischen Expedition zwei Brüder verloren habe. Dhanu wäre mithin die ideale Rächerin, zum politischen Motiv käme noch das private hinzu.



Tatverdächtige auf Fahndungsfotos*
Gejagt von einer Million Polizisten

Doch es gibt auch einige Ungereimtheiten, die Zweifel an der Arbeit der Fahnder geweckt haben. Skeptiker werfen ihnen vor, sich allzu verbissen auf die Fährte der Tiger gesetzt zu haben.

„Obwohl Motiv, technisches Können und menschliches Potential allesamt auf die LTTE weisen", moniert die Zeitschrift *Illustrated Weekly of India*, „ist nicht genug konkretes Beweismaterial da, um die LTTE direkt mit der Verschwörung in Verbindung zu bringen."

Einer der besten Kenner der Tamil Tigers in Indien, der langjährige oberste Polizeichef in Tamil Nadu, wirft seinen Kollegen von der Sonderkommission vor, sie hätten sich durch die LTTE-Spur „ablenken" lassen: „Andere Möglichkeiten sollten untersucht werden."

Ein Schönheitsfehler an der Tiger-Spur ist zum Beispiel, daß die vier Hauptverdächtigen Sivarasan, Dhanu, Subha und Murugan fast nur von Mitgliedern mit der LTTE tödlich verfeindeter Tamilen-Freiheitsbewegungen identifiziert wurden. Diese LTTE-Rivalen wurden von den Tigern in der Vergangenheit mit Mord und Terror überzogen, sie arbeiten jetzt auf der Seite der Regierung von Sri Lanka.

In Sri Lanka, wo Regierungstruppen sich seit Wochen mit den Tamil Tigers am strategisch wichtigen Elefantenpaß, der die nördliche Halbinsel Jaffna mit Sri Lanka verbindet, eine mörderische Schlacht liefern, bekamen Indiens Fahnder erwartungsgemäß nichts zu hören, was die LTTE entlasten könnte.

Die Tamil Tigers bestreiten die Tatbeteiligung. Ihr Londoner Sprecher Anton Rajah beteuert, die vier von der Todesschwadron seien der Organisation „weder vom Foto noch den Namen nach" bekannt.

Der gravierendste Einwand gegen eine Täterschaft der Tamilen-Tiger: Ihre Führung mußte wissen, daß sie sich mit dem Mord an Gandhi um viele Sympathien der südindischen Bevölkerung bringen würde. Die aber braucht sie, damit ihre Kämpfer nach dem berühmten Mao-Wort wie Fische im Wasser schwimmen können.

Die Bevölkerung Tamil Nadus – 55 Millionen Menschen – ist ein einziges

* Oben: Sivarasan, Dhanu auf Fotos aus der am Tatort gefundenen Kamera; unten: Sivarasan, Subha.

Eine Erfolgsmarke der März-Gruppe

Jever!



Reservoir von Sympathisanten. Die lokalen Regierungen Tamil Nadus, wie übrigens jahrelang auch die Zentralregierung, haben die Tiger gestützt. Während des indischen Truppeneinsatzes auf Sri Lanka brachten die Rebellen ihre Verwundeten in Schlauchbooten zur Pflege aufs indische Festland.

Von Tamil Nadu aus schmuggeln sie mit Hilfe der Einheimischen Waffen, Treibstoff, Nahrungsmittel und Medikamente nach Jaffna. Strohmänner betreiben für sie Waffen- und Uniformfabriken. Tamil Nadu war und ist das lebenspendende Herz des Tiger-Kampfes. Kommt es zum Stillstand, hat Sri Lanka gewonnen. Warum hätten die Tiger ein solches Risiko eingehen sollen, nur um persönliche Rachegelüste zu stillen?

Hinzu kommt, daß die Polizei sich Pannen leistete, die zusätzliche Verwirrung stifteten. Ihr wichtigster Zeuge war ein Schmuggler von der Tamil-Nadu-Küste namens Shanmugham, 35. Bei ihm hatten Dhanu, Sivarasan und Subha nach ihrer Ankunft per Schlauchboot aus Sri Lanka am 30. April ersten Unterschlupf gefunden – wie viele Tamilen-Kämpfer in den Jahren zuvor.

Shanmugham stellte sich der Polizei. Er führte sie zu Schlupfwinkeln und unterirdischen Waffenverstecken. Am 19. Juli aß er in einem Gästebungalow der Polizei zu Abend, als er bat, sich die Hände waschen zu dürfen – und verschwand. Die Beamten behaupten, sogleich eine großangelegte Suchaktion gestartet zu haben. Shanmugham wurde aber erst am nächsten Morgen, kaum hundert Meter entfernt, entdeckt. Er hing tot an einem Baum.

Selbstmord, sagt die Polizei. Mord und vorgetäuschter Selbstmord, sagt die Familie, der es merkwürdig vorkam, daß die Füße des angeblich Erhängten Bodenberührung hatten, als er gefunden wurde.

Der mysteriöse Todesfall löste im Parlament von Neu-Delhi einen Aufruhr aus. Innenminister S. B. Chavan mußte zugeben: „Die Erklärungen des SIT zur Flucht und zum Tod Shanmughams befriedigen mich nicht." Jedenfalls muß sich die Aufklärungstruppe seither zunehmend zweifelnden Fragen stellen. Kein Wunder, daß wie bei jedem unaufgeklärten politischen Mord – bei John F. Kennedy oder Olof Palme – auch diesmal allerhand Spekulationen über internationale Verschwörungen und außenstehende Mächte wuchern.

PLO-Chef Jassir Arafat soll Gandhi vor einem drohenden Anschlag auf sein Leben gewarnt haben, behauptet etwa Indiens Ex-Premier Chandra Shekhar. Auch Israels Geheimdienst Mossad geriet in die Gerüchteküche: Er soll gleichzeitig sowohl Sri Lankas Regierungstruppen als auch die Tamilen-Tiger gedrillt und ausgerüstet haben.

Da durfte natürlich die CIA nicht fehlen. Innenminister Chavan teilte dem Parlament seine Überzeugung mit, „irgendeine andere internationale Agency" sei verwickelt in die „Konspiration". Rajiv Gandhis Chancen auf einen Wahlsieg hätten „einige Länder irritiert, die heute unangefochten als Supermacht übriggeblieben sind", so Chavan.

Die Wahrheit über Verschwörung, Dunkel- oder Hintermänner weiß wohl nur der gehetzte einäugige Jack. Ist er wirklich ein Tamilen-Tiger und wird er gefangen, nimmt er sie wahrscheinlich mit in den Tod. Er würde unverzüglich, wie es für die Tiger Vorschrift ist, zu einer stets am Hals getragenen Zyankali-Kapsel greifen und sie zerbeißen.

Waffenhandel

Pflugscharen zu Schwertern

Politik und Drogen schufen die Voraussetzungen: Miami verkommt zum internationalen Basar für Kriegsgerät aller Art.

Die Besucher aus Chicago wähnten sich am Ziel ihrer Wünsche. Die Waffen, die ihr Gastgeber in Miami zur gefälligen Betrachtung aufgebaut hatte, waren genau das, was kroatischen Milizen helfen konnte, die drükkende Überlegenheit ihrer serbischen Gegner und der jugoslawischen Bundesarmee zu verringern.

Anbieter und Käufer einigten sich schnell. Das halbe Dutzend Flugabwehrraketen vom Typ „Stinger" sollte gleich mitgehen; die Herren hielten 10 000 Dollar als Anzahlung bereit.

Im übrigen wurde Lieferung gegen „Bargeld in Koffern" vereinbart: bis zu 3000 Sturmgewehre des Modells M-16, insgesamt 100 Stinger-Raketen, weitere Flugabwehrgeschütze des Stinger-Vorgängers „Redeye", dazu Munition und Nachtsichtgeräte – alles in allem ein Zwölf-Millionen-Dollar-Geschäft.

Den Hinweis des Lieferanten auf die erforderlichen Ausfuhrgenehmigungen taten die Interessenten als kleinkariert ab: Für so was habe man eine Strohfirma aus Deutschland. Dagegen hätten sie ganz gern gewußt, wo eine alte Boeing 727 aufzutreiben wäre, um die Ware direkt nach Jugoslawien zu schaffen.

Doch das Geschäft scheiterte nicht an Transportproblemen. Schon die vorgezeigten Raketenmuster waren wertlos: US-Zollpolizisten hatten eine Falle gestellt und konnten vorletzte Woche die Chicago-Gang, drei Exilkroaten und den Besitzer eines Waffengeschäfts, verhaften. Die „Operation Exodus", mit der die Ermittlungsbehörden des amerikanischen Finanzministeriums den illegalen Waffenschmuggel unterbinden wollen, feierte einen Erfolg.

Der fiel bescheiden aus. Dem verhinderten Jugoslawien-Deal stehen unzählige Transaktionen gegenüber, die nicht rechtzeitig entdeckt werden. Denn in den vergangenen Jahren hat sich die Florida-Metropole zur Zentrale des Handels mit

* Bei einer Pressekonferenz nach der Vereitlung des Jugoslawien-Deals am vergangenen Montag.



Flugabwehrrakete „Stinger", Zollbeamte*: „Kriminelle aus aller Welt"



Waffengeschäft in Miami: „Liefern, was der Markt verlangt"

Kriegsgerät aller Art entwickelt: Jedes Jahr werden Abertausende Waffen über Miami ins Ausland geschmuggelt.

Mit Gewehren aus Miami töten die peruanischen Guerrilleros vom „Leuchtenden Pfad", über Miami hatte Saddam Hussein Splitterbomben aus Chile bezogen. Panamas Ex-Diktator Manuel Noriega ließ seine „Bataillone der Würde" in Miami ausrüsten.

Auch die radikalen Moslems, die vergangenes Jahr in Trinidad revoltierten, hatten sich für ihren Putschversuch mit Waffen aus Miami versorgt. In Miami ordern kolumbianische Drogenbarone die Ausrüstung für ihre Privatarmeen. Die drei kolumbianischen Präsidentschaftskandidaten, die 1989 Attentätern zum Opfer fielen, wurden mit in Florida beschafften Waffen umgebracht.

„Kriminelle Händler aus aller Welt fallen über Miami her", klagt Zollfahnder Keith Prager über den Andrang der Schieber. Das örtliche Geschäft mit dem Schießgerät könne geradezu als „Weltbarometer" dienen: „Egal wo ein Konflikt aufflammt, mit Sicherheit haben wir die dazugehörigen Fälle von illegalem Waffenhandel hier."

Auch die Washingtoner Zollzentrale gibt zu, daß in keiner US-Stadt mehr Rüstzeug verschachert wird. „Da unten", erläutert Donald De Fago vom Finanzministerium, „gibt es einen richtigen Basar."

Miami habe die „Atmosphäre, in der diese Geschäfte gedeihen können. Seine geographische Lage und die einschlägige Szene ergeben einen großen Markt mit internationaler Ausrichtung". Eine „Welt von Drogen, Waffen und Ganoven" mache die Stadt zum „Brennpunkt" für die Todeshändler.

Im Touristenparadies Florida war es seit jeher besonders einfach, an Waffen heranzukommen. Kaum irgendwo sonst in den USA wird das Bürgerrecht auf freien Waffenbesitz so erbittert verteidigt. Die Inhaber von Waffengeschäften, die sich an den Ausfallstraßen drängeln, können unbegrenzte Mengen an Handfeuerwaffen einkaufen, ohne Verdacht zu erregen.

Völlig legal dürfen sie Vorzugskunden bedienen, Besitzer von Schießständen etwa, die häufig als Strohmänner für Waffenschmuggler auftreten. „Die Waffen sind vorhanden", sagt De Fago, „und ebenso die Personen, die bereit sind, sie jedem zu verkaufen."

Die Experten in diesem Geschäft haben sich die USA selbst herangezüchtet. Seit Jahrzehnten bedienen sich Geheimdienste des örtlichen Know-hows für den Waffenschmuggel.

Die Machtübernahme Fidel Castros auf Kuba etwa bewirkte, daß die CIA vorübergehend zum größten Arbeitgeber der Stadt heranwuchs. In Miami betrieben CIA-Agenten ihre eigene Fracht-Linie, Southern Air Transport, deren Flugzeuge sie vor allem für geheime Waffenlieferungen nutzten.

Lateinamerikanische Revolutionäre und Konterrevolutionäre aufzurüsten gehört in Miami schon zur lokalen Folklore. Das Denkmal für die kubanischen „Märtyrer" der Schweinebucht-Invasion wird von einer Absperrung gesichert, bei der eine Kette an Pfeilern aus großkalibrigen Granathülsen festgeschweißt ist. Über Miami organisierte auch der Oberstleutnant Oliver North den Waffennachschub für die nicaraguanischen Contras und nutzte dazu Piloten mit Erfahrung im Drogenhandel.

Niemand störte sich daran. In ihrer PR-Zeitschrift *Global Gateway* (Tor zur Welt) feierte die Handelskammer von Miami den Waffenexport als Wachstumsbranche der achtziger Jahre: „Südflorida wird zum Supermarkt für Militärs ... Eine neue Generation von Händlern ist willens zu liefern, was immer der Markt an Kriegsmaterial verlangt." Ein Feature über einen dieser Waffen-Yuppies trug die zynische Überschrift „Pflugscharen zu Schwertern".

An den staatlich geförderten Waffenschiebereien verdienen die Händler der Stadt zuweilen sogar mehrmals. Derzeit sind auf dem Schwarzmarkt die nicht mehr benötigten Contra-Waffen erhältlich, die unter Uno-Aufsicht eigentlich längst hätten vernichtet werden müssen.

Der Miami-Boom der achtziger Jahre schuf die Voraussetzungen dafür, daß nun auch Waffenhändler aus aller Welt die Stadt als bevorzugten Geschäftsort nutzen. Erst zu Anfang des Jahrzehnts hatte sich der Flughafen von Miami zum Luftkreuz zwischen Nordamerika, Europa und Südamerika entwickelt. Parallel zur Drogenflut, die von Kolumbien her Südflorida überschwemmte, wandelten sich die eher provinziellen Banken der Stadt zu Geldhäusern mit internationalem Betätigungsfeld.

Diese Infrastruktur wird fleißig genutzt. Die Waffen verlassen die Stadt auf den gleichen Wegen, auf denen die Drogen hereinströmen: in Kühlschränken und Waschmaschinen, in Sauerstoffflaschen für Taucher und in Stofftieren.

Hauptabnehmer ist noch immer Lateinamerika, wo dank schärferer Einfuhrgesetze die Preise für Handfeuerwaffen deutlich höher liegen. „Eine Pistole, die in Miami für 300 Dollar zu haben ist, kann in Bogotá 2000 Dollar bringen", sagt Prager.

Es sind deshalb vor allem lateinamerikanische Staaten, die den USA vorhalten, den Kampf gegen die Waffenhändler zu vernachlässigen. Der Tadel trifft um so mehr, als Washington von den gleichen Staaten enge Kooperation bei der Verfolgung von Drogenhändlern fordert. In den vergangenen Jahren hat das Finanzministerium deshalb die Zahl der Ermittler für das internationale Waffengeschäft in Florida verdoppelt.

Viel genutzt hat das bislang nicht. Was für den Drogenmarkt gelte, treffe auch auf den Handel mit Kriegsgerät zu, glaubt Robert Creighton, einer der Chef-fahnder des Finanzministeriums: „Solange die Märkte vorhanden sind, wird es immer jemanden geben, der sagt: Hey, ich mach' das." ◀

China

Schlimmer als der Tod

Eine Unperson taucht wieder auf – im Film: Marschall Lin Piao, der angeblich Mao töten wollte.

Kontakte mit Berufskollegen sind schwierig, Kasernenbesuche oder Manöverbeobachtung die Ausnahme: Die westlichen Militärattachés in Peking werden von ihren chinesischen Gastgebern wenn irgend möglich geschnitten.

So waren die ausländischen Militär-Deputierten sehr gespannt, als sie unlängst eine Einladung des Verteidigungsministeriums erhielten. Doch geboten wurde lediglich Propaganda: Die Pekinger Militärs zeigten den neuen, vom Armee-Studio „1. August" produzierten Film „Große Entscheidungsschlachten".

In dem Streifen geht es um den Kampf zwischen Maos Kommunisten und den – an Zahl überlegenen – Kuomintang-Truppen Tschiang Kai-scheks 1948 im Nordosten Chinas. Die Kommunisten siegten, weil die Sowjets ihnen japanische Beutewaffen überlassen hatten, während die Amerikaner ihrer Kuomintang keine Waffen mehr lieferten.

Die Kino-Premiere barg dennoch eine Überraschung: Der knapp vier Stunden lange Film erinnert mit Sympathie an eine Persönlichkeit, die seit 20 Jahren unter Chinas Genossen nur als „Renegat" und „Verräter" erwähnt wurde: Lin Piao, Kommandeur der Vierten Feldarmee, der im Bürgerkrieg wesentlichen Anteil an der Vertreibung der Kuomintang-Truppen auf die Insel Taiwan 1949 hatte und in Korea gegen die Amerikaner kämpfte.

Der Sturz Lins – einst einer der mächtigsten Männer der Volksrepublik – gehört zu den Mysterien der chinesischen Nachkriegsgeschichte. Als treuester Anhänger Mao Tse-tungs hatte der Marschall nach dem mißratenen „Großen Sprung nach vorn", der Millionen Todesopfer forderte, fest zum Parteivorsitzenden gehalten, als der das Amt des Staatspräsidenten verlor. Lin Piao bekam, sozusagen als Maos Stallwache, den Posten des Verteidigungsministers.

Er half Mao, 1966 die Kulturrevolution in Gang zu bringen, mit der alle innerparteilichen Widersacher beseitigt werden sollten. Lin Piao kompilierte die kleine rote Mao-Bibel, seine Offiziere drillten die Roten Garden. 1969 bestimmte der KP-Chef seinen „nächsten Kampfgefährten" aus Dank zu seinem künftigen Nachfolger. So schrieb er es ins Parteistatut.

Zwei Jahre später verschwand Lin Piao plötzlich. Es hieß, er habe versucht, Mao zu töten – vielleicht war es auch umgekehrt. Ein geheimer Putschplan „571" tauchte auf, in dem Verschwörer aus der Armee über Mao urteilten: „Er ist ein Wahnsinniger und Sadist. Jeder, der seinen Weg kreuzt, kann ein Schicksal erleiden, das schlimmer ist als der Tod."

Der Staatsstreich sei gescheitert, hieß es in der parteiinternen Sprachregelung. Auf der Flucht in die Sowjetunion sei Lin Piaos Flugzeug über der Mongolei abgestürzt. Aus den Trümmern ließ sich schließen, daß es an Bord eine Schießerei gegeben hatte. 1990 berichteten zwei mongolische Offiziere, keineswegs habe sich in dem Wrack Lin Piaos Leiche befunden.

Der Marschall wurde zur Unperson, er blieb es auch nach Maos Tod und der Rückkehr der Mao-Gegner an die Macht – bis sein Konterfei voriges Jahr in den Buchläden aushing und er dieser Tage in den „Entscheidungsschlachten" wieder ins Bild kommen durfte: als kluger, eigenwilliger Stratege, der stundenlang Karten studiert und geröstete Sojabohnen knabbert.

Weil ein historisches Epos über diese historische Phase Lin Piao schlecht ignorieren kann, hatte der damalige Reform-Parteichef Hu Yaobang bereits 1986 den Film-Auftritt Lins genehmigt, die Drehbuchautoren jedoch angewiesen, den gefallenen Helden nicht „zuviel auf der Leinwand erscheinen zu lassen". Nun allerdings steht er im Mittelpunkt des drögen Monumentalwerks, nach Meinung von Kritikern positiver dargestellt als ursprünglich geplant – was einer teilweisen Rehabilitierung gleichkommt.

Der gut besuchte Streifen ist nur einer von zahlreichen Filmen, mit denen die KP derzeit versucht, ihre revolutionäre Geschichte zu verherrlichen und so ihren schwer angeschlagenen Ruf vor allem bei der Jugend aufzupolieren. Dabei nutzen linke Kräfte in der Partei offenkundig die Gelegenheit, auch die Kulturrevolution (1966 bis 1976) und ihre Hauptakteure, wie Lin Piao, neu zu bewerten. Geschichtsbücher für das nächste Schuljahr sollen sogar versuchen, die vermeintliche Notwendigkeit jener verheerenden Kampagne zu begründen.


Marschall Lin Piao, Revolutionär Mao 1966: „Nächster Kampfgefährte"

Jetzt fördern starke Männer das Andenken jenes Kameraden, der angeblich in Rußland Asyl suchte: des ehemaligen Armeegenerals und derzeitigen Staatspräsidenten Yang Shangkun, 84 (er spricht fließend Russisch), sowie dessen Halbbruder Yang Baibing, Generalsekretär der Zentralen Militärkommission. Sie möchten frühere Getreue Lins auf ihre Seite ziehen – für den fälligen Machtkampf, wenn der große Deng Xiaoping, 87, stirbt.

Auf der Premiere verteidigte Yang die filmische Wiederauferstehung des ehemaligen Staatsfeindes: „Es ist nicht korrekt, jemanden von Anfang bis Ende zu negieren, bloß weil er sich in seinen letzten Tagen als schlechter Mensch erwies." ◀



„VAW Zeitreise-Stand"
Halle 4.1. Stand E.04



Dresdner Profis, Trainer Schulte (M.): „Fußball ist altmodisch"

„Sie sind heiß, die Jungs"

Die ostdeutschen Bundesligaklubs überraschen mit Fußball, der als Überlebenskampf inszeniert ist: Hansa Rostock ist Tabellenführer, Dynamo Dresden schlug den bisherigen Spitzenreiter. Den Dresdnern hilft dabei ein Wessi, der sich schon beim FC St. Pauli als Anwalt der Kleinen verstand, der Trainer Helmut Schulte.

Irgendwie sieht es fromm aus, wenn Helmut Schulte unterm Stuhl die Füße ineinander verhakelt, als falte er sie zum Gebet. Und das mitten im Gebrüll von 20 000 Dynamo-Fans im Dresdner Stadion und vor den Augen seiner hechelnden Mannen, die den eleganten Stars von Eintracht Frankfurt am vergangenen Dienstag beizubringen versuchen, was eine sächsische Sense ist.

Fromm? Der schlaksige Sauerländer Schulte ist Cheftrainer in der Fußballbundesliga, 300 000 Mark Jahresgehalt plus Prämien, ein „harter Hund", wie Dynamo Dresdens Präsident Wolf-Rüdiger Ziegenbalg stolz versichert. Falls der Neue tatsächlich betet, wäre ihm das aber so recht, als wenn er seine Spieler „liebkost oder unter der Dusche verprügelt." Schulte kriegt sein Geld, Dynamo will Erfolg, wie, ist egal.

Zwei rote Plaste-Stühle haben die Dresdner für ihren Trainer und seinen Assistenten Gert Heidler so dicht an die Seitenlinie rücken lassen, daß Schulte dem Linienrichter im Sitzen ein Bein stellen könnte, wenn er die langen Haxen ausführe. Er scheint aber auf dem Stuhl in sich verschwunden, vergräbt sein zerklüftetes Gesicht in eine schützende Hand und versinkt in Erstarrung, als Andy Möller die Gäste am Ende einer wirbelnden Ball-Gala über zwölf Stationen mit 1:0 in Führung schießt. Totenstill wird es im Stadion, Schulte klebt wie angefroren auf seinem Sitz, bevor er sich mit Verzögerung hochreckt zu einem Ruhe gebietenden Ausrufezeichen von 1,93 Meter Höhe. Betet er wirklich? Hat er eine positive Rückmeldung?

„Der ganz Große da oben", erklärt der Trainer später, als er über den am Ende herausgeschundenen 2:1-Sieg seiner Truppe referiert, „der sorgt schon dafür, daß sich alles wieder ausgleicht. Es gibt kein Glück ohne Ende, es gibt aber auch kein Pech ohne Ende." Schulte sagt das grinsend, wie wenn er einen Witz gemacht hätte, und so nehmen es die meisten auch.

Aber glaubt er – der sich als „gläubiger Christ, römisch-katholisch" bekennt – nicht vielleicht wirklich an einen Fußballgott? Schulte, der stets Freude hat an pfiffigen Antworten, pflegt Nachfragen auszuweichen: „Und wenn es nicht so ist, muß man es trotzdem glauben, sonst dreht man durch."

So spricht der Profi. In den Augen der Dresdner mag es denn auch eher cool wirken als gottergeben, daß Schulte in der 40. Minute nicht jubelnd aufspringt wie der Rest des Stadions, als Torsten Gütschow zum 1:1 ausgleicht. Das erste Dynamo-Tor in der Bundesliga, nach 220 Minuten scheint endlich der Knoten geplatzt. Geht's jetzt los? „Von allein geht gar nichts los", wiegelt Schulte ab. Er holt die langen Arme von ganz weit her und patscht einmal im Zeitlupentempo in die Hände. Mehr nicht.

So sind sie eben, die harten Smarten aus dem Westen. So einen hat ihr Präsident gewollt, einen, dessen Augen so kühl blitzen wie die deutsche Mark und der so rotzig redet wie Clint Eastwood in der Rolle von Uli Hoeneß. Schulte tut ihnen den Gefallen: „Randale und Rabatz" werde es geben, wenn die Leistung nicht stimmt. Auf jeden Tisch will er hauen, ganz gleich, wer darunter liegt.

Markig. Die Dynamo-Spieler blicken respektvoll auf zu ihrem Coach; seine Größe und ihre im ehemaligen Polizeisportklub andressierte Untertänigkeit erleichtern ihm die Rolle eines „autoritären Typen", die ihm nicht liegt, aber gut steht.

Artig laufen sie beim Training zu ihm hin, um dem Chef die Hand zu schütteln, aber das wird er ihnen auch noch abgewöhnen wie schon das Antreten vor den Übungen. Seine Spieler sind ihm viel zu lieb, „ellenbogenmäßig" müssen sie noch viel lernen. Wie sagt doch Präsident Wolf-Rüdiger Ziegenbalg immer? „Bundesliga ist ein hartes Geschäft. Da können wir uns Sentimentalitäten nicht leisten."

Hat er nicht recht? Helmut Schulte, der noch in nostalgischer Schwärmerei seiner Aufstiegsphase vom Jugendtrainer zum Chefcoach in der Bundesliga beim Hamburger Traditionsverein St. Pauli nachtrauert, der ihn am Ende rüde feuerte, sagt sich das ebenfalls, wenn auch vergebens.

Allerdings – so ähnlich die Worte klingen mögen, zwischen dem kapitalismus- und modernitätssüchtigen sächsischen Selfmademan Ziegenbalg, der im Nu einen Hi-Fi-Großhandel aus dem

Boden von Radeberg bei Dresden gestampft hat, und dem geradlinigen sauerländischen Bauernsohn Schulte liegen Welten. Aufsteiger sind sie beide, aber Ziegenbalg und sein Dresdner Troß wollen geradezu gierig hinein in die Glitzerwelt des großen Geldes, der Schulte von Herzen zu mißtrauen gelernt hat. Geld schafft Möglichkeiten, das ja. Selbst die Chance, sich sorgenfrei ein so einfaches Leben leisten zu können, wie man es führen müßte, wäre man arm.

Zynisch ist das nicht gemeint. Schulte – auf dem kargen Hof seines Vaters an einfaches Leben gewöhnt – fehlt der Luxus des Westens nicht. Und ziemlich romantisch ist er auch. Seinen Kollegen jedenfalls, zumeist nüchterne Fußball-Profis, denen zum Stichwort „Acker" nur die Erläuterung „Unbespielbarkeit des Platzes" einfällt, nicht aber Lyrisches oder Landwirtschaftliches, sind derart verstiegene Vorstellung fremd.

„Was hatte er denn für eine Wahl?" fragt Eintracht-Vizepräsident Bernd Hölzenbein skeptisch auf die Frage, ob er an Schultes Stelle den Job in Dresden angenommen hätte. Gewiß, so sieht es Schulte auch, einerseits. Andererseits habe es ihn schon sehr gereizt, sagt er, „beim Vereinigungsprozeß der Deutschen selbst mitzumachen, nicht immer alles nur aus zweiter Hand zu erfahren".

Nach gut acht Wochen hat sich seine ursprüngliche Neugier zur persönlichen Herausforderung ausgewachsen. Denn was er im Osten sieht, geht ihm „gewaltig auf den Senkel". Spöttisch schweift Schultes Blick durch das Chaos in seinem Arbeitszimmer im Vereinsheim des ehemaligen Vopo-Klubs Dynamo, das der seidengewandete Schatzmeister Manfred Kluge versehentlich immer noch mal „unsere Dienststelle" nennt.

Zwischen prallwülstigen Plüschsofas stapeln sich Adidas-Schachteln, Karteikästen und Papierkörbe aus Holz und Plastik. Auf dem unnachahmlich klassischen Couchtisch mit Häkeldecke unter der Glasscheibe karikieren sechs Cognacschwenker eine halbleere Wasserflasche oder umgekehrt. Eine nagelneu veraltete DDR-Hi-Fi-Anlage steht unangeschlossen herum. Die hat wohl früher mal der Präsident geliefert, als er noch Handwerker war, aber nie Genosse. Die obligate Grünpflanze verstaubt traurig in einer Vitrine, in der eine krause Büchersammlung durch beiliegendes Inventarverzeichnis beglaubigt wird. Dahinter blitzt ein blechern wirkender Goldteller mit kyrillisch beschrifteten Kickern.

So, scheint der Perfektionist Schulte schaudernd zu registrieren, sieht es überall im Lande aus – Unordnung, Nachlässigkeit, Desorganisation. Alles lief hier vierzig Jahre seinen unheilvollen sozialistischen Schlendrian, auch auf dem Fußballfeld. „Ich muß ja auch Konzentration trainieren", seufzt der Trainer, und Eigenverantwortung, die vor allem. Daß die Mannschaft am Spieltag bis Mittag daheimbleiben darf, halten kopfschüttelnde alte Dynamo-Hasen schon für eine mentale Überforderung der Spieler.

Denen macht Helmut Schulte aber so wenig Vorwürfe wie den jetzt Verantwortlichen. „Eine Schweinerei" findet er vielmehr, „wie der Osten ausgesaugt wird und wie beschissen es den Leuten geht, die kaum das Geld für die billigsten Stehplatzkarten zusammenkriegen." Nach acht Wochen hat der Trainer – wie vier seiner Spieler auch – noch immer keine Wohnung. Er kampiert mit selbstkasteiendem Vergnügen im kargen Trainingslager des Vereins. Daß aber am Spieltag die Zeitungen 200 000 Dresdnern Mieterhöhungen androhen, im Schnitt um das Fünffache, überliest einer wie Schulte nicht.



Dynamo-Präsident Ziegenbalg*
„Wir sind das Schalke des Ostens"

Ist er nun ein Linker, wie ihm in Hamburg nachgesagt wurde? Ein verkappter Sozialarbeiter? Oder einfach ein sauerländischer Christenmensch, der eine Mutter hat, „die zu gut ist für diese Welt"? Alles deutet darauf hin, daß er bloß provozierend normal geblieben ist in seinem schillernden Beruf.

Zwar sperrt er sich gegen den Versuch, seinen Profi-Job sozialpädagogisch zu interpretieren, fürchtet offenkundig, in der Branche wieder als Weichmann verspottet zu werden. Gleichzeitig aber redet er über Sachsen wie einst über den Stadtteil St. Pauli: Ist dies nicht auch eine Gegend, „die immer irgendwie untergebuttert wurde?" Ist es da nicht die Chance, ja, die Pflicht des Klubs, den Leuten Dynamo zur Identifikation anzubieten?

Unentwegt bläut Helmut Schulte seinen Spielern ein, sich im Spiel zu zerreißen, ehrliche Arbeit vorzuführen, um den Menschen im Osten eine Möglichkeit zu geben, sich am Beispiel der Kikker aufzurichten und denen im Westen zu zeigen, „daß wir nicht so blind sind, wie die glauben".

So etwa, verpackt in viele „Streicheleinheiten", hat er am Dienstag in der Halbzeitpause auf seine Mannen eingeredet – und einen Nerv getroffen. Als

Torschütze Gütschow: „Nicht so blind, wie die Wessis glauben"

* Mit Profi Hans-Uwe Pilz.

die Mannschaft zur zweiten Halbzeit den Rasen betritt, kreischt Stadionsprecher Gert Zimmermann, ein ehemaliger Kellner und Diskjockey, der sich als eine Art Pausenclown bei Dynamo eingenistet hat: „Sie sind heiß, die Jungs, sie sind die ersten, die auf den Platz kommen." Sie sind so heiß, daß Libero Andreas Wagenhaus schon nach einer Viertelstunde wieder gehen darf – rote Karte.

Da wächst im Rudolf-Harbig-Stadion von Dresden zusammen, wovon Trainer, Präsident und alle Spieler schon vorher ekstatisch geschwärmt haben: die große Dynamo-Fußballfamilie, die „wie ein Mann" hinter den Kämpfern auf dem Feld steht. Die noch ungeordneten, den Wessis abgelauschten Sprechchöre reduzieren sich auf die simpelste Form der Anfeuerung: „Ran", brüllen die Fans, „ran."

Und so spielen die Dresdner auch, „ran" ist an diesem Abend ihre ganze Fußball hilosophie, ausdrücklich im nachhinein gutgeheißen von beiden Trainern. Auf haarsträubende Fehler angesprochen, sagt Schulte: „Die können passieren, wenn man bis zur Erschöpfung fightet. Aber so stell' ich mir das vor – Hut ab." Und sein Frankfurter Gegenspieler Dragoslav Stepanović sagt: „Die haben mehr gewollt als wir. Wenn alle mitziehen, gewinnen sie."

Alle für einen, einer für alle. Hart aber gerecht. Leistung lohnt sich. Der Wille versetzt Berge. Gott ist mit den Tüchtigen – heiler als die Fußballwelt von Dynamo Dresden kann zu Beginn dieser Woche, da den Schwarzgelben auswärts gegen den 1. FC Nürnberg und daheim gegen Bayern München zwei weitere von insgesamt 38 Dresdner Endspielen bevorstehen, nicht mal Disneyland sein. Altfränkische Tugenden, männerbündlerische Rituale, landsmännische Idolisierung – mit dem proletarischen Schmackes des frühen Industriezeitalters bricht Dresden in die computergesteuerte coole Welt des Kosten-Nutzen-Show-Geschäfts Bundesliga ein. „Wir sind das Schalke des Ostens", tönt Präsident Ziegenbalg.

Unzeitgemäß? „Fußball ist altmodisch", verteidigt der studierte Sportlehrer Schulte aus dem Westen seine neue Umgebung. Deshalb sei er doch zu einem Traditionsverein wie Dresden gegangen und nicht zu irgendeinem Plastik-Klub von Konzerngnaden: „Hier kann man Begeisterung entfalten. Die Leute wollen etwas erleben im Stadion, das setzt Motivation frei."

In der 81. Minute erleben die Dresdner Fans vergangenen Dienstag dann „das Wunder von der Elbe" – Torsten Gütschow bugsiert den Ball zum 2:1-Sieg über die Favoriten aus der Kapitalistenzentrale über die Linie. Und sie erleben ihren Coach als Boris Becker – wie nach einem entscheidenden As, ballt Schulte die Faust zum trotzigen Signal des Sieges.

Fußball ist altmodisch? Schulte ist es auch. So wenig wie die Fans auf den Rängen hält es den Trainer in der Schlußphase auf dem Sitz. Die letzten Minuten hängt „der Lange" auf der Rücklehne; als er beim Schlußpfiff die Arme hochreißt, steht er auf dem Stuhl. Keine Frage, er ist der Größte – und zugleich einer von ihnen.

Das muß der Wessi nicht spielen. Schon bei St. Pauli hat er sich – „unprofessionell" höhnen die Kollegen – mit den Stehplatzbesuchern solidarisiert, sich von ihnen mit Bananen füttern lassen.



Trainer-Gespann Heidler, Schulte
„Von allein geht gar nichts"

Dabei mögen die Grenzen zur PR-Masche manchmal überschritten worden sein.

Aber daß Helmut Schulte es ernst meint mit seinen Lobliedern auf die Fans, das wird bei seinen Einschätzungen deutlich, die sich wie Selbstbeschreibungen anhören: „Zuschauer sind sensibel. Zuschauer sind intelligent. Zuschauer merken, ob da eine Truppe ist, die sich hundertprozentig engagiert und sich verausgabt, oder ob da welche spazierengehen."

Solche Sprüche kommen an in Dresden. Sie bilden die Basis, auf der sich der Fußball-Robin-Hood aus dem Sauerland und der Möchtegern-Agnelli aus Radeberg derzeit begegnen können. Der Überlebenskampf gegen die Großen hält Trainer und Präsident zusammen. Er ebnet die Kluft zwischen unterschiedlichen Erfahrungsebenen und Wertewelten ein.

Den Umgang regelte, jenseits aller Treueschwüre, freilich allein der Erfolg. Schilder an der Eingangstür des Klubhauses – „Vor Betreten Schuhe gründlich säubern" und „Vorsicht, gebohnert" – werden auf Dauer weder Dreckschleudereien noch Abstürze verhindern. Noch suchen in Dresden alle ihre Rolle – der Verein, die Mannschaft und die Funktionäre.

Der Trainer ist unter diesen Umständen noch einsamer als ohnehin. Die zerklüftete Sächsische Schweiz sei etwa 100 Millionen Jahre alt, hat eine Lokalzeitung zur Begrüßung Schultes geschrieben, der Trainer dagegen sei erst 33 – dennoch sehe er fast genauso aus.

Das sind die Folgen, würde der Analytiker Wolfgang Schmidbauer sagen, der „destruktiven Kraft des Ideals": Weniger als perfekt ist ihm nie genug. Hundert Stunden Arbeit für den Fußball pro Woche hat Schulte schon bei St. Pauli Journalisten vorgerechnet. In Dresden sind es gewiß nicht weniger.

Siegermomente wie am Dienstag entschädigen Schulte für vieles. Da ist er Volksheld und Retter – mit sich und seinem Beruf zufrieden, ein Glück wie im Rausch. Und die Droge heißt Erfolg.

Leistungsgesellschaft? Schulte weiß, daß das ein Witz ist: „Wir leben in einer Erfolgsgesellschaft, Mißerfolge sind Katastrophen." Hat seine Mannschaft nicht zweimal gespielt und verloren? Und am Dienstag unsäglich gekickt und gewonnen? Die Lobpreisungen für die schönen Niederlagen bekamen an der Elbe schon einen unüberhörbar drohenden Unterton.

Diese Gefahr ist seit dem Sieg gegen Frankfurt erst einmal gebannt. In Wahrheit wirkt aber wie jede richtige Droge am Ende auch der Erfolg zerstörerisch.

Schulte weiß aus eigener Erfahrung, wie schnell das geht: arbeitslos – Volksheld – arbeitslos. Er brauchte nicht die telefonischen Berichte seines Freundes Uwe Reinders aus Rostock, um sich ausmalen zu können, was passieren würde, sollte Dynamo Dresden in der Tabelle allzu heftig nach oben rutschen: Die Spieler werden begehrlich, die Präsidenten neidisch. Auch dann kann ein Trainerstuhl schnell ins Wanken geraten.

Schon heute sagt der eitle Wolf-Rüdiger Ziegenbalg unumwunden, daß er sich auf gar keinen Fall – wie sein Rostocker Kollege – den Zugang zur Trainerbank und zur Kabine der Spieler ver-

Der Wunsch nach mehr Wohnraum.

Kalt ist zu kalt, heiß ist zu heiß – dazwischen fühlen wir uns wohl, z. B. bei

21°

COUPON

Ja, ich möchte mehr über den Vaillant Thermoblock, die moderne Gas-Etagenheizung mit dem Prädikat ÖKOTECH wissen. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial zu.

Name: ____________________

Straße: ____________________

Ort: ____________________

(Bitte ausfüllen und auf Postkarte kleben)

SP 8/91

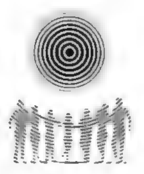
RCW

Was halten Sie davon: Sie bauen Ihr Dachgeschoß aus und wir kümmern uns um die Wärme. Zusammen mit dem Heizungsfachmann. Mit System und Kompetenz. Und mit den richtigen Produkten. Die auch für den nachträglichen Einbau in ein Dachgeschoß konstruiert sind. Wie hier z. B. der Vaillant Thermoblock mit dem Prädikat ÖKOTECH, der NO_X-arm umweltfreundlich und sparsam eine ganze Etage beheizt und auf Wunsch auch für warmes Wasser sorgt. Was Sie davon haben? Weniger Probleme beim Ausbau, weniger Heizkosten und mehr Komfort. Was Sie tun müssen? Fragen Sie Ihren Heizungsfachmann oder schreiben Sie uns. Der Ausbau beginnt mit der Planung.

Joh. Vaillant GmbH u. Co., Postf. 10 10 61, 5630 Remscheid.



Europas große Marke für Heizen, Regeln, warmes Wasser.



bieten lassen würde. Nur stelle sich diese Frage in Dresden eben derzeit nicht. „Damit wir Erfolg haben, wird die Macht untergeordnet."

Und wenn der Erfolg ausbleibt? Oder wenn er so groß wird wie bei Uwe Reinders?

Leichtathletik

Bis zum Erbrechen

Die WM-Vorbereitung zeigte die Probleme der ersten gesamtdeutschen Mannschaft auf: Der Typ des ehemaligen DDR-Athleten hat keine Zukunft.

Artig spricht Heike Drechsler in jedes Mikrofon, das ihr hingehalten wird. Ab und zu blickt die Weitsprung-Europameisterin, wie um Verzeihung bittend, zu ihrem Schwiegervater, den jedes weitere Interview nervt: „Mit was für Scheiß-Fragen die ihr Geld verdienen." Schließlich drängt er die brave Sportlerin zum Ausgang – die Familie will zurück nach Jena.

Erkennbar mißmutig spult dagegen Katrin Krabbe ihre Antworten herunter: Sie habe „hart trainiert", wolle bei der Weltmeisterschaft in Tokio auch im Einzelrennen eine Medaille holen. Dann ein kurzer Wink – die Sprinterin aus Neubrandenburg und ihr Anhang beenden die Audienz.

Die Beine weit von sich gestreckt und lässig an einem Colabecher nippend, erzählt derweil Heike Henkel von ihrer siebten Deutschen Meisterschaft. Belustigt rechnet sie an den Fingern nach, zum wievielten Mal sie gerade über zwei Meter gesprungen ist. So entspannt, als hocke sie in der Kneipe, redet die Leverkusenerin über Rekorde, Medaillen und ihren Kampf gegen Doping.

Die drei blonden Athletinnen werden, wie bei den Deutschen Meisterschaften vor drei Wochen in Hannover, von den Funktionären des Deutschen Leichtathletik-Verbandes (DLV) gern als die neuen Vorzeigesportler im vereinten Deutschland präsentiert.

Sie garantieren – anders als die Männer – für die am Freitag in Tokio beginnenden Weltmeisterschaften nicht nur Goldmedaillen. Sie symbolisieren nach Meinung der Verbandsführer auch ein „hundertprozentiges Vereinigungskonzept", so DLV-Präsident Helmut Meyer, das „selbst in Bonn" gelobt werde.

Auf den ersten Blick sieht es wie eine Neuauflage des „Fräuleinwunders" *(Bild)* aus, das den westdeutschen Leichtathletinnen bei den Olympischen Spielen 1972 in München vier Goldmedaillen bescherte.

Das deutsche Team ist dank Drechsler und Krabbe aus dem Osten und Henkel aus dem Westen so stark wie nie, die attraktiven Sportlerinnen lassen zudem jene muskelbepackten Kampfmaschinen vergessen, die jahrelang das Erscheinungsbild der Leichtathletik trübten. Doch gerade die drei Hauptdarsteller der ersten gesamtdeutschen Mannschaft bei einem Großereignis beweisen, daß von einem „harmonischen Zusammenwachsen" keine Rede sein kann. Heike Drechsler, Katrin Krabbe und Heike Henkel personifizieren vielmehr jene drei Athletenblöcke, in die das DLV-Aufgebot zerfällt.

Heike Drechsler, 26, ist die typische Vertreterin des alten Medaillen-Wunderlandes DDR. Katrin Krabbe, 21, steht für den Nachwuchs aus der Vereinigungs-Generation, der seit dem Mauerfall die Ernte des einstigen DDR-Drills einfährt.

Heike Henkel, 27, schließlich verkörpert jenen Wessi-Athleten, der sich ohne Unterstützung der Funktionäre nach oben gekämpft hat. Weil sie „so egoistisch" sei und „alles selbst in die Hand genommen" habe, so die Hochspringerin, sei sie trotz vieler Rückschläge in die Weltspitze aufgerückt.



Hochspringerin Henkel*
„Alles selbst in die Hand genommen"

Anders als bei Heike Henkel war Heike Drechslers Laufbahn im strengen Kommandosystem des DDR-Sports von dem Augenblick an fremdbestimmt, als Talentsucher ihr Sprungvermögen entdeckten. Das zwölfjährige Kind wurde von der SG Wismut Gera zum Sportclub Motor Jena abgeordnet, absolvierte die Kinder- und Jugendsportschule, eine Ausbildung als Feinmechanikerin und begann schließlich ein Studium als Unterstufenlehrerin.

Als Gegenleistung versprach das Mitglied der FDJ, durch gute Ergebnisse „das sportliche Ansehen unserer Republik weiter zu stärken". Die weit springende Genossin stufte ihre Leistung fürs

Weitspringerin Drechsler, Schwiegervater: „Kind unserer Republik"

* Nach ihrem Sieg bei der Europameisterschaft in Split.

JEDEN MORGEN DE



Ein glücklicher Mensch, der morgens zwischen zwei derartigen Autos wählen darf? Versetzen Sie sich doch mal in seine Lage.

TOYOTA SUPRA ODER LANDCRUISER STATION? 6 ZYLINDER UND TURBOLADER SPIELEN BEI DER ENTSCHEIDUNG KEINE ROLLE.

Am frühen Morgen, womöglich auf nüchternen Magen, sind Entscheidungen gefragt: *LandCruiser oder Supra?* Blitzartig schießen Ihnen die Vorzüge des *Grand Tourisme* durch den Kopf: 24-Ventil-Triebwerk (!), Turbolader (!!), Computer-Motormanagement (!!!), 3 Liter Hubraum und 175 kW (239 PS) (!!!!). Steht Ihnen heute der Sinn nach herausnehmbarem Sportdach, Klimaautomatik und Stereo-Anlage und vielen weiteren *Annehmlichkeiten?* Schon sinnieren Sie über den *LandCruiser*

R GLEICHE STRESS.

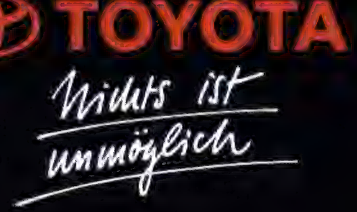
Supra 3,0 Turbo ab DM 65.520,-*. LandCruiser Station 4x4 ab DM 64.380,-*. *Unverbindliche Preisempfehlung (ohne Überführung).

Station: 4,2-Liter-Turbo-Diesel mit 123 kW (167 PS) (!), Direkteinspritzung (!!), maximales Drehmoment von 360 Nm/1800 min^{-1} (!!!) sowie permanenter Allradantrieb (!!!!). Dazu das unvergleichliche Ambiente – *Luxus pur.* Es hilft nichts: Beide sind auf ihre Art ein besonderer Fahrgenuß, ein besonderer Ausdruck Ihrer Individualität - und Sie müssen



sich entscheiden. Jetzt. Denn Ihre Frau naht – *grübelnd,* auch beide Autoschlüssel in der Hand. Ein entscheidender Moment: Supra oder LandCruiser? LandCruiser oder Supra? Sie entscheiden sich wie immer:

für den 6-Zylinder.



Vaterland „ähnlich der eines Soldaten der NVA" ein.

Als sich Heike Drechsler vor fünf Jahren in die Volkskammer abordnen ließ, lobte Cheftrainer Werner Trelenberg seine Musterschülerin als typisches „Kind unserer Republik". Vor allem aber war Heike Drechsler Opfer eines skrupellosen Leistungssystems.

Schon mit 17 Jahren wurde sie ins Anabolikaprogramm aufgenommen, exakt bestimmten Trainer und Ärzte ihren Jahreskonsum des DDR-üblichen Anabolikums Oral-Turinabol. Drechsler begann mit 650 Milligramm pro Jahr und steigerte die Dosis kontinuierlich auf fast 1000 Milligramm im Jahr 1985, als sie in Dresden Weltrekord sprang.

Nur einmal funktionierte die Kader-Athletin nicht so, wie es die Funktionäre von ihr verlangten. Nach den Olympischen Spielen 1988 legte sie, inzwischen mit einem Fußballtorwart verheiratet, gegen den Willen der staatlichen Medaillenzähler ein Babyjahr ein.

Der einstige „real existierende Star im Sozialismus der DDR" (*Sport*, Zürich) startete erst nach der Wende ein Comeback. Schnell mutierte die frühere Parteigängerin zur Großverdienerin im einst verteufelten Profi-Zirkus.

Sponsoren wie Subaru und Puma bezahlen nun die Produktion von Weltklasseleistungen nach alten Rezepten – nur hat die Jenaer Familienidylle die Rolle des Staates übernommen: Schwiegervater Erich fungiert als Trainer, Schwiegermutter Irene kümmert sich um Sohn Tony, und Ehemann Andreas führt das neue Sportgeschäft im Stadtzentrum.

Doch solche Wendekarrieren sind selten. Außer Speerwurf-Olympiasiegerin Petra Felke und Diskus-Weltmeisterin Martina Hellmann sind kaum noch langjährige „Botschafter im Trainingsanzug" (Erich Honecker) im deutschen WM-Kader. Altgediente Leistungsträger wie Silke Möller, die Titelverteidigerin über 100 und 200 Meter, haben sich nicht mehr für Tokio qualifiziert – andere ehemalige DDR-Stars wie die Olympia-Zweite Gloria Siebert laufen nur noch hinterher.

Spätestens nach den Olympischen Spielen 1992 in Barcelona wird der idealtypische DDR-Athlet ganz aus den Stadien verschwunden sein. Viele Topathleten wie die 800-Meter-Weltklasse-Läuferinnen Sigrun Grau-Wodars und Christine Wachtel haben ihren Rücktritt schon angekündigt.

Die Stelle der „Leichtathletik-Königin" (*Bild*) ist inzwischen durch Katrin Krabbe besetzt. Leistungsmäßig durch die DDR-Experten auf große Taten vorbereitet, schöpft die Sprinterin nun den finanziellen Rahm ab. Mit den Zuwendungen des Sportausrüsters Nike, Werbeverträgen mit Mode- und Kosmetikherstellern und Startgagen bis 25 000 Mark wurde der Vereinigungs-Star zur bestbezahlten deutschen Leichtathletin.

Von den Medien zum „Nationalsymbol" *(Wall Street Journal)* des neuen Deutschland hochgejubelt, gefiel sich die junge Mercedes-Fahrerin anfangs in der Rolle des Glamourgirls. Heute sieht sie häufig ihre „Leistung in den Schmutz gezogen".

Katrin Krabbe mag nicht wahrhaben, daß ihre nachlassende Beliebtheit auch mit den Dopingverdächtigungen zusammenhängt, denen sie seit Monaten ausgesetzt ist. Die Abhängigkeit von ihrem Trainer, Thomas Springstein, 33, blokkiert jegliche Einsicht in den Sinn der neuen Dopingkontrollen.

Denn gerade beim Thema Doping zeigt sich die kompromißlose Art des Dompteurs Springstein. Unverhohlen macht der als Bundestrainer übernommene Mecklenburger den DLV dafür verantwortlich, daß seine Schützlinge nicht noch erfolgreicher sind: „Die Konkurrenz läuft schneller, weil sie nicht so streng kontrolliert wird."

In entlarvender Offenheit betont der stets diabolisch dreinschauende Springstein, daß ihn „nichts außer dem Erfolg" interessiere. Um Medaillen zu gewinnen, müsse man, so der erfolgsüchtige Jung-Trainer, notfalls „bis zum Erbrechen" trainieren. Gehorsam lassen sich Krabbe und die 400-Meter-Läuferin Grit Breuer vor Kraftschlitten spannen, die sie so lange zu ziehen haben, „bis das Grüne aus den Augen tritt".

Springsteins Kaderschule in Neubrandenburg nach alter DDR-Art („Ich will Medaillen sehen") taugt nicht als Modell für die Zukunft. Auch die jüngeren Sportler in der ehemaligen DDR lassen sich nicht mehr unbegrenzt verbiegen. So überlegte sich die 400-Meter-Juniorenweltmeisterin Anke Wöhlk, was in diesen Zeiten sicherer sei, „Sport oder Beruf?" Sie ging zur Deutschen Bank.

Nur selbstbewußte Leichtathleten, glaubt Harald Schmid, der Ex-Europameister über 400-Meter Hürden, hätten künftig Chancen im Stadion. Die jungen Talente müßten „große Risikobereitschaft" mitbringen und bereit sein, „alles auf eine Karte zu setzen".

Weil viele Athleten aus den neuen Bundesländern dies nie gelernt haben, geht das Niveau rapide zurück. Talente wie Kathrin Neimke, Olympia-Zweite 1988 im Kugelstoßen, oder die Diskus-Weltrekordlerin Gabriele Reinsch wurden schwächer, als das umfassende Betreuungssystem wegfiel. Hoffnungsvolle Athleten wie 400-Meter-Läufer Rico Lieder, 19, aus Chemnitz oder Dreispringer Jörg Frieß, 22, aus Berlin stagnieren, nachdem sie sich plötzlich auch um eine Berufsausbildung kümmern müssen. „Es würde mich nicht wundern", sagt Aktivensprecher Heinz Weis, „wenn 1992 der Ausverkauf der deutschen Leichtathletik stattfindet."

Als Leistungsträger bleiben dann die etwas flippigen Selfmade-Typen wie der Olympia-Zweite Dieter Baumann und Weitsprung-Europameister Dietmar Haaf übrig, die den Sport nicht „ganz so ernst nehmen".

Als Heike Henkel vor zwei Wochen in Monte Carlo deutschen Rekord sprang, fand sie dies weniger erwähnenswert. Die Design-Studentin vom Rhein war eher beeindruckt von Monacos Fürstensohn Prinz Albert: Der sei auf dem abendlichen Bankett „so lokker" gewesen. ◄



Läuferinnen Krabbe, Breuer: „Bis das Grüne aus den Augen tritt"

Sein Studium wird Sie 100 000 Mark kosten.

Mit sieben ist die Welt noch in Ordnung. Doch wer denkt schon an morgen?

Sie. Indem Sie sich einmal vorrechnen lassen, was er für seine Ausbildung braucht. Und wie Sie damit seine Zukunft sichern können. Natürlich so, daß für Sie alles überschaubar und tragbar bleibt.

Klar, daß eine solche Planung ganz auf Ihre Verhältnisse zugeschnitten ist. Und nur in einem persönlichen Gespräch geschehen kann.

Unser Kundenberater freut sich, Ihnen die vielfältigen Möglichkeiten der Vorsorge zeigen zu können.



Ein russischer Don Quijote

Der Regisseur Elem Klimow hat gemeinsam mit seinem Bruder German ein Drehbuch über Michail Bulgakows berühmten Roman „Der Meister und Margarita" geschrieben. Für den SPIEGEL porträtieren die Brüder den Schriftsteller und russischen Volkshelden, der gegenwärtig auch in Deutschland eine Renaissance erlebt.

Kaum zu glauben, daß in diesem Jahr ein volles Jahrhundert vergangen ist, seit Michail Afanassijewitsch Bulgakow geboren wurde: in seiner Heimat noch immer einer der meistgelesenen und beliebtesten Schriftsteller. Woran liegt es, daß seine Werke, die in den zwanziger und dreißiger Jahren geschrieben wurden, auch heute noch so zeitgenössisch und aktuell sind? Wie konnte es geschehen, daß all das, was er voraussah, eintraf – was erst wir, die Menschen einer nachfolgenden Generation, bestätigen können? Unzweifelhaft ist Bulgakow mehr als nur ein hochbegabter Schriftsteller. Er ist ein Phänomen.

Schriftsteller Bulgakow (1928)
„Einziger literarischer Wolf der russischen Literatur"

Bulgakows Aufstieg und Sturz waren einzigartig und dramatisch. Nach seinem strahlenden Auftauchen am Literaturhorizont, nach einer unglaublichen Popularität in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre, trat in seinem Leben 1929 eine Katastrophe ein. Gedungene Kritiker erklärten Bulgakow zum Feind des Systems. Dann wurde sein Name ganz aus dem Verkehr gezogen. Der Schriftsteller war noch am Leben, aber er war lebendig begraben.

Erst 1962, 22 Jahre nach dem Tod Bulgakows, erscheint die Molière-Biographie, die er schon 1933 geschrieben hat. Erzählungen, Theaterstücke und der Roman „Die weiße Garde" folgen. Der Bekanntheitsgrad Bulgakows steigt ständig und erreicht seinen Höhepunkt, als die Zeitschrift *Moskwa* Ende 1966 den Roman „Der Meister und Margarita" zu drucken beginnt. Die Publikation wirkt als Sensation. Schon am Erscheinungstag sind die beiden *Moskwa*-Nummern, in denen der Roman abgedruckt ist, ausverkauft. Bald sind sie eine bibliographische Rarität und gehen von Hand zu Hand. Man liest buchstäblich Löcher hinein.

Das phantastische Sujet, wie Satan persönlich inmitten seiner unglaublich farbenprächtigen Truppe in Moskau eintrifft, begeistert die Leser. Ebenso die Phantasmagorie der sowjetischen Lebensweise, deren „Besonderheit" bis auf den heutigen Tag kein Mensch, der seine fünf Sinne beisammen hat, begreifen oder erklären kann. Die sogenannten antiken Kapitel mit ihrer großen Überzeugungskraft und der sehr eigenwilligen Beschreibung, wie Pilatus Jesus Christus verhört, und die Hinrichtung am Kreuz. Und natürlich die beklemmend traurig stimmende Liebesgeschichte zwischen dem Meister und Margarita.

Man rühmt Bulgakows Sprache, genießt seinen glänzenden Humor, ist von

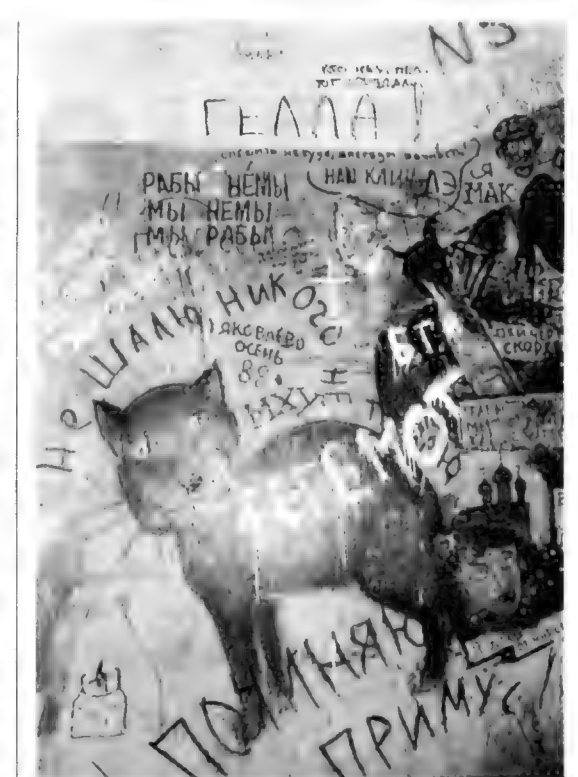


Moskau (1920): Prophetische Satiren über

der Handlung gefesselt: Urplötzlich wurde das ganze Land wie von einer Epidemie von dem ergriffen, woran Bulgakow während der letzten zehn Jahre seines Lebens gearbeitet hatte, als viele ihn schon nicht mehr unter den Lebenden wähnten. So erfüllte sich der prophetische Satz, den eine der Figuren seines Werkes sagt: „Manuskripte brennen nicht."

Schnell wurden die Romane, Erzählungen und Theaterstücke Bulgakows in viele Weltsprachen übersetzt, sein Ruhm drang über die Grenzen der Sowjetunion hinaus. Gabriel García Márquez nannte den Roman „Der Meister und Margarita" sein Lieblingsbuch und erklärte ihn zur bedeutendsten Erscheinung in der Literatur des 20. Jahrhunderts.

Mitten in Moskau, an den „Patriarschije Prudy", dort, wo die Handlung des Romans „Der Meister und Margarita" spielt, finden seit zwei Jahren grandios inszenierte Bulgakow-Feste in allen erdenklichen Kostümierungen statt. Dann versammeln sich an jenem Ort so viele Leute, daß buchstäblich „keine Stecknadel zu Boden fallen kann": So wird nur ein echter Volksschriftsteller verehrt.



Wandmalereien im Bulgakow-Haus
„Voland, hilf Gorbatschow!"



den Untergang des Individuums

Zum erstaunlichsten Zeugnis für die Liebe des ganzen Volkes zu diesem Schriftsteller ist aber vielleicht das Haus am „Sadowoje Kolzo" geworden, und zwar das Treppenhaus im Hof, dort, wo in der Wohnung Nummer 50, in einem der Zimmer, Bulgakow zu Beginn der zwanziger Jahre lebte und darbte und wo er in seiner Phantasie Voland (Satan) und seine verrückte Truppe ansiedelte.

Das Treppenhaus verwandelte sich in einen Klub eigener Art. Dann fingen die Hausbewohner an, sich zur Wehr zu setzen. Sie überstrichen die Wandmalereien mit Ölfarbe, aber vergebens, denn in kurzer Zeit begann alles wieder von neuem. Auf den Wänden des Treppenhauses ging es wieder lebhaft zu, Zeichnungen und Aufschriften erschienen nacheinander.

Nach einer gewissen Zeit drangen sie dann sogar nach außen und erschienen auf den Wänden des Hauses. Charakteristische Aufschriften lauteten: „Voland, hilf Gorbatschow, er kommt nicht klar", „Die sowjetischen Kater (Zuhälter) sind die fortschrittlichsten: Sie sind für die Perestroika", „Haltet die Erde an, ich will aussteigen". Aus den Adressen konnte man ungefähr die gesamte Geographie des Landes lernen.

Auf Bitten der geplagten Einwohner wurde am Eingang des Portals ein Milizkordon postiert, aber der Kordon wurde durchbrochen, die Wände und jetzt auch die Fenster wurden unerbittlich bemalt und beschrieben. So wurde das Treppenhaus auf Eigeninitiative in ein Volksmuseum umgewandelt. Durch Bemühungen der Künstlerverbände und vieler Enthusiasten kämpft man jetzt dafür, daß das gesamte Haus, in dem noch viele andere bekannte Maler, Dichter, Schriftsteller lebten und arbeiteten, in ein Kulturzentrum mit Museen, Bibliotheken, Theatern und Cafés umgewandelt wird. Wenn wir uns durchsetzen, entsteht auf der Karte Moskaus ein neuer Begriff: „Das Bulgakow-Haus".

Der Schriftsteller wurde am 15. Mai 1891 in Kiew in einer Familie von Geistlichen geboren. Sein Vater war Dozent, später Professor an der Geistlichen Akademie. Der junge Michail Afanassijewitsch plagt im Gymnasium die Mitschüler und Lehrer mit Satiren und Epigrammen. Seine Begeisterung für die Literatur nimmt er jedoch selbst noch nicht ernst. Er wird Arzt und amputiert 1916 an der Front Beine von Verwundeten. Nach der Revolution arbeitet er als Landarzt, fühlt sich aber immer stärker zur Literatur hingezogen.

Die ersten fünf Stücke, die er im Norden des Kaukasus verfaßt, vernichtet der Autor anschließend unbarmherzig selbst. Schließlich zieht er 1921 nach Moskau und sucht sich Wohnung und Arbeit. Er verdingt sich als Zeitungsjournalist, Conférencier, Schauspieler, wird Feuilletonist bei der Zeitung der Eisenbahner, *Gudok*. Er schreibt immer sicherer, zeitweilig glänzend und sehr leicht.

Als Meister der Mystifikationen und des spontan inszenierten Spiels ist Bulgakow die Seele seines Freundeskreises. Gleichzeitig hält er immer Distanz, wird niemals familiär. In seinen Feuilletons macht er sich über die naive, fade Lebensweise, über den plebejischen Stil des sowjetischen Lebens lustig. Bulgakow setzt sich auch äußerlich davon ab: Ungeachtet der ewigen Geldknappheit erregt

Was trauen Sie uns zu?

Die Elpro AG ist ein dynamisches und leistungsfähiges Unternehmen.

Mit einem großen Sprung stellen wir uns der Herausforderung, mit 3000 qualifizierten Mitarbeitern unsere Leistungsfähigkeit in den Märkten der Zukunft zum Einsatz zu bringen.

Sie können uns zutrauen, daß wir komplexe Aufgabenstellungen mit Intelligenz und Technik umsetzen. Dann sehen Sie auch, daß wir wichtig füreinander sind und bald den Weg zueinander finden sollten.

Die Elpro AG ist ein modernes Großunternehmen. Über 100 Jahre Erfahrung und ausgeprägtes technologisches Know-how haben eine schnelle Orientierung am Markt möglich gemacht.

In vier Kernbereichen verwirklichen wir den Anspruch, Mensch und Technik zusammenzuführen:

- Energietechnik
- Automatisierungstechnik
- Informations- und Kommunikationstechnik
- Umwelttechnik

Trauen Sie uns viel zu.
Fragen Sie uns.
Alles weitere zum Ortstarif.

0130 – 83 87 87

Unternehmensbroschüre auf Abruf.



Rhinstraße 100 · O-1140 Berlin

SISYPHOS

er allgemein Erstaunen mit seiner weißgestärkten Hemdbrust, dem tadellos gebügelten Anzug, dem makellosen Scheitel und dem Monokel an der Schnur.

Gar nicht zu reden von den betont aristokratischen Manieren. So verteidigte er seine Selbstachtung gerade in den Jahren, als die Achtung vor dem einzelnen immer mehr verlorenging. Niemand hätte damals wohl erraten, daß dieser glänzende Herr die Nächte hindurch selbstvergessen schwer arbeitete. Alles, was er schrieb, war eine Herausforderung an das, was um ihn herum vorging, es war eine Warnung vor drohenden Nöten und den Folgen jener sozialen Experimente, die die Bolschewiken an dem Lande vornahmen.

Bei den phantastischen Novellen Bulgakows muß man an Swift, an E. T. A. Hoffmann und natürlich an Gogol denken, den Bulgakow als seinen Lehrer bezeichnete. In der 1925 entstandenen Novelle „Hundeherz" ironisiert der Schriftsteller den Satz aus der Revolutionshymne, der „Internationale": „Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger, alles zu werden, strömt zuhauf!" und erzählt, wie ein genialer Mediziner, Professor Preobraschenski, einen Hofhund in einen Menschen verwandelt, indem er ihm ein menschliches Gehirn einpflanzt.

Mit tödlichem Humor wird gezeigt, was aus diesem Experiment geworden ist. In der Vorstellung des Lesers ent-

[illegible]

als „Sowok" (in lateinischer Übersetzung „homo sovieticus") bezeichnet.

Schon im Titel eine Heraus-

Die Premiere ist ein Triumph, und dieser Triumph wird dann fast tausendmal wiederholt. So wird Bulgakow 1926 berühmt. Das Publikum vergöttert ihn, und während die Parteikritik über das Stück herfällt, schwebt paradoxerweise der rettende Schatten des großen Führers über der Bühne.

Es ist bekannt, daß Stalin nach den Protokollen des Künstlertheaters das Stück „Die Tage der Geschwister Turbin" nicht weniger als 15mal gesehen hat. Wir scheinen hier vor einem unlösbaren Rätsel zu stehen: Hat etwa der Theaterfreund Stalin über den Politiker Stalin gesiegt? Es gibt aber noch eine andere Erklärung: Im Gespräch mit Künstlern soll Stalin ausgerufen haben: „Ja, Bulgakow geht richtig ran! Der bürstet gegen den Strich!"

Bereits 1929 sind alle Stücke Bulgakows aus den Spielplänen der Theater verschwunden, und Bulgakow hat jegliche Hoffnung verloren, etwas gedruckt oder überhaupt noch Arbeit bekommen zu können. Am 28. März 1930 schreibt er einen Brief an Stalin. Sein Ton ist scharf und direkt. „Mit einem verlogenen Brief, in dem ich mich selbst beschmutze und dazu noch einen naiven politischen Bückling mache, würde es mir wohl kaum gelingen, mich vor der Regierung der UdSSR in einem günstigen Licht darzustellen. Den Versuch, ein kommunistisches Stück zu schreiben, habe ich erst gar nicht unternommen, da ich genau weiß, daß ich ein solches Stück nicht zustande bringe . . .

„Ich bitte zu berücksichtigen, daß ein Schreibverbot für mich gleichbedeutend



Bulgakow-Stück „Die Tage der Geschwister Turbin" (1926): Stalin war Zuschauer

[illegible]

Ab jetzt übersetzen wir PC mit Portable Computer.

Die zwei kleinen Brüder sind natürlich genauso
rank und schlank: der CF-270 mit 286er Prozessor
und VGA-Display, der CF-170 als günstiger XT.

Stecken Sie Ihren PC doch mal in die Aktentasche: mit den neuen Laptops von Panasonic. Allen voran der **CF-370** mit 386SX Prozessor, **20 MHz Taktfrequenz** und 60 MB Festplatte. Und da wir seine kleinen Brüder nur am Rande erwähnen: Die ganze Familie finden Sie bei Ihrem Fachhändler. Bei akuter Neugier wählen Sie **040/85 49-27 76.**

Panasonic

PANASONIC. WARUM NICHT GLEICH.

lung am Künstlertheater, wo er als Regieassistent und Schauspieler in kleinen Rollen arbeitet, dann zum Bolschoi-Theater geht, wo er Opernlibretti verfaßt. Nochmals schreibt er an Stalin und bezeichnet sich als den „einzigen literarischen Wolf" auf dem Feld der russischen Literatur.

„Man hat mir geraten, das Fell zu färben, das ist ein dummer Ratschlag. Man mag den Wolf färben, man mag ihn scheren, er wird doch nicht einem Pudel ähnlich."

Auf diesen Brief erhält Bulgakow keine Antwort mehr. Gerade zu dieser Zeit erkrankt er an einer Neurasthenie mit Anfällen unbewußter Angst, mit Furcht vor der Dunkelheit. Während eines solchen Anfalls verbrennt er den Entwurf eines Romans über den Teufel. Aber der Plan ist in dem Schriftsteller schon fest verwurzelt, und nach kurzer Zeit beginnt er von neuem. In dem Roman taucht jetzt auch das Thema Liebe auf, und deshalb gibt er ihm schließlich den endgültigen Titel „Der Meister und Margarita".

Ohne seine Frau Jelena Sergejewna, die er 1929 kennenlernt, hätte er seinen einsamen Kampf kaum so lange durchgestanden. Sie bringt es fertig, daß in den schlimmsten Hungerjahren ihr Haus für die Freunde immer gastfrei und offen ist. In den Tagen der tödlichen Krankheit, als er schon fast blind ist, diktiert Bulgakow seiner Frau die letzten Seiten seines Werkes, er korrigiert es wieder und wieder.

„Auf dem Sterbebett sagte er", so erinnert sich Jelena Sergejewna: „Vielleicht ist es so richtig ... was hätte ich noch nach dem ‚Meister' schreiben können?" In diesem Roman wird er sich seines Schicksals bewußt, so als betrachte er sich von außen, er rechnet mit dem Leben ab, mit den Feinden, und er tut es leicht, elegant, fröhlich.

Für Stalins 60. Geburtstag im Dezember 1939 soll Bulgakow ein den Führer verherrlichendes Theaterstück schreiben. Er weigert sich lange, gibt aber schließlich dem Druck nach und liefert das Stück „Batum" über Stalins revolutionäre Jugend ab.

Aber unverhofft wird eine ablehnende Äußerung Stalins bekannt; offensichtlich wünscht er nicht, die Aufmerksamkeit auf seine Jugend zu lenken, die er in einem Priesterseminar verbracht hat. Vielleicht befriedigt ihn allein die Tatsache, daß der ungehorsame Bulgakow das Stück über ihn geschrieben hat.



Gorki, Stalin (1932): Öffentliche Ohrfeige für Bulgakow

Das ist eine öffentliche Ohrfeige. Buchstäblich am Tag nach der negativen Nachricht beginnt er, das Augenlicht zu verlieren, er trägt eine schwarze Brille und verläßt überhaupt nicht mehr das Haus. Die in ihm schlummernde Krankheit (Nierensklerose) beginnt, sich dramatisch zu verschlimmern, und Bulgakow stellt sich als Arzt selbst die Diagnose. Er begreift, was ihm bevorsteht: Lähmung und ein langsames, qualvolles Sterben.

Der Roman, dem er die letzten Jahre gewidmet hat, muß beendet werden. Mit Mühe und Not diktiert er seiner Frau die letzten Seiten: „Oh, ihr Götter! Wie traurig ist die abendliche Erde! Wie geheimnisvoll brauen die Dünste über den Mooren! Wer durch diese Dünste irrte, wer vor dem Tode litt, wer über diese Erde hinwegflog, beladen mit überschwerer Bürde, der weiß das. Der Müde weiß es. Ohne Bedauern verläßt er die Nebel der Erde, ihre Sümpfe und Flüsse, und gibt sich leichten Herzens dem Tod in die Hände, wissend, daß nur er ihm Frieden schenkt."

Schon als der Roman „Der Meister und Margarita" 1966 erstmals veröffentlicht wurde, dachten viele unserer Kollegen an seine Verfilmung; man stritt darüber, wer dazu in der Lage ist, wem diese Ehre gebührt. Andrej Tarkowski hatte den „Meister" in seine Pläne einbezogen, auch Federico Fellini dachte darüber nach. Die besten sowjetischen und internationalen Regisseure zerbrachen sich den Kopf darüber, wie die zauberhafte Magie der Werke Bulgakows auf der Leinwand in sichtbare Bilder umzusetzen ist.

Die mystische Einbildungskraft des Schriftstellers überstieg bei weitem die technischen Möglichkeiten des Kinos. Wie sollte man zum Beispiel eine über die Erde fliegende Frau aufnehmen, die wünschte, unsichtbar zu werden; wie sollte man einen großen, sprechenden, trinkenden und rauchenden schwarzen Kater darstellen?

Außerdem gab es drei völlig verschiedene Ebenen in dem Roman (die realistische, phantastische und religiöse), die von dem zukünftigen Regisseur ganz unterschiedliche Talente erfordern, die nur selten zusammentreffen.

Aber dennoch ließen sich die Filmleute auf die Herausforderung ein. In der UdSSR wurde der Impuls jedoch ziemlich schnell erstickt. Einer der damaligen Funktionäre, der für das Kino zuständig war, sagte sogar, solange die Sowjetmacht im Lande herrsche, werde dieser Roman nicht verfilmt.

Ausländische Versuche, den Roman zu verfilmen, mißlangen: Der Inhalt des Buches ging dabei verloren, und die Bemühungen, den phantastischen Teil des Themas darzustellen, scheiterten total. Auch die geringe Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse des sowjetischen Lebens in



Bulgakow, Ehefrau (1935): Gefährtin im einsamen Kampf

Die Transportprobleme sitzen tief.



Unser Land braucht dringend Mittel gegen den Verkehrsinfarkt. Neue Straßen sind keine Heilung. Da sie nicht unbegrenzt ausbaubar sind. Die Güterbahn fährt auf einer naturschonenden Infrastruktur.

Seit dem 3. Juni wird ein wirksames Mittel verstärkt eingesetzt: Über 430 km Neubaustrecken für den Hochgeschwindigkeitsverkehr sind jetzt in Betrieb. Die Güterzüge fahren 160 km/h Spitze und verkürzen Fahrtzeiten um bis zu zwei Stunden.

Wir sind dabei, sie zu lösen.

B 1/91 LINTAS:FRANKFURT

Zur Linderung der Transportprobleme empfehlen Fachleute mehr schnellere Schienen. Denn ein leistungsfähiges Schienennetz ist das Mittel gegen den Verkehrsinfarkt mit den geringsten Nebenwirkungen und Risiken. Rezeptfrei zu haben, indem Sie sagen:

Laß mal die Bahn ran.

Deutsche Bundesbahn 

den dreißiger Jahren trug nicht zum Erfolg bei.

Hinzu kommt: Eine ganze Armee von Apologeten hat jede Zeile dieses Buches für absolut genial erklärt, das heißt für unberührbar. Kann man aber Kunst hervorbringen, wenn man auf den Knien liegt? Diese Frage hat Bulgakow selbst beantwortet, der die „Toten Seelen“ des von ihm vergötterten Gogol recht frei inszenierte. Wir haben den gleichen Weg eingeschlagen. Als Überschrift zu dem Kinoprojekt „Der Meister und Margarita“ könnte man schreiben: „Freie Phantasien über das Thema eines beliebigen Romans.“

Für das Abfassen des Drehbuchs haben wir fast zwei Jahre gebraucht. Wir wollten alles lesen, was der Autor auch gelesen hat, als er an diesem Werk ar-

Bestseller

BELLETRISTIK

1	**Pilcher: September** Wunderlich; 42 Mark	(1)
2	**Pilcher: Die Muschelsucher** Wunderlich; 42 Mark	(2)
3	**Groult: Salz auf unserer Haut** Droemer; 36 Mark	(3)
4	**Auel: Ayla und das Tal der Großen Mutter** Hoffmann und Campe; 48 Mark	(4)
5	**Demirkan: Schwarzer Tee mit drei Stück Zucker** Kiepenheuer & Witsch; 26 Mark	(5)
6	**Forsyth: McCreadys Doppelspiel** Piper; 44 Mark	(6)
7	**Rinser: Abaelards Liebe** S. Fischer; 34 Mark	(8)
8	**le Carré: Der heimliche Gefährte** Kiepenheuer & Witsch; 39,80 Mark	(7)
9	**Süskind: Das Parfum** Diogenes; 29,80 Mark	(12)
10	**Follett: Die Säulen der Erde** Lübbe; 48 Mark	(9)
11	**Fruttero & Lucentini: Die Wahrheit über den Fall D.** Piper; 45 Mark	(15)
12	**Dunkel: Der Fisch ohne Fahrrad** Droemer; 34 Mark	(10)
13	**Janosch: Polski Blues** Goldmann; 24,80 Mark	(11)
14	**King: Nachts** Heyne; 24,80 Mark	(14)
15	**D'Orta (Hrsg.): In Afrika ist immer August** Diogenes; 19,80 Mark	(13)

SACHBÜCHER

1	**Tannen: Du kannst mich einfach nicht verstehen** Kabel; 29,80 Mark	(1)
2	**Ostrovsky/Hoy: Der Mossad** Hoffmann und Campe; 39,80 Mark	(2)
3	**Schäuble: Der Vertrag** DVA; 38 Mark	(5)
4	**Konzelmann: Der Golf** Hoffmann und Campe; 48 Mark	(3)
5	**Scholl-Latour: Das Schwert des Islam** Heyne; 36 Mark	(4)
6	**Carnegie: Sorge dich nicht, lebe!** Scherz; 39,80 Mark	(6)
7	**Magnani: Eine italienische Familie** Kiepenheuer & Witsch; 38 Mark	(9)
8	**Przybylski: Tatort Politbüro** Rowohlt Berlin; 29,80 Mark	(7)
9	**Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit** Rowohlt; 42 Mark	(8)
10	**Corazza u. a.: Kursbuch Gesundheit** Kiepenheuer & Witsch; 58 Mark	(11)
11	**Apel: Die deformierte Demokratie** DVA; 36 Mark	(10)
12	**Mahmoody/Hoffer: Nicht ohne meine Tochter** Schweizer Verlagshaus; 44 Mark	(13)
13	**Fischer-Fabian: Um Gott und Gold** Lübbe; 38 Mark	(12)
14	**Nilsson: Ein Kind entsteht** Mosaik; 39,80 Mark	
15	**Jürgs: Der Fall Romy Schneider** List; 39,80 Mark	

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin *Buchreport*

beitete. Wir wollten sein ganzes Leben noch einmal durchleben, und für diese reiche Erfahrung sind wir sehr dankbar – unabhängig davon, ob unser Filmprojekt verwirklicht wird (es ist ziemlich unwahrscheinlich, schwierig und teuer).

Der Schriftsteller starb einen schweren Tod. Halb im Fieberwahn flüsterte er seine letzten Worte: „Don Quijote ... Don Qui ... jote".

Don Quijote war Michail Bulgakows Lieblingsheld der Literatur. Uns scheint, auch er erinnerte an diesen Hidalgo. Nur die Mühlen waren zu seiner Zeit keine Windmühlen mehr.

Ketzer

Maulkorb vom Kardinal

Kölner Katholiken hadern mit ihrem Kardinal, weil der eine Buchhandlung bestraft – dort hatte ein Ketzer gelesen.


Kölner Kardinal Meisner: Maßlose Maßnahme?

Der Kardinal tobte: Ausgerechnet die katholische Herder Buchhandlung neben dem Kölner Dom hatte einem notorischen Kirchenkritiker das Wort erteilt. Eugen Drewermann, 51, Priester, Psychotherapeut und Privatdozent für Systematische Theologie in Paderborn, las aus seinem Buch „Kleriker", das die römische Amtskirche und auch einige Sentenzen des Kardinals geißelt.

Der Mann ist linientreuen Katholiken besonders verdächtig, seit er in seinem zweibändigen Werk „Tiefenpsychologie und Exegese" (1984/85) für eine Verschmelzung von Psychoanalyse und moderner Bibelauslegung plädierte. Bernd Marz, Herausgeber von Drewermann-Predigten, notierte über ihn bereits 1990: „Ein Unruhestifter, ein Stolperstein, ein Prediger der Gnade und Priester der Barmherzigkeit." Die Kirche verfolge ihn mit allerlei „Maßnahmen: Verleumdung und Verfälschung in Publikationen, Denunziation bei Bischofskonferenzen und im Vatikan, Antrag eines Lehrbeanstandungsverfahrens".

Joachim Kardinal Meisner, 57, vor zweieinhalb Jahren aus Berlin (Ost) an den Rhein gewechselt, ließ nun nach der Drewermann-Lesung kurzerhand sämtliche Bestellungen des Erzbistums bei der Buchhandlung Herder stornieren. Damit aber provozierte der als strenger Hüter der reinen Marienlehre bekannte Oberhirt einen heftigen Proteststurm Kölner Bürger.

In der Herderschen Buchhandlung gehen täglich Solidaritätsadressen ein, und in den Leserbriefspalten der liberalen Kölner Lokalpresse meldet sich energischer Widerspruch: „Diese geschäftsschädigende Maßnahme des Kardinals zeigt erneut, wie wenig weltoffen die Kirche ist", schreibt etwa der katholische Professor Heinz Kumetat. Lapidar fordert er den Kardinal auf, er solle „Köln verlassen".

Ein anderer Bürger meint: „Wir brauchen jemanden, der mit unserer rheinischen Art vertraut ist." Der „uns von Rom aufgezwungene" Meisner habe „im nachhinein bewiesen, daß die Vorbehalte gegen einen Einsatz in Köln gute Gründe hatten".

Eine Hausfrau zieht gar Parallelen zum Mittelalter, als die Kölner schon einmal einen ungeliebten Erzbischof aus den Mauern der Stadt „in der Worringer Heide zum Teufel gejagt haben". Es sei nun Pflicht „eines jeden Katholiken, diese Buchhandlung besonders zu unterstützen".

Und die will sich denn auch keinen Maulkorb verpassen lassen. „Wir wehren uns dagegen, daß wir gemaßregelt werden, weil wir literarische Vielfalt anbieten", heißt es bei Herder. Ihre Buchhandlung, versichern Geschäftsführer Hermann Joseph Kohl und sein Sohn, werde der Diskussion auch in Zukunft ein offenes Forum bieten. Denn: „Wenn es heute der Herr Drewermann ist, so sind es morgen andere."

Ketzer Drewermann wird schon Anfang November abermals auf Einladung der Herder Buchhandlung in Köln aus seinem neuen Buch „Milomaki – oder vom Geist der Musik" lesen. Und weil die Räume bei Herder dafür vermutlich viel zu klein sind, ist bereits ein Saal auf dem Kölner Messegelände bestellt. ◄


Theologe Drewermann: Harter Prediger der Gnade

Der Architekten liebstes Kind.

Zwei Materialien haben die Thonet-Sitzmöbel weltberühmt gemacht: das Bugholz und das Stahlrohr.

Aus Bugholz sind die Kaffeehaus-Klassiker der Wiener Epoche (berühmtester Vertreter: der Thonet Nr. 214, der „Stuhl der Stühle"), aus Stahlrohr die Freischwinger der Bauhaus-Künstler (berühmtester Vertreter: der Thonet S 32 von Mart Stam, der „Bauhaus-Klassiker").

Was würde wohl dabei herauskommen, wenn man die natürliche Wärme des Holzes und die funktionale Härte des Stahls zusammenfügt zu einer neuen, harmonischen, zeitgemäßen Synthese der beiden Materialien?

Genau das haben wir 1984 getan. Heraus kam – fast möchte man sagen, natürlich – ein Sitzmöbel in bester Thonet-Tradition: der Stuhl S 320, entworfen von Ulrich Böhme und Wulf Schneider.

Die neue, originelle Kombination der beiden für Thonet typischen Materialien – Bügel aus Bugholz, Gestell aus Rundstahl, dazu eine Sitzschale aus Sperrholz – geriet so natürlich und selbstverständlich und gerade deshalb offenbar so verblüffend, daß der neue Thonet-Stuhl auf Anhieb in der Möbel-Welt Furore machte und einen Design-Preis nach dem anderen gewann. Tenor der Juroren: Dieser Stuhl hat „Klassiker-Qualitäten".

Man lobte die gute Materialkombination, war beeindruckt von der Klarheit der Materialverwendung und attestierte dem S 320 große Selbstverständlichkeit und bleibende Qualität.

Und noch etwas fiel den Juroren sofort sehr positiv auf: „Die Stapelbarkeit ist ohne ästhetische Einbuße möglich." Womit sich der Thonet S 320, den es wahlweise gepolstert oder ungepolstert gibt, ideal für die Ausstattung großer Säle und Vortragsräume eignet.

Zu den „Klassiker-Qualitäten" gehört sicher auch die der Erweiterung zum Programm: Passend zum Stuhl gibt es einen ausziehbaren Eß- und/oder Besprechungstisch, ein Beistelltischchen und niedrigere Sessel.

Wahrscheinlich ist es (auch) diese Abrundung zum Programm mit den vielfältigen Kombinations- und Variationsmöglichkeiten, die den Thonet S 320 im Laufe weniger Jahre zu dem werden ließ, was er heute nach dem Urteil der Auguren ist: „Der Architekten liebstes Kind".

Die Echtheit eines Thonet-Stuhles können Sie übrigens zuverlässig nachprüfen. Sie brauchen ihn bloß umzudrehen: Nur wenn dort Thonet steht, besitzen Sie ein Original.

Malerei

Nagel in den Kopf

Artemisia Gentileschi, Vergewaltigungsopfer und Malerin starker Frauen, wird durch eine Ausstellung in Florenz gewürdigt.

Ihr Gesicht zeigt Abscheu und Entschlossenheit: Der Job ist äußerst unappetitlich, aber er muß erledigt werden. Die Kräfte der Täterin reichen jedenfalls – sie hat die Arme eines Kerls.

Eine nicht minder muskulöse Magd assistiert bei der grausigen Prozedur. Sie drückt das Opfer, einen bärtigen Mann, auf sein Bett nieder, während die Herrin ihm wie eine professionelle Killerin den Kopf absäbelt.

Kaum jemals sonst in der Kunstgeschichte ist eine Bluttat dermaßen drastisch und zugleich kühl-genau geschildert worden. Die italienische Barockmalerin Artemisia Gentileschi (1593 bis um 1652) stellt so den Tod des assyrischen Heerführers Holofernes durch das Schwert der Bibel-Heldin Judith dar.

Dem Forscher Roberto Longhi schien, 1916, das Bild geradezu „von der Hand eines Henkers" zu stammen, und er entsetzte sich rhetorisch: „Eine Frau hat das Ganze gemalt? Das muß ja eine schreckliche Frau sein."

Als „rühmliche Ausnahme", so die Feministin Germaine Greer, wird die Malerin und Maler-Tochter hingegen von der Frauenbewegung des 20. Jahrhunderts gefeiert – nicht nur wegen ihrer ausdrucksmächtigen Bilder, sondern auch wegen der Zähigkeit, mit der sie sich in einer Männer-Kunstwelt behauptete. Und nicht zuletzt, weil ihr Lebensschicksal als Beispiel einer geschändeten weiblichen Existenz überhaupt verstanden werden kann.

Denn Artemisia Gentileschi war, laut einer 1612 durch ihren Vater Orazio vor ein römisches Gericht gebrachten Klage, von seinem Partner Agostino Tassi vergewaltigt worden. Im Prozeß hatte sie Folter und Demütigungen zu ertragen. Danach verließ sie ihre Heimatstadt. Spottverse folgten ihr bis ins Grab.

Kein Wunder bei diesem biographischen Stoff, daß es ein Roman war („Artemisia" von Anna Banti, 1947), der die Wiederentdeckung der lange fast vergessenen Künstlerin wesentlich beförderte. Doch über ihr Werk herrscht noch immer viel Unklarheit. Nur rund drei Dutzend Gemälde können ihr bislang leidlich sicher zugeschrieben werden.

18 davon sind nun zu einer ersten monographischen Ausstellung in der Florentiner Casa Buonarroti versammelt, außerdem ein paar Vergleichsbeispiele



„Judith" von Artemisia Gentileschi: Schreckliche Frau, rühmliche Ausnahme

von der Hand Orazio Gentileschis sowie einige Zweifelsfälle *.

Ob nämlich eine Judith, deren Magd bereits den Holofernes-Kopf in einem bluttriefenden Korb trägt, vom Vater oder von der Tochter gemalt worden ist, darauf wollten die Organisatoren und Katalogverfasser, Roberto Contini und Gianni Papi, sich nicht festlegen. Auch lassen sie offen, ob – schon wieder dieses Thema! – eine andere Judith, die das erbeutete Haupt als Trophäe hochhält, möglicherweise dem Gentileschi-Rivalen Giovanni Baglione zuzuschreiben ist oder vielmehr einen frühen Geniestreich Artemisias darstellt.

Vom Rang der Künstlerin – der in Longhis Augen sogar „einzigen Frau in Italien, die jemals wußte, was Malerei, Kolorit, Farbauftrag ist" – geben ihre Spitzenwerke einen imponierenden Eindruck. In der Dramatik gedrängter Szenen, dem Gebärdenpathos massiger Figuren und der Farbenglut rauschender Gewänder stehen sie denjenigen Orazios, der mehr zu ruhigen Kompositionen und zu Silbertönen neigte, keinesfalls nach.

Als seiner Malart noch nah verwandt, doch von erstaunlich früher Meisterschaft zeigt sich ein Artemisia-Gemälde, das sonst in der Galerie des fränkischen Schlosses Pommersfelden hängt: „Susanna und die Alten". Es ist, was zum Kummer der Kunsthistoriker selten vorkommt, sowohl signiert als auch datiert, und zwar mit der Jahreszahl 1610. Damals war die Malerin erst 17, den Schock der Vergewaltigung hatte sie noch nicht erlebt.

Offenbar liegt es beim Betrachter, wie er die nackte, sich abwehrend windende Susanna-Figur verstehen will. Manche Interpreten sehen darin einen speziellen Service fürs Männerauge, Feministinnen wie die amerikanische Artemisia-Monographin Mary D. Garrard ahnen leidgeprüfte Einfühlung in die „Bedrängnis" der Heldin.

* Bis 4. November. Katalog 220 Seiten; 60 000 Lire.

Verführerisch sind Verknüpfungen von Kunst und Leben allemal. Mußte nicht auch die 17jährige Malerin schon allzu gut wissen, was sexuelle Belästigungen sind? Gaben nicht Prozeßzeugen dann tatsächlich Schilderungen der lockeren Sitten im Hause Gentileschi, wo „alle die besagte Artemisia küßten und anfaßten"?

Das war, wie manche noch deftigere Aussage, als Entlastung für den angeklagten Tassi gemeint. Er hatte das Mädchen in Perspektive unterrichten sollen, jede unzüchtige Handlung bestritt er.

Seine Verteidigung lief darauf hinaus, das Opfer in ein schlechtes Licht zu rükken, eine in solchen Fällen noch immer gängige Strategie. Etwas von diesem Denkmuster klingt sogar an, wenn Katalogbeiträger Luciano Berti über „Leidenschaft, ja Liebe" zwischen den Kontrahenten spekuliert. In den Voyeuren, die sich Artemisias Susanna nähern, möchte er übrigens Tassi und Vater Orazio wiedererkennen.

Der abträglichen Nachrede setzte die Künstlerin, die sich auch einer gynäkologischen Inspektion unterziehen mußte, eine schockierend genaue Aussage entgegen.

Sie beschrieb, wie Tassi sie ins Zimmer gedrängt, wie er abgeschlossen, sie aufs Bett geworfen und ihr mit einem Taschentuch den Mund verstopft habe. „Er drückte meine Beine mit seinen Knien auseinander, richtete sein Glied auf mich und fing an zu stoßen, so daß ich brennenden Schmerz empfand." Nachher habe sie ihn mit einem Messer umbringen wollen, er aber habe ihr die Ehe versprochen.

Es konnte Artemisia Gentileschis Lage nicht verbessern, daß sie daraufhin – so ihre Aussage – Tassi auch in der Folgezeit gefügig war und daß Orazio die Klage erst nach einem Jahr anstrengte, als offenbar die Aussicht auf Heirat verflogen war. Und so glaubwürdig die junge Frau in den Protokollen wirkt, so herbeigeholt die Anschuldigungen gegen sie zumeist klingen, so herrscht 380 Jahre später doch keineswegs in allen Fragen spruchreife Klarheit.

Eine völlig mysteriöse Rolle spielt ein „Judith"-Gemälde, das Artemisia ihrem Vergewaltiger (für einen künftigen Hausstand?) gegeben haben soll. Ob es eines – und dann welches – der jetzt in Florenz gezeigten Bilder war, bleibt vorerst ein Ratespiel.

Entscheidungsschwierigkeiten könnte auch der Richter gehabt haben. Sein nicht überliefertes Urteil war wohl ein Schuldspruch, aber ein glimpflicher. Nicht einmal zehn Monate kann Tassi in Haft gewesen sein. Für die bloßgestellte Artemisia Gentileschi indes empfahl es sich, eine neue Existenz zu suchen.

Sie nahm einen Pierantonio Stiattesi zum Mann, über den sonst wenig bekannt ist, vermutlich einen Verwandten jenes Giovambattista Stiattesi, der im Prozeß zu ihren Gunsten ausgesagt hatte. Und sie ging, mit väterlichen Empfehlungen, an den großherzoglichen Medici-Hof, nach Florenz, in die Heimat ihres Gatten.

Es könnte wie ein programmatischer Rollenwechsel wirken, daß Artemisia dort mit dem ursprünglichen (von Orazio abgelegten) Familiennamen Lomi signierte. Aber vielleicht war das in der Toskana, woher die Sippe stammte und wo schon ein Onkel als Maler tätig war, auch einfach das zugkräftigere Etikett. Erfolge jedenfalls blieben nicht aus. Artemisia Gentileschi/Lomi konnte an den Hof verkaufen, und Michelangelo Buonarroti der Jüngere, Großneffe des Renaissance-Genies, bestellte bei ihr für einen Deckenbilder-Zyklus menschlicher Tugenden und Empfindungen die weibliche Aktfigur der „Zuneigung" – obwohl er sie teurer bezahlen mußte als alle anderen Gemälde. Die Energie der Malerin bei Geldforderungen spricht aus vielen Dokumenten.

Seither schmückt die Allegorien-Folge einen Saal in jenem Haus, das die Familie zur Gedächtnisstätte für den großen Michelangelo ausgestaltete – eben der Casa Buonarroti, die nun den Schauplatz der Artemisia-Ausstellung abgibt. Nur hat ein späterer Buonarroti, um seine Kinder nicht auf unkeusche Gedanken zu bringen, der strahlend nackten „Zuneigung" ein verhüllendes Gewand vormalen lassen.

Spätere Lebensstationen führten die Künstlerin kurzfristig nach Rom zurück, nach London, wo ihr Vater bis zu seinem Tod im Jahre 1639 Hofmaler war, und nach Neapel.

Überblickt man ihr Werk, so fällt eine deutliche Vorherrschaft weiblicher Ge-





„Zuneigung", „Susanna" von Artemisia Gentileschi: Retusche zum Schutz der Kinder


REINE SCHURWOLLE


HUGO BOSS AG, 7430 METZINGEN
PHOTO, NEIL KIRK
BOSS
HUGO BOSS

stalten auf – von der Madonna bis zur Lautenspielerin, von der büßenden Magdalena bis zur „Zuneigung“. Besonders eindrucksvoll und auch besonders zahlreich sind aber die tödlich-starken Frauen: Salome etwa oder jene biblische Jael, die dem Feldherrn Sisera ruhig-konzentriert einen Nagel in den Kopf treibt.

Kein Thema schließlich hat die Malerin so oft behandelt wie das der Judith. Allein von der Mordszene gibt es zwei sehr ähnliche Varianten aus dem Capodimonte-Museum in Neapel (jetzt als die frühere vermutet) und aus den Florentiner Uffizien. Da allerdings ist das Schreckensbild gewöhnlich im sogenannten Vasari-Korridor versteckt, der nur nach Voranmeldung besichtigt werden kann.

Nichts an Artemisia Gentileschis Kunst fällt grundsätzlich aus dem Rahmen ihrer Zeit. Kopf-ab-Motive (auch Goliath, Johannes) hatten Konjunktur, die heroischen Mannweiber waren beim Publikum bestens eingeführt. Judith, deren Schwertstreich im – apokryphen – Bibeltext eine religiös-patriotische Rettungstat ist, freilich gemäß der Textstelle „Eine Schande, wenn eine solche Frau unbeschlafen davonkäme“, auch persönlicher Entehrung vorbeugt, diese Heroine konnte in der abendländischen Kunst den Sieg von Bürgertugend über Tyrannei oder des rechten Glaubens über das Ketzertum symbolisieren. Sollte Artemisia ihr einen eigenen Rachewunsch anvertraut haben?

Nötig ist eine solche Erklärung nicht. Denn die Künstlerin hatte für ihre Judith ein bis in Einzelheiten übereinstimmendes, von ihr freilich an Ausdruckskraft noch übertroffenes Vorbild: ein Gemälde zum gleichen Thema vom Barock-Bahnbrecher Caravaggio.

Den, einen zeitweiligen Kumpan ihres Vaters, hat Artemisia Gentileschi sicher selbst gekannt, bevor er 1606 als Totschläger aus Rom fliehen mußte.

Männer

Archaische Power

Der amerikanische Dichter Robert Bly fordert die Rückkehr zur wahren Männlichkeit. Sein Modell: der märchenhafte „Eisenhans“.

Wenn Robert Bly, 63, der mehrfach preisgekrönte Lyriker und Rilke-Übersetzer aus New York, das Auge kritisch auf seine Landsleute richtet, ist der Befund alles andere als erbaulich. Wohin der Dichter schaut: Er sieht nur Memmen, keine Männer.

Die haben, angestiftet von der Frauenbewegung, „weibliche Geschichte und Sensibilität genauer studiert“ und sind vor lauter Einfühlung völlig erschlafft: Nichts mehr ist geblieben vom Pioniergeist früherer Tage, als Kopf und Körper noch eine zupackende Einheit bildeten. Nach Feierabend erleben die Söhne ihre Väter als diejenigen, die „im Wohnzimmer mit der Zeitung rascheln“. Solche Leisetreter, schreibt Bly traurig, „sind ganz sicher nicht im Begriff, Jerusalem zu erbauen“.

Seit Jahren engagiert er sich deswegen in der amerikanischen Männerbewegung. Eine rasch wachsende Gemeinde sanfter Ökos und verunsicherter Softies will vergessene Energiequellen freilegen; sie schätzt den Autor mit dem weißen Schlohkopf und dem milden Brillenblick als Verkünder einer neuen Männlichkeit.

Auf Wochenendseminaren und Workshops in freier Natur spürt die „Wildman“-Bewegung den Wurzeln des Mannseins nach, jener archaischen Kraft, die einst vom Vater auf den Sohn übertragen wurde.



Männer-Kritiker Bly
Der Einfluß der Mütter ist zu groß

In seinem ersten Sachbuch „Eisenhans“* erläutert der „Wildman“-Vordenker Bly die Ursachen des Defizits an Man-Power und weist den Weg zur Besserung: „Nur Männer können aus einem Jungen einen Mann machen“ – einen Mentor braucht das Kind. Eine halbe Million in den USA verkaufte Exemplare des „Iron John“ (Originaltitel) und 39 Wochen an der Spitze der Bestsellerliste zeigen: Seine Analyse trifft einen wunden Psycho-Punkt.

Grimms Märchen vom Eisenhans, erstmals 1850 veröffentlicht, dient Bly als Parabel. Aus den Tiefen eines Zauberbrunnens entsteigt ein zotteliger Unhold, der Körper braun wie rostiges Metall. Das kommt vom jahrelangen Dämmer auf dem Grund des Wassers – der Faulschlamm ließ ihn korrodieren. Eisenhans nimmt sich eines elternlosen Königssohnes an, und nach allerlei Mutproben und sozialen Erniedrigungen (der Knabe muß an einem fremden Herrscherhof als Gärtnergehilfe dienen) ist der Eleve reif für große Taten.

Er rettet, von seinem düsteren Förderer zum Ritter gerüstet, den Dienstherrn aus verlorener Schlacht, zum Lohn erhält er die Königstochter, und beim Bankett entpuppt sich auch der haarige Helfer Eisenhans als edles Blaublut. „Ein stolzer König trat herein mit großem Gefolge. Er ging auf den Jüngling zu, umarmte ihn und sprach: ‚Ich war in einen wilden Mann verwünscht, aber du hast mich erlöst. Alle Schätze sollen dein Eigentum sein.‘“

Einen ähnlichen ideellen Gewinntransfer brauchen auch die Söhne von heute – es müsse, so Bly, „eine Substanz, die fast wie Nahrung ist, von dem älteren Körper auf den jüngeren übergehen“. Sie bestehe aus Mythen, Traditionen und Instinkten, denn „Männlichkeit kommt nicht vom vielen Haferflockenessen“.

Mütter können solche Kräfte nicht vermitteln; ihr Einfluß auf die Erziehung sei ohnehin zu groß. Allein in den USA wachsen ein Viertel aller Jungen ohne Vater auf. Das Resultat, so Bly, sind Stadtneurotiker und Büromemmen, die in Konfliktsituationen versagen. Die zu Passivität neigenden Sensibelchen reagieren nicht spontan und wütend, wenn sie einen verbalen oder physischen Schlag erhalten, sondern mit „einfühlsamem Verständnis dafür, warum sie ihn bekommen haben“.

Ihnen fehle das wichtigste Moment innerer Balance, die positive männliche Energie. Bly definiert sie als Mischung

* Robert Bly: „Eisenhans – Ein Buch über Männer“. Kindler Verlag, München; 372 Seiten; 38 Mark.

aus „Intelligenz, robuster Gesundheit, mitfühlender Entschlossenheit, Wohlwollen und großzügiger Führung".

Diese Quelle tatkräftiger Souveränität ist heute verschüttet. Der Erfahrungsschatz, in Generationen gesammelt, liegt im dunklen Brunnen eines kollektiven Bewußtseins und muß mit vereinter Kraft gehoben werden.

So werden Männer wieder stark und wehrhaft: durch die Belebung alter Erziehungsrituale und die große Umkehr zu den fernen Zeiten, als der Vater noch mit dem Sohn auf die Jagd ging und ihn lehrte, sich selbst und die Natur zu beherrschen.

An Belegen für seine These läßt es der belesene Autor nicht fehlen. In einem Parforceritt durch die Kulturgeschichte treibt er Zeugen zusammen: Wem Freud und Pablo Neruda, Shakespeare und Ortega y Gasset noch nicht reichen, der wird mit einem Griff ins Schatzkästlein der Anthropologie bedient. Bly referiert die Erziehungspraktiken in tibetanischen Klöstern um 1300, macht einen Abstecher zu den Sioux und landet ohne Mühe bei südindischen Dravidas, bei Kelten, Papuas und Kaukasiern.

Sein historischer Kosmos wimmelt von Lehrern, die den Heranwachsenden die Kunde von der „dunklen Seite der Männer" überbringen. Der Wilde Mann, klingt Blys beschwörende Stimme aus dem Dickicht der Metaphern und Zitate, ist „die Natur selbst", das „Vertrauen in das, was unten ist", ein zweites Ich des Zivilisationsmenschen.

So fügt sich die Weltsicht des Dichters Bly, das erklärt auch seinen Sensationserfolg auf dem amerikanischen Buchmarkt: Die defekten sozialen Strukturen sollen durch Rückbesinnung auf Traditionen und maskulines Erbgut repariert werden, mit Gesprächen unter Männern oder ekstatischen Gruppenerlebnissen auf einem „Wildman"-Wochenende. So etwas wird gern gelesen in einer Gesellschaft, die in der Psychotherapie ein Allheilmittel sieht.

Sporadisch dämmert es Bly, daß das nicht alles gewesen sein kann. „Das industrielle Herrschaftssystem", schreibt er an einer Stelle, „bestimmt, wie es uns in einer Welt der Rohstoffe, Werte und Pflichten ergeht, wie Kinder behandelt werden."

In dieser „Seinsweise" (Bly) existieren keine Eisenhänse, es „gibt weder einen König noch eine Königin", wie der Autor beiläufig notiert. Vor der Konsequenz aus dieser Erkenntnis aber drückt sich der Guru der neuen Männlichkeit: Diese Welt funktioniert nicht nach mythischen, sondern nach politischen und ökonomischen Regeln, die auch der Wilde Mann mit Wildheit allein nicht ändern kann.

Meister der Manierismen



Horowitz

Im Greisenalter wurde er, der sich immer wieder über Jahre dem Konzertbetrieb entzogen hatte, noch einmal zum Shooting-Star der Klassikbranche. Gleich mit mehreren Aufnahmen stürmte Vladimir Horowitz, als Kult-Pianist gefeierter Ukrainer mit Wohnsitz New York, die E-Charts, seine Auftritte in den Metropolen der Welt waren Medienereignisse. Kein Wunder, daß seit 1989, nach dem Tod des „letzten Romantikers“, jedes hinterlassene Klangfitzelchen auf der noch immer züngelnden Ruhmesflamme zur Sensation aufgekocht wird. So serviert die Deutsche Grammophon im September eine Reste-Platte, auf der Horowitz Schuberts letzte Sonate, B-Dur, in seiner unnachahmlich freien Mischung aus Manierismen und entwaffnender Einfachheit zelebriert. Er selbst hat die Studioaufnahme von 1986 nicht freigegeben, auch das zweite Stück nicht: Schumanns poetische „Kinderszenen“. Es wurde am 31. Mai 1987 im Wiener Musikverein vor stark erkältetem Publikum mit vielen Nebengeräuschen aufgenommen. Horowitz-Witwe Wanda, Tochter von Arturo Toscanini, ließ sich von der Plattenfirma jetzt das lukrative Placet für die allerletzten Archivausgrabungen abringen.



Filmszene aus „Der kleine Tod der feinen Damen“

Filmische Galanterieware

Der betuliche deutsche Titel „Der kleine Tod der feinen Damen“ für Jean-Charles Tacchellas „Dames galantes“ meint nicht die Hinfälligkeit eines Kaffeekränzchens. Der Held des Films, jetzt in deutschen Kinos, ist vielmehr Pierre de Bourdeille, Seigneur de Brantôme (1540 bis 1614). Er war ein tüchtiger Haudegen auf den Schlachtfeldern zwischen England und Nordafrika, und am Hof in Paris erwarb er sich Beifall als vielseitiger Hausfreund und Witwentröster, auch bei der Königin. In späteren Jahren, durch einen Sturz vom Pferd außer Gefecht gesetzt, hat er seine erotischen Eroberungen in einem umfänglichen Memoirenwerk katalogisiert: Es sicherte ihm den Nachruhm eines detaillustigen Sittenschilderers seiner Zeit. Als Kinofigur aber entfacht dieser Kraftkerl merkwürdig wenig Feuer. Er ist den Balsamierkünsten des Regisseurs Tacchella in die Hände gefallen. Der hat den stämmigen Richard Bohringer und seine Schönen (Isabella Rossellini, Marianne Basler, Anne Letourneau) in kostbare Kostüme geschnürt und ihre Tête-à-têtes zum Bilderbogen gestellt: keine „Gefährlichen Liebschaften“, kein „Cyrano de Bergerac“, nur gelackte Illustrationskunst.

Requiem für eine Gattung

Nachdem schon Thriller-Tycoon John le Carré sich dem Zeitgeist der Entspannung gebeugt hatte, demontiert jetzt auch der angelsächsische Agentenführer Frederick Forsyth, 53, Feindbilder, die jahrzehntelang für Umsatz gesorgt haben. In „McCreadys Doppelspiel“ (Piper; 44 Mark), seinem spannenden Schwanengesang auf ein aussterbendes Genre, feiert der Spionagespezialist noch einmal die imperiale Schlagkraft des britischen Geheimdienstes im Kampf gegen das Reich des Bösen – wenn auch nur in nostalgischer Rückschau: Sam McCready, einer der Besten im Agentenstall Ihrer Majestät und zuletzt Leiter der effektiven Abteilung für Täuschung, Desinformation und psychologische Operationen, soll frühzeitig in die Retraite getrieben werden. Das Amt muß abspecken. In einer Anhörung blättert des Obertäuschers Stellvertreter noch einmal Sams vier brisanteste Fälle auf. Eine Beerdigung erster Klasse für McCready und eine ganze Gattung.

Tomi Ungerers Niedergang

Sein zeichnerischer Mitteilungsdrang macht vor gar nichts mehr halt. Ob Domina im Puff, Tierversuch, Kochbuch oder Wohlstandsmüll, der elsässische Schnellzeichner Tomi Ungerer, 59, wetzt an jedem Reizthema eilig seinen Buntstift. Jetzt



Ungerer-Zeichnung

hat der begabte Resteverwerter seines Talents jegliche Hemmung fahrenlassen: Auf 35 kolorierten Zeichnungen, „Hintereinander“ (Heyne; 29,80 Mark), kalauert er sich in platter Pikto-Grammatik die fadenscheinigsten Einfälle zum Thema menschliche Sitzfläche zusammen. So bläst er flau in die „*Po*saune“, macht sich über „*Arsch*enbecher“ und „*Narsch*speise“ her, schreckt selbst vor „*Barsch*“ und „*Po*lizei“ nicht zurück und – Gipfel der Geschmacksverirrung – läßt „*Hinter*bliebene“ trauern. Ungerers dürftiger Derrière cri, die reine Verarschung.

Salzburg

Tirili zum Tafelspitz

Die Karajan-Ära ist endgültig abgehakt, der Nachfolger Mortier schockt die Stammkunden in Salzburg mit seinen Radikal-Reformen für die Zukunft.

Jahrelang schwebte der Todesengel über der Festspielstadt: „Nach dem Herrn von Karajan", beliebte der Karajan-hörige Festivalpräsident Albert Moser die Endzeit auszumalen, „werden wir die Götterdämmerung sehen."

Nun, zwei Jahre nach dem Tod des Maestro, ist die klassische Musikwelt immer noch nicht untergegangen. Im Gegenteil: Die Götterdämmerung ist über Herrn von Karajan gekommen, selbst in seiner Geburtsstadt Salzburg ist der Wotan der Wohlklangsbranche fast vergessen.

Er ist weg von den Fenstern der Fleischer und der Miederwarenhändler, wo jetzt die Poster der Mutis und Abbados die Auslagen tapezieren. Die Deutsche Grammophon, die zu Lebzeiten ihres Goldesels die Festspiel-Illustrierte *Salzburg Journal* stets als Herzblatt der Karajan-Klerisei aufmachte, schweigt ihren einst führenden Plattenspieler heuer tot.

Kaum jemand in der Touristenhölle Salzburg nimmt Notiz von Sonys Reklamespruch „Karajan – His Legacy For Home Video", mit dem städtische Omnibusse durch die hoffnungslos verstopften Straßen stinken.

Auch die eigens von der sardinischen Costa Smeralda eingeflogene Witwe Eliette brachte unter huldvollem Lächeln nur ein paar dankbare Stammeleien über die Lippen, als die Sony-Direktoren im CD-Werk von Karajans Wohnort Anif eine silberne Gedenktafel für den teuren Entschlafenen und seinen – für Sony – kostspieligen Bild-Ton-Nachlaß (geschätzt: an die 100 Millionen Mark) enthüllten.



Witwe Karajan, Karajan-Tafel: Weg vom Fenster

Selbst die offiziellen Hinterbliebenen der Stadt nahmen die Umtaufe des Sigmundsplatzes zwischen Festspielhaus und „Goldenem Hirschen" in Herbert-von-Karajan-Platz augenscheinlich eher als Pflichtübung vor: Nun ist das Andenken an den langjährigen Festspiel-Diktator also auch versteinert und asphaltiert.

Bei den diesjährigen Festspielen wird auch der größte Teil von Karajans künstlerischen Auslaufmodellen aus dem Verkehr gezogen: Ende des Monats, mit Schluß der 71. Festspiele, werden die meisten Inszenierungen aus den letzten Jahren seiner Regentschaft eingemottet.

Und dann? Dann kommt – vom 1. September an – der Neue: Gerard Mortier, 47, flämischer Doktor der Rechte und eleganter Wunderdoktor des Musiktheaters, laut Zürcher *Weltwoche* ein „Opern-Rambo", laut *FAZ Magazin* der „bald wohl mächtigste Intendant Europas", nach eigener Einschätzung ein „Bulldozer" der Branche. Noch Ende 1987 hatte Mortier in einem SPIEGEL-Gespräch Karajans Salzburger Freunderlwirtschaft als „mafiosen Zustand" gegeißelt.



Publikum vor dem Großen Salzburger Festspielhaus: Raubbau an der Kultursubstanz

So ist dieser Mortier: Er redet alles in Grund und Boden. In Chicago hat er jüngst unter dem neuen Salzburger Festspiel-Dirigenten Georg Solti einen konzertanten „Otello" erlebt: „Fürchterlich, Pavarotti sang wieder schlecht", der habe auf der Bühne „Äpfel gegessen und Bier getrunken. So einen Zirkus lasse ich in Salzburg nicht zu".

Und „das Schrecklichste", was er „je gesehen habe", war der flotte Dreier der Supertenöre Pavarotti, Domingo und Carreras, als die sich während der Fußball-Weltmeisterschaft 1990 in Roms Caracalla-Thermen gegenseitig hochjubelten – ein sagenhafter Kick für die Umsatzkurven der Belkanto-Industrie und für das starsüchti-



Salzburger Uraufführung „Mozart in New York"*: Utopische Operette

ge Salzburger Klunkerpublikum schierer Balsam.

Aber die Empfindlichkeiten jener betuchten Schöngeister haben Mortier von Anfang an kaltgelassen. „Mein Publikum in Brüssel weiß", brüstete sich der seit 1981 in der belgischen Hauptstadt ungewöhnlich erfolgreiche Opernchef nicht gerade chevaleresk, „daß die Türen meines dortigen Opernhauses zu schmal für einen Pavarotti und die Korridore zu eng für eine Jessye Norman sind". Der taktlose Fingerzeig auf sängerische Leibesfülle empörte die Stammgäste an der Salzach.

Was bietet nun Mortier vom nächsten Jahr an? Keine „Così", keine „Entführung", nicht mehr die gerade neu inszenierte „Zauberflöte", nicht das als diesjährige Festspiel-Eröffnung seelenvoll hingetanzte „Requiem" und vor allem keinen Verdi, nach dem alle lechzen.

Statt dessen „Z mrtvého domu", wie das Programmheft mit philologischer Akribie die Janáček-Oper „Aus einem Totenhaus" ankündigt – sibirisches Straflager, gefolterte Gefangene, fiebernde Moribunde, und das alles in der Stadt der „Kleinen Nachtmusik".

Ferner: „Saint François d'Assise", das zeitgenössische Opern-Oratorium des französischen Alt-Neutöners Olivier Messiaen über den legendären Vogelprediger, ein Stück voll Tirili, wiewohl ohne größere Ohrwürmer. Ausgerechnet der amerikanische Regie-Punker Peter Sellars, nicht gerade ein Bruder in Christo, inszeniert dieses hohe Lied auf den Bettelmönch aus Umbrien.

Erstmals wird dazu im Kleinen Festspielhaus (Karl-Böhm-Saal) ein Abendmahl angekündigt und somit versucht, den frommen und über vierstündigen Dreiakter durch weltliche Freuden wie Tafelspitz und Nockerl aufzulockern.

Neben Messiaen darf nächstes Jahr auch der Messiaen-Schüler Pierre Boulez, der welsche Avantgardist und einst vollmundige Sprengmeister aller Opernhäuser, Selbstgemachtes vorführen und bei dieser Gelegenheit sogar die Wiener Philharmoniker dirigieren – was fast so umstürzlerisch klingt, als wenn sich das Riesenrad horizontal drehen würde.

Schlimmstes Indiz für Mortiers Raubbau an der alten und kostbaren Salzburger Kultursubstanz aber ist für die eingesessene Festspiel-Klientel die neue Wichtigtuerei im Sprechtheater: Shakespeare ist da auf einmal bedeutsamer als Stefano Landí oder Gottfried von Einem, die epochalen Opernmacher.

Monatelang hat Mortier dem früheren Berliner Schaubühnenchef Peter Stein den Hof gemacht und ihn schließlich mit der Verdopplung der Salzburger Schauspieltermine und des Salzburger Schauspieletats auch geködert.

Nun lümmelt sich der sensible Künstler, der bislang noch nie in der Festspielstadt weilte, durch die diversen Empfänge, schimpft über Gott, die Welt und vor allem über Salzburg, lobt das in Sparzeiten so spendabel aufgepäppelte Budget als „bizarre österreichische Sonderentwicklung", fühlt sich selbst natürlich schon jetzt „unterbezahlt" und kündigt für sein Debütjahr 1992 außer selbstinszeniertem Shakespeare das Stück „Wesele" (Die Hochzeit) des Polen Stanislaw Wyspianski an, der am Ort nicht ganz so populär wie Nestroy sein dürfte.

Zwischen soviel Vorboten drohenden Ungemachs wirkte wie ein später Nachklang der guten alten Zeit, was am Donnerstag voriger Woche im Salzburger Landestheater als Weltpremiere dargeboten wurde: „Mozart in New York", eine Art utopische Operette, und in ihrer herzigen Machart wahrhaftig ein Souvenir aus dem Herrgottswinkel heimischer Kulturpflege.

Ausgedacht hat sich den Plot der Münchner Amtsrichter Herbert Rosendorfer, 57, der sich seit Jahren in allen literarischen Gattungen und in allen Medien als Fabulierer zu schaffen macht. Diesmal ist er, im Ansatz historisch korrekt, dem Mozart-Librettisten Lorenzo Da Ponte in Manhattan auf der Spur. Der Dichter, so Rosendorfers Mär, ist dort 1811, 20 Jahre nach Mozarts Tod, völlig verarmt, stößt zufällig auf einen jungen Mann, der Mozart täuschend ähnlich sieht, und gibt den Findling zum Entzücken der New Yorker Society und zum Wohl einer eigens gegründeten Opern-AG als besagtes Genie aus.

Als der Schwindel auffliegt und Mozart mit seiner Tochter, die seine Tochter nicht ist, durchbrennt, taucht zu Da Pontes Verblüffung ein zweiter Mozart auf: Er sei der echte, habe als Bankrotteur sein ominöses Wiener Begräbnis mit leerem Sarg nur vorgetäuscht und lebe jetzt unauffällig als Professor Prohaska in Baltimore.

Verrückt, sagt dazu der in die Schlußszene platzende Irrenhausdirektor aus Baltimore: Dieser irre Prohaska gebe sich seit Jahren als Mozart aus, sei „sonst aber harmlos".

So ist auch das Stück. Würden die dümmsten Albernheiten gestrichen und ein paar elegante Gags hinzugedichtet, käme vielleicht brauchbares Boulevardtheater heraus. Aber es mußte ja wieder mal Oper sein, große Oper mit großem Orchester und großer Besetzung – und wurde nichts als nebbich.

* Vorn rechts Tom Krause als Lorenzo Da Ponte.

Denn „Mozart in New York“, das ist Eder in Salzburg: Helmut Eder, 74, Nestor, Vielschreiber und komponierender Saubermann: kein Pfusch, kein Falschgold. Dafür das langweilige Kunstgewerbe eines hausbackenen Handwerkers.

Zu Karajans Zeiten war das „Ederle“, wie so manche Kollegen spaßen, sicher auf der Höhe der Zeit. Nun aber, im Monat eins vor Mortier, liegt die Meßlatte schlicht höher.

Mäzene

Buntes Ding im Park

Ein ehemaliger Hemdenfabrikant aus Köln gibt Bilder und Geld für eine Dresdner Kunsthalle.

Das schäbige Gelände trägt einen vornehmen Namen: „Der Herzogin Garten“. Es liegt mitten in der Altstadt von Dresden und lockt westdeutsche Investoren der Gourmet-Generation mit dem unwiderstehlichen Duft des „Filet-Grundstücks“. Doch ausnahmsweise soll hier kein Kaufhaus in den Rendite-Himmel wachsen, sondern eine neue Art von Musentempel entstehen: eine privat finanzierte Kunsthalle, die den Steuerzahler nicht belasten wird.

Am 23. September wird ein Gremium von Museumsfachleuten über die Architektur urteilen. Der Clou dabei: Der Architekt ist gar keiner. Vielmehr soll das auf 25 Millionen Mark geschätzte Kunsthaus von dem amerikanischen Maler Frank Stella, 55, entworfen werden – einem „Farbfeld“-Guru der sechziger Jahre, der seither mit wildbewegten, grellbunten Reliefs auch den Raum erobert hat.

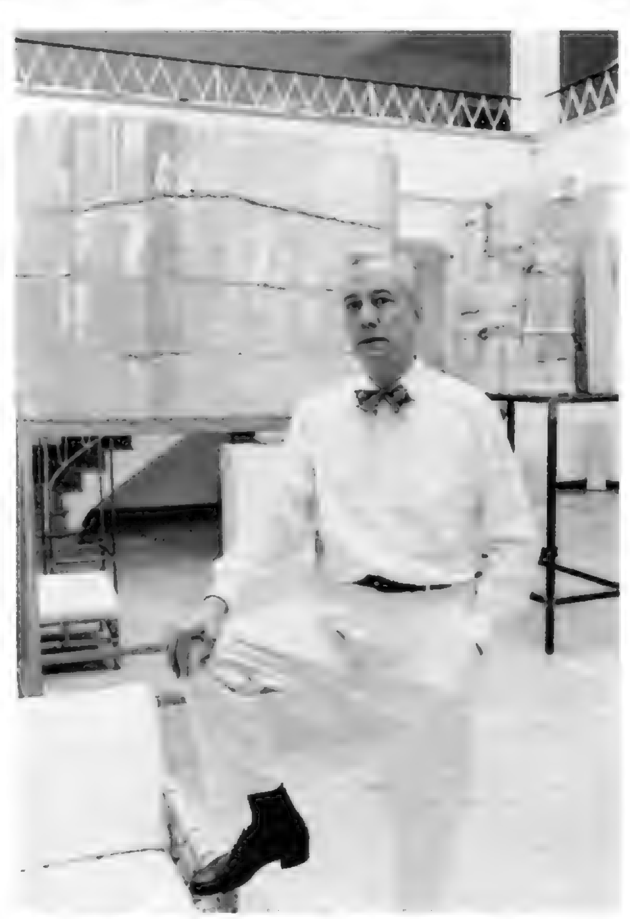
Eine Baumeister-Kür ohne Architektenwettbewerb, ohne die bei derartigen Filet-Verspeisungen üblichen Prozeduren der Theorie-Debatte, Vorplanung und Mitsprache. Stella hat schon einmal für einen Museumsanbau im niederländischen Groningen Pläne gezeichnet.

Möglich macht solch überraschenden Kunst-Gewaltstreich ein Kölner Geschäftsmann, der seit vielen Jahren moderne Kunst sammelt: Rolf Hoffmann, 57, ehemals Inhaber der Mönchengladbacher Edelhemden-Firma van Laack.



Maler Stella
Überraschender Kunst-Gewaltstreich

Hoffmann und seine Frau, eine Kunsthistorikerin, haben der Stadt Dresden ein unkonventionelles Angebot unterbreitet. Sie spendieren das Kernkapital einer Stiftung – etliche Millionen Mark – und geben ihre Bilder und Skulpturen für Wechselausstellungen her, die in der aus Stiftungsgeldern finanzierten neuen Kunsthalle veranstaltet werden.



Sammler Hoffmann in seiner Kölner Fabrik
„Endlich einmal etwas Neues“

Hoffmann möchte im Stiftungsrat Vorsitzender werden. In dieser Rolle will er sich um die Ausstellungen kümmern; vor allem aber: ähnlich großherzige Sammler und Spender für Dresden gewinnen.

Die laufenden Kosten des Kunsthallen-Betriebs sollen durch Einnahmen aus der Vermietung von Büroräumen gedeckt werden – ein Flügel der Kunsthalle wird gewerblich genutzt. Dadurch will man die kulturpolitische Distanz zu Stadt und Staat sichern.

Als Hoffmann, zu dessen Sammlung Werke so berühmter Künstler wie Warhol, Twombly, Fontana, Richter und Penck gehören, vor gut einem Jahr auf einem Empfang Frank Stella von seinem Dresdner Projekt erzählte, sagte der Amerikaner spontan: „Das Ding will ich bauen.“ Nun baut er es – das Modell jedenfalls ist fast fertig.

Hoffmann beschreibt es als „beinahe barock bewegte Architektur-Landschaft aus Pflanzen, schrägen Wänden und geschwungenen Dächern“. Außerdem als farbenprächtig: „Es muß im Museumsbau endlich einmal etwas Neues passieren.“

So unrealistisch, wie sie wirken, sind Hoffmanns Kunst-Erzählungen durchaus nicht. Der Mann, auch seine von Fachleuten sehr geschätzte Kollektion, gilt als kreditwürdig; zudem haben Stadt und Land schon lebhaft Interesse bekundet und das Grundstück gratis versprochen. Künstlerisches „Weltniveau“ (Hoffmann) ist im Stammland von August dem Starken willkommen, erst recht, wenn es nichts kostet.

Der künftige Kunsthallenleiter soll besser bezahlt werden, als dies bei beamteten Direktoren üblich ist. Im übrigen aber wird alles, wie Hoffmann sagt, „schlank“ geplant: wenig Personal, keine Depots, also auch keine Lager- und Versicherungskosten für Depotbestände.

Die Gebäudemasse soll sich ducken wie ein Park-Pavillon und den nahen Zwinger in seiner feingliedrigen Schnörkel-Schönheit nicht beeinträchtigen.

Hoffmann, der den österreichischen Architekten Hans Hollein bewundert und das von ihm erbaute Museum in Mönchengladbach berät, wohnt mit seinen Kunstschätzen in einer umgebauten Kölner Fabrik. Dort steht auch ein Star-Werk, das er dem Dresdner Albertinum demnächst als Dauerleihgabe zur Verfügung stellen wird: ein großformatiges Farb-Objekt des Architekten Frank Stella. ◀


VON MANNSTEIN

Oper, Sydney

SIE KENNEN SICH VON DER KÖLNMESSE.

In Köln trifft sich die Geschäftswelt von internationalem Rang. Auf 36 internationalen Messen bietet die KölnMesse die besten Vorraussetzungen für erstklassige Geschäftsbeziehungen und langfristige Geschäftsfreundschaften.

Termine 1991/1992

- * **SPOGA** - Internationale Fachmesse für Sportartikel, Campingbedarf und Gartenmöbel 1.-3.9.91
- * **GAFA** - Internationale Gartenfachmesse 1.-3.9.91
- * **Kind + Jugend** - Internationale Kinder- und Jugend-Messe Köln 13.-15.9.91
- **geotechnica** - Internationale Fachmesse und Kongreß für Geowissenschaften und Geotechnik 18.-21.9.91
- * **ANUGA** - Weltmarkt für Ernährung consuma gastroma technica 12.-17.10.91
- **Philatelia** - Internationale Messe für Briefmarken und Numismatik 25.-27.10.91
- **fsb** - Internationale Fachmesse für Freizeit-, Sport- und Bäderanlagen 6.-9.11.91
- * **areal** - Internationale Fachmesse für Flächengestaltung und Flächenpflege 6.-9.11.91
- * **IRW** - Internationale Fachmesse für Instandhaltung, Reinigung und Wartung 6.-9.11.91
- **ART COLOGNE** - Internationaler Kunstmarkt 14.-20.11.91
- **REISEMARKT KÖLN INTERNATIONAL** - 29.11.-1.12.91
- * **It's Cologne** - Internationale Trendshow der Mode-Messen Köln 14.-15.1.92
- * **Internationale Möbelmesse** - 21.-26.1.92 (26.01.92 allgemeines Publikum zugelassen)
- * **ISM** - Internationale Süßwaren-Messe 2.-6.2.92
- * **Herren-Mode-Woche** - Internationale Herren-Mode-Messe Köln 7.-9.2.92
- * **Inter-Jeans** - Internationale Sportswear- und Young Fashion-Messe Köln 7.-9.2.92
- * **DOMOTECHNICA** - Internationale Messe für energiebetriebene Haushaltgroß- und -kleingeräte, Haustechnik, Küchengeräte und Küchen 18.-21.2.92
- * **Kind + Jugend** - Internationale Kinder- und Jugend-Messe Köln 21.-23.2.92
- * **Internationale Eisenwarenmesse Köln** - Welt-Centrum Werkzeug, Sicherungstechnik Schloß + Beschlag mit Fachmesse Bau- und Heimwerkerbedarf 8.-11.3.92
- **IDS** - Internationale Dental-Schau 6.-11.4.92
- **optica** - Internationale Fachmesse für Augenoptik verbunden mit dem Jahreskongreß der WVAO 1.-4.5.92
- **Handwerks-Messe NRW** - 16.-21.6.92
- * **It's Cologne** - Internationale Trendshow der Mode-Messen Köln 14.-15.7.92
- * **Herren-Mode-Woche** - Internationale Herren-Mode-Messe Köln 14.-16.8.92
- * **Inter-Jeans** - Internationale Sportswear- und Young Fashion-Messe Köln 14.-16.8.92
- * **Kind + Jugend** - Internationale Kinder- und Jugend-Messe Köln 21.-23.8.92
- * **SPOGA** - Internationale Fachmesse für Sportartikel, Campingbedarf und Gartenmöbel 30.8.-1.9.92
- * **GAFA** - Internationale Gartenfachmesse 30.8.-1.9.92
- **photokina** - Weltmesse Bild–Ton–Professional Media 16.-22.9.92
- **IFMA** - Internationale Fahrrad- und Motorrad-Ausstellung 30.9.-4.10.92 (Fachbesuchertage 30.9.-1.10.92)
- * **ORGATEC** - Internationale Büromesse 22.-27.10.92
- **Modelleisenbahn** - Internationale Ausstellung Modelleisenbahn und -zubehör 5.-9.11.92
- **spielaktiv** - Ausstellung Spielzeug und Hobby: Selber spielen, alles ausprobieren 5.-9.11.92
- **ART COLOGNE** - Internationaler Kunstmarkt 12.-18.11.92
- **REISEMARKT KÖLN INTERNATIONAL** - 27.-29.11.92

* Zutritt nur für Fachbesucher Änderungen vorbehalten.

Weitere Informationen: Köln Messe, Messeplatz 1, D-5000 Köln 21, Telefon: (0221) 8210, Telefax: (0221) 821-2574. Telex: 8873426 mua d.



Berlin

Erstarrter Blitz

Wird der Bau des Jüdischen Museums in Berlin aufgeschoben? Gegen die Absicht formiert sich Widerstand.

Argwöhnisch blicken Juden auf die wiedervereinigte Haupt- und Regierungsstadt im wiedervereinigten Deutschland. „Beunruhigendes“ müsse in Berlin im Gange sein, „Unvorstellbares“ scheine bevorzustehen, ein politischer „Skandal“ zeichne sich ab.

Briefe und Anrufe dieses Inhalts aus New York und Jerusalem erreichen die Jüdische Gemeinde der Stadt, den Regierenden Bürgermeister, den Bundespräsidenten. Anlaß ist die Erwägung des Berliner Senats, einen geplanten Erweiterungsbau des Berlin Museums um vier, fünf Jahre zurückzustellen: einen Anbau mit integriertem Jüdischem Museum (SPIEGEL 18/1990). Die Entscheidung fällt möglicherweise Anfang nächster Woche, wenn der Senat sich mit dem Haushalt für 1992 zu beschäftigen hat.

Die Stadt steht, nach der Wiedervereinigung, vor gigantischen Reparaturarbeiten. Ganze Quartiere müssen saniert, Straßen gebaut und Verkehrsanlagen wiederhergestellt werden, allein um die Stadt einigermaßen funktionsfähig zu halten. Die Herrichtung zum Parlaments- und Regierungssitz, vielleicht sogar zum Austragungsort der Olympischen Spiele 2000, käme hinzu.

Dabei geht der Stadt nun ersichtlich das Geld aus; Berlin muß sich atemraubend verschulden. In diesem Jahr stieg die Neuverschuldung auf 5,85 Milliarden Mark, im nächsten Jahr dürfte sie noch höher liegen.

Um eine katastrophale Pleite nach New Yorker Vorbild für Berlin abzuwenden, plant Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) „tiefe Einschnitte“. Er will öffentliche Stellen streichen und Landeseigentum veräußern, zusätzlich zu Grund und Boden auch Anteile an der Berliner Bank und an der Sparkasse verkaufen. Von den Einsparungen könnten auch Bauvorhaben wie die geplanten Erweiterungen der Amerika-Gedenkbibliothek und des Berlin Museums betroffen sein.

Keine andere der von den Berliner Politikern erwogenen Maßnahmen fand auch nur annähernd vergleichbare Resonanz wie die mögliche Zurückstellung der Museumserweiterung.

Alarmiert von den zuerst Betroffenen, dem Museumsdirektor und seinem Architekten, meldeten sich Besorgte aus aller Welt mit Ermahnungen und Protesten zu Wort. Agenturen wie Reuters tickerten anzüglich: „Kann das wiedervereinigte Berlin sich ein jüdisches Museum leisten?“ Die *New York Times* machte vierspaltig auf: „Jüdischer Flügel für Berlin Museum in Gefahr.“

Was sonst als Alltäglichkeit kaum wahrgenommen würde – ein aufgeschobenes Bauvorhaben –, wird hier zur international beachteten Affäre: Die alte und neue deutsche Hauptstadt kippt im ersten Jahr der Wiedervereinigung ein jüdisches Museum, entworfen von einem jüdischen Architekten.

Doch so simpel ist die Sache nicht.

Die Auseinandersetzungen über Notwendigkeit, Sinn und Form eines jüdischen Museums für Berlin begannen, nach einem Vierteljahrhundert der Sprachlosigkeit, im Jahre 1971.



Architekt Libeskind, Museumsmodell
„Produkt des Wahnsinns“

Danach dauerte es noch fast zwei weitere Jahrzehnte, bis Klarheit über ein Konzept bestand: daß ein Museum für die Geschichte der Stadt und ein Museum für die Juden der Stadt nicht voneinander zu trennen seien; daß nur ein „integriertes Modell“ in Frage kommen könne – die Geschichte der Berliner Juden als Teil der Geschichte Berlins.

Spätestens seit Mitte des 19. Jahrhunderts galt Berlin als das Zentrum der deutschen Juden, in den Jahren der Weimarer Republik lebten ein Drittel von ihnen in der Stadt. Die Jüdische Gemeinde zählte 173 000 Mitglieder.

Stolzer Ausdruck ihres Selbstbewußtseins war die 1866 eingeweihte liberale Neue Synagoge in der Oranienburger Straße, damals der bedeutendste Tempel Europas, mit über 3000 Plätzen der größte der Welt. Die 50 Meter hohe Synagoge wurde gekrönt von einer vergoldeten Kuppel, ein orientalischer Märchenbau mit kühner Gewölbekonstruktion und raffinierter Lichtführung, gefeiert als „moderne Alhambra“.

Im kulturellen und wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben der Stadt spielten Juden eine so entscheidende Rolle, daß ohne sie die „Weltstadt“ Berlin nicht denkbar gewesen wäre. Im Berlin der zwanziger Jahre schien sich das Ideal einer deutsch-jüdischen Symbiose erfüllt zu haben.

Und doch gingen von derselben Stadt wenig später alle Schrecken aus. Am 20. Januar 1942 fiel in einer Villa am Großen Wannsee die bürokratische Entscheidung zur Vernichtung aller europäischen Juden; Heydrich, Eichmann, Freisler und andere beschlossen die „Endlösung“, das Todesurteil für sechs Millionen.

Der Holocaust machte es beiden Seiten unmöglich, sich der Geschichte pragmatisch und emotionslos anzunehmen. Erst 1988, zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht vom 9. November 1938, ließ sich Entscheidendes bewegen, nahezu gleichzeitig in beiden deutschen Staaten:

- ▷ Die DDR gründete eine Stiftung für den Wiederaufbau der kriegsversehrten Synagoge in der Oranienburger Straße; sie sollte als „Centrum Judaicum“ genutzt werden.
- ▷ West-Berlin schrieb für die „Erweiterung Berlin Museum mit Abteilung Jüdisches Museum“ einen Wettbewerb aus.

Das Berlin Museum ist eine vergleichsweise junge Institution aus der Zeit der Mauer, gegründet als Pendant zum berühmten Märkischen Museum (mit seinen diversen Dependancen, etwa dem wiedererrichteten Ephraim-Palais am Nikolaiviertel) im Ostteil der Stadt. Untergebracht wurde die West-Berliner Einrichtung im ehemaligen Kammergericht in Kreuzberg, einem



Restaurierte Neue Synagoge in Berlin: Orientalischer Märchenbau mit raffinierter Lichtführung

massigen Barockbau aus der Zeit des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelms I.

Als die Preisrichter (unter dem Vorsitz des Bauästheten Josef Paul Kleihues) das später siegreiche Modell für den Anbau erstmals erblickten, verschlug es ihnen die Sprache. Das Ding war alles andere als ein Haus, es war, im Urteil eines der Preisrichter, „ein Sprengkörper“: eine bizarre Skulptur, ein rigides Zickzackgebilde wie ein in Stein erstarrter Blitz, 18 Meter hoch, 150 Meter lang, zehnmal geknickt – und im Innern, um „Anwesenheit durch Abwesenheit“ zu veranschaulichen, von schnurgerade durchgehender Leere.

Der Urheber Daniel Libeskind, 1946 in Lodz geboren, begreift sich als ein „Produkt des Wahnsinns, der im 20. Jahrhundert herrscht“. Er ist ein Verfechter des Dekonstruktivismus, der die Zerschlagung aller rechtwinkligen Formen zum Programm erhoben hat. Ein vergleichbares Zickzackmodell (Titel: „Line of Fire“) hatte er schon vor dem Berliner Wettbewerb entworfen. Gebaut hatte er noch nie.

Dennoch faßte der rot-grüne Senat im Januar 1990 einen demonstrativen Beschluß: „Dazu bekennen wir uns“, verkündete Bausenator Wolfgang Nagel (SPD) emphatisch, „das bauen wir.“

Daß es nun, jedenfalls vorerst, möglicherweise doch nicht gebaut wird, mag einerseits tatsächlich an den veranschlagten Kosten liegen (120 Millionen Mark). Andererseits sind, im nunmehr wiedervereinigten Berlin, zum Beispiel die Arbeiten für das Centrum Judaicum in der Neuen Synagoge weitergegangen, so daß der Bau von Libekinds großkalibrigem Sprengkörper als weniger dringlich erscheinen mag.

Schon sind die vergoldeten Kuppeln des Tempels wiederhergestellt, und an der Fassade fallen die Baugerüste. Bis zum 125. Jahrestag der Einweihung am 5. September soll sich die Front zur Oranienburger Straße in ursprünglicher Verfassung darbieten. Der Innenausbau (geschätzte Kosten: 80 Millionen Mark) soll 1995 abgeschlossen sein.

Dann soll das Ensemble in der Oranienburger Straße Gedenkstätte, Synagoge und Museum in einem sein, dazu Gemeindehaus, Bibliothek und Archiv, Forschungs- und Begegnungsstätte sowie Pflegestelle für den größten jüdischen Friedhof Europas in Berlin-Weißensee. Laut Statut soll das Centrum Judaicum „das Andenken an die jüdischen Opfer bewahren“ und „das Wirken jüdischer Bürger in der deutschen Geschichte würdigen“.

Dies wird in Berlin darüber hinaus von Januar nächsten Jahres an mit der Großausstellung „Jüdische Lebenswelten“ im Martin-Gropius-Bau geschehen, einem in Europa bislang einzigartigen Unternehmen. Die Ausstellung soll das bis in die Gegenwart tradierte Bild von „dem Juden“ aufbrechen und dem Paradox entgegenwirken, daß Bilder jüdischen Lebens durch Bilder der Verfolgung und Zerstörung überlagert sind. Sie soll Denken und Glauben, Leben und Arbeiten, Kunst und Handwerk jüdischer Menschen in allen Epochen und überall auf der Welt vermitteln.

Dazu gehören aber auch die „Topographie des Terrors“ auf dem Gestapo-Gelände, eine Dokumentation in der Trauerhalle Weißensee und eine Ausstellung über die von den Nazis ausgegrenzten Künstler in der Akademie der Künste.

Am Ort der Holocaust-Entscheidung, in der Villa Minoux Am Großen Wannsee 56–58, wird der Senat für 3,6 Millionen Mark eine Gedenkstätte herrichten, in der ein Trägerverein namens „Erinnern für die Zukunft“ künftig eine ständige Ausstellung unterhält.

Die Wannsee-Konferenz von 1942, so Gerhard Schoenberner, der Beauftragte für das Haus, markiere den historischen Augenblick, in dem der gesamte deutsche Staatsapparat zum Komplizen der SS geworden sei. Eröffnet wird die Gedenkstätte am 20. Januar, dem 50. Jahrestag der „Wannsee-Konferenz“. ◀

Klatsch

Lustgriff in den Müll

Frank Sinatra rehabilitiert: Er schlief nicht, wie Kitty Kelley insinuierte, mit Nancy Reagan – Neues aus Tratsch-Land.

Sie hat immer über anderer Leute Sündenblüten geschrieben, Biographien über Jackie Kennedy, Elizabeth Taylor, Frank Sinatra und – Furor dieses Frühjahrs – Nancy Reagan. Nun erscheint ihr eigener Lebenslauf, aber den hat Kitty Kelley, dummerweise, nicht selbst verfaßt.

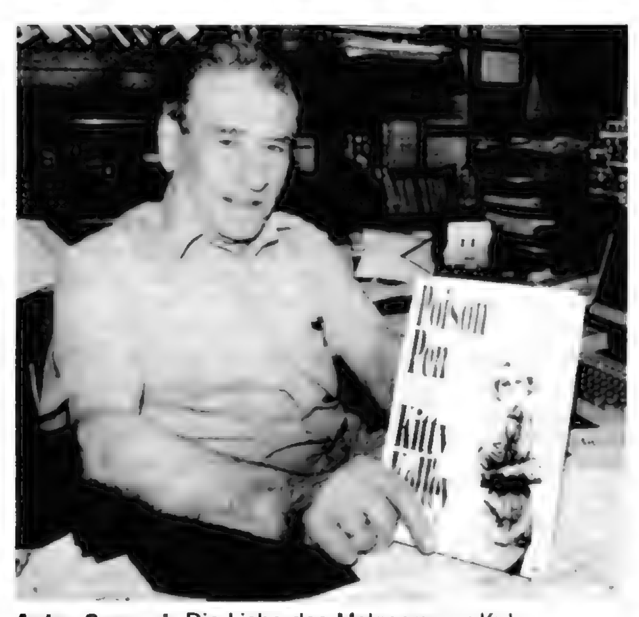
Das tat einer, der auch Biographien kalbte, eine über Gary Cooper, eine über John Wayne, eine über Frank Sinatra und über Jackie Kennedy gleich zwei. Doch wie George Carpozi, 67, jetzt über Kitty Kelley, 49, hergefallen ist, läßt das Massaker am Wounded Knee nachträglich wie holdes Maskentreiben scheinen.

Auf der Walstatt liegen die völlig zertrampelten Reste einer pudeligen Blondine, die es mit ihren dicken Klatsch-Bestsellern zu Millionen gebracht hat; die gesalbt war mit dem Schmieröl (Marke: Talkshow) der Popularität und die gern das Gelübde leierte, sie schreibe „die Wahrheit und nichts als die Wahrheit".

„Poison Pen" (Giftfeder) nennt Carpozi seine Charakterstudie, und im Stil des Kelley-Genres eine „unautorisierte Biographie"*. Zuerst eine gute Nachricht aus dem Carpozi-Werk: Sinatra hat, anders als Kelley in ihrem Nancy-Buch insinuierte, *nicht* mit der Präsidenten-Gattin geschlafen; und eine schlechte:



Autorin Kelley
Klau, schau, wem



Autor Carpozi: Die Liebe des Metzgers zur Kuh

Während sich ein Reporter der *Washington Post* der jungen, aufstrebenden Kitty in ihrer Lieblingsstellung – sie obenauf – hingab, ereilte ihn eine Herzattacke. Cool geleitete Kitty den Herrn vor die Tür, im eigenen Wagen erreichte er die Klinik; nun verfügt er über einen dreifachen Bypass.

Auf den ersten Blick: Kitty wird mit ihren eigenen krummen Säbeln geschlagen. Auf den zweiten: Carpozi, Veteran der knochenharten Reportage, Schnüffelhund mit Chandler-Flair, geißelt ein Gewerbe, in dem Millionen verdient und Millionen gefoppt werden; als die „Queen of Sleaze" (Königin der Schmierigkeit) verbeißt er Kitty Kelley.

Mit der edlen Kunst der Lebensbeschreibung haben Kittys „unautorisierten Biographien" nichts gemein. Sie sind zu Schmökern aufgeblasene Schmuddelpresse, Denunzianten-Prosa aus Lug und Tratsch; Literatur für Leute, schrieb ein Kritiker, „denen der Strahl einer Taschenlampe bei dem einen Ohr reingeht und aus dem anderen wieder rauskommt".

Mit der Liebe eines Metzgers zur Kuh beugt sich Carpozi über Kelleys Werke und nimmt die alte Haut auseinander. Informanten, derer Kitty in ihren Büchern dankbar gedenkt, haben am Telefon höchstens „nein" gesagt, fühlten sich falsch zitiert oder waren außer Reichweite; den Kennedy-Intimus Peter Lawford etwa interviewte sie zwölf Tage nach seinem Tode.

Jackie Kennedys Elektroschock-Behandlung: pure Erfindung. Frank Sinatra schwängerte Elizabeth Taylor: aus den kurzen Fingern gesogen. Und die Sinatra-Nancy-Liaison: Kitty kupferte eine Nancy-Biographie ab und machte aus einem „sehr privaten Mittagessen" ein „sehr privates ‚Mittagessen'".

Klau, schau, wem: Carpozi zeichnet Kittys Lebensspur vor allem als Karriere einer Kleptomanin nach, von junger Mädchenblüte an. Denn schon ihr Studiengang bekam einen schmerzlichen Knick, als sich in ihrem Zimmer Schmuck und Uhren fanden, die ihren Kolleginnen gehörten. Flug von der Uni.

Freundinnen, die mit ihr wohnten, sahen verschwundene Fummel auf einem Foto wieder, auf dem Kitty posierte. Eine Society-Lady, die ihre Autobiographie geschrieben hatte, bekam Nachricht, Kitty Kelley habe dieses Manuskript soeben einer Zeitung angeboten. Unzähmbar schien der Lustgriff in Papierkörbe und Mülltonnen:

Ein Chef, der ihr mißtraute, warf gezielt einen Zettel weg, auf dem er eine Vertraute hieß, Rosen zu kaufen, seine Frau sei schwanger; prompt tauchte die Falsch-Meldung in einer Klatschspalte auf (Kitty flog). Wenn es ganz schmutzig wurde, schickte Kitty ihren Gatten vor, etwa zum verdeckten Recherchieren in Elizabeth Taylors Mülltonne.

Vom Nobody aus der Provinz zum ersten VIP-Vampir Amerikas – Carpozi senkt zuweilen selbst das graue Haupt in Ehrfurcht vor der Triebkraft seines Studienobjekts. Wertvoll waren offenbar die Lehr- und Wanderjahre, die Kitty in Washington absolvierte, teils als Senatoren-Gehilfin, teils als linke Hand bei der *Washington Post*.

Sie habe da „viele Kissen gedrückt", ließ sich Carpozi referieren. Als „Miss Available"(Miss Verfügbar) sei sie da jedermann vertraut gewesen, und zu ihrem Abschied von der *Washington Post* (sie flog) formulierten Kollegen die denkwürdigen Zeilen: „Noch ehe jemand die Gestalt ihrer Arbeit kannte, kannte jeder die Arbeit ihrer Gestalt."

Kitty nun am Boden, Carpozi obenauf. Selten war Rache so tief innerlich verstehbar. Denn die Biographin Kitty hatte auch beim Biographen Carpozi abgekupfert; ohne ihn zu nennen.

* George Carpozi: „Poison Pen. The unauthorized Biography of Kitty Kelley". Barricade Books, Fort Lee; 368 Seiten; 22 Dollar.

Kino

Fest für Feuerteufel

„Backdraft – Männer, die durchs Feuer gehen". Spielfilm von Ron Howard. USA 1991. 136 Minuten; Farbe.

Schon wieder ist Robert De Niro, der Unentwegte, im Einsatz für alles Wahre und Gute, diesmal in Diensten der Feuerwehr. Für ein Lösch-Frontschwein mit der Brustbreite von Kurt Russell, der sich jederzeit johlend ins dickste Flammenmeer stürzt, um einen Säugling herauszureißen, ist De Niro allerdings ein Etappenhase, eine Figur der Geringschätzung: Er trifft immer erst ein, wenn die Elementarschlacht zwischen Feuer und Wasser geschlagen ist, und beugt sich dann schnüffelnd über verkokelte Reste.

De Niro ist Brandinspektor, Brandstiftungs-Experte, ein Kriminalist also, der einer verschmorten Steckdose Offenbarungen abgewinnt, und seinem Star-Rang entsprechend hat er es nicht mit Allerweltszündlern zu tun, sondern mit einem pyromanischen Genie: Der Serientäter mordet, indem er besonders kunstvolle Schleichbrände legt, die dann in einer Stichflamme explodieren.

Der geschätzte Familienfilm-Macher Ron Howard („Eine Wahnsinnsfamilie") hat auch in dieses Heldenlied auf die Tapferkeit der Löschmänner, nach dem Drehbuch eines Ex-Feuerwehrmanns, ein Familienmelodram um zwei ungleiche Brüder eingebaut (Kurt Rus-



Russell in „Backdraft"
Johlend ins Flammenmeer

sell und William Baldwin): Das ist seine Pflicht. Zur schöneren Kür gehört das Virtuosen-Pathos, mit dem er die Schauplätze abfackelt – es huldigt der untergründigen Leidenschaft, die Brandstifter und Feuerwehrmänner verbindet: Sie müssen töten, was sie lieben. Für Hobby-Pyromanen, wenn auch nur für sie, ist „Backdraft" der Film des Jahres.

Hinab ins Menschliche

„Das Leben stinkt". Spielfilm von Mel Brooks. USA 1991. 95 Minuten; Farbe.

Bessere Komödien, wie bessere Witze, sind grausam, menschenverachtend und sarkastisch, sie leben von Schadenfreude. Wenn nicht, degenerieren sie leicht zu jenem rührenden Genre, das die Deutschen „Lustspiel" nennen. „Das Leben stinkt", die neueste Filmkomödie des ehedem wunderbar geschmacklosen Regisseurs und Stars Mel Brooks („Frühling für Hitler"), fängt angenehm sarkastisch an.

Grausam und menschenverachtend marschiert Brooks als Immobilienhai Goddard Bolt in sein Büro in Los Angeles, die Maßschuhe knallen auf den Marmor, und was schert es ihn, ob die Hand der Putzfrau dran glauben muß?

Ein gigantisches Projekt will der Immobilienhai auf dem Slum-Terrain gegenüber seinem Wolkenkratzer hochziehen (nachdem er eben den Regenwald hat abholzen lassen), und was schert es ihn, daß da ein paar Menschen, Obdachlose zudem, rausgeworfen werden müssen?

Auch ein Immobilienrivale ist scharf auf das Gelände – die beiden gehen eine Wette ein: Wenn Bolt 30 Tage als Obdachloser überlebt, dann hat er gewonnen. Zum famosen Start wird der Reiche unter notarieller Aufsicht aller Scheck- und Kreditkarten entkleidet sowie, ratsch, des Toupets. Von da an geht's bergab mit dem Milliardär wie mit dem Sarkasmus – und die Komödie rutscht ab ins Menschenelend.

Milliardär im Pennerasyl – natürlich bietet der Stoff Gelegenheiten zu grotesken Späßen. Routinier Brooks nutzt sie reichlich in diesem lustigen Spiel, zu dessen schönsten „Running gags" die ständig wiederkehrenden Ohrfeigen-Duelle mit einem wirren Pennerkollegen gehören, der behauptet, J. Paul Getty und mithin wesentlich wohlhabender als Bolt/Brooks zu sein. Einen einsamen Höhepunkt erreicht der Film, wenn Brooks in der Klapse von einem irren Arzt mit chemischen Bomben ruhiggestellt werden soll.

Auch draußen im Slum wird Bolt anfangs heftig gebeutelt und sogar angepinkelt, als er sein müdes Haupt zur ersten Nachtruhe in die Gosse betten will. Doch dann füttern ihn unendlich gütige, wenn auch mit liebenswerten Macken behaftete Mit-Penner durch, und er verliebt sich in eine unter allen Lumpen wunderschöne Frau und Männerhasserin (Lesley Ann Warren): Heirat unvermeidlich.

Zum guten Schluß stiftet der wieder zum Milliardär gewordene Penner seinen neuen Freunden anständige Unterkünfte: wenig Grund für Schadenfreude. Schade.


Komiker Brooks in „Das Leben stinkt": Milliardär in der Gosse

Ödipus in Irland

„Miracle – Ein geheimnisvoller Sommer". Spielfilm von Neil Jordan. Irland 1991. 96 Minuten; Farbe.

Ein Sommer in Irland, ein Mädchen, ein Junge und eine geheimnisvolle Fremde am Strand und dann und wann ein Elefant: Das ist eine alte Geschichte, „die älteste Geschichte der Welt", so das Mädchen Rose. Und mit Geschichten kennt Rose sich aus, zusammen mit dem Jungen Jimmy, 15 Jahre alt wie sie, hatte sie sich immer neue ausgedacht, kleine komische oder auch spöttische Spiele, und von Liebe handelten die meisten ihrer Geschichten.


Jordan-Film „Miracle": Spöttische Spiele

Doch nun verliebt sich Jimmy wirklich, in jene mysteriöse Blondine, eine amerikanische Schauspielerin, die in einer drittklassigen Inszenierung von „Destry Rides Again" Marlene Dietrichs einstige Rolle spielt. Und was damit beginnt, ist in der Tat nur die Neuauflage eines alten Mythos: Ödipus in Irland.

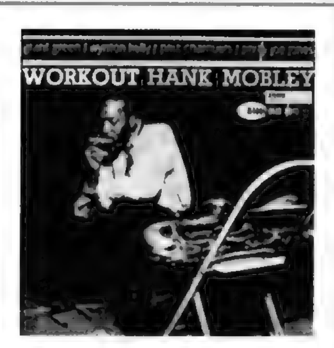
Statt der Tragödie oder wenigstens des Psychodrams aber inszeniert der Schriftsteller und Regisseur Neil Jordan, der durch seine abgründige Rotkäppchen-Version „Die Zeit der Wölfe" bekannt wurde, ein Traumspiel, fast so etwas wie ein Märchen. Daß diese Pubertätsgeschichte trotz ihrer üppigen Symbolik, zumal solcher aus dem Tierreich, und ihrer schwelgerischen Bilder nie aus der Balance zwischen Poesie und Peinlichkeit gerät, liegt vor allem an ihren jugendlichen Laiendarstellern, Niall Byrne und Lorraine Pilkington. Sie sind das wirkliche Wunder dieses Films.

Sport statt Mord

Ein bißchen Diebstahl, ein bißchen Drogen, ein bißchen Autoknacken: Meist steckt nur Langeweile hinter jugendlichen Missetaten, nicht krimineller Geist, glaubt zumindest der Berliner Kriminalkommissar Achim Lazai. Deshalb hat er ein Modellprojekt ins Leben gerufen, das überschüssige Energien abbauen soll, bevor die Jugendlichen richtig ins Milieu abrutschen – er schickt sie zum Sport. „Kick“ heißt das bisher einzigartige Modell: Zwei Sozialarbeiter vermitteln junge Delinquenten an Vereine. Gezwungen wird niemand, und die Betreuer legen Wert darauf, daß sie „ausschließlich die Interessen der Jugendlichen“ und nicht die der Justiz vertreten. Erste Erfolge zeichnen sich ab: Junge Ladendiebe satteln um auf Rennradfahren, S-Bahn-Surfer auf Basketball. Auch nicht-straffällige Jugendliche nehmen den „Kick“-Service in Anspruch. Denn von allein trauen sich großspurige Straßenkinder oft nicht zum Sport: Das sei doch „peinlich“, sagt ein 14jähriger, „wenn alle zugucken, wie man sich anstellt“.







Plattencover für Blue-Note-Musiker

Klänge und Rhythmen zum Schauen

Die Saxophone formulierten die Philosophie, und die Lebensentwürfe wurden am Piano erfunden: In den Fünfzigern und frühen Sechzigern war der Jazz viel mehr als Musik, mehr als Noten, Klänge, Rhythmen. Er war Haltung, Gefühl und Mode zugleich, und seine Stars und Virtuosen galten als richtungweisend in allen Fragen der Ästhetik. Die Plattenfirma Blue Note Records erklärte damals den Jazz zum Gesamtkunstwerk; sie gab Plattenhüllen in Auftrag, die als optischer Jazz gedacht waren, als gemalte oder fotografierte Soli – und den Designern gelangen kleine Meisterwerke. Nun, da der Jazz (wieder einmal) ein Revival erlebt, kommt ein Bildband auf den Markt, in dem die schönsten Hüllen abgebildet sind: „The Cover Art of Blue Note Records“ (Olms Edition, Zürich; 49,80 Mark) ist Kunstband und kleine Jazzgeschichte zugleich – und weil die Cover niemals mehr versprechen, als die Musik dann hält, kann man ihn auch nutzen als Ratgeber zur Vervollständigung der Plattensammlung.

Heimlich schleicht sich Werbung ein

Wenn Schimanski ständig einen Citroën fährt und in der Lindenstraße werbewirksam die Nesquik-Dose auf dem Tisch steht, dann heißt das Product Placement und ist im öffentlich-rechtlichen Fernsehen verboten: „Zu Werbezwecken abgesprochene Produktplazierungen“ sind untersagt, heißt es 1990 in einem Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs. Dennoch blüht die Schleichwerbung weiter – Marketing-Profis haben einen Weg gefunden, den Firmen den Direktkontakt mit Fernsehanstalten zu ersparen. Produktagenten wie etwa Manfred Auer sorgen dafür, daß bei ARD oder ZDF möglichst häufig ein Volvo oder ein Schneider-Computer zu sehen ist: In Auers Hamburger „Warenhaus“ stehen die Konsumgüter kostenlos für die Requisiteure bereit. Geld fließt nicht mehr an Fernsehredaktionen oder Produzenten, sondern ausschließlich in die Kasse des Vermittlers. Einmal im Jahr rechnet er ab; je häufiger die Produkte seiner Kundschaft zu sehen waren, desto höher ist die Provision. Die Anregung hat Auer aus den USA bezogen, und dort sind die Produktvermittler schon deutlich weiter: Sie beschaffen sich Drehbücher, lassen sie vom Computer lesen und dann eine Liste aller möglichen Requisiten zusammenstellen, die man in diesem Film unterbringen kann.



Schimanski-Darsteller George, Dienstwagen (in „Zahn um Zahn“)

Bücher für alle Sinne

Süskinds „Parfum“ als Duftspektakel, Graß' „Blechtrommel“ mit Schlagzeugsolo – Bücher, die Geräusche und Gerüche produzieren, werden das Lesen demnächst zum sinnlichen Erlebnis machen. Vier mit Riechstoffen imprägnierte Bildbände sind in den USA bereits auf dem Markt und haben bislang eine Auflage von knapp einer halben Million Exemplaren erreicht. Der japanische Elektronik-Konzern Matsushita hat nun ein Verfahren entwickelt, das Bücher auch zum Klingen bringt. Der Leinendeckel ist mit Mikrochips präpariert, die zu Anfang eines neuen Kapitels durch Umblättern der Seiten aktiviert werden – so ertönen, je nach Handlung, Schwarzwälder Kuckucksuhren oder die Schiffssirenen von Yokohama. In Deutschland hat sich die Stiftung Elektronik und Literatur Erfurt (Eule) die Lizenz besorgt. Als Prototyp schwebt Eule-Chef Hans-Josef Kirchwasser eine tönende Fassung von Schillers „Glocke“ vor: Das Gedicht sei „ein ideales Demonstrationsobjekt“.



Blechtrommel-Solo (im Film)

Kinder

Brave Moni

Eine Aufklärungskampagne gegen sexuellen Mißbrauch von Kindern stößt bei Betroffenen und Betreuern auf Widerstand.

Das Mädchen preßt eine Puppe an sich und schaut traurig in die Kamera. Der Grund ihres Kummers steht im Text daneben: „Papis Liebe tut ihr weh." Dabei, so heißt es weiter, sei Sabine Papis „Ein und Alles"; er möchte seiner Tochter nicht wehtun, denn „er liebt sie doch. Und sie ist ja noch so klein". Sabines Schicksal: „Er kann nur schwer Zuneigung und sexuelles Verlangen voneinander trennen."

Die Geschichte von Sabine sorgt derzeit, ebenso wie die von Tom, Sven, Moni, Marion und Peter, für heftigen Wirbel. Die Fälle ähneln sich und werden im Rahmen einer Anzeigenserie geschildert, die sich gegen den sexuellen Mißbrauch von Kindern richtet.

Erdacht, konzipiert und finanziert wurde die Kampagne von der Frankfurter Werbeagentur Lintas – die Werber wollten nicht nur für die Kinder, sondern auch fürs eigene Image etwas tun.

Die fachliche Beratung, so der Lintas-Kreative Thomas Brockmann, holte man sich beim Kinderschutzbund, „weil der überregional Jungen, Mädchen und Erwachsenen Hilfe anbietet". Lintas-Werbeprofis und Psychologen des Kinderschutzbundes setzten sich zusammen und tüftelten sechs unterschiedliche Texte aus. Die Kampagne startete am 1. Juli und soll bis zum 31. Dezember laufen. 15 Zeitschriften, darunter auch der SPIEGEL, erklärten sich bereit, die Anzeigen kostenlos zu drucken.

Die Reaktionen kamen prompt – wenn auch anders, als das die Initiatoren erwartet haben. Die Opfer protestieren, Therapeuten und Berater sind entsetzt: Die Texte seien verharmlosend, unpräzise und – schlimmster Vorwurf – genau in dem Jargon gehalten, in dem die Täter gemeinhin ihre sexuellen Übergriffe an kleinen Kindern rechtfertigen.

Die Vergewaltiger, erklärt die Psychotherapeutin Rosemarie Steinhage von der Wiesbadener Gruppe Wildwasser, sprächen auch gern von Liebe und beteuerten, sie wüßten nicht, was sie tun. Daß es sich bei sexuellem Mißbrauch um ein Gewaltdelikt und keinesfalls um falsch verstandene Vaterliebe handele, werde in den Texten regelrecht geleugnet.

Tatsächlich lesen sich manche Anzeigentexte wie Entlastungserklärungen für die Täter: Da ist die Rede von der braven, kleinen Moni, die macht, was Onkel Paul von ihr verlangt. Der fühlt sich zwar schuldig, „doch immer wenn er zu Besuch kommt und sich die Gelegenheit ergibt, kann er nicht anders. Ihm wurde als Kind nie der Unterschied zwischen Zuneigung und Sexualität deutlich gemacht, denn auch er wurde als Kind sexuell mißbraucht. So geht sexuelle Ausbeutung häufig als stillschweigendes Erbe von Generation zu Generation".

Veraltete Triebtheorien und eine seltsame Vererbungslogik, so die Kritiker, werden Millionen Lesern hier unverdrossen aufgetischt, obwohl der Kinderschutzbund es durch die eigene Arbeit und aus der international anerkannten Fachliteratur eigentlich besser wissen müßte: Nur 20 bis 30 Prozent aller Täter sind als Kinder selbst mißbraucht worden; bei weiblichen Opfern ist die Erbtheorie völlig absurd – es würde sonst nur so wimmeln von Frauen, die Kinder mißbrauchen.

Die Hamburger Ärztin Eva Breloer bezweifelt, daß Jugendliche auf diese Weise anzusprechen seien. Eine ihrer jungen Patientinnen erbleichte beim Lesen der Anzeige, dann wurde ihr übel. Schließlich fragte sie fassungslos, wieso im Text soviel Nachsicht für den Vater geäußert werde.

Geradezu zynisch mutet die Anzeige mit Marion an: „Vati war ihr erster Mann", ist zu lesen (nicht etwa, Vati war ihr erster Vergewaltiger, was in der Sprache drastischer, in der Sache aber richtiger wäre). „Eine äußerst brutale Formulierung, geradezu abstoßend", sagte ein 16jähriges Opfer während der Beratungsstunde in Hamburg.







Kinderschutz-Anzeigen: „Brutale Formulierung, geradezu abstoßend"

Weiter heißt es: „Marion hat für ihre elf Jahre eine Menge Erfahrung. Sexuelle Erfahrung." Das klingt, als hätte sich Marion diese Erfahrung ausgesucht.

Obwohl der Mißbrauch bereits mehrere Jahre andauert, wie die Anzeige verrät, ist die Prognose für Marion gar nicht so schlecht: „Möglicherweise wird sie unter Depressionen oder Verhaltensstörungen leiden." Mit anderen Worten: möglicherweise auch nicht.

An keiner Stelle mache die Anzeigenserie deutlich, so Steinhage, was wirklich mit kleinen Kindern angerichtet werde. Genau darüber aber hätten die meisten Leute auch heute noch „völlig falsche Vorstellungen". Verbreitet sei etwa die Annahme, Männer würden sich lediglich am Anblick nackter Kinder erregen, um sich dann selbst zu befriedigen.

Die Realität ist viel grausamer: Kinder werden anal vergewaltigt und zum

Oralverkehr gezwungen, was oft mit akuter Erstickungsgefahr verbunden ist. Den Widerstand der Kinder ignorieren die Vergewaltiger, mit Drohungen zwingen sie ihre Opfer zum Schweigen.

Natürlich, so Steinhage, seien diese Tatsachen schockierend, „aber gerade das Nichtaussprechen sexueller Handlungen, die mißbrauchende Väter ihren kleinen und größeren Töchtern zumuten, führt dazu, daß Liebe mit sexuellem Mißbrauch verwechselt wird".

Die Bundesgeschäftsstelle des Kinderschutzbundes in Hannover hält die Proteste für ungerechtfertigt. „Wir haben unsere Zielgruppen erreicht", sagt Pressesprecherin Gabriele Wichert-Dreyer. Die Resonanz sei enorm, selbst einige Täter hätten schon angerufen und um Hilfe gebeten.

Daß die Kampagne auch in den eigenen Reihen heftige Kontroversen auslöst, bestreitet Wichert-Dreyer. Tatsächlich aber haben sämtliche Kinderschutzzentren der Bundesrepublik in einem gemeinsamen Schreiben den sofortigen Stopp der Anzeigenserie gefordert.

Deren Urheber, so die Hamburger Kinderschutztherapeutin Irmin Grube, hätten es versäumt, sich mit Fachleuten abzustimmen, die in der Praxis arbeiten: „Da wurde einfach über alle Köpfe hinweg entschieden."

Die platte Machart der Kampagne paßt ihr nicht, und es ärgert sie besonders, daß niemand an die unzureichende Besetzung der Beratungsstellen gedacht hat: „Das ist doch eine regelrechte Verarschung der Betroffenen, wenn wir denen sagen müssen, tut uns leid, wir sind überbelastet, kommen Sie in ein paar Wochen noch mal wieder."

Parapsychologie

Langer Körper

In Heidelberg trafen sich Parapsychologen zu ihrer 34. Jahrestagung – noch immer ringt die Zunft um Beweise für Psi.

Seinen Nachbarn von der Langanes-Halbinsel auf Island blieb „Joe der Träumer" zeitlebens ein Rätsel. Auch dem Rest der Welt erschloß sich das Mysterium des Isländers Johannes Jonsson nicht.

Und das kam so: Im Alter von 13 Jahren wurde der 1861 geborene Joe seiner wunderbaren Gabe gewahr; der Hirtenknabe hatte das Traumgesicht. Mochten sich Schafe verirren, Silberbestecke verschwinden oder ein Gutsherr den von Neidern gekappten Schwanz seines Lieblingspferdes vermissen – über Nacht träumte Joe, wo nach den verschwundenen Gütern zu suchen sei.



Psi-Übung Tischrücken: Unbeirrt im Drüben fischen

Als die Wissenschaft von dem Hirten raunen hörte und sich im Jahre 1914 in Gestalt eines isländischen Psychologie-Professors des Traumsehers annahm, war es zu spät, das Geheimnis von Langanes zu ergründen. Rheuma zwackte den nun 53jährigen, der tiefe, traumspendende Schlaf floh den derart Gepeinigten und brachte Johannes den Seher so um den Quell seines zweiten Gesichts.

erlangte so, auch dies ein Fall aus dem Reich der Nornen, der Isländer Indridi Indridason – ein Farmerssohn, der von 1905 bis 1909 Wissenschaftler und Honoratioren des Eislandes verwirrte.

Indridason trieb argen Schabernack mit einem spiritistischen Zirkel, dem ein späterer isländischer Ministerpräsident sowie der Gründer der Isländischen Wissenschaftlichen Gesellschaft angehörten: Wenn der Geheimnisträger ge-

mit vorgeblich paranormal Begabten. Prompt saß die Zunft der Psi-Theoretiker dabei raffinierten Tricksern auf:

- ▷ In einer von Parapsychologen gerühmten Studie hatten US-Forscher in den siebziger Jahren mit dem Jura-Studenten Bill Delmore experimentiert. Unter Laborbedingungen erriet Delmore den Wert verdeckter Spielkarten. Später erst stellte sich heraus, daß der Student ein begnadeter Kartenkünstler war und es die Forscher ihm leichtgemacht hatten, die Laboranordnungen zu manipulieren.
- ▷ 1989 feierte die Psi-Zunft eine US-Studie, die von den erstaunlichen Fähigkeiten eines Mediums namens Ted Serios zu berichten wußte. Serios vermochte auf Kamera- und TV-Bildern rätselhafte Veränderungen zu bewirken. Erst professionelle Zauberkünstler entlarvten Serios als grandiosen Täuscher.

Doch unbeirrt selbst von den größten Flops fischt die Para-Branche weiterhin unbekümmert im Drüben.

„long body"-Theorie zu erklären: Der „lange Körper" vereine irgendwie alle Mitglieder einer Gruppe – seien sie sich nun nah oder fern, einander gleichgültig, lebendig oder tot. Prozesse, die in Psi-Phänomene münden, so Roll, „verbinden die Teile des langen Körpers, auch dann, wenn diese Teile durch Raum und Zeit getrennt sind".

Angesichts solcher Thesen, schwant dem kanadischen Psi-Enttarner James Randi, müsse Schafe und Ziegen der Paraforschung die Neigung verbinden, an Bockmist zu glauben.

Eines allerdings kann auch Randi nicht erklären, der Dutzende von Spökenkiekern als Schwindler entlarvte: Warum ist nach so vielen Psi-Blamagen der Glaube ans Übersinnliche immer noch lebendig?



Selbstmörder in den USA: „Gewaltiges Verlangen"

Selbstmord

Wer macht sauber?

Eine Anleitung für den perfekten Selbstmord ist in den USA zum Bestseller geworden.

Als Strandlektüre schien der schmale Band im Großdruck nicht gerade geeignet; dennoch wurde er zum Renner auf dem amerikanischen Buchmarkt. Vor allem ältere Herrschaften, so berichten Händler in den USA, tragen sich in Wartelisten ein, um sich den immer wieder rasch vergriffenen Ratgeber zu beschaffen.

Bis auf Platz eins der amerikanischen Sachbuch-Bestsellerliste rückte das Traktat Anfang dieses Monats vor. Sein Thema ist der Freitod – als „Letzter Ausweg" (Buchtitel) für unheilbar Kranke. Auf 192 Seiten liefert die Selbstmord-Fibel Anleitungen für einen schmerzlosen Übergang ins Jenseits, mit einer nicht selten makaber anmutenden Lust am Detail, mit Checklisten, Dosierungstabellen sowie Vorschlägen zur Abfassung von Abschiedsbriefen*.

„Überlassen Sie nichts dem Zufall", mahnt Autor Derek Humphry, der selber Erfahrung als Sterbehelfer hat. Der inzwischen 61jährige hat in früheren Jahren drei Menschen bei der „Selbsterlösung" assistiert, seiner Frau Jean, die an Knochenkrebs litt, seinem herzkranken Schwiegervater und seinem Bruder, der nach einem Verkehrsunfall als Hirn-

in Los Angeles die Hemlock Society, eine mittlerweile 38 000 Mitglieder starke Vereinigung, die – ähnlich der in Augsburg ansässigen „Deutschen Gesellschaft für Humanes Sterben" – das Recht auf ein würdiges Ende (Motto: „Gut leben, gut sterben") verficht.

Die Menschen seien „der ethischen Debatten unter Theologen und Philosophen überdrüssig", meint Sterbehilfe-Experte Humphry. Es gebe, im Zeitalter der Apparate- und Intensivmedizin, „ein gewaltiges Verlangen nach persönlicher Kontrolle über den eigenen Tod".

Technisches Know-how für ein angenehmes und sicheres Ende hatte der in den USA ansässige Brite schon 1981 in einem selbstverlegten Buch unter dem Titel „Laß mich sterben, bevor ich erwache" verbreitet, von dem er 140 000 Exemplare verkaufte. Mit der neuen Veröffentlichung sei nun der perfektionierte Suizid-Ratgeber „für die neunziger Jahre" erschienen, heißt es im Vorwort zum „Letzten Ausweg".

Rücksichtsvoll und reinlichkeitsbewußt verwirft Sterbehelfer Humphry die meisten der üblichen Selbsttötungsverfahren: Sich zu erschießen, wie es 60

das Abschneiden der Leiche noch die möglicherweise langwierige und kostspielige Suche nach dem Ertrunkenen sei den Hinterbliebenen zuzumuten, meint der Autor.

Skepsis sei auch im Umgang mit Zyankali angebracht. Die hochgiftige Substanz, mit der sich einst Hermann Göring vor dem Galgen bewahrte, wird von Hans Henning Atrott, dem Vorsitzenden der deutschen Freitod-Gesellschaft, als probates Mittel zum Suizid empfohlen. Humphry hingegen, der die genaue Gebrauchsanweisung der deutschen Gesellschaft abdruckt („Nehmen Sie ein kleines Glas kaltes Leitungswasser . . ."), warnt vor den Qualen, die eine falsche Anwendung von Zyankali mit sich bringen kann.

Als Methode, die „Sicherheit und Anstand" am besten gewährleistet, empfiehlt die Hemlock Society die Einnahme von Barbituraten. Die erforderlichen fünf Schritte für den „finalen Akt" beschreibt Humphry im „Kernkapitel" 22 – von der „sehr leichten" letzten Mahlzeit („Vielleicht Tee und ein Stück Toast") über das Schlucken einer Pille gegen Reisekrankheit, die dem Erbre-

mal reichlich Alkohol beschleunigt danach das Ende, das den schon binnen weniger Minuten eingeschlafenen Kandidaten in tiefer Bewußtlosigkeit heimsucht.

Lange Checklisten zeugen von der Umsicht des Selbstmord-Beraters, der dabei nicht selten unfreiwillig ins Grotesk-Banale abrutscht. So wird die Hutschachtel im Kleiderschrank als gutes Versteck für die Schlafpillen gelobt. Ein Trinkgeld fürs Personal sei angebracht, falls der Suizid in einem Motel erfolgen müsse.

Hundertprozentige Sicherheit garantiere, so heißt es schließlich, nur die zusätzlich über den Kopf gestülpte Plastiktüte, ein in früheren Veröffentlichungen von Humphry noch als „unästhetisch“ abgelehntes Hilfsmittel, dessen sich, bei seinem Freitod im vergangenen Jahr, auch der amerikanische Kinderpsychiater Bruno Bettelheim bediente.

„Sollten Sie lieber eine durchsichtige oder eine undurchsichtige Tüte benutzen?“ fragt der Autor in rhetorischer Zwiesprache mit seinem Leser.

Das, gibt er selbst zur Antwort, sei eine Sache des Geschmacks: „Ich für mein Teil, lebenslustig wie ich bin, würde eine durchsichtige wählen.“

Arzneimittel

Der Tod als Therapie

Rezeptfreie Schmerztabletten, die den Wirkstoff Ibuprofen enthalten, haben zahlreiche Nebenwirkungen; die gefährlichste: Hirnhautentzündung.

Im ersten Rollschrank hinterm Tresen, direkt zur Hand, stapelt der Apotheker die Schmerztabletten. Sie sind die Renner des Pharmageschäfts. Mehrere hundert verschiedene Präparate sind in Deutschland im Handel, niemand kennt ihre genaue Zahl.

Das bunte Sammelsurium, gemixt aus diversen Chemikalien, hat es in sich. Manche Schmerztabletten, etwa Aspirin, sind so alt wie das Jahrhundert. Andere stehen im Verdacht, süchtig zu machen. Doch eine Novität, seit zweieinhalb Jahren rezeptfrei zu haben, kann manchen Kopfschmerzpatienten ein für allemal kurieren: Gänzlich unvorhersehbar kann der Wirkstoff Ibuprofen eine Hirnhautentzündung (Meningitis) in Gang setzen – der Tod als Therapie.

Drei Fälle, die dokumentiert sind:

- Wegen eines „grippalen Infekts“ und Halsschmerzen (Pharyngitis) nahm der junge Berufssportler* erst ein sanftes Homöopathicum, das nicht half, dann insgesamt 2,4 Gramm Ibuprofen, soviel wie in zwölf Schmerztabletten enthalten sind. Neun Tage später war er tot. Gestorben im Schock an den Komplikationen einer schweren Hirnhautentzündung.
- Eine einzige Ibuprofen-Tablette (0,2 Gramm Wirkstoff) reichte aus, um eine 25jährige Schleswig-Holsteinerin, die eine juckende Hautkrankheit lindern wollte, an den Rand des Todes zu bringen. Es stellten sich starke Kopfschmerzen, Übelkeit, Erbrechen und Fieber ein. Als der Nacken steif wurde und sich das Bewußtsein eintrübte, stellte die behandelnde Internistin gerade noch rechtzeitig die Diagnose Hirnhautentzündung. Die Frau genas erst nach wochenlangem Krankenlager.
- Wegen seiner Zahnschmerzen hatte ein Münchner Jungunternehmer einige Tage lang die Schmerztabletten geschluckt. Die daraufhin einsetzende Hirnhautentzündung hat ihn halbseitig gelähmt und das Sprachzentrum zerstört. Sein 79jähriger Vater: „Mein Sohn war immer kerngesund, vital und ein aktiver Sportler.“ Jetzt liegt der Patient seit einem Jahr im Krankenhaus, Besserung ist nicht in Sicht.



Ibuprofenhaltige Arzneimittel
Rezeptfreiheit ließ Umsätze steigen

„Ich möchte Ihnen mein Verständnis für Ihre Sorgen und die Not, in die Ihr Sohn geraten ist, ausdrücken“, schrieb im März dieses Jahres Professor Dieter Großklaus, der Präsident des Bundesgesundheitsamtes und gestand dem alten Mann dann seine Ratlosigkeit ein: „Es gibt zur Zeit keine befriedigende Erklärung für die Auslösung eines Meningitis-artigen Krankheitsbildes im Zusammenhang mit der Anwendung von Ibuprofen.“

Das ist so, seit 1978 die erste Ibuprofen-Meningitis beschrieben wurde. Damals waren aber alle Präparate, die den Wirkstoff enthielten, rezeptpflichtig; sie durften zudem nur gegen rheumatische Krankheiten verordnet werden, anders als in den USA, wo die einschlägigen Mittel massenhaft über den Counter gingen.

Rezeptfrei und als Medikament gegen alle „leichten bis mittelstarken Schmerzen (Kopfschmerzen, Zahnschmerzen, Regelschmerzen), Fieber“, wie Bayer Leverkusen den Ibuprofen-Marktführer „Aktren“ anpreist, ist das Mittel in Deutschland erst seit Januar 1989 zu haben.

Mit der Aufhebung der Rezeptpflicht begann der Umsatz rapide anzusteigen: Von Bayers „Aktren“ wurden schon im ersten Jahr rund 800 000 Packungen verkauft, jede einzelne garniert mit dem frommen Wunsch: „Gute Besserung wünscht Bayer.“

Die anderen Renner unter den Ibuprofen-Schmerzmitteln heißen „Ibu-Vivimed“, „Seclodin“ und „Optalidon 200“. Manche Präparate enthalten in der kleinsten Packung gleich 50 ibuprofenhaltige Filmtabletten. Wenn das Bundesgesundheitsamt richtig gezählt hat, gibt es derzeit in Deutschland „etwa 270 Fertigarzneimittel“, die den Wirkstoff Ibuprofen enthalten. Insgesamt gehen derzeit schätzungsweise 30 Millionen Tagesdosen pro Jahr über die Theken bundesdeutscher Apotheken.

Dabei ist, wie aus den Gebrauchsinformationen, die allen Arzneipackungen beiliegen, hervorgeht, Ibuprofen kein Stoff, den Pillenkonsumenten sich ohne Not einverleiben sollten. Bayer nennt für „Aktren“ wahrheitsgemäß folgende möglichen Nebenwirkungen: Übelkeit, Durchfall, Magen/Darmgeschwüre mit Blut-

* Die Namen der Patienten sind dem SPIEGEL bekannt; sie werden auf Wunsch der Angehörigen nicht genannt.

verlust bis zu Blutarmut, Hautausschläge, Asthmaanfälle, Luftnot, Herzjagen. Die lebensgefährliche Meningitis wird bisher jedoch nicht beim Namen genannt.

Das soll nun anders werden. Das Bundesgesundheitsamt hat im letzten Monat, aufgeschreckt durch Ibuprofen-Horrornachrichten auch aus anderen Ländern, eine Änderung der Gebrauchsinformation angeregt. Wer Ibuprofen kauft, soll in Zukunft lesen müssen:

> In Einzelfällen sind unter der Anwendung von ... (hier den entsprechenden Handelsnamen eintragen) starke Kopfschmerzen, Übelkeit, Erbrechen, Fieber, Nackensteifigkeit oder Bewußtseinseintrübung (Zeichen einer beginnenden Gehirnhautentzündung) beschrieben worden ...

Das ist den Pharmaproduzenten viel zu deutlich. Sie möchten die Ibuprofen-Meningitis lieber als „Überempfindlichkeitsreaktion an der Hirnhaut" beschreiben.

Wie viele Deutsche ihr bisher zum Opfer gefallen sind, ist unklar. Für diese Krankheit gibt es keine Meldepflicht. Und freiwillige Hinweise von Ärzten an das Bundesgesundheitsamt oder die Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft sind selten.

„Ganz generell", klagt Günter Hopf von der pharmafreundlichen Arzneimittelkommission, „krankt die Spontan-Überwachung der Medikamente an den wenigen Quellen" – den meisten deutschen Ärzten fehlt, was Arzneischäden bei ihren Patienten betrifft, das nötige pharmakologische Basiswissen, und wo sie Nebenwirkungen vermuten, ziehen sie es häufig vor, diesen Verdacht für sich zu behalten.

Trotzdem wurden dem „Netzwerk der gegenseitigen Information", betrieben vom industrieunabhängigen Berliner *Arznei-Telegramm*, bisher schon 37 Ibuprofen-Komplikationen gemeldet. Dazu Ulrich Moebius, Herausgeber des pharmakritischen Dienstes: „Die Nutzen-Risiko-Relation bei ibuprofenhaltigen Schmerztabletten ist fürchterlich schlecht."

Heimlich denken das auch die Experten des Bundesgesundheitsamtes. Sie hatten sich vor drei Jahren massiv gegen die Aufhebung der Rezeptpflicht für Ibuprofen gewehrt – vergebens. Die Sachkenner des Amtes konnten sich damals gegen die Industrie, die gern ein weiteres freiverkäufliches Schmerzmittel feilbieten wollte, und gegen die entscheidungsberechtigte Instanz in Bonn, die das für gut hielt, nicht durchsetzen: Rita Süssmuth, die damals als Gesundheitsministerin amtierte, entschied gegen das Votum der ihr unterstellten Arzneimittelexperten.

Mathematik

Schönheit des Denkens

Eine Knacknuß aus der Wahrscheinlichkeitsrechnung entzweit die US-Nation: Wer hat recht im Streit um das „Drei-Türen-Problem"?

Im Fernsehstudio steuert die Show „Let's make a deal" ihrem Höhepunkt entgegen. Der Kandidat hat die Endrunde erreicht, und damit beginnt ein Ritual, das ihm die Chance eröffnet, ein Auto zu gewinnen.

Der Supergewinn verbirgt sich hinter einer von drei Holztüren; hinter den beiden anderen ist, gleichsam als lebende Niete, jeweils eine Ziege angepflockt. Der Kandidat trifft eine erste Wahl zwischen den drei Türen; beispielweise entscheidet er sich für Tür Nummer eins. Seine Chancen, das Auto zu ergattern, stehen dabei eins zu drei.

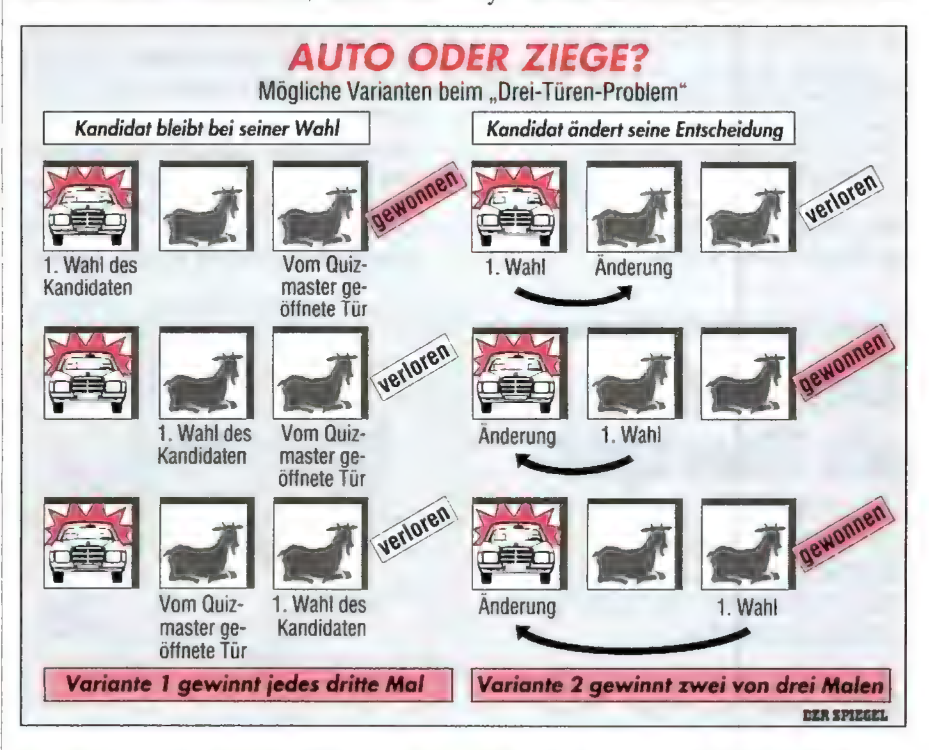
Dann folgt der zweite Schritt des Rituals. Der Showmaster öffnet eine der beiden übriggebliebenen Türen – im gewählten Beispiel die dritte. Naturgemäß (da der Spielleiter weiß, was sich hinter jeder Tür verbirgt) erscheint kein Auto, sondern es meckert eine Ziege.

Einen weiteren Twist erfährt das Türenspiel im dritten Teil der Prozedur: Der Showmaster stellt dem Kandidaten frei, seine Wahl („Tür eins") noch einmal zu überdenken und vielleicht die zweite statt der ersten Tür zu öffnen.

Soll er, oder soll er nicht? Kann er durch einen Wechsel seines Tür-Tips die Gewinnaussichten verbessern? Oder bleibt die Gewinnchance, egal auf welche der beiden Resttüren seine Wahl fällt, halbe-halbe?

Diese Streitfrage beschäftigt und entzweit seit Monaten die amerikanische Nation. Sie wurde in den Unterständen der US-Soldaten am Golf wie auf den Fluren des Geheimdienstes CIA, aber auch in den amerikanischen Eliteuniversitäten mit Leidenschaft diskutiert; auch deutsche Professoren ereifern sich mittlerweile in der Hamburger *Zeit* über Türen, Autos und Ziegen.

Der Zwist um die drei Türen wurde im September letzten Jahres angestoßen, als sich Marilyn vos Savant, 44, Verfasserin der Kolumne „Frag Marilyn" in der amerikanischen Illustrierten *Parade*, für die Wendevariante aussprach: Wechseln des Tür-Tips, erklärte sie, hilft.



Parade erreicht als Beilage von US-Sonntagszeitungen 70 Millionen amerikanische Zeitungsleser. Und Marilyn vos Savant ist nicht irgendeine Briefkastentante oder Klatschkolumnistin: Sie gilt mit ihrem Intelligenzquotienten von 228 Punkten, dem höchsten weltweit je ermittelten, als absolutes Superhirn.

Etwa 10 000 Zuschriften, schätzt Kolumnistin Marilyn, die mit dem Chirurgen und Kunstherzerfinder Robert Jarvik verheiratet ist, hat sie auf ihre *Parade*-Kolumne erhalten. Weitaus die meisten Briefeschreiber widersprachen. Zu den heftigsten Kritikern zählten Mathematiker und Wissenschaftler, für einige von ihnen war Kolumnistin Marilyn „selbst die Ziege", „Auslöser erhebli-



US-Fernsehshow „Let's make a deal“: „Unser Hirn ist einfach nicht richtig verdrahtet“

cher Lachsalven in der gesamten mathematischen Fakultät“ oder auch nur eine „dumme Törin“, die mit ihrer Antwort die „nationale Krise der mathematischen Schulbildung“ noch vertiefe.

Die mit insgesamt etwa 1000 Doktortiteln geschmückte Phalanx der US-Mathematiker, die vos Savants Problemlösung aus dem Bereich der Wahrscheinlichkeitsrechnung mit Schmäh und Schimpf verwarfen, mußte sich dann allerdings belehren lassen. Mitte letzten Monats kam es in einer Hollywood-Villa zu einer praktischen Nachprüfung der Marilyn-These.

Zum Lokaltermin hatte der TV-Show-Recke Monty Hall, 66, fast drei Jahrzehnte lang Gastgeber der Gameshow „Let's make a deal“, sein stattliches Anwesen geöffnet. Für den Test baute Hall auf einem Eßzimmertisch drei Papptüren auf. Die Nieten, auf der Bühne durch die Ziegen dargestellt, wurden beim Test durch Dropsrollen symbolisiert, der Hauptgewinn durch einen Autoschlüssel. Als Kandidat agierte neben anderen John Tierney, Reporter der *New York Times*.

Die erste Spielrunde – zehn Versuche, bei denen der Testteilnehmer die einmal getroffene Wahl nicht revidieren durfte – brachte Tierney viermal den Hauptgewinn, sechsmal hingegen eine Niete.

In der zweiten Runde, in deren Verlauf Tierney seine erste Wahl jeweils revidierte, nachdem Hall ihm eine Niete hinter einer der Türen gezeigt hatte, verlief erfolgreicher: Der Spieler gewann achtmal den Schlüssel und mußte sich nur zweimal mit Drops begnügen. Tierney: „Ein Muster begann sich abzuzeichnen.“

In der Tat folgt dieses Muster den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitsrechnung – bereits 1976 war das zugehörige mathematische Problem in dem Fachblatt *American Statistician* als „Monty's Dilemma“ oder als „Monty Hall Paradox“ vorgeführt und abgehandelt worden.

Was der IQ-Rekordhalterin vos Savant soviel gelehrten Widerspruch eintrug, folgt gleichwohl mathematischer Logik in drei nachvollziehbaren Schritten:

▷ Die Chancen des Kandidaten, bei der Wahl der ersten Tür das Auto zu gewinnen, liegen bei eins zu drei.

▷ Wenn der Quizmaster eine der Türen, beispielsweise die dritte, öffnet und eine Ziege freigibt, ändert sich die Trefferwahrscheinlichkeit für die erste Tür nicht; sie beträgt nach wie vor ein Drittel.

▷ Wenn nun aber (im Beispiel) Tür eins nach wie vor nur eine Drittelchance verspricht, die Sache mit Tür drei aber klar ist („Ziege“), muß die Gewinn-Wahrscheinlichkeit für Tür Nummer zwei erhöht sein* – das Türchenwechseln befördert also die Chancen des Kandidaten.

Daß die meisten Menschen „die Schönheit dieses Denkens“ (Marilyn vos Savant) erst im zweiten Anlauf nachvollziehen können, kommt für Kenner nicht überraschend. „Unser Hirn“, erläuterte der amerikanische Ex-Zauberkünstler und Statistikprofessor Persi Diaconis, „ist einfach nicht richtig verdrahtet, um Wahrscheinlichkeitsaufgaben schnell zu meistern.“

Den Mathematikern, die Marilyn vos Savant mit Hohn überschütteten, dürfte das eigentlich nicht als Entschuldigung gelten. Zur wissenschaftlichen Literatur der Mathezunft gehört nämlich auch jener Aufsatz, den der amerikanische Spieltheoretiker Martin Gardner bereits 1959 als Beitrag für den *Scientific American* (die einzige Zeitschrift, die Marilyn vos Savant abonniert hat) verfaßt hatte.

Gardner hatte damals die Denksportaufgabe nur anders verkleidet. In seinem Beispiel für das „wunderbar verwirrende kleine Problem“ ging es um drei zum Tode verurteilte Gefangene, von denen einer am Ende begnadigt wird.

Seinen Namen darf der Gefängniswärter vor der Exekution nur verklausuliert enthüllen, indem er jedem Gefangenen einen der zwei Todeskandidaten benennt – ähnlich wie im TV-Studio die Tür mit der Nieten-Ziege geöffnet wird.

Bei Gardners Gefangenenspiel für mathematikbegeisterte Leser blickte am Ende der Verlierer nicht auf eine harmlose Ziege, sondern auf eine Henkerschlinge. ◀

* Sie beträgt zwei Drittel zu ein Drittel.

Das Haustelefon, das denkt und lenkt.

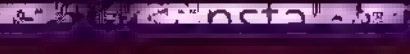


Es gibt Haustelefone, die hängen unscheinbar im Flur herum, machen Dingdong und ansonsten nicht viel von sich reden. Und es gibt das neue Siedle Systemtelefon HT 611-01. Das ist – in Schwarz oder Weiß – einfach schön, in der Bedienung schön einfach und trotzdem höchst intelligent. Durch die Siedle Systemtechnik. Damit geht erstens die Haustür auf, zweitens bis siebtens, was Sie wollen. Weil sechs belegbare Funktionsfelder auf Ihre ganz persönlichen Wünsche nach mehr Kommunikation und mehr Komfort im Haus warten und zuverlässig reagieren.



Ein System, viele Formen: Das Haustelefon 611-01 als Unterputz-Variante. Zum Einbau in Wand oder Tisch. Extrem flach und raumsparend. Variabel gestaltbar mit seitlichen Rahmen – schwarz- bzw. Aluminium hochglänzend oder in schwarz-weißem Korian. Ausgezeichnet mit »Design-Innovation '91 für höchste Design-Qualität, Design Zentrum Nordrhein-Westfalen«.

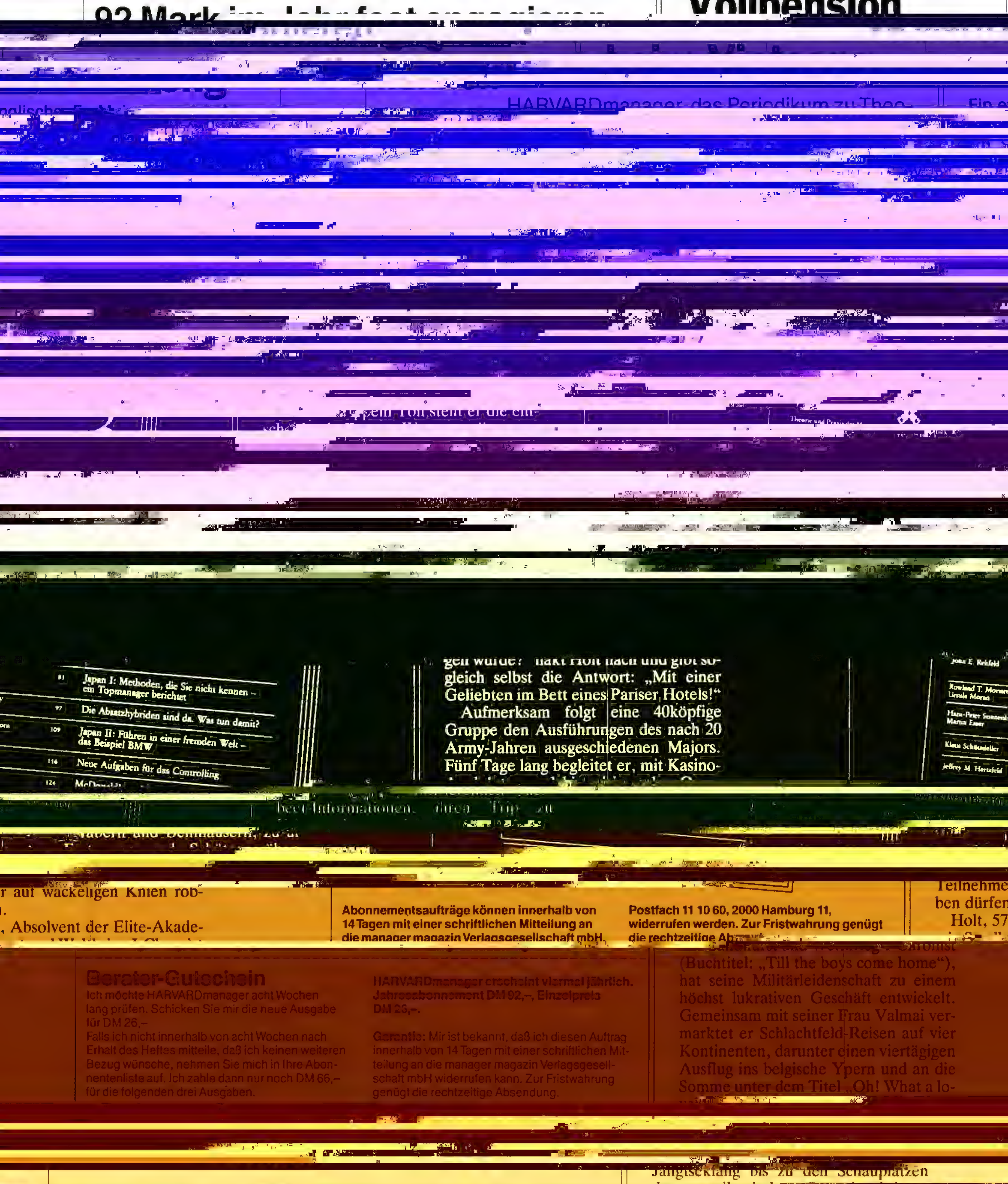
Denn jedes Knöpfchen hat hier Köpfchen. Und ermöglicht beispielsweise Gespräche zwischen Dach und Keller. Den guten Ton garantiert ein hochwertiges Elektret-Mikrofon. Auf Knopfdruck



Es gibt einen qualifizierten Unternehmensberater, den Sie für 92 Mark im Jahr fest engagieren

Spezialreisen

Vollpension



gen würde?" fragt Holt nach und gibt sogleich selbst die Antwort: „Mit einer Geliebten im Bett eines Pariser Hotels!"

Aufmerksam folgt eine 40köpfige Gruppe den Ausführungen des nach 20 Army-Jahren ausgeschiedenen Majors. Fünf Tage lang begleitet er, mit Kasino-

r auf wackeligen Knien rob-

, Absolvent der Elite-Akade-

(Buchtitel: „Till the boys come home"), hat seine Militärleidenschaft zu einem höchst lukrativen Geschäft entwickelt. Gemeinsam mit seiner Frau Valmai vermarktet er Schlachtfeld-Reisen auf vier Kontinenten, darunter einen viertägigen Ausflug ins belgische Ypern und an die Somme unter dem Titel „Oh! What a lo-

Der Vorwurf, er ma

gischer Anspruch jedoch liegt ihm fern: „Gewisse Ansichten" möchte er seinen Kunden „nicht allzusehr aufdrängen".

Für Geoffrey Rowland, 81, ist Verdun bereits der 21. Nostalgietrip. Sein Freund Alan Halfpenny, 67, hat sogar schon zum 43. Mal bei Holt gebucht. Beide haben im Zweiten Weltkrieg gekämpft und können von der „Faszination des Grabenkriegs" (Rowland) nicht lassen. Ansstecknadeln weisen sie als Mitglieder jener Elite aus, die schon mehr als 20 Touren mitgemacht hat.



Kriegsgräber-Touristen bei Verdun: Bedauernswerte Pferde

Krieg im alten Sinn, so lautet der Konsens, mag zwar ungemütlich gewesen sein, aber immerhin noch echt. Das war keine lasergesteuerte High-Tech-Inszenierung und kein entfremdetes Medienspektakel wie jüngst im Irak.

Die Schlachtenbummler können sich darauf verlassen, daß auch abseitige Spleens bedient werden. Jahr für Jahr suchen fünf Krankenschwestern aus Manchester die Walstätten des Ersten Weltkriegs heim, um sich ausschließlich über das bedauernswerte Schicksal der damals eingesetzten Pferde zu informieren. Andere Spezialisten sind vor allem auf Marschmusik scharf, während beispielsweise der Technik-Freak Don MacLean seine Aufmerksamkeit militärischem Fluggerät widmet, insbesondere der Fokker D VII.

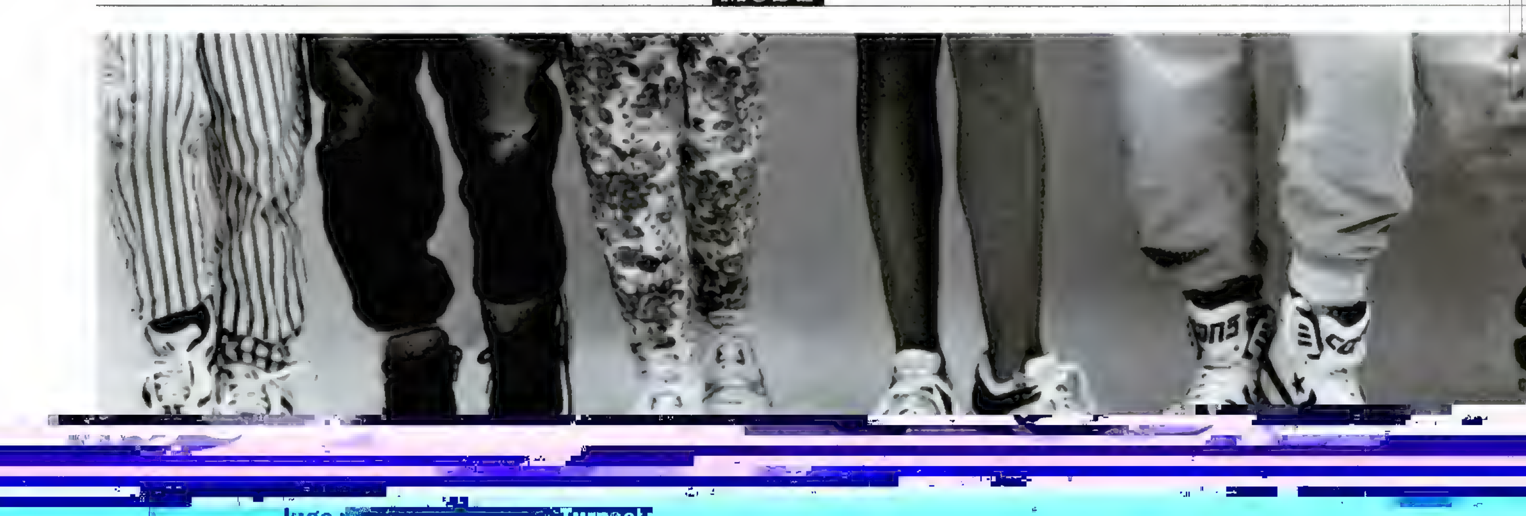
Zum Vollpensionspreis von 1899 Pfund können tropenfeste Touristen zwei Wochen lang in Vietnam den Ho-Tschi-Minh-Pfad erwandern und einen Blick in Vietcong-Tunnel werfen. Wem „Napoleon gegen Wellington 1815" nicht exotisch genug ist, dem bieten „Major & Mrs. Holt's Battlefield Tours" als Alternative eine Fernreise zu den Schauplätzen des Burenkriegs an.

Der Veranstalter (Jahresumsatz 1990: 1,5 Millionen Pfund) versteht seine Offerten „nicht nur als historischen Intensivkurs", sondern bemüht sich auch um effektvolle Inszenierungen. Für eine „De luxe tour" mit Zwischenstopps in München, Nürnberg und Berchtesgaden (nebst Abstecher nach Braunau und ins Hofbräuhaus) ließ er einen österreichischen Schauspieler Passagen aus „Mein Kampf" auf Band sprechen. Die Aufnahmen mit dem wienerisch schulmeisternden Hitler werden der überwiegend englischsprachigen Kundschaft unterwegs im Bus zu Gehör gebracht.

Hochkonjunktur hat Holt regelmäßig an militärisch bedeutsamen Jahrestagen. Dann gilt es, ganze Bataillone generalstabsmäßig für die touristische Eroberung Waterloos zu rüsten oder rund 1000 Kriegsfans auf Booten nach Dünkirchen zu verschiffen, wo der britische Rückzug über den Kanal angemessen gefeiert wird.

Die Battlefield Tour nach Pearl Harbor am 7. Dezember 1991 zum 50. Jahrestag des japanischen Überfalls war wenige Tage nach ihrer Ankündigung ausgebucht. Für den Jubiläums-D-Day am 6. Juni 1994, ein halbes Jahrhundert nach der Invasion der Alliierten in die







de Message für Jung-Amerikaner, „du nicht!"

Der Schuh macht den Champion, den richtigen Mann: Die oft mit aggressiver, Heavy-Metal-Musik vorgetragene Schuhreklame führt in Amerika bereits zu brutalen Auswüchsen auf der Jagd nach der begehrten High-Tech-Mode. Ein drastisches Beispiel ist der Tod des jungen Michael Eugene Thomas, 15, aus Michigan, der wegen seiner neuen Basketballschuhe starb. „Bevor ich mir die wegnehmen lasse, müssen sie mich töten", hatte er gesagt. Man fand ihn ermordet im Wald, mit nackten Füßen. Ein 17jähriger Mitschüler hatte ihn erwürgt und ihm die Schuhe geraubt.

Wo die Siegerpose besonders zählt, in der Welt der Straßengangs und Drogendealer, sind die teuren Modelle vollends zu Markenzeichen für Machismo und Brutalität pervertiert. Jener „Pimp Roll", der schlackernde, hüftrollende Gang des Jungkriminellen, den der Schriftsteller Tom Wolfe im „Fegefeuer der Eitelkeiten" beschreibt, basiert auf dem adäquaten Schuh – mit Slippers funktioniert das nicht.

In der Bundesrepublik sind die Sitten bislang moderater. Wer Reebok oder L.A. Gear trägt, will sich damit im Nor-



WENN EINE EINHORN-BLUSE



EIN EINHORN-HEMD TRIFFT

EINHORN



Wolfgang Schäuble, 48, Bonner Innenminister (CDU), stiftete als Gummipuppe in der ARD-Satire-Serie „Hurra Deutschland" eine Große Koalition der Geschmacksrichter. In der Sendung am vergangenen Montag hatte zum ersten Mal die Schäuble-Figur im Trenchcoat samt Sheriffstern am Tisch der lärmenden Narrenrunde von Bundeskanzler Helmut Kohl und Finanzminister Theo Waigel Platz genommen, kaum sichtbar der Rollstuhl (Foto). Hernach empörten sich Politiker von links und rechts. Kanzler-Berater Eduard Ackermann etwa schimpfte: „Ich finde es geschmacklos und unwürdig, Schäuble als Behinderten in einer Satire-Sendung zu zeigen. Das hat er nicht verdient." Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Peter Struck, lamentierte: „Satire darf eigentlich alles, aber in dem Fall hätte man Rücksicht nehmen sollen." Nur einer hielt sich zurück, Schäuble selbst. Schließlich hatte der Christdemokrat, als von den Fernseh-Satire-Machern wider alle Regeln der Satire „die Anfrage kam", ob sie den rollstuhlfahrenden Politiker ins Puppenensemble aufnehmen dürften, „nichts dagegen gehabt", so Pressesprecher Franz-Josef Hammerl, obwohl Schäuble für die Sendung „kein Faible hat".



Sydney Biddle Barrows, 40 (Foto), Amerikas berühmteste Callgirl-Chefin außer Diensten, widmet sich neuerdings der Erwachsenen-Bildung. Die als Nachfahrin eines der ältesten Geschlechter US-Amerikas auch „Mayflower Madam" genannte Schöne, führt auf eintägigen Seminaren Amerikanerinnen in den ehrbaren Beruf einer Hostesse ein. Dabei rät die einstige höhere Dame ihren Schülerinnen, daß sie stets mit Themen auf dem laufenden sind, um notfalls eine Konversation auch eine ganze Flasche Wein lang bestreiten zu können. Aktenkoffer seien ein Muß, denn Hotelportiers sollen glauben, die Ladys kämen gerade von einer Vorstandssitzung. Im übrigen sollten die Hostessen nach guter Ostküsten-Manier erst nach Erledigung des Auftrags, also am Ende des Abends, an die Bezahlung erinnern. Sie leite keineswegs zur Prostitution an, behauptet die 1985 zu 5000 Dollar Strafe verurteilte Kupplerin der amerikanischen Oberschicht, doch „wenn die Leute es miteinander treiben wollen, so sollen sie es auch richtig machen".

Rezzo Schlauch, 43, Fraktionschef der Grünen im baden-württembergischen Landtag und Zocker „aus Lust und Laune", fürchtet, bald wichtigen Grund zu häufigem Kasinobesuch zu haben. Dem grünen Parlamentarier war ein Ehren-

mann Schaufler verdächtig vorgekommen. Deshalb recherchierte Schlauch die akademische Reputation der amerikanischen City University of Seattle, die den Minister promoviert hatte. Das Ergebnis war vernichtend: Eine „als Universität getarnte drittklassige Volkshochschule", so der Grüne. Die US-Uni klagte auf Unterlassung und taxierte ihre Reputation auf einen Streitwert von 500 000 Mark. Falls er vor dem Stuttgarter Landgericht an diesem Dienstag verliert, weiß Schlauch schon jetzt, wird es teuer. „Da muß ich", so der Grüne, der nicht bestreitet, die Baden-Badener Spielbank gut zu kennen („angenehme Plüschatmosphäre"), „lange im Kasino spielen."

Ibrahim Babangida, 50, Präsident von Nigeria, möchte mit dem Geld aus dem Sklavenhandel der vergangenen Jahrhunderte das Elend Afrikas in der Gegenwart lindern. Der Politiker schrieb jetzt an die Organisation Afrikanischer Einheit (OAU): „Die Afrikaner wurden gefangen, in Ketten gelegt, über den Atlantik transportiert, um dort das Vermögen ihrer Entführer zu vergrößern. Das Chaos des Sklavenhandels hat Afrika um Jahrhunderte in seiner Entwicklung zurückgeworfen." Dafür müßten jetzt die damaligen Nutznießer zahlen. Als Maß für ein afrikanisches Menschenleben nimmt der Nigerianer „30 000 Dollar". Soviel hätten die USA an jene Japaner gezahlt, die während des Zweiten Weltkriegs von den Amerikanern interniert worden waren. Die Summe, die die OAU von den größten Sklavenhandelsnationen, USA und Holland, zu erwarten hätte, ist nicht gering: 330 Milliarden Dollar, sofern die Schätzung stimmt, daß im größten Menschenhandel der Geschichte elf Millionen Afrikaner als Sklaven verkauft wurden.

Madan Lal, 62, indischer Exzentriker, behauptet, die Reinkarnation von Mahatma Gandhi zu sein. Daß die Seele des 1948 ermordeten Predigers der gewaltfreien Revolution in ihm ihre Wiedergeburt erlebt habe, unterstreicht Lal durch peinlich genaue Nachahmung des Äußeren Gandhis, der die Briten 1947 zur Aufgabe der damaligen Kolonie Indien zwang. Wie das Vorbild ist der ältere Herr kahlköpfig, trägt eine Nickelbrille ohne Gläser, dazu einen Moustache und einen weißen Schal, wenn er von Freunden und Verehrern umgeben (Foto) durch die Straßen der indischen Hauptstadt wandelt. Den Verdacht, daß er ein Verrückter sei, glaubt der Gandhi-Imitator dadurch ausgeräumt zu haben, daß er eine Partei



Mirjana Vojanović, 24 (Foto), Kellnerin aus Sisak nahe der jugoslawischen Stadt Zagreb und derzeit kroatische Milizionärin, bekannte sich öffentlich zum Gattenmord. Sie würde nicht zögern, ihren „Ex-Ehemann zu erschießen, wenn es denn notwendig ist", gestand sie englischen Reportern. Ihr Mann, ein Serbe, kämpft auf der anderen Seite der jugoslawischen Bürgerkriegsparteien. Das Paar hat ein gemeinsames Kind. Die Soldatin schwört: „Mein Ehemann und ich waren glücklich. Doch eines Tages sagte er, er könne nicht länger mit einer Kroatin verheiratet sein, und verließ mich." Für die waffentragende Kellnerin ist der Ablauf der Tragödie vorgezeichnet: „Wenn wir aufeinandertreffen, werde ich ihn töten, denn sonst, das weiß ich, erschießt er mich."



Valéry Giscard d'Estaing, 65 (Foto), früherer französischer Staatspräsident, hält sich für einen häßlichen Menschen. „Während meiner Präsidentschaft fing es an, daß ich häßlicher wurde", bekennt der Vorgänger Mitterrands im vor kurzem veröffentlichten zweiten Band seiner Memoiren. Einerseits habe ihn seine Körpergröße immer gehindert, „auf wirklich natürliche Weise zu gehen". Andererseits habe ihn der schon in jungen Jahren beginnende Haarausfall „in Angst und Schrecken versetzt". So vermeidet Giscard d'Estaing jetzt „jeden Blick auf Schaufensterscheiben,



in denen ich mich spiegeln könnte". Glücklicherweise hat der eitle Herr zu Hause einen Spiegel, der „einen Schatten auf meine hohe Stirn wirft, was mich wie damals mit 35 aussehen läßt".

Freddie Wieselgren, 44, Wirt des Stockholmer Restaurants „Rosenbrunn", erteilte schwedischen Politikern Lokalverbot. Seit zwei Wochen verkündet ein Plakat neben dem Eingang der auch von Parlamentariern geschätzten Gaststätte: „Reichstagsabgeordnete sind hier nicht willkommen." Abgeordnete, die den Hinweis mißachten, will der resolute Gastronom eigenhändig und „unverzüglich auf die Straße setzen". Den rüden Umgang haben sich die Volksvertreter mit einer Steuerausweitung eingehandelt. Durch diese wurden die früher von den Arbeitgebern an ihre Angestellten verkauften Essensmarken um über hundert Prozent teurer. Die Folge: Fast die Hälfte von Wieselgrens Stammessern muß sich „jetzt in der Mittagspause mit Selbstgekochtem aus dem Henkelmann begnügen". An ein solch tristes Speise-Erlebnis möchte Wieselgren nun auch die gut verdienenden Reichstagsabgeordneten gewöhnen, mit Erfolgsaussichten: Bereits sieben Stockholmer Wirte haben nach Wieselgrens Vorbild ihre Gastsätte zum Sperrbezirk für Schwedens Abgeordnete erklärt.

GESTORBEN

Hans Weigel, 83. Er fühlte sich unbehaglich, wenn die „heile Welt" beschworen wurde. Denn, so erklärte der Schriftsteller, Feuilletonist und Sprach-Analytiker den Lesern seines Antiwörterbuches „Die Leiden der jungen Wörter" (1974), „Heil" suggeriere „das absolut Beste, um es zu negieren". Pointiert brachte der österreichische Patriot und Jude aus Wien ideologische oder allzu artifiziell gezimmerte Gedankengebäude zum Einsturz. Als witziger Kabarettist unterhielt er das Wiener Publikum der frühen fünfziger Jahre, mit bravourösen Kritiken lehrte er die Theatermacher das Fürchten. Zu den großen Dichtern des österreichischen Literaturbetriebs gehörte er nicht, als Feuilletonist aber wurde er besonders von den jungen Autoren der Wiener Kaffeehauskultur verehrt. Hans Weigel starb am vergangenen Montag im Wiener Vorort Maria Enzersdorf.



◆

Karl Korn, 83. Im Berliner *Tagesspiegel* rühmte Günther Rühle die „kulturpolitische Force" des langjährigen Mitherausgebers der *Frankfurter Allgemeinen*. Joachim Fest, der 1973 Korns Nachfolger wurde, würdigte ihn in der *FAZ* als einen „generösen Bewunderer" und „großen Journalisten". Fest konnte erweitern, was Korn von 1949 an zielstrebig aufgebaut hatte: den umfangreichsten und ambitioniertesten Kulturteil unter den deutschen Tageszeitungen. In den dreißiger und vierziger Jahren schrieb der kernige Rheingauer für das *Berliner Tageblatt*, die *Neue Rundschau* und schließlich für *Das Reich* – dort lobte er den Propagandafilm „Jud Süß", dort erhielt er aber auch wegen einer Kunstkritik Schreibverbot. Kultur und Politik mochte Korn sowenig trennen wie Emile Zola, über den er 1980 eine vielbeachtete Biographie veröffentlichte. Leidenschaftlich kämpfte er für den jungen Böll und die Filme Ingmar Bergmans, gegen Verwaltungsdeutsch und – lange bevor dies Mode wurde – gegen eine geplante Straßentrasse am Rheinufer von Eltville. Karl Korn starb am vorvergangenen Samstag in Bad Homburg.



◆

ser Manier auf den Schreibtisch des Konzernherrn hingelümmelt filmen ließ. Doch Gerling schluckte den Affront und hielt still. Der Chef des drittgrößten deutschen Versicherungskonzerns, der sein filigran verzweigtes Unternehmen in feudalem Ambiente und absoluter Alleinherrschaft führte, mied öffentliche Turbulenz. Ein Jahr später steckte er mittendrin. Der Herstatt-Skandal, der 1974 die Kreditszene aufwühlte, riß Gerling mit. Rechtlich war der Versicherungsunternehmer, dem über 80 Prozent der Herstatt-Bank gehörten, nicht zu belangen. Doch der Tribut, den Gerling widerwillig zahlte, war härter: Um den Konzern vor dem Konkurs zu bewahren, mußte er die Alleinherrschaft über sein Lebenswerk abgeben. Getrieben von der Idee, daß nur er selbst das vom Vater übernommene Unternehmen führen könne, gelang dem stillen Taktiker mit der Samurai-Miene 1986 die beharrlich vorbereitete Rückkehr zur alleinigen Macht. Hans Gerling starb am vergangenen Mittwoch in Köln an Herz-Kreislauf-Versagen.



◆

Heinrich Ellermann, 86. Der gebürtige Hanseat machte aus einer politisch bedingten Not eine lebenslange Tugend: Er engagierte sich für geschmähte, gemiedene, noch unentdeckte Künstler. Ursprünglich strebte der promovierte Literaturwissenschaftler die Universitätslaufbahn an, der Beginn der Nazi-Herrschaft machte das Vorhaben zunichte. Mit deutscher Lyrik, Kinder- und Bilderbüchern (zum Beispiel Coopers „Lederstrumpf" mit Lithographien von Max Slevogt) schuf er sich eine künstlerische Nische, in der er, häufig genug angefeindet, der Nazi-Barbarei seinen stillen Widerstand entgegensetzte. In den von ihm 1934 erstmals herausgegebenen „Blättern für die Dichtung" erschienen bis zum letzten Kriegsjahr Gedichte von damals unpopulären Autoren wie Manfred Hausmann, Ivan Goll und Gottfried Benn. Verlegerischen Mut bewies der großzügige Mäzen auch später: 1957 druckte er die bis dahin nur in der DDR veröffentlichten Texte von Nelly Sachs, und in der „Kleinen Russischen Bibliothek" (1961 bis 1971) tauchten russische Autoren auf, die die Deutschen zuvor hartnäckig ignoriert hatten. Heinrich Eller-



Packende Bilder mit Mitsubishi





Mit Videoprints, den elektronischen Sofortbildern von Mitsubishi, sind Sie jetzt überall am Ball. In Zehntelsekunden halten Sie entscheidende Szenen vom Fernseher, Videorecorder und Computer fest. Und wenige Sekunden später haben Sie ein fertiges Sofortbild in der Hand. Einfacher und schneller geht's kaum, preisgünstiger auch nicht. Namhafte Nachrichtenagenturen setzen den Mitsubishi Schwarzweiß-Videoprinter P-66 E zunehmend im harten Redaktionsalltag ein. Mit ihm bekommt man augenblicklich Hardcopies vom



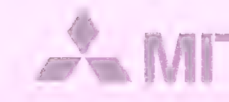
lösung, super Kontraste und Formate von 100 x 75 mm bis 253 x 188 mm. Mitsubishi Videoprinter sind die modernen Bildausgabegeräte. Sie sind zeitgemäßer als herkömmliche chemische Sofortbildverfahren und sie sind sehr flexibel anschließbar so wie der P-68 E. Sie geben Ihnen fast DIN A 4 große s/w-Bilder wie der preisgünstige P-71 E und bieten Ihnen Funktionen wie AUTOSCAN und Multibild-Darstellung wie der größte der Schwarzweiß-Videoprinter von Mitsubishi, der P-78 E.



an Ultraschall- ... drei verschiedene Farb ... wird er bereits tausendfach

nnen gerne, welcher Mitsubishi ... Wir sagen I





MONTAG

21.10 – 23.00 Uhr. RTL plus.

Absolute Beginners – Junge Helden

Sie sind blutige Anfänger, und das wollen sie auch bleiben: Colin und Suzette taumeln durch die Londoner Nächte, sind betrunken von Pop, Jazz und der Aussicht auf ersten, unschuldigen Sex, vor allem aber von der eigenen Jugend. Alles sei gefälscht in diesem Film von Julien Temple (England 1985), meinte die *Süddeutsche* – doch eben deshalb treffe er das Lebensgefühl der achtziger Jahre ganz genau.

23.35 – 1.00 Uhr. ZDF.

Leidenschaft des Herzens

Von der kleinen Landpomeranze zur skandalumwitterten Grande Dame der Pariser Gesellschaft und international anerkannten Erfolgsschriftstellerin: Das von Gérard Poitou-Weber 1984 gedrehte TV-Spiel zeichnet das Leben der Colette von 1873 bis 1954 nach. In dem





„Gaukler"-Szenenbild

Fernsehen. Mit Wolf-Dieter Berg, Roland Kenda und Tilly Lauenstein.

23.00 – 23.50 Uhr. RTL plus.

Explosiv

Auf dem Heißen Stuhl: der Ex-Richter und Buchautor Manfred Ritter, der rigorose Maßnahmen gegen Asylbewerber und Einwanderer fordert.

23.00 – 23.30 Uhr. Sat 1.

SPIEGEL TV Reportage

Fast 16 Jahre lang saßen sechs Iren in einem englischen Gefängnis – für ein Verbrechen, das sie nicht begangen hatten. Die „Birmingham Six" wurden beschul-

MITTWOCH

20.15 – 21.49 Uhr. ARD.

African Timber

Der deutsche Film und die große, weite Welt – die beiden haben noch nie zusammengepaßt. Und selbst Peter F. Bringmann, der Regisseur von „Theo gegen den Rest der Welt", konnte sich im Dschungel von Ghana nur verirren. Sein Abenteuerthriller (Deutschland, Frankreich 1989) erzählt vom tropischen Urwald und dem Dschungel der Korruption und ist mit Heiner Lauterbach in der Hauptrolle denkbar schlecht besetzt: Ein paar Bartstoppeln machen noch keinen Robert Mitchum.

20.15 – 21.00 Uhr. ZDF.

Studio 1

Themen: Schmuggelware – blauer Dunst aus Polen; Streit um Gen-Analyse – der gläserne Arbeitnehmer; Kopfduell in Bremen – Nölle gegen Wedemeier.

0.35 – 2.10 Uhr. ZDF.

Bitterer Honig

Tony Richardsons realistisch trostloses Sozialdrama (England 1961) von dem verwahrlosten Mädchen



...als es in Amerikanigten Staaten gab: ...gegen Franzosen. ...für beide Seiten ...Schlachtfelder auf- ...e Wildnis, die grö- ...ist als jeder Feind. ...te diesen Männer-

20.15 – 22.00 Uhr. Pro 7.

Tote schlafen besser

... und man sollte sie nicht ohne Not zum Leben erwecken, wie es leider der englische Regisseur Michael Winner tat, als er Raymond Chandlers „The Big Sleep" 1978 wiederverfilmte. Robert Mitchum als Philip Marlowe ...

...hirnzellen zur Behandlung von Parkinson-Kranken.

23.00 – 0.30 Uhr. ARD.

Gaukler

Gert Steinheimers TV-Spiel vom Kleindarsteller-Elend in der Provinz, das die Mimen bis ins Krematorium ...

Ein Film über die Z... ka noch keine Veren... Engländer kämpfen... die Indianer müsser... sterben, und wo die... hören, da beginnt d... ßer und gefährlicher... King Vidor inszenie...

Wie schafft es die Werbung,
Bundesb

Anders als bei vom Arzt verordneten Arzneimitt

Maßanzüge tragen. Ein geschleckter, braver und langweiliger Film, befanden die Kritiker übereinstimmend.

22.10 – 23.30 Uhr. ZDF.

live

Eingeladen: Verleger Heinrich Maria Ledig-Rowohlt; Politikerin Anke Fuchs; Malerin Anna Keel; Musiker Marc Cohn und Gerard Mortier, Karajans Nachfolger in Salzburg.

23.00 – 0.40 Uhr. ARD.

Così fan tutte

Regisseur Peter Sellars macht es bestimmt nicht wie alle: Er verlegt die Handlung der Mozart-Oper in einen Coffee-Shop an einem New Yorker



„Così fan tutte"-Szenenbild

Highway – nicht Offiziere, sondern Trucker und ihre Miezen unterziehen sich dem Treue-TÜV. Den **zweiten Teil** gibt es am **27. August um 23.00 Uhr**.

FREITAG

20.15 – 21.49 Uhr. ARD.

Die Pranke der Tigerin

Eine junge Staatsanwältin (Valerie Harper) kämpft darum, sich in der Männer-



Valerie Harper, Dennis Lipscomb

welt des New Yorker Gerichtsbetriebs

wen sich diese Anlageform lohnt; wer haftet für die Giftgasgranaten-Rückstände in der Eifel?

22.00 – 24.00 Uhr. Nord III.

III nach Neun

Eingeladen: Hans Apel; Heinke Sudhoff (die Botschaftergattin behauptet in einem Buch, die Phönizier seien schon vor den Wikingern in Amerika gelandet); Zauberkünstler Marvelli.

23.15 – 0.55 Uhr. ZDF.

Stiletto

Trotz des Titels besticht dieser Mafia-Film (USA 1969, Regie: Bernard Kowalski) nicht recht: Zu viele Klischees pflastern die Wege der Killer, auch ist hinter dunklen Brillen wenig von großer Schauspielkunst auszumachen (Alex Cord, Britt Ekland, Patrick O'Neal).

SAMSTAG

22.05 – 23.40 Uhr. ARD.

Atemlos

Jim McBrides Remake (USA 1982) des Godardschen Nouvelle-Vague-Klassikers „Außer Atem" trifft nicht den Lebensnerv einer Generation, auch wenn es schön anzusehen ist, wie Filmgigolo Richard Gere die schöne Badenixe Valerie Kaprisky aus dem Pool zieht.

23.40 – 1.15 Uhr. ARD.

J. D., der Killer

„Jack ‚Legs' Diamond war ein Hurensohn und wahrscheinlich das übelste Individuum, das jemals existierte", urteilte Budd Boetticher 1959 über das historische Vorbild seines kriminellen Titelhelden. Mit dem Film (USA 1959) lieferte der Regisseur, der aus der Gangstermetropole Chicago stammt, einen stimmungsvollen Abgesang auf den Mythos des einsamen Schurken. Doch statt eines tragischen, wenngleich grausamen Volkshelden zeigte Boetticher einen Egoisten, der sich dem Wandel der Zeiten nicht anpassen kann. Ray Danton, mit kantigem Kinn und melancholischen Augen, verkörpert den Bösewicht J. D.,

22.35 – 23.20 Uhr. ARD.

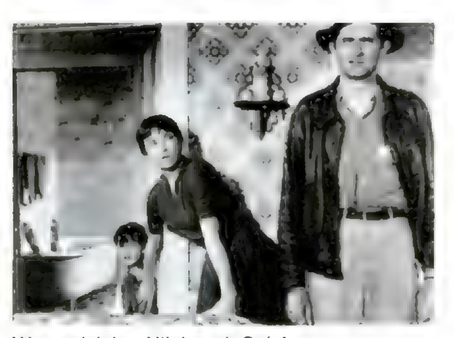
Wilhelm Zwo

SONNTAG

20.15 – 21.50 Uhr. ARD.

Immer Ärger mit Harry

Dem Hitchcock-Film (USA 1955) geht es wie seinem Titelhelden: Er wird immer wieder ausgebuddelt. Shirley



Wasserleiche, Hitchcock-Spieler

MacLaine, Mildred Natwick und John Forsythe zelebrieren mal wieder schwarzen Humor vom Feinsten.

21.50 – 22.20 Uhr. RTL plus.

SPIEGEL TV Magazin

Themen: der Treck gen Westen – Flüchtlingselend an den Grenzen Osteuropas; nach dem Exodus von Bari – Reportage aus Albanien; in der Fremde – Szenen im Hamburger Ausländeramt.

21.55 – 23.35 Uhr. ZDF.

Transit

Den Anna-Seghers-Roman vom jungen deutschen Monteur (Sebastian Koch), der sich auf der Flucht vor den National-



Sebastian Koch, Claudia Messner

25. Oktober 1991
ALTE OPER FRANKFURT AM MAIN



Qualität, die Sie voranbringt

Vom Erfolg bekommt man nie genug – deshalb sollte Frankfurt Pflicht sein. Für Sie und Ihre wichtigsten Mitarbeiter. Der Deutsche Marketing-Tag '91 zeigt, wie Sie künftig im Markt auf der Gewinnerseite stehen können. Und das wird so einfach nicht. Denn die alten Strategien haben ausgedient. Starke, neue Wettbewerber aus aller Welt verändern das Szenario. USA und Japan gehen mit qualitätsorientierter Unternehmensführung in die Offensive. Höchste Zeit für das Management hierzulande, die Qualitätspolitik neu zu formulieren.

Marketing auf dem richtigen Weg

Die Deutsche Marketing-Vereinigung hat diese brisante Herausforderung zum zentralen Thema des Marketing-Tages '91 gemacht. Mit Situationsberichten und lan[illegible]

gen Trendprognosen. Mit Forschungsergebnissen und Fallbeispielen, die Qualität als zusätzlichen Wettbewerbsvorteil definieren. Erfolgreiches Qualitätsmanagement stellt sich rechtzeitig auf veränderte Kundenwünsche und Marktbedingungen ein, um alle Unternehmensleistungen auf ein einheitliches Niveau zu bringen.

Das Ereignis des Jahres

Seit 19 Jahren ist der Deutsche Marketing-Tag die zentrale Veranstaltung für Unternehmen und Marketing-Führungskräfte. Die Messe "Management & Marketing Services" mit über 1.200 Ausstellern begleitet den Deutschen Marketing-Tag '91. Gezeigt wird eine umfassende Präsentation in den Bereichen Management, Marketing & Märkte und Kommunikation. Auch hier ist für Sie mit [illegible]

[illegible]

Vorstand Kaufhof, Köln
[illegible]/Ungarn
[illegible]uktions GmbH,

Ergebnisse Basisstudie Infratest

Podiumsdiskussion:
Werte, Wünsche, Qualitäten:
Die Wünsche in den Köpfen der Verbraucher

München

Leitung: Peter Voß, ZDF, Mainz · Bernd Bothe, [illegible]
Rolf W. Glöckler, Generaldirektor Danone CSF[illegible]
Eva-Maria Roer, Inh. Dental Handels- und Prod[illegible]
Bad Kissingen

[illegible]

Die Marke "Meissen" stärker als [illegible]

HOHLSPIEGEL

Aus dem *Darmstädter Echo*: „Mit Freudenkundgebungen und Gebeten hat Kuweit der Invasion der irakischen Streitkräfte vor genau einem Jahr gedacht.“

◆

Aus der *Rheinischen Post*: „Auf den Spuren des verbotenen Glückspiels steht Leipzigs Polizei immer häufiger vor verschlossenen Türen: Ihr fehlt Geld zum Mitspielen.“

◆

Aus dem *Hamburger Abendblatt*: „Der farbige Messerstecher hatte sieben Menschen und sich selbst mit Stichen verletzt. Auch sein Gesundheitszustand hat sich gebessert. Im Krankenhaus griff er einen Pfleger an.“

◆

Eilt! 3 Pers. (Fam.), sucht wegen Wohnungsbrand sof. 3½-Zi.-Whg., gerne Kohle/Koksfeuerung. ☎

Aus der *Dortmunder Rundschau*

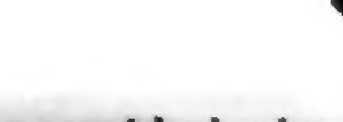
◆

Zitat aus einem Brief des baden-württembergischen Innenministers Dietmar Schlee (CDU) zur Neuregelung des Asylrechts, veröffentlicht in der *Südwest Presse*: „Es muß unser Ziel sein, zu einem politischen Konsens vergleichbar mit dem zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu kommen.“

◆

Aus der *Stuttgarter Zeitung*: „Für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Stuttgarter Yugotours-Büros wurden sozialverträgliche Lösungen gefunden: Eine ist schwanger, eine für längere Zeit erkrankt . . .“

◆



Wer machts-Ledermantel, grün, Gr. 52, Topzust., gegen Gebot! Tel. ab 18 Uhr

Aus der *Wetzlarer Neuen Zeitung*

◆

Aus der *Süddeutschen Zeitung*: „Stein für Stein kommt uns die Insel Thassos entgegen, als die Fähre im Hafen von Keramoti in der Nähe des Flugplatzes von Kavalla am griechischen Festland anlegt.“



◆

Aus der *Allgemeinen Zeitung*, Bad Kreuznacher Ausgabe: „Seit 40 Jahren ist Herbert G. aus Waldhilbersheim nun schon im öffentlichen Dienst tätig. Davon fünf Jahre in Kriegsgefangenschaft und 35 Jahre bei der Eichbehörde Rheinland-Pfalz.“

RÜCKSPIEGEL

Zitate

Die Wiener *A-Z* über den SPIEGEL-Titel von Rudolf Augstein (Nr. 33/1991, „Preußens Friedrich und die Folgen“):

Soll Helmut Kohl an der Umbettungs-Zeremonie des Preußenkönigs Friedrich II. in Potsdam teilnehmen oder nicht? Das ist die Frage, die die Deutschen in diesem August bewegt. Hart stoßen die Positionen aufeinander. Die Großen des deutschen Journalismus liefern sich eine Schlacht. Gräfin Dönhoff steht sehr auf den alten Fritz: „Mitten in der Welt des Absolutismus war dieser König vom Geist der Aufklärung erfüllt und setzte ihn um in praktische Politik“, schwärmt sie in der *Zeit*. Und „das alte Preußen war geradezu die Antithese zu Adolf Hitler“. Da kontert SPIEGEL-Chef Rudolf Augstein, indem er darauf hinweist, daß über des Führers kargem Bunkerbett als einziges Bild das des großen Friedrich hing. „Der preußische Militarismus ging auf ihn zurück, übertrug sich auf Bismarck, (. . .) Ludendorff, (. . .) Hitler“, stellt Augstein lapidar fest. Und der deutsche Fritzen-Streit geht weiter. Eine Geschichtsdebatte. Eine Debatte über Deutschlands Zukunft. Sie mag manchen lächerlich erscheinen. Gewiß. Aber sind die Deutschen nicht zu beneiden ob solch luxuriöser Erregungen?

◆

Die Zeitschrift *Publizistik* in einem Aufsatz von Simone Christine Ehmig über den SPIEGEL:

Das Nachrichtenmagazin SPIEGEL nimmt eine bedeutende Rolle in der Nachkriegspublizistik ein. Von Beginn an ist das Blatt Gegenstand von Diskussionen und Kontroversen gewesen . . . Der SPIEGEL gilt als ideologisches Medium, dessen Beiträge systematisch gegen rechte und rechtsradikale Parteien beziehungsweise deren Politiker gerichtet sind . . . Gegen diese These einer systematisch einseitigen politischen Orientierung sprechen jedoch einige Belege. Der SPIEGEL sieht sich erstens selbst in der Rolle einer Opposition, deren Ziel die Kritik jeglicher Mißstände in Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft ist, gleichgültig, welche Partei gerade regiert. Die Zeitschrift bildet zweitens ein Forum für Auseinandersetzungen Dritter, etwa im Falle der Kontroverse um einen Artikel Heinrich Bölls zur Baader-Meinhof-Gruppe 1972. Gegen die These der einseitigen politischen Orientierung spricht drittens das Verhalten des Blattes in verschiedenen innenpolitischen Konflikten, etwa beim Sturz Brandts oder bei der Aufdeckung des „Neue Heimat“-Skandals. Dagegen spricht viertens die Haltung des SPIEGEL zur jüngsten deutsch-deutschen Entwicklung, unter anderem gekennzeichnet durch Rudolf Augsteins Eintreten für die Wiedervereinigung.


PHILIP MORRIS
LIGHT AMERICAN
FINEST SELECTED TOBACCOS
PHILIP MORRIS
THE FINEST SELECTION
LIGHT AMERICAN
SPECIAL BLEND
GESCHMACK EINER NEUEN GENERATION

MWI

Die EUROCARD sagt mehr über Sie als Ihre Mitgliedschaft im Tennisclub Rot-Weiß.

Wenn Sie Ihre Tennisausrüstung mit der EUROCARD bezahlen, zeigen Sie, daß Sie mit Geld gut umgehen können. Und das Vertrauen *Ihrer Bank oder Sparkasse* besitzen. Mit der EUROCARD kann man in Deutschland bei mehr als 180.000 Stellen optimal bezahlen. Weltweit bei über 9 Millionen (im Verbund mit MasterCard). Fragen Sie Ihre Bank oder Sparkasse!





EUROCARD. Für Leute, die auch sonst gute Karten haben.